

Proletarier aller Länder,
vereinigt euch!

Proletarier aller Länder
und unterdrückte Völker,
vereinigt euch!

Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus

Theoretisches Organ von GEGEN DIE STRÖMUNG - Organisation für
den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 26–27
2009/10

Front

Rot

Theoretische und politische Fragen des Zweiten Weltkriegs

- Das Dokument „Geschichtsfälscher“, Moskau 1948 ist vollständig enthalten.
- Zur Theorie des Imperialismus und der proletarischen Revolution, zu besonderen Aufgaben des Sozialismus in einem Land und komplizierten Fragen der Einschätzung des Charakters des Zweiten Weltkriegs
- Schwierigkeiten der sozialistischen Außenpolitik im Kampf für die Existenz der Diktatur des Proletariats (Kurzer Überblick 1918–1952)
- Die richtige taktische Linie der KPdSU(B) während der besonderen Zwischenetappe von August 1939 bis Juni 1941 gegen antikommunistische Verleumdungen verteidigen!
- Vorteile und Hauptprobleme der Anti-Hitler-Koalition für die UdSSR und die kommunistische Weltbewegung

Hervorhebungen in Zitaten entsprechen
der jeweiligen Originalquelle,
sofern nichts anderes vermerkt ist

Direktvertrieb über

Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23,
60327 Frankfurt/Main, Fax: 069/730920

ISSN 1616-315X

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
J. Strütt, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin

Inhaltsübersicht

I. DOKUMENT: GESCHICHTSFÄLSCHER. EINE HISTORISCHE RICHTIGSTELLUNG. MOSKAU 1948	17
1. Teil: Die Wiedererstarkung des deutschen Imperialismus – „Appeasement“-Politik gegenüber Nazi-Deutschland (bis 1938)	26
2. Teil: Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags (August 1939)	48
3. Teil: Aufbau von Verteidigungsstellungen durch die UdSSR gegen die drohende Nazi-Aggression (bis Juni 1940)	64
4. Teil: Die korrekte Haltung der UdSSR zu seinen Verbündeten in der Anti-Hitler-Koalition und reaktionäre Aktionen vonseiten der USA und Großbritanniens (Juni 1941–Mai 1945)	77
II. ZUR KONFERENZ ÜBER DIE SCHRIFT „GESCHICHTSFÄLSCHER“	87
A. Zur Theorie des Imperialismus und der proletarischen Revolution, zu besonderen Aufgaben des Sozialismus in einem Land und komplizierten Fragen der Einschätzung des Charakters des Zweiten Weltkriegs	91
B. Schwierigkeiten der sozialistischen Außenpolitik im Kampf für die Existenz der Diktatur des Proletariats (Kurzer Überblick 1918–1952)	139
C. Die richtige taktische Linie der KPdSU(B) während der besonderen Zwischenetappe von August 1939 bis Juni 1941 gegen antikommunistische Verleumdungen verteidigen!	163
D. Vorteile und Hauptprobleme der Anti-Hitler-Koalition für die UdSSR	203

Statt einer Vorbemerkung

Stalin über den Ursprung und den Charakter des Zweiten Weltkriegs

„Es wäre falsch, zu glauben, dass der zweite Weltkrieg zufällig oder infolge von Fehlern dieser oder jener Staatsmänner entstanden sei, obgleich es unbestreitbar Fehler gegeben hat. In Wirklichkeit war der Krieg ein unvermeidliches Ergebnis der Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Weltkräfte auf der Basis des modernen Monopolkapitalismus. Die Marxisten haben wiederholt erklärt, dass das kapitalistische Weltwirtschaftssystem die Elemente einer allgemeinen Krise und kriegerischer Zusammenstöße in sich birgt, dass infolgedessen die Entwicklung des Weltkapitalismus in unserer Zeit nicht in Form einer reibungslosen und gleichmäßigen Vorwärtsbewegung vor sich geht, sondern Krisen und Kriegskatastrophen durchmacht. Die Sache ist nämlich die, dass die ungleichmäßige Entwicklung der kapitalistischen Länder im Laufe der Zeit gewöhnlich zu einer jähnen Störung des Gleichgewichts innerhalb des Weltsystems des Kapitalismus führt, wobei die Gruppe kapitalistischer Länder, die sich mit Rohstoffen und Absatzmärkten für weniger gut versorgt hält, gewöhnlich Versuche unternimmt, die Lage zu ändern und die ‚Einflussphären‘ zu ihren Gunsten neu aufzuteilen – und zwar durch Anwendung von Waffengewalt. Das Ergebnis ist die Spaltung der kapitalistischen Welt in zwei feindliche Lager und der Krieg zwischen ihnen.“

Man könnte vielleicht Kriegskatastrophen vermeiden, wenn die Möglichkeit bestünde, die Rohstoffe und Absatzmärkte unter den Ländern entsprechend ihrem wirtschaftlichen Gewicht, durch Annahme koordinierter und friedlicher Beschlüsse, periodisch neu aufzuteilen. Aber das lässt sich unter den gegenwärtigen kapitalistischen Entwicklungsbedingungen der Weltwirtschaft nicht verwirklichen.

So kam es infolge der ersten Krise des kapitalistischen Systems der Weltwirtschaft zum ersten Weltkrieg und infolge der zweiten Krise zum zweiten Weltkrieg.

Das heißt natürlich nicht, dass der zweite Weltkrieg eine Kopie des ersten ist. Im Gegenteil, der zweite Weltkrieg unterscheidet sich

seinem Charakter nach wesentlich vom ersten. Man muss berücksichtigen, dass die ausschlaggebenden faschistischen Staaten – Deutschland, Japan, Italien – ehe sie die verbündeten Länder überfielen, bei sich zu Hause die letzten Reste der bürgerlich-demokratischen Freiheiten vernichteten, bei sich zu Hause ein brutales Terrorregime aufrichteten, das Prinzip der Souveränität und freien Entwicklung der kleinen Länder mit Füßen traten, die Politik der Eroberung fremder Gebiete als ihre eigene Politik verkündeten und vor aller Welt erklärten, dass sie die Weltherrschaft und die Ausdehnung des faschistischen Regimes auf die ganze Welt anstreben, wobei die Achsenmächte durch die Annexion der Tschechoslowakei und der Zentralgebiete Chinas zeigten, dass sie bereit sind, ihre Drohung wahrzumachen, d. h. alle freiheitsliebenden Völker zu versklaven. Infolgedessen nahm der zweite Weltkrieg gegen die Achsenmächte, zum Unterschied vom ersten Weltkrieg, gleich von Anfang an den Charakter eines antifaschistischen, eines Befreiungskrieges an, dessen eine Aufgabe denn auch die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten war. Der Eintritt der Sowjetunion in den Krieg gegen die Achsenmächte konnte den antifaschistischen und Befreiungscharakter des zweiten Weltkrieges lediglich verstärken und hat ihn auch tatsächlich verstärkt.“

(Stalin, „Rede in der Wählersammlung des Stalin-Wahlbezirks der Stadt Moskau am 9. Februar 1946“, 1946, SW 15, S. 37 ff.)

Einleitung

Diese Arbeit, die wir in zwei Bänden veröffentlichen, versucht im ersten im Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 2008, herausgegebenen Band „1418 Tage. Der Krieg des deutschen Nazifaschismus gegen die sozialistische Sowjetunion (22. Juni 1941–8. Mai 1945)“ zweierlei:

Es wird das Ausmaß der Verbrechen des deutschen Imperialismus, des Nazifaschismus beim Überfall auf die sozialistische Sowjetunion dargestellt, aber es wird gerade auch das ganze Ausmaß des kaum vorstellbaren wirklich heldenhaften Widerstands der Völker der überfallenen sozialistischen Sowjetunion, der Kampf der Roten Armee, die korrekte Linie der KPdSU(B) und die Bedeutung der Arbeit J. W. Stalins in diesem Kampf aufgezeigt. Für alle am Kommunismus orientierten Genossinnen und Genossen innerhalb Deutschlands ist dieser Kampf von ganz besonderer Bedeutung.

Der zweite Band der Arbeit, die hier abgedruckten Ergebnisse der Konferenz zur Schrift „Geschichtsfälscher. Eine historische Richtigstellung“, Moskau 1948, befasst sich mit der Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs und der staatlichen Politik der UdSSR zu dieser Zeit, den Komplikationen, **die vor allem dadurch entstanden sind, dass die Arbeiterklasse in Deutschland den Nazifaschismus nicht verhindert hat.** Gerade auch durch diesen Umstand war die seit dem Sieg der Oktoberrevolution 1917 erstarkte sozialistische Sowjetunion gezwungen, zwischen den verschiedenen imperialistischen Räubern zu lavieren, so wie Lenin es nach 1918 gelehrt und gezeigt hatte, als die proletarische Revolution in Deutschland ausblieb: die Widersprüche der imperialistischen Großmächte auszunutzen, Verhandlungen zu führen, Verträge mit den imperialistischen Räubern abzuschließen usw.

Es wirkt geradezu zynisch, wenn Stimmen aus Deutschland nun der sozialistischen Sowjetunion vorwerfen, angeblich nicht revolutionär in dieser oder jenen Zeitspanne gewesen zu sein – sei es, dass solche Vorwürfe erhoben werden, weil 1939 nach vergeblichen Verhandlungen mit Großbritannien und Frankreich schließlich ein Nichtangriffsvertrag mit Deutschland unterzeichnet wurde oder weil 1941 die Anti-Hitler-Koalition entstand und es zu Verträgen und abgestimmten Kampfhandlungen zwischen der sozialistischen Sowjetunion und den imperialistischen westlichen Großmächten gegen Nazi-Deutschland, das faschisti-

sche Italien und das faschistische Japan kam. Es geht wirklich nicht darum, dass jeder Satz oder jedes Komma in den tagespolitischen Stellungnahmen der UdSSR in der schwierigen Zeitspanne zwischen 1939 und 1945 absolut richtig und absolut zu verteidigen wäre. Es mag diese oder jene Handlung oder Erklärung gegeben haben, die nicht genau genug war, ihr Ziel vielleicht verfehlt hat, so wie mancher Artilleriebeschuss nicht nur das eigentliche Ziel getroffen hat.

Der Kern ist ein anderer und den hat Genosse A. Odenthal in einem Beitrag zur Diskussion über die „Geschichtsfälscher“ vor einigen Jahren auf den Punkt gebracht:

„Da die nachfolgende Dokumentation sehr viele wichtige Fragen aufgreift und analysiert, erscheint es nötig, einen zentralen Punkt ganz besonders hervorzuheben, da er doch der Schlüssel zum Verständnis der antikommunistischen Angriffe in ihrer ganzen Bandbreite darstellt.“

Das ist die ganz praktische Frage: Hätte die sozialistische UdSSR nicht 1939 nach dem Überfall von Nazi-Deutschland auf Polen gleich in den Krieg gegen Nazi-Deutschland eintreten, Polen befreien und dann Nazi-Deutschland besetzen und die rote Fahne auf dem Reichstag hissen sollen, mit dem Ziel den Nazi-Faschismus militärisch zu besiegen – mit oder ohne England, Frankreich und die USA, ja möglicherweise gegen sie? Die Frage so zu stellen, heißt auch schon, das eigentliche Problem klarzumachen. Denn wer einmal die bösartigen Verleumder außer Acht lässt und wir uns ehrlichen Nazi-Gegnern heute zuwenden, so ist die deutliche Antwort: Liebe Leute, das sind ja tolle Wunschträume und tolle Forderungen an die sozialistische UdSSR 1939, träumt ruhig weiter! Die Sowjetunion hatte damals nicht die dazu erforderliche Stärke, sie war kein Wunderland, und der Kern ist, dass genau das von Stalin richtig eingeschätzt wurde.

Kurz gesagt, das wäre militärisch nicht durchführbar gewesen, weil die UdSSR auf militärischem Gebiet viel zu schwach war. Die ersten ungeheuren Erfolge Nazi-Deutschlands beim Vormarsch gegen die Sowjetunion 1941 geben eine Vorstellung davon, dass die UdSSR keinesfalls 1939 Nazi-Deutschland militärisch überlegen gewesen wäre.

Es muss nur das Szenario durchgedacht werden, wenn die Rote Armee 1939 tatsächlich ganz Polen befreit hätte und weiter nach Berlin marschiert wäre. Schon eine Sicherung eines Teils des ehemals zum Staat Polen gehörenden Gebiets durch die Rote Armee hat ein ungeheures Wutgeheul Englands und Frankreichs und ihrer Anhänger ausgelöst. Das Ausmaß der damals existierenden antisowjetischen und antikom-

munistischen Hetze, egal was die Sowjetunion auch tat oder nicht tat, war gewaltig, und wie wir zeigen werden, gab es real die Perspektive einer mehr oder minder versteckten oder offenen Zusammenarbeit der Engländer mit den Nazis gegen die Sowjetunion in dieser Zeitspanne. Was wir also herausstellen wollen, ist Folgendes:

Ja, der Krieg Nazideutschlands gegen Polen – im engen Sinne des Wortes der eigentliche Beginn des Zweiten Weltkriegs – war nicht nur eine Momentaufnahme, bei der innerimperialistische Widersprüche ausschlaggebend waren. Der Kampf gegen die faschistischen Staaten, beginnend mit dem Bürgerkrieg in Spanien und vor allem auch mit dem Kampf gegen die japanischen Imperialisten, war von Anfang an ein Krieg, der einen antifaschistischen Charakter hatte.

Die Verbrechen der Nazis, die sie vom Überfall auf Polen 1939 bis zum Überfall auf die Sowjetunion 1941 in Polen verübten, unterstreichen, dass auch der Widerstand in Polen von Anfang an Teil des weltweiten antifaschistischen Kampfs war.

Man kann sich gerne im Nachhinein wünschen, dass die Sowjetunion mit Unterstützung der antifaschistischen Kräfte in den imperialistischen Staaten in zwei bis drei Monaten dem Nazi-Spuk ein Ende gemacht hätte. Wahr ist, dass bei einer solchen, nicht der Realität entsprechenden Politik die Zerschlagung der sozialistischen Sowjetunion eine sehr reale Möglichkeit gewesen wäre. Sie erklärte ganz bewusst Nazi-Deutschland 1939 nicht den Krieg, sondern hat auf diplomatischer Ebene gekämpft, während sie ihre militärischen Stellungen Stück für Stück nach vorne verschoben hat und sich insgesamt auf den kommenden Nazi-Angriff vorbereitet hat.

Diese Politik und Praxis war absolut richtig und konnte in diesen zwei Jahren aus naheliegenden Gründen nicht offensiv und in der Öffentlichkeit entsprechend begründet werden. Das schmerzt, das schmerzte damals, und das schmerzt heute. Aber es war eben nicht möglich, einen Nichtangriffsvertrag mit den Nazis zu schließen und gleichzeitig zu verkünden, dass in absehbarer Zeit die Sowjetfahne auf dem Reichstag wehen wird.

Das ist der Kern. Wer das verstehen will und wirklich sich mit der Sowjetunion und dem Kommunismus verbunden fühlt, der kann das verstehen. Das ist der wichtigste Punkt dieser Konferenz, den wir hervorheben wollen, gerade auch wenn wir manche taktische Begründungen aus der damaligen Zeit durch die Sowjetunion nachfolgend keinesfalls mit jedem Buchstaben verteidigen, sondern auch kritisch betrachten werden.

Dass die Kritiker, die der Sowjetunion 1939 Feigheit vorwerfen, absolut im Unrecht sind, das bewies die UdSSR dann 1941 bis 1945, wo sie nicht nur die Hauptlast des Krieges gegen Nazi-Deutschland trug, sondern auch bewiesen hat, dass die zwei Jahre taktische Zurückhaltung nicht das Wesentliche waren – eben dazu dienten, selbst an Stärke zu gewinnen –, sondern die vier Jahre militärischer, politischer und ideo-logischer Offensive zur Zerschlagung des Nazifaschismus.“

Diese Dokumentation der Konferenz erklärt also grundlegend, dass der gesamte, schon vor 1939 begonnene Zweite Weltkrieg, seit 1932/33 (China) und 1936 (Spanien), dem sogenannten „komischen Krieg“ 1939/40 in Westeuropa und bis hin zum Sommer 1945 sozusagen „unter dem Strich“ ein gerechter, ein Befreiungskrieg gewesen ist.

Diese Dokumentation der Konferenz unterstreicht, dass die grundlegende taktische Linie, die im Detail von Monat zu Monat in der Phase 1938 und in der Phase von 1939 bis Juni 1941 aufgrund jäher Wendungen der Imperialisten verändert werden musste – wie im Nachhinein leichter festzustellen ist –, ganz und gar richtig war und von einer bewundernswerten Folgerichtigkeit geprägt war, das entscheidende Ziel zu erreichen: maximal Kräfte zu sammeln für den Befreiungskrieg gegen den Nazifaschismus.

Gleichzeitig ist es ein Grundanliegen, klarzumachen, dass gerade in der Phase 1939 bis 1940 in Europa die zwischenimperialistischen Aspekte größtes Gewicht hatten, dass es galt, vor allem keine Illusionen in den englischen und französischen Imperialismus zu haben, die einen Krieg zwischen Nazi-Deutschland und der sozialistischen Sowjetunion provozieren wollten. Und es gelang wirklich auch in dieser Phase, so lange wie möglich den Krieg zwischen der Sowjetunion und Nazi-Deutschland zu vermeiden, bis nach dem Nazi-Überfall auf die Sowjetunion dann die „Anti-Hitler-Koalition“ entstand, die der Logik der Dinge nach auch die innerimperialistischen Aspekte nicht einfach beseitigte, wenn sie auch deutlicher im Hintergrund standen als 1939 bis 1940 in Europa.

Dass die englischen und die US-amerikanischen Imperialisten, die die zutiefst reaktionären Kräfte in Polen, Griechenland und China, um die spektakulärsten Beispiele zu nennen, unterstützten, ja vor offenen Massakern nicht zurückschreckten, wie die Bombardierung Athens 1944 belegt, als die Anti-Hitler-Koalition noch bestand und gemeinsam militärisch aktiv war – das zeigt, wie stark auch in dieser Zeitspanne das im-

perialistische Element innerhalb der Anti-Hitler-Koalition war. Der tiefere Grund für den Bruch der Anti-Hitler-Koalition nach 1945, zugespielt seit 1947, lässt sich nur so wirklich verstehen. Die revisionistischen Illusionen in einen „friedlichen Wandel“ der Imperialisten zerstöben vor allem in China 1945 bis 1949 und dann in Korea 1950, als die US-Imperialisten direkt ihre Truppen in diese beiden Länder entsandt hatten.

So gilt es heute im Rückblick genau zu verstehen, wie richtig die Taktik der sozialistischen Sowjetunion war, wie illusionsfrei und vernünftig berechnend die Spitze der KPdSU(B) in der Tradition Lenins Widersprüche zwischen den Imperialisten ausgenutzt hat, wie schwierig und nötig zugleich es aber war, hinter tagespolitischen, oft auch diplomatisch formulierten Äußerungen die taktische Linie, wie sie vor allem auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale 1935 formuliert wurde, herauszuarbeiten und somit über den Augenblick hinauszusehen.

Hier werden ohne Frage erhebliche Kompromisse zu behandeln sein, deren historische Notwendigkeit sehr viel mit der Niederlage der Revolution in Deutschland 1918–21 und dem Sieg der Nazis 1933 zu tun hat. Diese Kompromisse können wirklich tiefgehend nur verstanden werden, wenn die Theorie des Imperialismus und der proletarischen Revolution einerseits und die damalige Entwicklung der internationalen Lage andererseits studiert werden. Auf dieser Basis kann auf die bösartige antikommunistische Hetze wie auch auf von Unverständnis gekennzeichnete Fragen präzise geantwortet werden. In dieser Arbeit wird dies noch nicht umfassend geleistet, aber es wird Material zur Verfügung gestellt, das in sich die richtigen Antworten enthält.

Die Broschüre „Geschichtsfälscher“, die wir zu Beginn abdrucken, versehen mit eigenen Überschriften und Hervorhebungen, analysiert sehr treffend die Zeitspanne 1939 bis 1941.

Die bisher ausgewerteten Materialien zu Polen, Griechenland und China sowie die Frage der Eröffnung der zweiten Front in Westeuropa zwischen 1941 und 1945 zeigen überzeugend, dass während der Anti-Hitler-Koalition die Gegensätze zwischen Revolution und Konterrevolution weiterwirkten.

Die Entwicklung unmittelbar nach 1945, besonders deutlich seit 1947, zeigt – ein Kapitel, das an anderer Stelle genauer behandelt werden

muss –, wie die Gegensätze innerhalb der Anti-Hitler-Koalition nun zu deren Bruch führten. In diesem Rahmen ist die Entwicklung der UNO – zunächst entstanden aus der Anti-Hitler-Koalition – zu einem Werkzeug des Weltimperialismus im Rahmen des Krieges gegen das volksdemokratische Korea 1950 nach dem Sieg der volksdemokratischen Revolution in China 1949 besonders signifikant.

Die kommunistischen Kräfte der ganzen Welt waren in der Zeitspanne der Anti-Hitler-Koalition kräftemäßig gewachsen. Aber im Rahmen der in jedem einzelnen Land betriebenen Bündnispolitik hatte auch die andere Seite ihre Arbeit geleistet, um den unvermeidlichen Bruch vorzubereiten und auszunutzen. Die Ereignisse in Titos Jugoslawien, der das ganze Land an den englischen und den US-Imperialismus auslieferte, später jugoslawische Arbeiter und Arbeiterinnen nach Westeuropa verkaufte, waren Ausdruck eines verschärften Kampfes zwischen Revolution und Konterrevolution in der ganzen Welt. Aber es war nicht der moderne Revisionismus Titos, der der kommunistischen Weltbewegung die größte welthistorische Niederlage bereitet hat, sondern ausgerechnet die KPdSU wechselte spätestens nach dem XX. Parteitag 1956 die Farbe.

In den großen ideologischen Debatten und Kämpfen der letzten 50 Jahre spielte zu verschiedenen Zeitpunkten und in unterschiedlichen Zusammenhängen immer wieder der faule und schematische historische Vergleich der Kompromisse der sozialistischen Sowjetunion Lenins und Stalins mit aktuellen kapitulantenhaften, revisionistischen Positionen zum Weltimperialismus eine Rolle. Aber auch die Kritik an solchen revisionistisch-schematischen Vergleichen war nicht immer von Sachkenntnis und einer klaren Verteidigung der richtigen Linie Lenins und Stalins gekennzeichnet.

Die hier nun folgende kurze Skizze der Etappen solcher ideologischen Kämpfe soll darauf abzielen, diese Arbeit gerade auch in Hinblick auf vergangene und aktuelle ideologische Auseinandersetzungen fruchtbar werden zu lassen:

1. Chruschtschows revisionistische Propaganda seit 1956 erweckte die Illusion, als könne der Bruch der Anti-Hitler-Koalition durch Zugeständnisse an den US-Imperialismus und andere Imperialisten wieder „geheilt“ werden. Gegen wen sich dieses neue Bündnis richtete und wozu es dienen sollte, wurde schnell klar: Es richtete sich gegen die revolutionären Bewegungen der ganzen Welt und diente einer schrittwei-

sen Beteiligung des Imperialismus an der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion. Der Betrug war: das Potsdamer Abkommen als angebliches Vorbild für die „Verhandlungen“ zwischen der revisionistischen Sowjetunion und dem US-Imperialismus.

2. In der nächsten Etappe nach der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion, die geprägt war von der sozialimperialistischen Großmachtpolitik unter Breschnew, wurde die Zeitspanne des Vormarsches der Roten Armee in der Phase 1944/45 zur Zerschlagung des Nazifaschismus lügnerisch als Vorbild für die expansionistische Ausdehnung der sozialimperialistischen Sowjetunion dargestellt. Der Betrug war: Der Vormarsch der Roten Armee gegen Nazi-Deutschland 1944/45 wurde als angebliches Vorbild für den Einmarsch in Afghanistan und anderen Ländern verdreht und verfälscht.

3. Aber auch in der sich neu formierenden internationalen antirevisionistischen revolutionären Bewegung, die sich an der KP Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens (PAA) orientierte, wurde durch faule Vergleiche (z. B. der US-Imperialismus als angeblicher Nachfolger des Nazifaschismus) nahegelegt oder direkt ausgesprochen, dass im Kampf gegen den „Hauptfeind“ US-Imperialismus sozusagen eine Neuauflage der Politik der Anti-Hitler-Koalition angesagt wäre, also ein Bündnis mit anderen imperialistischen Mächten.

Die Festlegung einer richtigen Linie heute erfordert die Kenntnis der heutigen Lage und ihrer Vorgeschichte, die Auswertung der gesamten historischen Erfahrung, um eben gegen alle schematischen und demagogischen „Vergleiche“ theoretisch versiert und ideologisch klar mit überzeugenden Argumenten vorgehen zu können. Auch und gerade dafür soll die vorliegende Arbeit eine Hilfestellung sein.

* * *

Beim Studium der Beiträge dieser Konferenz wird sicherlich deutlich werden, dass es noch nicht gelungen ist, umfassend und systematisch eine in sich geschlossene Arbeit zu erstellen. Das hat zweierlei Gründe.

Erstens: Zunächst ist es offensichtlich, dass wir wichtige Dokumente, insbesondere des ZK und des Politbüros der KPdSU(B), nicht kennen und nicht auswerten konnten. „Glasnost“ zur Zeit Gorbatschows und erst recht die sogenannte „Demokratie“ im heutigen Russland, was bei des angeblich wissenschaftliche Forschung ermöglichen sollte durch die in breitem Umfang geöffneten Archive, erweist sich als Phrase. Bei den

bisher veröffentlichten Dokumenten gibt es die Schwierigkeit, die Authentizität einzuschätzen, die Auswahlkriterien zu durchschauen und durchaus auch die Schwierigkeit, große Mengen von Dokumenten, die in Russisch verfasst sind, durchzuarbeiten. Wir werden auch in Zukunft auf die Zusammenarbeit und Hilfe mit sich herausbildenden kommunistischen Kräften im heutigen Russland angewiesen sein.

Zweitens: Unsere eigene Kapazität ist durch die vielfältigen theoretischen und politischen Aufgaben doch so eingeschränkt, dass auch auf der Grundlage des uns vorliegenden Materials eine umfangreichere Überarbeitung nicht möglich und nicht sinnvoll erscheint, um nicht andere Arbeiten zu blockieren.¹ Wir denken dennoch, dass die vorliegenden Referate und Diskussionsbeiträge zur Aufklärung einer wichtigen Phase der Weltgeschichte und auch der kommunistischen Bewegung einen diskutablen Beitrag leisten.

Redaktion „Rot Front“

¹ Im Moment wird intensiv an einem Projekt gearbeitet, das die Geschichte des Kampfs der kommunistischen Kräfte gegen den Antisemitismus von 1844 bis in die Gegenwart auswertet und analysiert.

**I. Dokument:
Geschichtsfälscher.
Eine historische Richtigstellung.
Moskau 1948**

Veröffentlicht vom Informationsbüro des Ministerrates der UdSSR
im Februar 1948

Vorbemerkung zum Dokument

Ein Dokument für die internationale Öffentlichkeit

Wir drucken hier das Dokument „Geschichtsfälscher“ ab, das vom Informationsbüro des Ministerrates der UdSSR im Februar 1948 veröffentlicht wurde. Als Vorlage wurde die Ausgabe des Verlags für fremdsprachige Literatur, Moskau 1948, benutzt.

Das Dokument analysiert insbesondere auch auf Grundlage von Nazi-Dokumenten sowie der US-amerikanischen und englischen bürgerlichen Presse die Vorbereitung und die Entwicklung der Nazi-Aggression im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg. Dieses Buch richtet sich nicht in erster Linie an die Kommunistischen Parteien aller Länder.

Das Ziel dieses Dokuments war es, vor allem bei ansprechbaren Teilen der Weltöffentlichkeit antisowjetische Lügen im Zusammenhang mit der Veröffentlichung von Nazi-Dokumenten unter dem Titel „Nazistisch-sowjetische Beziehungen in den Jahren 1939 bis 1941“ durch die USA und Großbritannien im Januar 1948 zu widerlegen, insbesondere auch die Hetze und Verleumdung wegen des zwischen der UdSSR und Deutschland abgeschlossenen Nichtangriffspaktes.

Angesichts der heutigen antistalinistisch-antikommunistischen Hetze ergibt sich zusätzlich für uns die Aufgabe, den Kampf gegen die Geschichtsfälscher auf der Grundlage der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus unter den heutigen Bedingungen zu vertiefen.

Zentrale Passagen für den heutigen Kampf gegen antistalinistische Verleumdungen

Das Dokument lässt sich grob in vier Teile gliedern.

Der **erste Teil** behandelt den Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus nach seiner Niederlage im Ersten Weltkrieg mit Hilfe der westlichen Imperialisten USA, Großbritannien und Frankreich bis 1933 sowie die „Appeasement“-Politik der westlichen Imperialisten gegenüber Nazi-Deutschland bis August 1939, die das Ziel hatte den deutschen Imperialismus gegen die UdSSR zu lenken.

Im **zweiten Teil** wird die Notwendigkeit des Abschlusses des Nichtangriffsvertrags zwischen der UdSSR und Nazi-Deutschland erklärt und verteidigt.

Im **dritten Teil** wird herausgearbeitet, dass die Errichtung der „Ostfront“, dass der Ausbau militärischer Verteidigungsstellungen der Roten Armee, z. B. im Ostteil der ehemaligen Staatsgrenzen Polens und in den baltischen Staaten, vor allem eine Frage von Leben und Tod für die UdSSR war, eine militärische Notwendigkeit, um maximal gegen einen drohenden Nazi-Überfall vorbereitet zu sein.

Der **vierte Teil** behandelt dann reaktionäre Aktionen der USA und Englands während der Anti-Hitler-Koalition, insbesondere die Verschleppung der Eröffnung der zweiten Front in Europa sowie Verhandlungen des US-Imperialismus mit Nazi-Deutschland über einen gegen die UdSSR gerichteten Separatfrieden.

In allen Teilen lassen sich zentrale Passagen finden, die für den heutigen Kampf gegen den Antikommunismus im Allgemeinen und gegen den Antistalinismus im Besonderen von größter Wichtigkeit sind. Im Text wurden diese Passagen besonders hervorgehoben bzw. markiert, uns nicht so wichtig erscheinende Teile wurden mit kleinerer Schriftgröße versehen.

* * *

Sprache, Stil und Inhalt sind nicht dasselbe. Mag es an der Sprache, auch an Begriffen und am Stil berechtigte Kritiken geben: Der inhaltliche Kern dieser Broschüre ist unserer Meinung nach klar und überzeugend.²

² „Hitlerregime“, „Hitlerstaat“, „Hitlerdeutschland“, „Hitleraggression“ – mit solchen und ähnlichen Begriffen und Codeworten versuchen nicht nur die „Geschichtsfälscher“, den Nazifaschismus in verständlicher, populärer Form zu beschreiben. Diese Begriffe waren insgesamt in der kommunistischen Weltbewegung auch nach dem 8. Mai 1945 weit verbreitet.

Dennoch sind solche agitatorisch, auf die Person Hitlers abzielenden Formulierungen gerade nach dem Tode Hitlers nicht unproblematisch und zur Aufklärung eigentlich nicht brauchbar, denn sie haben einen großen Nachteil: In Wirklichkeit war der Nazifaschismus im weiteren Sinne eben nicht das Regime, der Staat oder das Deutschland Adolfs Hitlers, sondern der herrschenden Klasse in Deutschland: des deutschen Finanzkapitals. In Wirklichkeit war das Wesentliche im engeren Sinne am Nazifaschismus nicht die Person Hitlers, sondern die verbrecherische nazifaschistische Ideologie und Politik.

Verbreitung und Übersetzungen

Drei verschiedene Verlage veröffentlichten die „Geschichtsfälscher“ auf Deutsch. Zuerst erschien die Broschüre im Verlag für fremdsprachige Literatur in Moskau 1948, zeitgleich auch im SWA-Verlag in Berlin, dem Verlag der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland. Der Dietz Verlag in der SBZ bzw. dann in der DDR gab die Broschüre von 1948 bis 1955 in fünf Auflagen heraus mit insgesamt über 100.000 Exemplaren.³

Die Übersetzungen unterscheiden sich zum Teil erheblich. Wir haben nicht Wort für Wort verglichen, jedoch ist klar, dass die Übersetzung des Verlags für fremdsprachige Literatur die treffendste Übersetzung ist und dass z. B. die Übersetzung des SWA-Verlags insbesondere an einem Punkt im Gegensatz zur Übersetzung des Verlags für fremdsprachige Literatur nicht dem russischen Original entspricht.⁴

³ Quelle: Deutsche Bibliothek

⁴ In der Ausgabe des SWA-Verlags wird die Formulierung „Machtergreifung Hitlers“ benutzt, in der Ausgabe des Verlags für fremdsprachige Literatur heißt es „Machtantritt Hitlers“. Im russischen Original heißt es eindeutig „Machtantritt“. Das russische Wort für „Machtantritt“ lautet: приход к власти. Quelle: „Geschichtsfälscher“, 1948, russisch, Verlag Gospolitisdat, S. 8.

Der ganze Satz lautet in der Ausgabe des Verlags für fremdsprachige Literatur: „Wer wüsste nicht, dass Deutschland mit der Vorbereitung des Krieges sofort nach dem Machtantritt Hitlers begann?“ (S. 26 in diesem Buch). In der Ausgabe des SMA-Verlags heißt es dagegen: „Wer weiß nicht, dass Deutschland mit der Vorbereitung zum Krieg unmittelbar nach der Machtergreifung Hitlers begann?“ („Geschichtsfälscher“, Berlin 1948, SWA-Verlag, S. 8).

Abgesehen von der falschen Personalisierung auf Hitler enthält der Begriff „Machtergreifung“ die Position, dass Hitler bzw. die Nazi-Partei die Macht in Deutschland an sich gerissen hätten, durch einen Putsch oder dergleichen.

Es wird damit verdunkelt, dass die Nazi-Partei lediglich die politischen Geschäfte der herrschenden Klassen übernommen hat und von der herrschenden Klasse selbst an die Schaltthebel der politischen Macht gesetzt wurde. Es wird damit vertuscht, dass an der Macht in Deutschland nach wie vor die herrschende Klasse war, das Finanzkapital, das den Staatsapparat in den Händen hielt. Der Begriff „Machtantritt“ allein erklärt die Tatsache der Übernahme der **politischen** Macht durch die Nazi-Partei zwar auch nicht umfassend, es wird aber durch den nächsten Satz im Text relativ klar, um was es geht:

„Wer wüsste ferner nicht, dass das Hitlerregime von den deutschen Monopolistenkreisen mit voller Billigung des regierenden Lagers in Großbritannien, Frankreich und den USA errichtet wurde?“ (S. 26 in diesem Buch).

In der Ausgabe des SWA-Verlags heißt dieser Satz:

Dokument:

Geschichtsfälscher. Eine historische Richtigstellung⁵

Einleitung

Ende Januar veröffentlichte das Staatsdepartement der USA unter Mitwirkung des englischen und des französischen Außenministeriums eine Sammlung von Berichten und verschiedenen Tagebuchaufzeichnungen diplomatischer Beamter Hitlers und versah sie mit der geheimnisvollen Überschrift „Nazi-Soviet Relations 1939–1941“ (Nazistisch-sowjetische Beziehungen 1939–1941).

Wie aus dem Vorwort zu diesem Sammelband hervorgeht, kamen die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs schon im Sommer 1946 überein, die von den amerikanischen und englischen Militärbehörden in Deutschland beschlagnahmten Archivmaterialien des deutschen Auswärtigen Amtes aus den Jahren 1918–1945 zu veröffentlichen. Dabei fällt der Umstand auf, dass die veröffentlichte Sammlung nur Materialien enthält, die sich auf die Jahre 1939–1941 beziehen. Dagegen hat das Staatsdepartement Materialien, die auf die vorhergehenden Jahre, insbesondere auf die Münchener Periode Bezug haben, nicht in seinen Sammelband aufgenommen, also der Weltöffentlichkeit vorenthalten. Das ist natürlich kein Zufall und geschieht in einer Absicht, die mit objektiver und gewissenhafter Einstellung zur historischen Wahrheit nichts gemein hat.

Um die Veröffentlichung dieser einseitigen Sammlung ungeprüfter und willkürlich ausgewählter Aufzeichnungen von Hitlerbeamten auch nur irgendwie vor der Weltöffentlichkeit zu rechtfertigen, setzte die englische und amerikanische Presse die frei erfundenen Behauptung in Umlauf, die Russen hätten „den Vorschlag des Westens, ge-

„Wer weiß ferner nicht, dass das Hitlerregime von den deutschen monopolistischen Kreisen mit der vollen Zustimmung der regierenden Schichten Englands, Frankreichs und der USA geschaffen wurde?“ („Geschichtsfälscher“, Berlin 1948, SWA-Verlag, S. 8).

Dass das „Hitlerregime“ von der deutschen Monopolbourgeoisie „geschaffen“ wurde, ändert nichts an dem falschen Bild von der „Machtergreifung“. Außerdem heißt es im russischen Original nicht „geschaffen“, sondern „errichtet“.

Das Nazi-Regime wurde durch die deutschen Monopole, das deutsche Finanzkapital errichtet. 1933 gab es also keinesfalls eine „Machtergreifung“ durch Hitler, sondern die Nazi-Partei ist angetreten, um die politischen Geschäfte der herrschenden Klasse zu übernehmen.

⁵ Quelle: Moskau 1948, Verlag für fremdsprachige Literatur. Alle Hervorhebungen, Kästen im Text und Zwischenblätter sind von uns, außer die Unterstreichungen und die kursiven Hervorhebungen. An einigen Stellen wurden auch neue Absatzschaltungen eingefügt, um besonders wichtige Absätze besser hervorheben zu können. Mit Ausnahme der Fußnote 6 auf S. 23, die von uns eingefügt wurde, sind alle Fußnoten in diesem Dokument aus der Broschüre „Geschichtsfälscher“.

meinsam einen vollständigen Bericht über die Nazidiplomatie zu veröffentlichen, abgelehnt“.

Diese Erklärung englischer und amerikanischer Kreise *entspricht nicht den Tatsachen*.

In Wirklichkeit verhielt sich die Sache folgendermaßen. Als im Sommer 1945 in der Auslands presse Meldungen auftauchten, in England werde mit Vorbereitungen zur Veröffentlichung in Deutschland erbeuteter Dokumente begonnen, da wandte sich die Sowjetregierung an die Regierung Großbritanniens und drang darauf, dass sowjetische Sachverständige zur gemeinsamen Sichtung und Edition der von den englischen und amerikanischen Truppen erbeuteten deutschen Dokumente herangezogen werden. Die Sowjetregierung erachtete die Herausgabe solcher Dokumente ohne gegenseitiges Einvernehmen für unzulässig und konnte außerdem die Verantwortung für die Veröffentlichung von Dokumenten ohne sorgfältige und objektive Prüfung nicht übernehmen, da eine Publikation der erwähnten Materialien ohne diese elementare Voraussetzung die Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten der Antihitlerkoalition nur verschlechtern könnte. Das Foreign Office jedoch *lehnte den Sowjetvorschlag ab*, wobei es sich darauf berief, die Sowjetregierung habe den Austausch von Kopien der erbeuteten Nazidokumente verfrüh angeregt.

Bekannt ist auch, dass die amerikanische Delegation dem Politischen Direktorat des Kontrollrats für Deutschland am 6. September 1945 einen Entwurf von Direktiven für die Behandlung der deutschen Archive und Dokumente unterbreitete. Dieses Projekt sah vor, dass ein für ganz Deutschland einheitliches Verfahren bei der Sammlung und Kon servierung der Archive festgestellt werde, und dass die Vertreter der UN-Staaten das Recht erhielten, Einblick in diese Archive zu nehmen. Außerdem war die Möglichkeit vorgesehen, Kopien von den Dokumenten anzufertigen und sie zu veröffentlichen. Dieser Antrag wurde in vier Sitzungen des Politischen Direktorats erörtert, aber auf Ersuchen der Engländer und Amerikaner zurückgestellt unter dem Vorwand, ihnen lägen keine Anweisungen vor. Nachdem dann der Vertreter der USA erklärt hatte, die USA-Regierung arbeite an einem neuen Vorschlag und bitte das eingereichte Projekt als ungültig zu betrachten, wurde die Frage von der Tagesordnung des Politischen Direktorats abgesetzt.

Die Behauptung, die Sowjetregierung habe eine Beteiligung an den Vorbereitungen zur Veröffentlichung der deutschen Archivmaterialien abgelehnt, ist demnach eine *Unwahrheit*.

Gleichzeitig mit der Veröffentlichung der erwähnten Sammlung setzte in den USA und den von ihnen abhängigen Ländern wie auf ein Zauberbwort **eine neue Hetze und zügellose Verleumdungskampagne ein, die den 1939 von der Sowjetunion und Deutschland abgeschlossenen Nichtangriffspakt, der sich angeblich gegen die Westmächte gerichtet hatte, zum Gegenstand hat.**

Somit kann kein Zweifel darüber aufkommen, welchen Zweck man in den USA mit der Veröffentlichung von Dokumenten über die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland in den Jahren 1939–

1941 in Wirklichkeit verfolgte. Man will die Ereignisse nicht objektiv darstellen, will vielmehr ein entstelltes Bild der wirklichen Ereignisse liefern, Lügen und Verleumdungen über die Sowjetunion verbreiten und dem internationalen Einfluss, den sie als wahrhaft demokratische und aufrechte Kämpferin gegen die aggressiven und antidemokratischen Kräfte genießt, Abbruch tun.

Dieses perfide Vorgehen entspringt Anschauungen über das Wesen der interalliierten Beziehungen, wie sie für die regierenden Kreise der angelsächsischen Länder typisch sind. Diesen Anschauungen gemäß wird, anstatt ehrliche und aufrichtige Beziehungen zwischen den Verbündeten zu pflegen, anstatt gegenseitiges Vertrauen zu hegen und einander Beistand zu leisten, eine Politik betrieben, in deren Rahmen alle Mittel einschließlich der Verleumding angewandt werden, um den Bundesgenossen zu schwächen, ihn egoistisch auszunutzen und die eigene Position auf seine Kosten zu stärken.

Nicht unbeachtet bleiben darf auch das Bestreben der regierenden USA-Kreise, mit Hilfe ihrer Verleumungskampagne gegen die Sowjetunion den Einfluss der progressiven Elemente im eigenen Lande, die für eine Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion eintreten, zu untergraben. Der gegen die progressiven Elemente in den USA geführte Schlag hat zweifellos auch den Zweck, ihren Einfluss im Hinblick auf die im Herbst d. J. stattfindenden Präsidentenwahlen zu schwächen.

Die Sammlung enthält eine Fülle von Dokumenten, die von den diplomatischen Beamten Hitlers in den geheimsten Gemächern der deutschen diplomatischen Kanzleien fabriziert wurden.

Allein schon dieser Umstand hätte eine Warnung sein müssen vor einer einseitigen Verwendung und Veröffentlichung dieser Dokumente, die selbst höchst einseitig und tendenziös sind, die Ereignisse vom Standpunkt der Hitlerregierung darstellen und den Zweck haben, diese Ereignisse in einem für die Hitlerfaschisten günstigen Licht erscheinen zu lassen. Darum eben war die Sowjetregierung seinerzeit gegen eine einseitige Veröffentlichung der deutschen Beutedokumente ohne sorgfältige gemeinsame Prüfung. Selbst die amtliche französische Presseagentur France Presse musste zugeben, dass die Art und Weise, wie die Materialien von den drei Regierungen ohne Wissen der Sowjetunion veröffentlicht worden sind, „nicht völlig der normalen Prozedur entspricht“.

Trotz allem war die englische Regierung damit nicht einverstanden. Die amerikanische, englische und französische Regierung schreckten, als sie sich auf die einseitige Veröffentlichung deutscher Dokumente einließen, nicht vor einer Geschichtsfälschung zurück, um die Sowjetunion, die die Hauptbürde des Kampfes gegen die Hitleraggression getragen hat, zu verleumden.

Diese Regierungen haben damit die volle Verantwortung für die Folgen einer derart einseitigen Handlungsweise auf sich geladen.

Unter solchen Umständen hält sich die Sowjetunion für berechtigt, ihrerseits Geheimdokumente über die Beziehungen zwischen Hitlerdeutschland und den Regierungen Englands, Frankreichs und der USA zu veröffentlichen, die in die Hände der Sowjetregierung gelangt sind und die die genannten Regierungen der Öffentlichkeit vorenthalten haben. Sie halten diese Dokumente versteckt und wollen sie nicht veröffentlichen. Wir

aber sind der Meinung, dass sie nach allem, was vorgefallen ist, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden müssen, damit es möglich wird, der historischen Wahrheit wieder zu ihrem Recht zu verhelfen.

Die Sowjetregierung verfügt über wichtige Dokumente, die von den Sowjettruppen bei der Niederwerfung Hitlerdeutschlands erbeutet worden sind. Ihre Veröffentlichung wird dazu beitragen, den Verlauf der Vorbereitungen und der Entwicklung der Hitleraggression sowie des zweiten Weltkrieges ins rechte Licht zu rücken.

Derselben Aufgabe dient auch die vom Informationsbüro der Sowjetunion beim Ministerrat der UdSSR heute veröffentlichte historische Richtigstellung „Geschichtsfälscher“.

Die diesbezüglichen Geheimdokumente werden allernächster Zeit veröffentlicht werden.⁶

⁶ Diese Dokument wurden wenig später vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR herausgegeben und erschienen 1948 in deutscher Sprache im Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau, unter dem Titel „Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges“ in zwei Bänden.

1. Teil:

Die Wiedererstarkung des deutschen Imperialismus

– „Appeasement“-Politik gegenüber

Nazi-Deutschland

(bis 1938)

I. Wie die Vorbereitung der deutschen Aggression begann

Die amerikanischen Fälscher und ihre englisch-französischen Helferhelfer versuchen den Eindruck zu erwecken, als hätte die Vorbereitung der deutschen Aggression, die in den zweiten Weltkrieg ausmündete, erst im Herbst 1939 begonnen. Wer aber, außer absolut naiven Menschen, die jeder aufgebauschten Sensation ein williges Ohr leihen, kann heutzutage auf diese Angel anbeißen?

Wer wüsste nicht, dass Deutschland mit der Vorbereitung des Krieges sofort nach dem Machtantritt Hitlers begann? Wer wüsste ferner nicht, dass das Hitlerregime von den deutschen Monopolistenkreisen mit voller Billigung des in Großbritannien, Frankreich und den USA regierenden Lagers errichtet wurde?

Um zum Kriege rüsten und sich die neuesten Waffen verschaffen zu können, musste Deutschland seine Schwerindustrie, vor allem das Hüttenwesen und die Rüstungsindustrie des Ruhrgebiets, wiederherstellen und weiterentwickeln. Nach seiner

Schaffung der militärisch-ökonomischen Basis der Nazi-Aggression mit massiver Unterstützung der westlichen Imperialisten

Niederlage im ersten imperialistischen Krieg konnte Deutschland, dem das Joch des Versailler Vertrages auferlegt war, dies nicht in kurzer Frist mit eigenen Kräften bewerkstelligen. Die Vereinigten Staaten von Amerika leisteten dem deutschen Imperialismus hierbei weitgehende Unterstützung.

Wer wüsste nicht, dass die amerikanischen Banken und Truste mit vollem Einverständnis der Regierung in der Zeit nach Versailles Milliarden von Dollar in der deutschen Wirtschaft anlegten, bzw. sie Deutschland in Form von Krediten gewährten, die zur Wiederherstellung und Weiterentwicklung des deutschen Kriegspotentials verwendet wurden?

Die Periode nach Versailles brachte in Deutschland bekanntlich ein ganzes System von Maßnahmen, die darauf abzielten, die deutsche Schwerindustrie, insbesondere das deutsche Kriegspotential, wiederherzustellen. Eine große Rolle spielte hierbei der sogenannte Dawes-Reparationsplan für Deutschland, mit dessen Hilfe die USA und England die deutsche Industrie von den amerikanischen und britischen Monopolen abhängig zu machen gedachten. Der Dawesplan ebnete den Weg für den verstärkten Zufluss ausländischen – vorwiegend amerikanischen – Kapitals und seine Verankerung in der deutschen Industrie. Das Ergebnis war, dass schon 1925 ein Aufschwung der deutschen Wirtschaft einsetzte, der durch den intensiven Prozess der Neuaufrüstung des Produktionsapparates bedingt war. Gleichzeitig erfolgte ein starkes Ansteigen des deutschen Exports, der 1927 den Stand von 1913 erreichte, während er, was Fertigwaren anbelangt,

diesen Stand (in Preisen des Jahres 1913) sogar um 12 Prozent überschritt. In sechs Jahren, von 1924 bis 1929, flossen 10 bis 15 Milliarden Mark langfristige und über 6 Milliarden Mark kurzfristige ausländische Kapitalanlagen nach Deutschland. Einigen Quellen zufolge war der Umfang der Kapitalinvestitionen noch bedeutend größer. Dies führte zu einer gigantischen Verstärkung der deutschen Wirtschaftsmacht, besonders des Kriegspotentials. Von ausschlaggebender Bedeutung waren hierbei die amerikanischen Kapitalanlagen, die nicht weniger als 70 Prozent der Summe aller langfristigen Anleihen ausmachten.

Man kennt sehr wohl die Rolle, die bei der Finanzierung der deutschen Schwerindustrie, bei der Anknüpfung und Ausgestaltung engster Verbindungen zwischen der amerikanischen Industrie und der deutschen Industrie die amerikanischen Monopole spielten, an deren Spitze die Familien Dupont, Morgan, Rockefeller, Lamont und andere Industriemagnaten der USA stehen. Die führenden amerikanischen Monopole waren mit der Schwerindustrie, den Rüstungskonzernen und den Banken Deutschlands aufs engste verbunden. Der führende amerikanische Chemiekonzern Dupont de Nemours, der einer der größten Aktionäre des Automobiltrusts General Motors war, und der britische imperiale Chemietrust (Imperial Chemical Industries) standen in engen industriellen Beziehungen zu dem deutschen Chemiekonzern „I. G. Farbenindustrie“, mit dem sie 1926 ein Kartellabkommen über die Aufteilung der Weltmärkte für den Absatz von Schießpulver abschlossen. Präsident des Vorstands der Firma „Rohm & Haas“ in Philadelphia (USA) war vor dem Kriege ein Kompagnon des Chefs derselben Firma in Darmstadt (Deutschland). Nebenbei gesagt, treibt der ehemalige Direktor dieses Konzerns, Rudolf Müller, jetzt in „Bizonien“ sein Wesen und spielt eine bedeutende Rolle in den führenden Kreisen der Christlich-Demokratischen Union (CDU). Von 1931 bis 1939 kontrollierte der deutsche Kapitalist Schmitz, Vorsitzender der I. G. Farbenindustrie und Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank, die amerikanische Firma General Dyestuff Corporation. Nach der Münchener Konferenz von 1938 schloss der amerikanische Petroleumtrust Standard Oil einen Vertrag mit der I. G. Farbenindustrie, durch den diese an den Profiten aus dem in den USA produzierten Flugzeugbenzin beteiligt wurde, wofür sie leichten Herzens darauf verzichtete, ihr synthetisches Benzin, von dem Deutschland damals für Kriegszwecke Vorräte anlegte, aus Deutschland auszuführen.

Solche Verbindungen sind nicht nur für die kapitalistischen Monopole der USA kennzeichnend. Engste wirtschaftliche Beziehungen, die nicht nur von kommerzieller, sondern auch von militärischer Bedeutung waren, bestanden z. B. unmittelbar vor dem Krieg zwischen der Federation of British Industries und der deutschen Reichsgruppe Industrie. Vertreter dieser beiden Monopolverbände veröffentlichten 1939 in Düsseldorf eine gemeinsame Erklärung, in der es u. a. hieß, der Zweck des Abkommens sei, „die möglichst vollständige Zusammenarbeit zwischen den Industriesystemen ihrer respektiven Länder zu gewährleisten“. Das geschah zu einer Zeit, da Hitlerdeutschland die Tschechoslowakei verschlungen hatte! Kein Wunder, dass der Londoner „Economist“ aus diesem Anlass schrieb: „Liegt nicht etwas in der Düsseldorfer Luft, was vernünftige Menschen von Sinnen bringen könnte?“⁷

⁷ Zitiert nach: Corwin D. Edwards, Economic and Political Aspects of International Cartels (Ökonomische und politische Aspekte der internationalen Kartelle), Government Printing Office, Washington 1944.

Ein kennzeichnendes Beispiel der engen Verflechtung zwischen amerikanischem – aber auch englischem – und deutschem Kapital bietet die bekannte Schröderbank, in der der deutsche Stahltrust, die von Stinnes, Thyssen und anderen Industriemagnaten des Ruhrgebiets gegründete Vereinigte Stahlwerke A. G., die führende Rolle spielte, und die ihre Zentralen in New York und London hatte. In den Geschäften dieser Bank sprach Allen Dulles, der Direktor der Londoner, Kölner und Hamburger Schröders in New York – der Firma J. Henry Schröder Banking Corporation – ein entscheidendes Wort. Eine führende Rolle in der New Yorker Zentrale dieser Bank spielte die bekannte Anwaltsfirma (law firm) Sullivan & Cromwell, die von John Foster Dulles, dem jetzigen Hauptberater des Herrn Marshall, geleitet wird. Die Firma ist eng verbunden mit dem Rockefellerschen Weltpetroleumtrust Standard Oil sowie mit der größten Bank der USA, der Chase National Bank, die in der deutschen Industrie riesige Kapitalien anlegten.

Sobald in dem Deutschland der Nachversaillesperiode der Inflation Einhalt geboten und die Mark stabilisiert worden war, ergoss sich, wie in dem 1947 in New York erschienenen Buch von R. Sasuly betont wird, buchstäblich ein Strom von Auslandsanleihen nach Deutschland. Von 1924 bis 1930 stieg die Auslandsschuld Deutschlands um mehr als 30 Milliarden Mark.

Mit Hilfe von ausländischem – hauptsächlich amerikanischem – Kapital wurde die deutsche Industrie, besonders die Vereinigte Stahlwerke A. G., weitgehend rekonstruiert und modernisiert. Einige Anleihen flossen unmittelbar solchen Firmen zu, die bei der Neuaufrüstung die Hauptrolle spielten.⁸

Neben der englisch-deutsch-amerikanischen Schröderbank spielte bei der Finanzierung der Vereinigten Stahlwerke in diesen Jahren eine der größten New Yorker Banken – Dillon, Read & Co. –, zu deren Direktoren mehrere Jahre lang der jetzige USA-Verteidigungsminister Forrestal gehörte, eine führende Rolle.⁹

Eben dieser goldene Regen amerikanischer Dollars befruchtete die Schwerindustrie Hitlerdeutschlands, insbesondere die Rüstungsindustrie. Diese von den transatlantischen Monopolen in der Rüstungswirtschaft Hitlerdeutschlands angelegten Milliarden amerikanischer Dollars stellten das deutsche Kriegspotential wieder her und gaben dem Hitlerregime die Waffe in die Hand, die es zur Durchführung seiner Aggression nötig hatte.

In einer kurzen Zeitspanne schuf Deutschland, gestützt auf die finanzielle Hilfe hauptsächlich der amerikanischen Monopole, wieder eine starke Rüstungsindustrie, die imstande war, kolossale Mengen erstklassiger Kriegsmaterialien, viele Tausende Panzer, Flugzeuge, Geschütze, Kriegsschiffe von neuestem Typus und andere Waffenarten herzustellen.

⁸ Richard Sasuly, IG Farben, Boni & Gaer, New York 1947, p. 80.

⁹ Stock Exchange Year Book, London 1925; Who's Who in America; Who's Who in American Finance, Banking and Insurance; Moody's Manual of Railroads and Corporation Securities; Poor's Manual, 1924–1939.

Alles das möchten die Geschichtsfälscher nicht mehr wahrhaben. Sie versuchen sich zu drücken vor der Verantwortung für ihre Politik, die die Hitleraggressoren bewaffnete, den zweiten Weltkrieg entfesselte und zu einer in der Geschichte beispiellos dastehenden Kriegskatastrophe führte, die die Menschheit Millionen und aber Millionen Opfer gekostet hat.

Es darf also nicht vergessen werden, dass die erste und wichtigste Voraussetzung der Hitleraggression die Wiedergeburt und Erneuerung der Schwerindustrie und der sonstigen Rüstungsindustrie Deutschlands war, die ihrerseits nur durch die direkte und weitgehende Finanzhilfe der herrschenden Kreise der Vereinigten Staaten von Amerika möglich wurde.

Aber das ist noch nicht alles.

Ein anderer entscheidender Umstand, der die Entfesselung der Hitleraggression förderte, war die Politik der regierenden Kreise Englands und Frankreichs, die als Politik der „Befriedung“ Hitlerdeutschlands, als eine Politik der Abkehr von kollektiver Sicherheit bekannt ist. Heute muss es jedermann klar sein, dass eben diese Politik der regierenden Kreise Englands und Frankreichs, verkörpert in der Abkehr von kollektiver Sicherheit, in der Weigerung, der deutschen Aggression entgegenzutreten, in der Begünstigung der aggressiven Forderungen Hitlerdeutschlands, zum zweiten Weltkrieg geführt hat.

Abkommen der englischen und französischen Imperialisten mit Nazi-Deutschland diente der Stärkung der Nazi-Aggression (1933–1935)

Wenden wir uns den Tatsachen zu.

Schon bald nach Hitlers Machtantritt wurde dank der Bemühungen der Regierungen Englands und Frankreichs im Jahre 1933 in Rom ein „**Pakt des Einvernehmens und der Zusammenarbeit**“ (**Pact of Accord and Co-operation**) von vier Mächten – Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Italien – unterzeichnet. Dieser Pakt bedeutete einen Kuhhandel der englischen und der französischen Regierung mit dem deutschen und dem

„Pakt des Einvernehmens und der Zusammenarbeit“ zwischen Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien 1933

italienischen Faschismus, die schon damals aus ihren Aggressionsabsichten kein Hehl machten. Gleichzeitig bedeutete dieser Pakt mit den faschistischen Staaten die Abkehr von der Politik einer Festigung der Einheitsfront der friedliebenden Mächte gegen die aggressiven Staaten. Auf der damals tagenden Abrüstungskonferenz stand der sowjetische Antrag, einen Nichtangriffspakt und einen Pakt über die Definition des Angreifers zu schließen, zur Erörterung. Indem Großbritannien und Frankreich unter Umgehung der übrigen an dieser Abrüstungskonferenz beteiligten Mächte ihren Schachzug mit Deutschland und Italien abschlossen, führten sie einen Schlag gegen die Gewährleistung des Weltfriedens und der Völkersicherheit.

Bald darauf, 1934, halfen England und Frankreich Hitler, die feindselige Einstellung des mit ihnen alliierten Polens der Barone zur UdSSR auszunutzen, wodurch der **deutsch-polnische Nichtangriffspakt** zustande kam, der eine bedeutsame Etappe in der Vorbereitung der deutschen Aggression war. Hitler brauchte diesen Pakt, um die Reihen der Anhänger der kollektiven Sicherheit in Verwirrung zu bringen und an diesem Beispiel zu zeigen, dass Europa nicht kollektiver Sicherheit, sondern zweiseitiger Abkommen bedürfe. Dies ermöglichte es den deutschen Aggressoren, selbst darüber zu entscheiden, mit wem und wann sie ein Abkommen schließen und wen und wann sie überfallen wollen. Zweifellos war der deutsch-polnische Pakt die erste ernsthafte Bresche im Gebäude der kollektiven Sicherheit.

Deutsch-polnischer Nichtangriffspakt 1934

Dreister geworden, ergriff Hitler eine Reihe von Maßnahmen zwecks offener Wiederherstellung der deutschen Streitkräfte, was bei den englischen und französischen Machthabern auf keinerlei Gegenwehr stieß.

Im Gegenteil, schon bald, im Jahre 1935, wurde in London, wo Ribbentrop zu diesem Zweck eingetroffen war, ein **englisch-deutsches Flottenabkommen** geschlossen, worin Großbritannien der Wiederherstellung der deutschen Seestreitkräfte in einem Umfang zustimmte, der der französischen Kriegsmarine fast gleichkam. Außerdem erhielt Hitler das Recht, U-Boote mit einer Gesamttonnage zu bauen, die 45 Prozent der britischen U-Boot-Flotte gleichkam. In den gleichen Zeitraum fallen auch die einseitigen Akte Hitlerdeutschlands, die auf die Beseitigung aller

Englisch-deutsches Flottenabkommen 1935

anderen im Versailler Vertrag festgelegten Beschränkungen für das Anwachsen der Streitkräfte Deutschlands gerichtet waren und die bei England, Frankreich und den USA keinerlei Widerstand begegneten.

Die faschistischen Aggressoren wurden angesichts der offenkundigen Vorschubleistung durch die USA, Großbritannien und Frankreich mit jedem Tage unersättlicher.

Es ist selbstverständlich kein Zufall, dass Deutschland und Italien bei ihren militärischen Interventionen in Abessinien und Spanien damals leichtes Spiel hatten.

Nur die Sowjetunion betrieb konsequent und entschlossen ihre Friedenspolitik und verfocht die Prinzipien der Gleichberechtigung und der Unabhängigkeit Abessiniens, das überdies Mitglied des Völkerbundes war, sowie das Anrecht der legitimen republikanischen Regierung Spaniens auf Unterstützung durch die demokratischen Länder in ihrem Kampf gegen die deutsch-italienische Intervention.

W. M. Molotow führte auf der Tagung des Zentralen Exekutivkomitees der UdSSR am 10. Januar 1936 anlässlich des italienischen Überfalls auf Abessinien folgendes aus:

Abessinien 1935

„Die Sowjetunion hat im Völkerbund ihre Treue für dieses Prinzip, das Prinzip staatlicher Unabhängigkeit und nationaler Gleichberechtigung aller Staaten, am Beispiel eines der kleinen Länder – Abessiniens demonstriert. Die Sowjetunion hat außerdem ihre Beteiligung am Völkerbund dazu ausgenutzt, um ihre gegen den imperialistischen Aggressor gerichtete Linie praktisch durchzuführen.“¹⁰

W. M. Molotow sagte damals:

„Der italienisch-abessinische Krieg zeigt, dass die Gefahr eines Weltkrieges immer größer wird, dass sie Europa immer mehr ergreift.“¹¹

¹⁰ W. M. Molotow, Artikel und Reden aus den Jahren 1935 und 1936, S. 176 russ.

¹¹ Ebenda S. 177

Was aber taten zu dieser Zeit die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs, vor deren Augen die faschistischen Räuber immer frecher und frecher mit ihren Opfern aufräumten? Sie rührten keinen Finger, um den deutschen und den italienischen Aggressor zu bändigen, um die mit Füßen getretenen Rechte der Völker zu verteidigen, um den Frieden zu wahren und den herannahenden zweiten Weltkrieg aufzuhalten.

Nur die Sowjetunion tat alles, was im Bereich der Möglichkeit lag, um den faschistischen Aggressoren den Weg zu versperren. Die Sowjetunion trat als Initiatorin und Vorkämpferin der kollektiven Sicherheit auf. Schon am 6. Februar 1933 schlug der Vertreter der Sowjetunion, M. M. Litwinow, in der Allgemeinen Abrüstungskommission vor, eine Deklaration anzunehmen, in der Aggression und Angreifer definiert werden. Bei ihrem Vorschlag, den Angreifer zu definieren, ging die Sowjetunion von der Notwendigkeit aus, im Interesse der allgemeinen Sicherheit und leichterer Verständigung über maximale Abrüstung den Begriff der „Aggression“ möglichst genau zu definieren, um „jedwem Vorwand zu ihrer Rechtfertigung vorzubeugen“. Unter der Führung Englands und Frankreichs lehnte die Konferenz jedoch, zu Nutz und Frommen des deutschen Aggressors, diesen Vorschlag ab.

Allgemein bekannt ist der beharrliche und langwierige Kampf, den die Sowjetunion und ihre Völkerbundsdelegation unter Leitung M. M. Litwinows für die Aufrechterhaltung und Stärkung der kollektiven Sicherheit geführt hat. Während der ganzen Vorkriegszeit trat die Sowjetdelegation im Völkerbund für das Prinzip der kollektiven Sicherheit ein, fast in jeder Sitzung, in jedem Ausschuss des Völkerbunds erhob sie ihre Stimme zur Verteidigung dieses Prinzips. Wie bekannt, blieb die Sowjetunion aber ein Rufender in der Wüste. Die ganze Welt kennt die Vorschläge der Sowjetdelegation über Maßnahmen zur Stärkung der kollektiven Sicherheit, die im Auftrage der Sowjetregierung Herrn Avenol, dem Generalsekretär des Völkerbundes, am 30. August 1936 mit dem Ersuchen unterbreitet wurden, sie im Völkerbund zur Erörterung zu stellen. Bekannt ist aber auch, dass diese Vorschläge in den Archiven des Völkerbundes begraben wurden, ohne dass irgendetwas unternommen worden wäre.

Es war klar, dass England und Frankreich, die damals im Völkerbund die Führung hatten, den kollektiven Widerstand gegen eine deutsche Aggression ablehnten. Sie taten es, weil ihnen die kollektive Sicherheit bei der Durchführung ihrer neuen Politik der „Befriedigung“ des deutschen Aggressors, einer Politik der Konzessionen an den Naziaggressor, hinderlich war.

Natürlich musste eine solche Politik Deutschland noch aggressiver machen, aber die regierenden Kreise Englands und Frankreichs hielten das für ungefährlich, da man glaubte, die Hitleraggression, nachdem man Hitler durch Konzessionen im Westen befriedigt hätte, nach Osten lenken und sie als Waffe gegen die Sowjetunion gebrauchen zu können.

In seinem Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag der KPdSU(B) vom März 1939 sagte J. W. Stalin, als er die Ursachen für die Intensivierung der Hitleraggression erläuterte:

Die USA, Großbritannien und Frankreich sabotieren die Politik der UdSSR

„Die wichtigste Ursache besteht darin, dass sich die meisten nichtaggressiven Länder, und vor allem England und Frankreich, von der Politik der kollektiven Sicherheit, von der Politik der kollektiven Abwehr der Aggressoren losgesagt haben, dass sie die Position der Nichteinmischung, die Position der Neutralität bezogen haben.“¹²

Um den Leser irrezuführen und gleichzeitig die Sowjetregierung zu verleumden, behauptet der amerikanische Korrespondent Neal Stanford, die Sowjetregierung sei gegen die kollektive Sicherheit gewesen, M. M. Litwinow sei seines Postens als Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten enthoben und durch W. M. Molotow ersetzt worden, weil er eine Politik betrieben habe, die auf Stärkung der kollektiven Sicherheit abzielte. Etwas Törichteres als diese phantastische Behauptung ist kaum denkbar. Selbstverständlich hat M. M. Litwinow nicht seine private Politik, sondern die Politik der Sowjetregierung durchgeführt. Anderseits ist der Kampf für die kollektive Sicherheit allgemein bekannt, den die Sowjetregierung und ihre Vertreter, darunter auch M. M. Litwinow, während der ganzen Vorkriegszeit geführt haben.

Was die Ernennung W. M. Molotows zum Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten betrifft, so ist völlig klar, dass in der damaligen komplizierten Situation, als die faschistischen Aggressoren den zweiten Weltkrieg vorbereiteten und hierbei von Großbritannien und Frankreich, hinter denen die Vereinigten Staaten von Amerika standen, direkt gefördert und zum Krieg gegen die Sowjetunion angetrieben wurden, auf dem so verantwortungsvollen Posten des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten ein Politiker stehen musste, der erfahrener war und größere Popularität im Lande genoss als M. M. Litwinow.

Es war kein Zufall, dass die Westmächte einen Pakt über kollektive Sicherheit ablehnten. Damals entspann sich ein Kampf zwischen zwei Richtungen der internationalen Politik. Die eine Richtung war die des Kampfes für den Frieden, für die Organisierung der kollektiven Sicherheit und für die Abwehr der Aggression durch die vereinten Kräfte der friedliebenden Völker. Diese Richtung vertrat die Sowjetunion, die konsequent und standhaft die Interessen aller großen und kleinen friedliebenden Völker wahrnahm. Die andere Richtung lehnte die Organisierung der kollektiven Sicherheit und den Widerstand gegen die Aggression ab, was die faschistischen Länder unvermeidlich zu noch aggressiverer Tätigkeit anspornte und damit die Entfesselung des neuen Krieges begünstigte.

Aus alledem geht hervor, dass die historische Wahrheit in folgendem besteht: Die Hitleraggression wurde möglich, erstens, weil die USA Deutschland halfen, in kurzer Zeit eine militärische und ökonomische Basis für die deutsche Aggression zu

¹² J. Stalin, Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU(B), Moskau 1939, S. 12; auch in: „Das Land des Sozialismus heute und morgen“, Berichte und Reden auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU(B), 10. bis 21. März 1939, Moskau 1939, S. 20.

schaffen, und auf solche Weise diese Aggression bewaffneten, und zweitens, weil die regierenden Kreise Englands und Frankreichs durch ihre Abkehr von kollektiver Sicherheit die Reihen der friedliebenden Länder desorganisierten, die Einheitsfront dieser Länder gegen die Aggression zersetzen, der deutschen Aggression den Weg bereiteten und Hitler halfen, den zweiten Weltkrieg zu entfesseln.

Was wäre geschehen, wenn die USA nicht die Schwerindustrie Hitlerdeutschlands finanziert und wenn England und Frankreich sich nicht von der kollektiven Sicherheit abgewandt, sondern, im Gegenteil, gemeinsam mit der Sowjetunion eine kollektive Abwehr gegen die deutsche Aggression in die Wege geleitet hätten?

Hitler hätte dann für seine Aggression keine ausreichenden Waffen gehabt. Die Raubpolitik Hitlers wäre von einem Regime der kollektiven Sicherheit in die Zange genommen worden. Die Chancen der Hitlerfaschisten auf eine erfolgreiche Entfesselung des zweiten Weltkrieges wären auf ein Minimum zusammengeschrumpft. Hätten aber die Hitlerfaschisten, trotz dieser für sie so ungünstigen Bedingungen, sich doch zur Entfesselung des zweiten Weltkrieges entschlossen, dann wären sie schon im ersten Kriegsjahr geschlagen worden.

Dies ist aber leider nicht geschehen, und zwar infolge der verderblichen Politik, die die USA, England und Frankreich während der ganzen Vorkriegszeit betrieben.

Eben sie sind daran schuld, wenn die Hitlerfaschisten den zweiten Weltkrieg, der fast sechs Jahre dauerte und Millionen Opfer verschlang, nicht ohne Erfolg entfesseln konnten.

II. Nicht Kampf gegen die deutsche Aggression, sondern eine Politik der Isolierung der UdSSR

Die weitere Entwicklung der Ereignisse zeigte noch deutlicher, dass die regierenden Kreise Englands und Frankreichs durch ihre Konzessionen und Vergünstigungen an die faschistischen Staaten, die sich 1936 zu dem als „Achse Berlin-Rom“ bekannten militärischen und politischen Block zusammengeschlossen hatten, Deutschland nur ermunterten und auf den Weg der Annexionen drängten.

England und Frankreich, die sich von der Politik kollektiver Sicherheit losgesagt hatten, bezogen die Position der sogenannten Nichteinmischung, von der **J. W. Stalin sagte, man könnte**

„.... die Politik der Nichteinmischung wie folgt charakterisieren: „Möge jedes Land sich gegen die Aggressoren verteidigen, wie es will und kann, wir scheren uns nicht darum, wir werden sowohl mit den Aggressoren als auch mit ihren Opfern Handel treiben.“ In Wirklichkeit jedoch bedeutet die Politik der Nichteinmischung die Begünstigung der Aggression, die Entfesselung des Krieges und folglich seine Ausweitung zu einem Weltkrieg.“¹³

Dabei wies J. W. Stalin darauf hin, dass „das große und gefährliche politische Spiel, das die Anhänger der Nichteinmischungspolitik begonnen haben, für sie mit einem ernsthaften Fiasko enden kann“.¹⁴

Schon im Jahre 1937 war es absolut klar, dass die Ereignisse einem von Hitler mit direkter Vorschubleistung Großbritanniens und Frankreichs angezettelten großen Krieg entgegentreibent.

Die von den Sowjettruppen nach der Niederwerfung Deutschlands erbeuteten Dokumente des deutschen Auswärtigen Amtes enthüllen das wahre Wesen der Außenpolitik, die Großbritannien und Frankreich damals trieben. Wie aus den Dokumenten ersichtlich, bestand das Wesen der englisch-französischen Politik nicht im Zusammenschluss der Kräfte der friedliebenden Staaten zum gemeinsamen Kampf gegen die Aggression, sondern in Versuchen, die UdSSR zu isolieren und die Hitleraggression nach dem Osten, gegen die Sowjetunion, zu lenken, wobei Hitler als Werkzeug für ihre eigenen Zwecke ausgenutzt werden sollte.

Die Machthaber Englands und Frankreichs kannten sehr wohl die Hauptrichtung der hitlerfaschistischen Außenpolitik, die von Hitler wie folgt definiert worden war:

„Wir Nationalsozialisten ziehen bewusst einen Strich unter die außenpolitische Richtung unserer Vorkriegszeit. Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir brechen endlich mit der Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen

¹³ J. Stalin, Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU(B), Moskau 1939, S. 12; auch in: „Das Land des Sozialismus heute und morgen“, Moskau 1939, S. 20.

¹⁴ Ebenda, S. 15 bzw. S. 22.

über zur Bodenpolitik der Zukunft. Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Russland und die ihm untertanen Randstaaten denken. Das Schicksal selbst scheint uns hier einen Fingerzeig geben zu wollen.“¹⁵

Bis zur letzten Zeit pflegte man anzunehmen, dass die gesamte Verantwortung für die Münchener Verratspolitik den regierenden Kreisen Englands und Frankreichs, den Regierungen Chamberlains und Daladiers, zufällt. Die Tatsache, dass die USA-Regierung die Veröffentlichung der deutschen Archivmaterialien unternommen hat und die auf das Münchener Abkommen bezüglichen Dokumente aus ihrer Sammlung ausschloss, zeugt davon, wie sehr die Regierung der USA daran interessiert ist, die Helden des Münchener Verrats weißzuwaschen und dabei den Versuch zu machen, die Schuld auf die UdSSR abzuwälzen.

Auch früher war schon zur Genüge klar, worin der Sinn der **Münchener Politik Englands und Frankreichs** in der Hauptsache bestand. Die in den Händen der Sowjetregierung befindlichen Dokumente aus dem Archiv des deutschen Auswärtigen Amtes liefern jedoch zahlreiche zusätzliche Tatsachenangaben, die den wirklichen Sinn der Diplomatie der Westmächte in der Vorkriegszeit enthüllen und zeigen, wie mit dem Schicksal der Völker gespielt wurde, wie unverfroren man fremde Territorien verschacherte, wie die Weltkarte heimlich umgemodelt wurde, **wie man die Hitleraggression anspornte und welche Anstrengungen aufgeboten wurden, um diese Aggression nach dem Osten, gegen die Sowjetunion, zu lenken.**

Der wahre Zweck des
Münchener Abkommens
1938 – die Nazi-
Aggression gegen die
UdSSR zu lenken

Ein beredtes Beispiel dafür ist ein deutsches Dokument, worin ein Gespräch zwischen Hitler und dem britischen Minister Halifax, das in Gegenwart des deutschen Außenministers von Neurath am 19. November 1937 in Obersalzberg stattfand, aufgezeichnet ist.

Halifax erklärte,

„er (Lord Halifax) und andere Mitglieder der englischen Regierung wären davon durchdrungen, dass der Führer nicht nur in Deutschland selbst Großes geleistet habe, sondern dass er auch durch die Vernichtung des Kommunismus im eigenen Lande diesem den Weg nach Westeuropa versperrt habe und dass daher mit

¹⁵ A. Hitler, Mein Kampf, München 1936, S. 742.

Recht Deutschland als Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus angesehen werden könnte“.¹⁶

Im Namen des englischen Premierministers Chamberlain erklärte Halifax, es bestehe absolut die Möglichkeit, eine Lösung selbst für schwierige Probleme zu finden, wenn es Deutschland und England gelänge, eine Verständigung auch mit Frankreich und Italien zu erzielen.

Halifax sagte :

„Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass die Achse Berlin-Rom oder das gute Verhältnis London-Paris durch eine deutsch-englische Einigung in Mitleidenschaft gezogen würde. Nachdem durch eine deutsch-englische Einigung der Boden vorbereitet sei, müssten die vier großen westeuropäischen Mächte¹⁷ gemeinsam die Grundlage schaffen, auf der ein dauernder europäischer Friede errichtet werden könnte. Auf keinen Fall dürfe eine der vier Mächte aus dieser Zusammenarbeit herausgelassen werden, da in diesem Fall der bestehende Zustand der Unsicherheit kein Ende finden könne.“¹⁸

Halifax bot Hitler also schon 1937 im Namen der britischen Regierung den Anschluss Englands und zugleich auch Frankreichs an die „Achse Berlin-Rom“ an.

Hitler beantwortete diesen Vorschlag jedoch mit der Erklärung, es erscheine ihm sehr leicht, ein solches Viermächteabkommen zustande zu bringen, wenn von gutem Willen und liebenswürdiger Haltung zueinander die Rede sei, die Sache kompliziere sich jedoch, wenn Deutschland nicht als ein Staat behandelt werden solle, „der nicht mehr das moralische oder materielle Stigma des Versailler Vertrages an sich trage“.

Der Aufzeichnung zufolge entgegnete Halifax hierauf:

„Die Engländer seien ein Volk der Realitäten und seien vielleicht mehr als andere davon überzeugt, dass die Fehler des Versailler Diktats richtiggestellt werden müssten (that mistakes had been made in the Treaty of Versailles which had to be put right). England habe ja auch in der Vergangenheit stets seinen Einfluss in diesem realistischen Sinne geltend gemacht. Er weise auf Englands Rolle bei der vorzeitigen Rheinlandräumung, bei der Lösung der Reparationsfrage ebenso wie bei der Wiederbesetzung des Rheinlandes hin.“¹⁹

Aus der Niederschrift der Unterredung zwischen Hitler und Halifax ersieht man weiter, dass die britische Regierung Hitlers Plänen, Danzig, Österreich und die Tschechoslowakei zu „erwerben“, billigend gegenüberstand. Nachdem Halifax mit Hitler über Fragen der Abrüstung und des Völkerbundes gesprochen und bemerkt hatte, diese Fragen bedürften weiterer Erörterung, erklärte er:

¹⁶ „Aufzeichnung der Unterredung des Führers und Reichskanzlers mit Lord Halifax in Anwesenheit des Reichsaßenministers in Obersalzberg am 19. November 1937“, aus dem Archiv des deutschen Auswärtigen Amtes.

¹⁷ Gemeint sind Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien.

¹⁸ Siehe die vorstehend zitierte „Aufzeichnung“.

¹⁹ Ebenda.

„Alle anderen Fragen könne man dahingehend charakterisieren, dass sie Änderungen der europäischen Ordnung beträfen, die wahrscheinlich früher oder später eintreten würden. Zu diesen Fragen gehörten Danzig, Österreich und die Tschechoslowakei. England sei nur daran interessiert, dass diese Änderungen im Wege friedlicher Evolution zustande gebracht würden und dass Methoden vermieden würden, die weitgehende Störungen, wie sie weder der Führer noch andere Länder wünschten, verursachen könnten.“²⁰

In dieser Unterredung wurde, wie man sieht, nicht einfach das Gelände sondiert, nicht bloß dem Gesprächspartner auf den Zahn gefühlt, wie die politische Notwendigkeit das zuweilen mit sich bringt, sondern ein Spiel abgekartet, eine geheime Verständigung der englischen Regierung mit Hitler über die Befriedigung der Annexionsgelüste Hitlers auf Kosten dritter Länder herbeigeführt.

In diesem Zusammenhang verdient die von dem englischen Minister Simon am 21. Februar 1938 im Parlament abgegebene Erklärung beachtet zu werden, dass Großbritannien niemals besondere Garantien für die Unabhängigkeit Österreichs gegeben habe. Dies war eine bewusste Lüge, da derartige Garantien in den Verträgen von Versailles und St. Germain gegeben worden waren.

Auch der britische Premierminister Chamberlain erklärte damals, Österreich könne nicht auf irgendeinen Schutz vonseiten des Völkerbundes rechnen. Er sagte:

„Wir dürfen nicht versuchen, uns selbst irrezuführen, und noch weniger dürfen wir kleine Nationen zu dem Glauben, sie würden vom Völkerbund gegen Aggression verteidigt werden, und zu entsprechenden Handlungen verleiten, wo wir doch wissen, dass nichts dergleichen zu erwarten ist.“²¹

So munterten die Leiter der britischen Politik Hitler zu seinen annexionistischen Handlungen auf.

In dem von den Sowjettruppen in Berlin erbeuteten deutschen Archiv findet sich ferner eine Niederschrift des Gesprächs, das Hitler und Henderson, der britische Botschafter in Deutschland, in Anwesenheit Ribbentrops am 3. März 1938 hatten²². Von allem Anfang an betonte Henderson in dieser Unterredung deren vertraulichen Charakter und schickte voraus, dass der Inhalt der Unterredung weder den Franzosen noch den Belgern, weder den Portugiesen noch den Italienern mitgeteilt werden solle, denen nur gesagt werden sollte, die Unterredung sei die Fortsetzung der Unterhandlungen zwischen Halifax und Hitler gewesen und habe sich auf Fragen bezogen, die Deutschland und England beträfen.

²⁰ Ebenda.

²¹ „Times“ vom 23. Februar 1938, p. 8.

²² „Aufzeichnung der Unterredung zwischen dem Führer und Reichskanzler und dem kgl. britischen Botschafter, die in Anwesenheit des Reichsaßenministers von Ribbentrop am 3. März 1938 in Berlin stattfand“, aus dem Archiv des deutschen Auswärtigen Amtes.

Henderson, der in dieser Unterredung im Namen der britischen Regierung auftrat, betonte,

„es handle sich um kein Handelsgeschäft, sondern um einen Versuch, die Grundlage für eine wahrhafte und herzliche Freundschaft zu Deutschland herzustellen, beginnend mit einer Besserung der Atmosphäre und endend mit der Schaffung eines neuen Geistes der freundschaftlichen Verständigung“.²³

Ohne gegen Hitlers Forderung, „Europa ohne Russland zu vereinigen“, Einwände zu erheben, erwähnte Henderson, Halifax, der inzwischen Außenminister geworden war, habe sich bereits mit den territorialen Veränderungen, die Deutschland in Europa durchzuführen beabsichtige, einverstanden erklärt, und sagte:

„An einer solchen vernünftigen Regelung mitzuhelpen, sei das Ziel des englischen Vorschlags.“

Wie es in der Niederschrift heißt, erklärte Henderson in der gleichen Unterredung, dass Chamberlain „großen Mut bewiesen habe, indem er rücksichtslos internationale Phrasen wie kollektive Sicherheit und dergleichen demaskiert hätte ...“

Henderson fügte hinzu:

„Daher erkläre England seine Bereitschaft zur Bereinigung der Schwierigkeiten und richte an Deutschland die Frage, ob es auch seinerseits bereit sei.“²⁴

Als Ribbentrop in die Unterredung eingriff, indem er Hendersons Aufmerksamkeit darauf hinlenkte, dass der englische Gesandte in Wien sich von Papen gegenüber in „dramatischer“ Form über die Ereignisse in Österreich geäußert habe, da beeilte sich Henderson, von der Erklärung seines Kollegen abzurücken und daran zu erinnern, „wie oft er, Sir Neville Henderson, selbst für den Anschluss eingetreten sei“.

Eine solche Sprache führte die englische Diplomatie in der Vorkriegszeit.

**Gleich nach diesem Übereinkommen, am
12. März 1938, besetzte Hitler Österreich,
ohne bei England und Frankreich irgendei-
nen Widerstand zu finden.** Zu diesem Zeitpunkt erhob nur die Sowjetunion ihre warnende Stimme und rief abermals dazu auf, die Unabhängigkeit der von der Aggression bedrohten Länder durch kollektive Maßnahmen zu schützen. Schon am 17. März 1938 richtete die Sowjetregierung an die Mächte eine Note, worin sie ihrer Bereitschaft Ausdruck gab, „unverzüglich im Völkerbund oder außerhalb des Völkerbundes praktische Maßnahmen mit anderen Mächten zu erörtern“, die „das Ziel haben würden, der weiteren Entwicklung der Aggression Einhalt zu tun und die verstärkte Gefahr eines neuen Weltgemetzels zu beseitigen“.²⁵

Österreich 1938

²³ Ebenda.

²⁴ Ebenda.

²⁵ „Iswestija“ vom 18. März 1938.

Die Antwort der englischen Regierung auf die Sowjetnote zeugt davon, dass die englische Regierung nicht gewillt war, diesen Plänen der Hitleraggression Hindernisse in den Weg zu legen.

In der Antwort hieß es, eine Konferenz zwecks „koordinierter Aktion gegen Aggression würde nach Ansicht der Regierung Seiner Majestät nicht notwendigerweise eine so günstige Wirkung auf die Perspektiven des europäischen Friedens haben“.²⁶

Das nächste Glied in der Kette der deutschen Aggression und der Vorbereitungen zum Krieg in Europa war die Besetzung der Tschechoslowakei durch Deutschland. Auch dieser überaus wichtige Schritt zur Entfesselung des Krieges in Europa konnte von Hitler nur mit direkter Unterstützung Englands und Frankreichs getan werden.

Schon am 10. Juli 1938 meldete Dirksen, der deutsche Botschafter in London, nach Berlin, England habe

„den Ausgleich mit Deutschland zu einem seiner wesentlichsten Programm-punkte gemacht; es bringt darum Deutschland das Höchstmaß an Verständnis entgegen, das unter allen für die Kabinettbildung in Frage kommenden Kombinationen englischer Politiker aufzubringen ist“.²⁷

Dirksen schrieb, dass die englische Regierung

„sich in wesentlichen Punkten den von Deutschland vertretenen Leitsätzen angenähert hat: der Ausschaltung der Sowjetunion aus der Mitbestimmung der geschickten Europas; der Ausschaltung des Völkerbundes bei derselben Aufgabe; der Zweckmäßigkeit zweiseitiger Verhandlungen und Verträge ...“²⁸

Dirksen teilte ferner nach Berlin mit, dass die englische Regierung bereit sei, für die „Befriedigung anderer gerechter Forderungen Deutschlands“ große Opfer zu bringen.

Es hatte sich also tatsächlich zwischen der englischen Regierung und Hitler in ihren außenpolitischen Plänen ein weitgehendes Einvernehmen herausgebildet, worüber Dirksen in seiner Meldung nach Berlin so vielsagend berichtete.

Es erübrigts sich, an allbekannte Tatsachen zu erinnern, die sich bereits unmittelbar auf die Münchener Abmachung beziehen. Man darf aber nicht vergessen, dass am 19. September 1938, d. h. vier Tage nach dem Zusammentreffen Hitlers mit Chamberlain, der zu diesem Zweck per Flugzeug nach der Hitlerresidenz Berchtesgaden gekommen war, Vertreter der britischen und der französischen Regierung die tschechoslowakische Re-

Tschechoslowakei 1938

²⁶ Note des Foreign Office vom 24. März 1938.

²⁷ „Politischer Bericht, London. 10. Juli 1938, als Ergänzung zum Bericht A Nr. 2589 vom 10. Juni d. J.“, aus dem Archiv des deutschen Auswärtigen Amtes.

²⁸ Ebenda.

gierung aufforderten, Deutschland die hauptsächlich von Sudetendeutschen bewohnten tschechoslowakischen Gebiete abzutreten. Sie motivierten diese Aufforderung damit, es sei sonst unmöglich, den Frieden aufrechtzuerhalten und die Lebensinteressen der Tschechoslowakei zu wahren. Die britischen und französischen Gönner der Hitleraggression suchten ihren Verrat durch das Versprechen internationaler Garantien für die neue Grenze des tschechoslowakischen Staates zu bemänteln und als einen „Beitrag zur Befriedung Europas“ hinzustellen.²⁹

Am 20. September beantwortete die tschechoslowakische Regierung die Vorschläge Englands und Frankreichs. Sie erklärte, „die Annahme solcher Vorschläge käme einer freiwilligen und völligen Verstümmelung des Staates in allen Richtungen gleich“. Die tschechoslowakische Regierung machte die englische und französische Regierung darauf aufmerksam, dass „eine Lähmung der Tschechoslowakei tiefgreifende politische Änderungen in ganz Mittel- und Südosteuropa zur Folge haben“ würde.

Die tschechoslowakische Regierung erklärte in ihrer Antwort:

„Das Gleichgewicht der Kräfte in Mitteleuropa und in Europa überhaupt wäre zunichte gemacht; das würde weitgehende Folgen für alle anderen Staaten, besonders aber für Frankreich, nach sich ziehen.“

Die tschechoslowakische Regierung wandte sich an die Regierungen Englands und Frankreichs „mit dem letzten Appell“, ihren Standpunkt zu revidieren, und hob hervor, dass dies nicht nur im Interesse der Tschechoslowakei läge, sondern auch im Interesse ihrer Freunde, im Interesse „des gesamten Friedenswerkes und einer gesunden Entwicklung Europas“.

Die Machthaber Englands und Frankreichs aber blieben unerbittlich.

Am nächsten Tag richtete die englische Regierung eine Antwortnote an die tschechoslowakische Regierung, worin sie dieser nahelegte, ihre Antwort auf die ursprünglichen Vorschläge Englands und Frankreichs zurückzunehmen und „die Sache rasch und ernstlich zu erwägen“, ehe sie eine Situation schaffe, für die die englische Regierung keine Verantwortung übernehmen könne. Weiter hob die englische Regierung hervor, sie glaube nicht, dass das von der Tschechoslowakei angeregte Schiedsverfahren jetzt annehmbar sei. Sie könne nicht annehmen, hieß es in der britischen Note weiter, dass „die deutsche Regierung glaube, die Situation lasse sich im Wege eines Schiedsverfahrens bereinigen, wie die tschechoslowakische Regierung es vorschlägt“.

Zum Schluss enthält die britische Note die drohende Mitteilung an die tschechoslowakische Regierung, im Falle einer Ablehnung des britischen Ratschlags würde es ihr „freistehen, beliebige Maßnahmen zu ergreifen, die sie in einer sich später ergebenden Situation eventuell für angemessen erachtet“.

Eine Beratung Hitlers, Chamberlains, Mussolinis und Daladiers, die am 29. und 30. September 1938 in München stattfand, brachte den schmachvollen Handel zum Abschluss, der schon vorher von den Hauptbeteiligten am Komplott gegen den Frieden restlos abgekettet

²⁹ Correspondence respecting Czechoslovakia (Korrespondenz betr. die Tschechoslowakei), September 1938, London 1938, cmd 5847, p. 8/9.

war. Über das Geschick der Tschechoslowakei wurde entschieden, ohne dass sie irgendwie zugezogen wurde. Vertreter der Tschechoslowakei wurden nur zu dem Zweck nach München berufen, die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen den Imperialisten demütig abzuwarten.

Das ganze Verhalten Englands und Frankreichs ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, dass der unerhörte Verrat der Regierungen Englands und Frankreichs am tschechoslowakischen Volke und an seiner Republik durchaus keine zufällige Erscheinung in der Politik dieser Staaten war, sondern ein höchst wichtiges Kettenglied dieser Politik darstellte, die das Ziel verfolgte, die Hitleraggression gegen die Sowjetunion zu lenken.

Der wahre Sinn des Münchener Abkommens wurde gleich damals von J. W. Stalin aufgedeckt, der sagte, „man hätte den Deutschen Gebiete der Tschechoslowakei als Kaufpreis für die Verpflichtung gegeben, den Krieg gegen die Sowjetunion zu beginnen“.³⁰

Das Wesen dieser damals von den regierenden Kreisen Englands und Frankreichs betriebenen Politik wurde von J. W. Stalin auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU(B) im März 1939 mit folgenden Worten dargelegt:

„In Wirklichkeit bedeutet jedoch die Politik der Nichteinmischung eine Begünstigung der Aggression, die Entfesselung des Krieges und folglich seine Ausweitung zu einem Weltkrieg. In der Politik der Nichteinmischung macht sich das Bestreben, der Wunsch geltend, den Aggressoren bei der Ausführung ihres schmutzigen Werkes nicht hinderlich zu sein, zum Beispiel Japan nicht daran zu hindern, sich in einen Krieg gegen China, noch besser aber gegen die Sowjetunion einzulassen, zum Beispiel Deutschland nicht daran zu hindern, sich in die europäischen Angelegenheiten zu verstricken, sich in einen Krieg gegen die Sowjetunion einzulassen, alle Kriegsteilnehmer tief in den Morast des Krieges versinken zu lassen, sie im stillen dazu anzuspornen, sie dazu zu bringen, dass sie einander schwächen und erschöpfen, dann aber, wenn sie genügend geschwächt sind, mit frischen Kräf-

³⁰ J. Stalin, Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU(B), Moskau 1939, S. 14; auch in: „Das Land des Sozialismus heute und morgen“, Moskau 1939, S. 22.

ten auf dem Schauplatz zu erscheinen, natürlich ,im Interesse des Friedens‘, und den geschwächten Kriegsteilnehmern die Bedingungen zu diktieren.“³¹

Die demokratischen Kreise verschiedener Länder, darunter der USA, Großbritanniens und Frankreichs, nahmen das Münchener Abkommen mit Entrüstung und entschiedener Missbilligung auf. Wie diese Kreise auf den Münchener Verrat der Machthaber Englands und Frankreichs reagierten, geht schon aus Äußerungen hervor, wie sie zum Beispiel in einem in den USA erschienenen Buch „Die große Verschwörung. Der geheime Krieg gegen Sowjetrussland“ von Sayers und Kahn enthalten sind. Die Verfasser schrieben in diesem Buch über München:

„Die Regierungen Nazideutschlands, des faschistischen Italiens, Großbritanniens und Frankreichs unterzeichneten den Münchener Pakt – die sowjetfeindliche ‚Heilige Allianz‘, von der die Weltre-aktion seit 1918 geträumt hatte. Der Pakt ließ Russland ohne Verbündete. Der französisch-sowjetische Pakt, der Eckpfeiler der kollektiven Sicherheit in Europa, war begraben. Das tschechische Sudetenland wurde ein Bestandteil Nazideutschlands. Die Tore nach dem Osten waren für die ‚Wehrmacht‘ weit geöffnet.“³²

Die Sowjetunion war die einzige Großmacht, die in allen Phasen der tschechoslowakischen Tragödie als aktive Verteidigerin der Unabhängigkeit und der nationalen Rechte der Tschechoslowakei auftrat. Um sich vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen, erklärten die Regierungen Englands und Frankreichs voll Heuchelei, sie wüssten nicht, ob die Sowjetunion ihren sich aus dem Beistandsvertrag mit der Tschechoslowakei ergebenden Verpflichtungen nachkommen werde. Sie sprachen aber wissentlich die Unwahrheit, denn die Sowjetregierung hatte sich in aller Öffentlichkeit bereit erklärt, zugunsten der Tschechoslowakei gegen Deutschland vorzugehen, im Einklang mit den Vertragsbedingungen, die ein gleichzeitiges Vorgehen Frankreichs zum Schutz der Tschechoslowakei vorsahen. Frankreich aber weigerte sich, seine Pflicht zu erfüllen.

³¹ Ebenda, S. 12/13 bzw. S. 20.

³² Michael Sayers and Albert E. Kahn, The Great Conspiracy. The Secret War against Soviet Russia (Die große Verschwörung. Der geheime Krieg gegen Sowjetrussland), Boston 1946, p. 366.

Ungeachtet dessen erklärte die Sowjetregierung unmittelbar vor Abschluss des Münchener Abkommens erneut, sie wünsche die Einberufung einer internationalen Konferenz zwecks praktischer Unterstützung der Tschechoslowakei und praktischer Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Friedens.

Als die Besetzung der Tschechoslowakei zu einer Tatsache geworden war und die Regierungen der imperialistischen Länder eine nach der anderen diese vollzogene Tatsache anerkannten, brandmarkte die Sowjetregierung in ihrer Note vom 18. März die Besetzung der Tschechoslowakei durch Hitlerdeutschland unter Beihilfe Englands und Frankreichs als einen Akt der Willkür, Gewalt und Aggression. In derselben Note betonte die Sowjetregierung, die Handlungsweise Deutschlands habe eine akute Gefahr für den allgemeinen Frieden geschaffen, sie habe „die politische Stabilität in Mitteleuropa verletzt, die Elemente der bereits vorher in Europa geschaffenen Unruhe verstärkt und die Völker in ihrem Sicherheitsgefühl erneut erschüttert“.³³

Es blieb aber nicht bei der Preisgabe der Tschechoslowakei an Hitler. Die Regierungen Englands und Frankreichs unterzeichneten um die Wette weitgehende politische Abmachungen mit Hitlerdeutschland. Am 30. September 1938 unterzeichneten Chamberlain und Hitler in München eine **Deklaration Englands und Deutschlands**, in der es heißt:

Nichtangriffspakte zwischen
Großbritannien/Frankreich
und Deutschland 1938

„Wir haben heute eine weitere Besprechung gehabt und sind uns in der Erkenntnis einig, dass die Frage der deutsch-englischen Beziehungen von allererster Bedeutung für beide Länder und für Europa ist.

Wir sehen das gestern Abend unterzeichnete Abkommen und das deutsch-englische Flottenabkommen als symbolisch für den Wunsch unserer beiden Völker an, niemals wieder gegeneinander Krieg zu führen.

Wir sind entschlossen, auch andere Fragen, die unsere beiden Länder angehen, nach der Methode der Konsultation zu behandeln und uns weiter zu bemühen, etwaige Ursachen von Mei-

³³ „Iswestija“ vom 20. März 1939.

nungsverschiedenheiten aus dem Wege zu räumen, um auf diese Weise zur Sicherung des Friedens Europas beizutragen.“³⁴

Das war eine englisch-deutsche gegenseitige Nichtangriffsdeklaration.

Am 6. Dezember 1938 unterzeichneten Bonnet und Ribbentrop eine der englisch-deutschen ähnliche **französisch-deutsche Deklaration**. In dieser Deklaration hieß es, die deutsche und die französische Regierung seien sich in der Erkenntnis einig, dass friedliche und gutnachbarliche Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Konsolidierung der Verhältnisse in Europa und für die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens seien, und dass beide Regierungen alles daransetzen würden, um solche Beziehungen zwischen ihren Ländern aufrechtzuerhalten. In der Deklaration wurde konstatiert, dass es zwischen Frankreich und Deutschland keinerlei territoriale Streitfragen mehr gebe und dass die bestehende Grenze zwischen ihren Ländern endgültig sei. Zum Schluss heißt es in der Deklaration, beide Regierungen seien fest entschlossen, unbeschadet ihrer speziellen Beziehungen zu dritten Mächten in allen ihre Länder betreffenden Fragen miteinander Fühlung zu halten und für den Fall, dass diese Fragen in ihrer weiteren Entwicklung zu internationalen Komplikationen führen sollten, miteinander zu Rate zu gehen.

Dies war eine französisch-deutsche gegenseitige Nichtangriffsdeklaration.

Im Grunde hatten sowohl England wie Frankreich durch den Abschluss dieser Vereinbarungen Nichtangriffspakte mit Hitler unterzeichnet.

In diesen Vereinbarungen mit Hitlerdeutschland tritt ganz klar das Bestreben der englischen und der französischen Regierung zutage, die Gefahr einer Hitleraggression von sich abzuwenden, in der Hoffnung, das Münchener und ähnliche Abkommen hätten der Hitleraggression bereits das Tor nach dem Osten, nach der Sowjetunion, geöffnet.

³⁴ DNB vom 30. September 1938. Englisch-deutsche Deklaration, München, 30. September 1938. Archiv für Außenpolitik und Länderkunde, April 1938 März 1939, S. 483. Jahrbuch für auswärtige Politik, 1939, S. 247/48.

Auf diese Weise wurden die für eine „Vereinigung Europas ohne Russland“ erforderlichen politischen Voraussetzungen geschaffen.

Die Ereignisse trieben einer vollständigen Isolierung der Sowjetunion entgegen.

2. Teil:
Abschluss des deutsch-sowjetischen
Nichtangriffsvertrags
(August 1939)

III. Die Isolierung der Sowjetunion. Der sowjetisch-deutsche Nichtangriffspakt

Nach der Besetzung der Tschechoslowakei begann das faschistische Deutschland, sich ganz offen, vor den Augen der ganzen Welt, zum Kriege vorzubereiten. Von England und Frankreich ermuntert, ließ Hitler alle Rücksicht fallen und hörte auf, sich als Anhänger einer friedlichen Regelung der europäischen Probleme aufzuspielen. Die bewegtesten Monate der Vorkriegszeit brachen an. Schon damals war es klar, dass jeder Tag die Menschheit einer beispiellosen Kriegskatastrophe näherbrachte.

Wie war damals die Politik der Sowjetunion einerseits und die Politik Großbritanniens und Frankreichs andererseits beschaffen?

Der von den Geschichtsfälschern in den USA unternommene Versuch, einer Antwort auf diese Frage auszuweichen, zeugt lediglich von ihrem schlechten Gewissen.

Die Wahrheit ist die, dass England und Frankreich mit Unterstützung der regierenden USA-Kreise auch in dem schicksalsschwangeren Frühjahr und Sommer 1939, als der Krieg vor der Tür stand, an ihrer früheren politischen Linie festhielten. Diese ihre Politik bestand in einer provokatorischen Aufhetzung Hitlerdeutschlands gegen die Sowjetunion, sie wurde zu betrügerischen Zwecken nicht nur mit pharisäischen Phrasen über die Bereitschaft, mit der Sowjetunion zusammenzuarbeiten, sondern auch mit mancherlei simplen diplomatischen Manövern verbrämt, durch die der wahre Charakter des gesteuerten politischen Kurses vor der öffentlichen Meinung der Völker verborgen werden sollte.

Zu diesen Manövern gehörten vor allem die Verhandlungen, die England und Frankreich 1939 mit der Sowjetunion anzubahnen beschlossen. Um die Öffentlichkeit zu täuschen, wollten die regierenden Kreise Englands und Frankreichs diese Verhandlungen als einen ernsthaften Versuch zur Verhinderung einer weiteren Ausbreitung der Hitleraggression hinstellen. Der spätere Gang der Ereignisse ließ jedoch ganz klar erkennen, dass England und Frankreich diese Verhandlungen von allem

Sabotage eines Nichtangriffsvertrags zwischen Großbritannien/Frankreich und der UdSSR durch die französischen und englischen Imperialisten

Anfang an nur als einen neuen Schachzug in ihrem Doppelspiel betrachteten.

Das war auch der Führung Hitlerdeutschlands klar, der der Sinn der von den Regierungen Englands und Frankreichs mit der Sowjetunion gepflogenen Verhandlungen selbstverständlich nicht verborgen blieb. Wie nämlich aus den von der Sowjetarmee bei der Niederwerfung Hitlerdeutschlands erbeuteten Dokumenten hervorgeht, schrieb z. B. Dirksen, der deutsche Botschafter in London, über diese Verhandlungen in einem Bericht an das deutsche Auswärtige Amt am 3. August 1939:

„.... hier war wohl das Gefühl vorherrschend, dass gegenüber einem wirklichen Ausgleich mit Deutschland die in den letzten Monaten ins Leben gerufenen Bindungen mit anderen Mächten nur Behelfsmittel seien, die hinfällig werden, wenn das allein wichtige und erstrebenswerte Ziel der Einigung mit Deutschland einmal wirklich erreicht sei“.

Diese Meinung wurde von allen deutschen Diplomaten, die die Situation in London beobachteten, entschieden geteilt.

In einem anderen Geheimbericht nach Berlin schrieb Dirksen :

„England will sich durch Rüstungen und durch Bundesgenossen stark und der Achse ebenbürtig machen, aber es will gleichzeitig im Verhandlungsweg einen Ausgleich mit Deutschland suchen.“³⁵

Die Verleumder und Geschichtsfälscher suchen diese Dokumente geheim zu halten, da diese die Situation in den letzten Vorkriegsmonaten schlaglichtartig beleuchten. Ohne eine richtige Beurteilung dieser Situation aber ist es unmöglich, die Vorgeschichte des Krieges, wie sie wirklich war, zu verstehen. Als England und Frankreich Verhandlungen mit der Sowjetunion anbahnten und Polen, Rumänien und einigen anderen Staaten Garantien gewährten, spielten sie mit Unterstützung der regierenden USA-Kreise ein Doppelspiel, das auf eine Verständigung mit Hitlerdeutschland berechnet war, um dessen Aggression nach Osten, gegen die Sowjetunion, zu lenken.

Die Verhandlungen zwischen England und Frankreich einerseits und der Sowjetunion andererseits begannen im März 1939 und dauerten etwa vier Monate.

Wie der gesamte Verlauf dieser Verhandlungen mit aller Klarheit zeigte, strebte die Sowjetunion ein umfassendes und auf Gleichberechtigung fußendes Abkommen mit den Westmächten an, das Deutschland wenigstens noch im letzten Moment von der Entfesselung eines Krieges in Europa abhalten konnte, während die Regierungen Englands und Frankreichs, gestützt auf die Hilfe, die sie in den USA fanden, sich völlig andere Ziele steckten. Die regierenden Kreise Englands und Frank-

³⁵ von Dirksen, Aufzeichnungen über die Entwicklung der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und England während meiner Amtszeit in London Mai 1938 bis August 1939.

reichs, die es gewohnt sind, sich von andern die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen, bemühten sich auch diesmal, der Sowjetunion Verpflichtungen aufzuzwingen, die der Sowjetunion bei der Abwehr einer eventuellen Hitleraggression die ganze Bürde der Opfer aufgehalst hätte, während England und Frankreich sich durch keinerlei Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion gebunden hätten.

Wäre den Machthabern Englands und Frankreichs dieses Manöver geglückt, dann wären sie der Verwirklichung ihres Hauptziels, Deutschland und die Sowjetunion möglichst rasch zu einem Zusammenstoß zu treiben, ein gut Stück nähergekommen. Die Sowjetregierung durchschaute aber diese Absicht. Sie stellte in allen Phasen der Verhandlungen den diplomatischen Tricks und Winkelzügen der Westmächte ihre offenen und klaren Vorschläge gegenüber, die nur einem einzigen Ziel dienen sollten, nämlich dem Schutz des Friedens in Europa.

Es erübrigt sich, an alle Wechselseitige dieser Verhandlungen zu erinnern. Nur einige ganz wichtige Momente müssen wieder ins Gedächtnis gerufen werden. Es genügt, auf die Bedingungen zurückzukommen, die die Sowjetregierung in diesen Verhandlungen stellte: Abschluss eines wirksamen Beistandspaktes gegen Aggression zwischen England, Frankreich und der Sowjetunion; Garantien Englands, Frankreichs und der Sowjetunion für die Staaten Mittel- und Osteuropas, einschließlich sämtlicher europäischer Nachbarstaaten der UdSSR; Abschluss eines konkreten Militärabkommens zwischen England, Frankreich und der Sowjetunion über Formen und Ausmaße einer sofortigen und wirksamen Hilfe, die von diesen Staaten sowohl einander als auch den Garantie-Staaten im Falle eines Angriffs der Aggressoren zu leisten wäre.³⁶

Auf der dritten Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR am 31. Mai 1939 führte W. M. Molotow aus, dass einige während dieser Verhandlungen gemachte englisch-französische Vorschläge das elementare Prinzip der Gegenseitigkeit und gleicher Verpflichtungen vermissen lassen, das für alle auf Gleichberechtigung fußenden Vereinbarungen unerlässlich ist.

„Die Engländer und Franzosen“, sagte W. M. Molotow, „die sich gegen einen direkten Angriff der Aggressoren durch Pakte über gegenseitige Hilfe untereinander und mit Polen Garantien verschafften und sich die Hilfe der Sowjetunion im Falle eines Angriffs der Aggressoren auf Polen und Rumänien zu sichern suchten, ließen die Frage offen, ob die UdSSR ihrerseits auf die Hilfe dieser

³⁶ Siehe Bericht von W. M. Molotow auf der dritten Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR am 31. Mai 1939.

Länder im Falle eines direkten Angriffs der Aggressoren rechnen könne, wie sie auch die andere Frage offen ließen, ob sie bereit seien, an der Garantierung der an die Sowjetunion angrenzenden, im Nordwesten der Sowjetunion gelegenen kleinen Staaten teilzunehmen, wenn diese nicht in der Lage sein sollten, ihre Neutralität gegen den Überfall der Aggressoren zu behaupten. Es ergab sich somit eine benachteiligte Lage für die Sowjetunion.“

Selbst als die Vertreter Englands und Frankreichs vorgaben, sich für den Fall eines direkten Angriffs des Aggressors mit dem Prinzip der gegenseitigen Hilfe Englands, Frankreichs und der Sowjetunion unter der Bedingung der Gegenseitigkeit einverstanden erklären zu wollen, knüpften sie daran eine Reihe von Vorbehalten, die diese Zustimmung illusorisch machten.

Außerdem sahen die Vorschläge Englands und Frankreichs die Hilfe der Sowjetunion für diejenigen Länder vor, denen sie Garantieversprechungen gegeben hatten, sie ließen jedoch nichts über ihre eigene Hilfe für die Länder an der Nordwestgrenze der Sowjetunion, die baltischen Staaten, bei einem Überfall des Aggressors verlauten.

Von diesen Erwägungen ausgehend, erklärte W. M. Molotow, die Sowjetunion könne keine Verpflichtungen hinsichtlich einer Gruppe von Ländern übernehmen, ohne dass den Ländern an der Nordwestgrenze der Sowjetunion dieselben Garantien gegeben werden.

Es sei noch an folgendes erinnert: Als Seeds, der britische Botschafter in Moskau, am 18. März 1939 beim Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten anfragte, wie sich die Sowjetunion im Falle einer Hitleraggression gegen Rumänien verhalten werde, über deren Vorbereitung den Engländern Meldungen vorlagen, und als die Sowjetunion die Gegenfrage stellte, was England unter solchen Umständen zu tun gedenke, wich Seeds einer Antwort aus und bemerkte, geographisch gesehen läge Rumänien der Sowjetunion näher als England.

Vom ersten Schritt an trat also ganz klar das Bestreben der regierenden Kreise Englands zutage, die Sowjetunion durch bestimmte Verpflichtungen zu binden, sich selbst aber abseits zu halten. Diese simple Methode wurde dann während der ganzen Verhandlungen systematisch immer wieder angewandt.

In Beantwortung der britischen Anfrage schlug die Sowjetregierung vor, eine Beratung von Vertretern der meistinteressierten Länder – nämlich Großbritanniens, Frankreichs, Rumäniens, Polens, der Türkei und der Sowjetunion –, einzuberufen. Nach Ansicht der Sowjetregierung hätte eine solche Beratung die besten Möglichkeiten geboten, die wirkliche Sachlage zu klären und den Standpunkt aller Beteiligten festzustellen. Die britische Regierung antwortete jedoch, sie halte den Sowjetvorschlag für verfrüht.

Statt eine Konferenz einzuberufen, die es ermöglicht hätte, sich über konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung der Aggression zu einigen, schlug die britische Regierung der Sowjetregierung am 21. März 1939 vor, gemeinsam mit ihr sowie mit Frankreich und Polen eine Deklaration zu unterzeichnen, in der sich die Signatarregierungen verpflichteten sollten, „einander darüber zu konsultieren, welche Schritte unternommen werden sollten, um gemeinsamen Widerstand zu leisten“ im Falle einer Gefahr für „die Unabhängigkeit irgendeines europäischen Staates“. Der britische Botschafter suchte die An-

nehmbarkeit seines Vorschlags nachzuweisen und legte besonderen Nachdruck auf den Umstand, dass die Deklaration recht unverbindlich formuliert sei.

Es war völlig klar, dass eine solche Deklaration nicht als ernsthaftes Mittel zur Bekämpfung der vonseiten des Aggressors drohenden Gefahr dienen konnte. Die Sowjetregierung war jedoch der Meinung, selbst eine so wenig versprechende Deklaration könne einen gewissen Fortschritt in der Ziegelung des Aggressors darstellen, und erklärte sich mit dem englischen Vorschlag einverstanden. Aber schon am 1. April 1939 teilte der britische Botschafter in Moskau mit, England sei der Meinung, dass eine gemeinsame Deklaration nicht mehr in Frage komme.

Nach weiteren zweiwöchigen Verzögerungen machte der britische Außenminister Halifax der Sowjetregierung durch den Botschafter in Moskau den neuen Vorschlag, die Sowjetregierung solle erklären, dass „im Falle eines Aggressionsaktes gegen irgendwelchen europäischen Nachbar der Sowjetunion, der Widerstand leisten würde, auf den Beistand der Sowjetregierung, falls er erwünscht sein sollte, gerechnet werden könne“.

Der Kernpunkt dieses Vorschlags war, dass die Sowjetunion im Falle eines deutschen Aggressionsaktes gegen Lettland, Litauen, Estland und Finnland verpflichtet sein sollte, diesen Ländern Hilfe zu leisten, ohne dass England irgendwelche Beistandsverpflichtungen übernahm, d. h. die Sowjetunion sollte sich allein in einen Krieg mit Deutschland einlassen. Was Polen und Rumänien betrifft, denen England Garantien gegeben hatte, so sollte die Sowjetunion auch ihnen gegen den Aggressor Hilfe leisten. Aber auch in diesem Falle wollte England keinerlei Verpflichtungen gemeinsam mit der Sowjetunion übernehmen, es behielt sich freie Hand vor und sicherte sich einen Spielraum für beliebige Manöver, ganz zu schweigen davon, dass Polen und Rumänien sowie die baltischen Randstaaten diesem Vorschlag zufolge keinerlei Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion übernehmen sollten.

Die Sowjetregierung wollte jedoch keine einzige Möglichkeit ungenutzt lassen, um eine Vereinbarung mit andern Mächten über den gemeinsamen Kampf gegen eine Hitleraggression zu erzielen. Ohne die geringste Verzögerung machte sie der britischen Regierung einen Gegenvorschlag. Dieser Gegenvorschlag bestand darin, dass die Sowjetunion, England und Frankreich sich erstens gegenseitig verpflichten sollten, einander unverzüglich jeden, auch militärischen, Beistand zu leisten, falls gegen einen dieser Staaten eine Aggression unternommen wird; dass die Sowjetunion, England und Frankreich sich zweitens verpflichten sollten, den zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer gelegenen, an die Sowjetunion grenzenden Staaten Osteuropas im Falle einer Aggression gegen diese Staaten jeden, auch militärischen, Beistand zu leisten. Schließlich und drittens sollten die Sowjetunion, England und Frankreich sich verpflichten, in kurzer Frist Ausmaße und Formen des militärischen Beistands festzulegen, der jedem dieser Staaten in den beiden erwähnten Fällen zu leisten wäre.

Das waren die wichtigsten Punkte des Sowjetvorschlags. Man erkennt unschwer den grundlegenden Unterschied zwischen dem Vorschlag der Sowjetunion und demjenigen Großbritanniens, da ja der Sowjetvorschlag tatsächlich wirksame Maßnahmen zum gemeinsamen Vorgehen gegen die Aggression enthielt.

Im Verlauf von drei Wochen traf keinerlei Antwort der englischen Regierung auf diese Vorschläge ein. Da dies in England zunehmende Beunruhigung hervorrief, sah die

englische Regierung sich schließlich genötigt, ein neues Manöver zur Täuschung der Öffentlichkeit zu ersinnen.

Am 8. Mai traf in Moskau die britische Antwort, genauer gesagt, der britische Gegen-vorschlag ein. Wieder wurde der Sowjetregierung vorgeschlagen, eine einseitige Erklärung abzugeben, in der sie „die Verpflichtung übernehmen würde, dass im Falle von Feindseligkeiten Großbritanniens und Frankreichs, die sich aus der Erfüllung dieser Verpflichtung“ (gegenüber Belgien, Polen, Rumänien, Griechenland und der Türkei) „ergibt, der Beistand der Sowjetregierung, falls erwünscht, unverzüglich greifbar sein und in evt. zu vereinbarender Weise bzw. unter evt. zu vereinbarenden Bedingungen gewährt werden würde“.

Auch in diesem Vorschlag handelte es sich um einseitige Verpflichtungen der Sowjetunion. Sie sollte sich zur Hilfeleistung an England und Frankreich verpflichten, die ihrerseits der Sowjetunion gegenüber absolut keinerlei Verpflichtungen im Hinblick auf die baltischen Republiken übernahmen. England schlug somit vor, die Sowjetunion in eine benachteiligte Lage zu versetzen, wie sie für jeden unabhängigen Staat unannehmbar und untragbar ist.

Es ist leicht zu begreifen, dass der englische Vorschlag nicht so sehr für Moskau wie für Berlin bestimmt war. Man forderte Deutschland auf, die Sowjetunion zu überfallen, und gab zu verstehen, dass England und Frankreich neutral bleiben würden, vorausgesetzt, dass der deutsche Überfall über das Baltikum erfolgt.

Noch komplizierter wurden die Verhandlungen zwischen der Sowjetunion, England und Frankreich am 11. Mai durch die Erklärung Grzibowskis, des polnischen Botschafters in Moskau, dass „Polen es nicht für möglich hält, mit der UdSSR einen Beistandspakt abzuschließen ...“

Selbstverständlich konnte der Vertreter Polens eine solche Erklärung nur mit Wissen und Billigung der regierenden Kreise Englands und Frankreichs abgeben.

Die Vertreter Englands und Frankreichs führten sich während der Verhandlungen in Moskau derart provokatorisch auf, dass sich selbst im regierenden Lager der Westmächte Leute fanden, die ein so plumpes Spiel scharf kritisierten. So schrieb Lloyd George im Sommer 1939 in der französischen Zeitung „Ce Soir“ einen schroffen Artikel gegen die Leiter der englischen Politik. Hinsichtlich der Ursachen der endlosen Scherereien, in denen die Verhandlungen Englands und Frankreichs mit der Sowjetunion versackt waren, schrieb Lloyd George, hier gebe es nur eine Antwort:

„Neville Chamberlain, Halifax und John Simon wünschen kein Übereinkommen mit Russland.“

Was Lloyd George klar war, das war selbstverständlich den Obermächtern Hitlerdeutschlands nicht minder klar, die sehr wohl begriffen, dass die Westmächte an eine ernsthafte Übereinkunft mit der Sowjetunion gar nicht dachten, sondern ein ganz anderes Ziel verfolgten, nämlich Hitler zum baldigsten Überfall auf die Sowjetunion anzureiben. Man setzte ihm gewissermaßen einen Preis für diesen Angriff aus, indem man für den Fall eines Krieges mit Deutschland die Sowjetunion in die ungünstigste Lage versetzte.

Zudem zogen die Westmächte die Verhandlungen mit der Sowjetunion endlos in die Länge und suchten die wesentlichen Fragen in einem Sumpf belanger Zusatzanträge und zahlloser Varianten untergehen zu lassen. Jedes Mal, wenn von irgendwelchen realen Verpflichtungen die Rede war, gaben sich die Vertreter dieser Mächte den Anschein, als ob sie nicht begriffen, worum es sich handle.

Ende Mai machten England und Frankreich neue Vorschläge, die die frühere Variante in einigen Beziehungen verbesserten, aber die für die Sowjetunion wesentlich wichtige Frage einer Garantie für die drei an der Nordwestgrenze der Sowjetunion liegenden baltischen Republiken nach wie vor offenließen.

Somit setzten die Machthaber Englands und Frankreichs, obgleich sie unter dem Druck der öffentlichen Meinung ihrer Länder in Worten gewisse Konzessionen machen, ihre frühere Linie fort und knüpften an ihre Vorschläge Vorbehalte, die diese Vorschläge, wie sie sehr wohl wussten, für die Sowjetunion unannehmbar machten.

Die Haltung der Vertreter Englands und Frankreichs während der Moskauer Verhandlungen war so ungeziemend, dass W. M. Molotow am 27. Mai 1939 dem britischen Botschafter Seeds und dem französischen Geschäftsführer Payart erklären musste, der von ihnen vorgelegte Entwurf eines Abkommens über gemeinsamen Widerstand gegen den Aggressor in Europa enthalte keinen Plan eines effektiven gegenseitigen Beistands der UdSSR, Englands und Frankreichs und zeuge nicht einmal von ernster Interessiertheit der britischen und der französischen Regierung an einem entsprechenden Pakt mit der Sowjetunion. Hierbei wurde geradeheraus gesagt, der englisch-französische Vorschlag lege den Gedanken nahe, dass den Regierungen Englands und Frankreichs weniger an einem Pakt selbst gelegen sei als vielmehr an Gesprächen über ihn. Es sei möglich, dass England und Frankreich diese Gespräche für irgendwelche Zwecke nötig hätten. Der Sowjetregierung seien diese Zwecke unbekannt. Die Sowjetregierung sei nicht an Gesprächen über einen Pakt interessiert, sondern am Zustandekommen eines wirksamen gegenseitigen Beistands der UdSSR, Englands und Frankreichs gegen eine Aggression in Europa. Die Vertreter Englands und Frankreichs wurden darauf aufmerksam gemacht, dass die Sowjetregierung nicht die Absicht habe, sich an Gesprächen über einen Pakt zu beteiligen, deren Zweck die UdSSR nicht kenne, und dass die britische und die französische Regierung solche Gespräche mit Partnern führen könnten, die sich hierzu besser eignen als die UdSSR.

Die Moskauer Verhandlungen zogen sich endlos hin. Die Ursachen dieser unstatthaften Verschleppung der Verhandlungen wurden in der Londoner „Times“ ausgeplaudert, in der geschrieben stand: „Ein rasch und entschlossen zustande gekommenes Bündnis mit Russland könnte anderen Verhandlungen hinderlich sein ...“³⁷

³⁷ Zitiert nach Michael Sayers and Albert E. Kahn, *The Great Conspiracy. The Secret War against Soviet Russia*, Boston 1946, p. 329.

Wenn die „Times“ von „anderen Verhandlungen“ sprach, so hatte sie offenbar die Verhandlungen im Auge, die der britische Überseehandelsminister Robert Hudson mit Dr. Helmut Wohltat, einem Wirtschaftsberater Hitlers, über die Möglichkeit einer sehr großen englischen Anleihe an Hitlerdeutschland führte, von der noch die Rede sein wird.

Außerdem führte bekanntlich, einer Pressemeldung zufolge, an dem Tage, als die Hitlerwehrmacht in Prag einmarschierte, eine Delegation der Federation of British Industries in Düsseldorf Verhandlungen über den Abschluss eines weitgehenden Abkommens mit der deutschen Großindustrie.

Auffällig war auch der Umstand, dass Großbritannien mit der Führung von Verhandlungen in Moskau zweitrangige Personen beauftragte, wogegen zu den Verhandlungen mit Hitler Chamberlain selbst, und das mehrmals, von England nach Deutschland gereist war. Wichtig ist weiter die Feststellung, dass Sir William Strang, der von England zu Verhandlungen nach der UdSSR geschickt worden war, keine Vollmacht besaß, irgend ein Abkommen mit der Sowjetunion zu unterzeichnen.

Da die Sowjetunion verlangte, dass zu konkreten Verhandlungen über Kampfmaßnahmen gegen einen eventuellen Aggressor übergegangen werde, mussten die Regierungen Englands und Frankreichs sich bereit erklären, Militärmisionen nach Moskau zu entsenden. Diese Missionen waren jedoch ungewöhnlich lange nach Moskau unterwegs, und als sie eintrafen, da zeigte es sich, dass sie aus zweitrangigen Personen bestanden, die überdies nicht die Vollmacht besaßen, irgendein Abkommen zu unterzeichnen. Unter diesen Umständen waren die militärischen Verhandlungen ebenso fruchtlos wie die politischen.

Die Militärmisionen der Westmächte gaben sofort zu erkennen, dass sie nicht gewillt waren, ernsthaft über Mittel und Wege eines gegenseitigen Beistands im Falle einer deutschen Aggression zu sprechen. Die sowjetische Militärmision ging davon aus, dass die UdSSR, da sie keine gemeinsame Grenze mit Deutschland besaß, England, Frankreich und Polen im Falle eines Kriegsausbruchs nur unter der Voraussetzung beistehen könne, dass den Sowjettruppen der Durchmarsch durch polnisches Territorium gestattet werde. Die polnische Regierung erklärte jedoch, sie werde eine militärische Hilfe der Sowjetunion nicht annehmen, und zeigte damit, dass sie eine Stärkung der Sowjetunion mehr fürchtete als die Hitleraggression. Polens Stellungnahme wurde sowohl von der englischen als auch von der französischen Mission unterstützt.

Im Verlauf der militärischen Unterhandlungen wurde ferner die Frage der zahlmäßigen Stärke der Streitkräfte aufgeworfen, die von den Paktteilnehmern im Falle einer Aggression sofort eingesetzt werden sollten. Die Engländer nannten hierbei eine lächerliche Zahl: sie erklärten, dass sie fünf Infanteriedivisionen und eine mechanisierte Division ins Feld stellen könnten. Und diesen Vorschlag machten die Engländer in einem Augenblick, wo die Sowjetunion sich bereit erklärte, an der Front gegen den Aggressor 136 Divisionen, 5.000 mittlere und schwere Geschütze, an die 10.000 Panzer und Kleinkampfwagen, mehr als 5.000 Kampfflugzeuge usw. einzusetzen! Hieraus ersieht man, wie wenig die englische Regierung die Verhandlungen über den Abschluss eines militärischen Abkommens mit der UdSSR ernst nahm.

Die vorstehenden Angaben genügen, um die Schlussfolgerungen zu bestätigen, die sich von selbst ergeben. Sie lauten:

1. Die Sowjetregierung war während der ganzen Verhandlungen mit außerordentlicher Geduld bemüht, ein Übereinkommen mit England und Frankreich über gegenseitigen Beistand gegen den Aggressor auf Grundlage der Gleichberechtigung zustande zu bringen, und zwar unter der Bedingung, dass der gegenseitige Beistand wirklich effektiv sei, d. h. dass neben einem politischen Vertrag eine Militärkonvention unterzeichnet werde, in der die Ausmaße, Formen und Fristen des Beistands festgelegt werden, weil der gesamte vorherige Gang der Ereignisse genügend klar gezeigt hatte, dass nur ein solches Abkommen effektiv sein könnte und geeignet wäre, den hitlerfaschistischen Aggressor, der durch seine völlige Straflosigkeit und durch die Vorschubleistung der Westmächte viele Jahre lang verwöhnt worden war, zur Vernunft zu bringen;

2. die Haltung Englands und Frankreichs während der Verhandlungen mit der Sowjetunion bestätigte restlos, dass sie an ein ernstes Abkommen mit der UdSSR gar nicht dachten, da die Politik Englands und Frankreichs durch andere Ziele bestimmt war, die mit den Interessen des Friedens und des Kampfes gegen Aggression nichts gemein hatten;

3. die heimtückische Absicht der englisch-französischen Politik bestand darin, Hitler zu verstehen zu geben, die UdSSR habe keine Verbündeten, die UdSSR sei isoliert, Hitler könne die UdSSR überfallen, ohne zu riskieren, bei England und Frankreich auf Widerstand zu stoßen.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, dass die britisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen mit einem Fiasko endeten.

Dieses Fiasko war natürlich kein Zufall. Es wurde immer offensichtlicher, dass die Vertreter der Westmächte in ihrem Doppelspiel von vornherein das Scheitern der Verhandlungen beabsichtigt hatten. Die Sache war die, dass neben den offen geführten Verhandlungen mit der UdSSR *die Engländer hinter den Kulissen Verhandlungen mit Deutschland pflogen und diesen Verhandlungen unvergleichlich größere Bedeutung beimaßen*.

Während die regierenden Kreise der Westmächte mit ihren Verhandlungen in Moskau vor allem danach strebten, die Öffentlichkeit ihrer Länder in Sicherheit zu wiegen und die Völker, die in den Krieg ge-

schleift wurden, zu täuschen, waren die Verhandlungen mit den Hitlerfaschisten ganz anders geartet.

Das Programm der englisch-deutschen Verhandlungen war hinreichend klar formuliert worden durch den britischen Außenminister Halifax, der zu einer Zeit, wo seine Beamten die Verhandlungen in Moskau fortsetzten, an Hitlerdeutschland unzweideutige Aufforderungen richtete. **Am 29. Juni 1939, in seiner Rede auf einem Bankett im Royal Institute of International Affairs, sprach Halifax die Bereitschaft aus, sich mit Deutschland über alle Fragen, „die heutzutage der Welt Besorgnis einflößten“, zu verständigen.** Er sagte:

„In einer solchen neuen Atmosphäre könnten wir das Kolonialproblem, die Frage der Rohstoffe, die Handelsschranken, die Bereitstellung von ‚Lebensraum‘, die Einschränkung der Rüstungen und viele andere, die Europäer betreffenden Streitfragen erörtern.“³⁸

Erinnert man sich, wie die Halifax nahestehende konservative „Daily Mail“ schon 1933 das Problem des „Lebensraums“ traktiert hatte, als sie den Hitlerfaschisten vorschlug, der UdSSR „Lebensraum“ zu entreißen, so bleibt nicht der geringste Zweifel über den wirklichen Sinn der Halifaxschen Erklärung bestehen. Es war der offene Vorschlag an Hitlerdeutschland, sich über die Aufteilung der Welt und der Einflusssphären zu verständigen, der Vorschlag, alle Fragen ohne die Sowjetunion und hauptsächlich auf Kosten der Sowjetunion zu lösen.

Noch im Juni 1939 begannen Vertreter Englands streng geheime Verhandlungen mit Deutschland, vertreten durch Wohltat, den in London eingetroffenen Bevollmächtigten Hitlers für den

Geheime Verhandlungen zwischen Deutschland und Großbritannien/Frankreich über die Aufteilung der imperialistischen Einflusssphären (Juni/Juli 1939)

Vierjahresplan: der britische Überseehandelsminister Hudson und der nächste Berater Chamberlains, G. Wilson, hatten mit ihm Unterredungen. Der Inhalt dieser Juniverhandlungen ist vorläufig noch in den Geheimfächern der diplomatischen Archive begraben. Im Juli jedoch

³⁸ „Speeches on Foreign Policy by Viscount Halifax“, Oxford University Press, London 1940, p. 296.

machte Wohltat in London einen neuen Besuch, und die Verhandlungen wurden wieder aufgenommen. Der Inhalt dieser zweiten Verhandlungsrunde ist jetzt bekannt aus den der Sowjetregierung zur Verfügung stehenden erbeuteten deutschen Dokumenten, die bald veröffentlicht werden sollen.

Hudson und Wilson machten Wohltat und später auch dem deutschen Botschafter in London, Dirksen, den Vorschlag, geheime Verhandlungen über ein weitgehendes Abkommen einzuleiten, das auch Vereinbarungen über die Aufteilung der Einflusssphären in der ganzen Welt und über die Ausschaltung der Möglichkeit, sich „auf den gemeinschaftlichen Märkten totzukonkurrieren“, enthalten würde. Hierbei wurde vorgesehen, Deutschland den vorherrschenden Einfluss in Südosteuropa zuzugestehen. Dirksen teilte dem deutschen Auswärtigen Amt in seinem Bericht vom 21. Juli 1939 mit, das von Wohltat und Wilson erörterte Programm erstrecke sich auf politische, militärische und wirtschaftliche Leitsätze. Unter den politischen Fragen wurde neben einem Nichtangriffspakt auch einem Nichteinmischungspakt besondere Beachtung geschenkt, der die „Abgrenzung der Großräume der Hauptmächte, insbesondere also Englands und Deutschlands, in sich schließen solle“³⁹.

Bei Besprechung der mit dem Abschluss dieser beiden Pakte zusammenhängenden Fragen versprachen die Vertreter Großbritanniens, ihre Regierung werde, falls diese Pakte unterzeichnet werden, die soeben Polen gewährten Garantien zurückziehen.

Falls das englisch-deutsche Abkommen abgeschlossen werden sollte, seien die Engländer bereit, es den Deutschen zu überlassen, die Danziger Frage ebenso wie die Frage des Polnischen Korridors allein mit Polen zu entscheiden, und wollten sich verpflichten, in die Lösung dieser Frage nicht einzugreifen.

Weiter bestätigte Wilson, wie aus den in Kürze zu veröffentlichten Berichten Dirksens ebenfalls dokumentarisch hervorgeht, dass mit der englischen Garantiepolitik, falls die obengenannten Pakte zwischen England und Deutschland zum Abschluss kämen, faktisch Schluss gemacht werden würde. Dirksen bemerkte zu dieser Frage in seinem Bericht:

³⁹ Aufzeichnung des deutschen Botschafters in England, Dirksen, vom 21. Juli 1939, aus dem Archiv des deutschen Auswärtigen Amtes.

„Dann wäre Polen gewissermaßen mit Deutschland allein gelassen.“

Alles das bedeutete, dass die Machthaber Englands bereit waren, Polen von Hitler zerfleischen zu lassen, als auf dem Schriftstück mit den britischen Garantien für Polen die Tinte noch nicht getrocknet war.

Gleichzeitig wäre mit dem Abschluss des englisch-deutschen Abkommens das Ziel erreicht worden, das England und Frankreich sich geheckt hatten, als sie Verhandlungen mit der Sowjetunion begannen, und es wäre noch leichter geworden, schnell einen Zusammenstoß zwischen Deutschland und der UdSSR herbeizuführen.

Schließlich sollte das politische Abkommen zwischen England und Deutschland durch ein Wirtschaftsabkommen ergänzt werden, das eine geheime Abmachung über Kolonialfragen, die Verteilung der Rohstoffe, die Aufteilung der Märkte sowie eine große englische Anleihe für Deutschland enthalten sollte.

Den Machthabern Englands schwebte somit die lockende Aussicht vor, zu einem dauerhaften Abkommen mit Deutschland zu gelangen und die deutsche Aggression, wie man gern sagte, nach Osten zu „kanalisieren“, gegen Polen, das von ihnen soeben „Garantien“ erhalten hatte, und gegen die Sowjetunion.

Ist es danach verwunderlich, dass die Verleumder und Geschichtsfälscher diese Tatsachen sorgfältig verschweigen und zu unterschlagen suchen, Tatsachen, die von entscheidender Bedeutung für das Verständnis der Situation sind, in der somit der Krieg unausbleiblich wurde?

Zu dieser Zeit konnte nicht mehr daran gezweifelt werden, dass England und Frankreich nicht nur keine ernste Absicht hatten, irgendetwas zu unternehmen, um Hitlerdeutschland an der Entfesselung des Krieges zu hindern, sondern dass sie, im Gegenteil, alles taten, was in ihren Kräften stand, um durch geheime Verabredungen und Abmachungen und durch alle möglichen Provokationen Hitlerdeutschland auf die Sowjetunion zu hetzen.

Es wird keinem Falschmünzer gelingen, sei es in der Geschichte, sei es im Bewusstsein der Völker, die entscheidende Tatsache zu verdunkeln, dass die Sowjetunion unter diesen Umständen die Wahl hatte:

entweder zum Zwecke des Selbstschutzes den von Deutschland vorgeschlagenen Abschluss eines Nichtangriffsvertrags anzunehmen

und dadurch der Sowjetunion noch für eine bestimmte Zeit den Frieden zu sichern, der vom Sowjetstaat für eine bessere Vorbereitung seiner Kräfte zur Abwehr eines eventuellen Aggressorenüberfalls ausgenutzt werden konnte,

oder den von Deutschland vorgeschlagenen Nichtangriffspakt abzulehnen und es dadurch den Kriegsprovokateuren aus dem Lager der Westmächte zu ermöglichen, die Sowjetunion sofort in einer für sie unvorteilhaften Situation, in der sie völlig isoliert gewesen wäre, in einen bewaffneten Konflikt mit Deutschland hineinzuhetzen.

In dieser Situation sah die Sowjetregierung sich gezwungen, ihre Wahl zu treffen und einen Nichtangriffspakt mit Deutschland abzuschließen.

Diese Wahl war in der damals entstandenen Situation ein umsichtiger und kluger Schritt der sowjetischen Außenpolitik. Dieser Schritt der Sowjetregierung entschied von vornherein in hohem Maße über den für die Sowjetunion und alle anderen freiheitliebenden Völker günstigen Ausgang des zweiten Weltkrieges.

Die UdSSR wurde gezwungen, den von Nazi-Deutschland vorgeschlagenen Nichtangriffsvertrag abzuschließen, um die Atempause zur Stärkung seiner Kräfte für die Abwehr gegen imperialistische Aggressionen zu verlängern

Es wäre eine grobe Verleumdung, wenn man behaupten wollte, dass der Abschluss eines Paktes mit den Hitlerfaschisten zum außenpolitischen Plan der UdSSR gehört hat. Im Gegenteil, die UdSSR war dauernd bestrebt gewesen, zu einem Abkommen mit den nichtaggressiven Weststaaten gegen die deutschen und italienischen Aggressoren zu gelangen, um auf der Grundlage der Gleichheit die kollektive Sicherheit zu verwirklichen. Ein Abkommen aber ist ein Akt der Gegenseitigkeit. Während die UdSSR ein Abkommen über die Bekämpfung der Aggression anstrebte, lehnten England und Frankreich ein solches systematisch ab, da sie es vorzogen, eine Politik der Isolierung der UdSSR, eine Politik der Konzessionen an die Aggressoren, eine Politik der Ablenkung der Aggression nach dem Osten, gegen die Sowjetunion, zu treiben. Die Vereinigten Staaten von Amerika unterließen es nicht nur, einer solchen verhängnisvollen Politik entgegenzuwirken, sondern ließen ihr, im Gegenteil, jede Unterstützung angedeihen. Was die ame-

rikanischen Milliardäre anbelangt, so legten sie auch weiter ihre Kapitalien in der deutschen Schwerindustrie an, halfen den Deutschen bei der Entwicklung ihrer Rüstungsindustrie und bewaffneten somit die deutschen Aggressoren, als ob sie sagen wollten: „Führt nur getrost Krieg, ihr Herren Europäer, führt Krieg mit Gottes Hilfe, indessen wir bescheidenen amerikanischen Milliardäre an eurem Krieg verdienen und hunderte Millionen Dollar Extraprofite einsacken.“

Man begreift, dass der Sowjetunion angesichts einer solchen Sachlage in Europa nur der eine Ausweg blieb, den von den Deutschen vorgeschlagenen Pakt zu akzeptieren. Dies war immerhin von allen denkbaren Auswegen der beste.

Wie die Sowjetunion 1918 infolge der feindseligen Politik der Westmächte gezwungen war, mit den Deutschen den Frieden von Brest-Litowsk abzuschließen, so sah sich die Sowjetunion genauso diesmal, im Jahre 1939, zwanzig Jahre nach dem Brester Frieden, gezwungen, angesichts der gleichen feindseligen Politik Englands und Frankreichs einen Pakt mit den Deutschen abzuschließen.

Das Gerede aller möglichen Verleumder, die UdSSR hätte es sich trotzdem nicht erlauben dürfen, auf einen Pakt mit den Deutschen einzugehen, kann nur als lächerlich bezeichnet werden. Weshalb durfte Polen, das England und Frankreich zu Verbündeten hatte, 1934 mit den Deutschen einen Nichtangriffspakt abschließen, während die Sowjetunion, die sich in einer weniger günstigen Lage befand, 1939 einen solchen Pakt nicht abschließen durfte? Weshalb durften England und Frankreich, die den herrschenden Machtfaktor in Europa darstellten, 1938 gemeinsam mit den Deutschen eine Nichtangriffsdeklaration unterzeichnen, während die Sowjetunion, die infolge der feindseligen Politik Englands und Frankreichs isoliert war, sich auf einen Pakt mit den Deutschen nicht einlassen durfte?

Ist es denn nicht Tatsache, dass die Sowjetunion unter allen nichtaggressiven Großmächten Europas die letzte war, die sich zu einem Pakt mit den Deutschen bereit erklärte?

Gewiss, Geschichtsklitterer und sonstige Reaktionäre sind unzufrieden damit, dass es der Sowjetunion gelang, den sowjetisch-deutschen Pakt geschickt zum Ausbau ihrer Landesverteidigung auszunutzen, dass es ihr gelang, ihre Grenzen weit nach Westen vorzuverlegen und dem unbehinderten Vormarsch der deutschen Aggressoren nach Osten den Weg

zu versperren, dass die Hitlertruppen ihre Offensive nach Osten nicht von der Linie Narwa–Minsk–Kiew beginnen konnten, sondern von einer hunderte Kilometer weiter westlich liegenden Linie, dass die UdSSR im Vaterländischen Krieg nicht verblutete, sondern aus dem Kriege als Sieger hervorgegangen ist. Aber diese Unzufriedenheit gehört bereits in das Kapitel der ohnmächtigen Wut gescheiterter Politiker.

Die wutschnaubende Unzufriedenheit dieser Herren kann nur als eine Demonstration der unbestreitbaren Tatsache aufgefasst werden, dass die Politik der Sowjetunion eine richtige Politik war und bleibt.

3. Teil:

**Aufbau von Verteidigungsstellungen durch
die UdSSR gegen die drohende Nazi-Aggression
(bis Juni 1940)**

IV. Die Schaffung der „Ostfront“, der Überfall Deutschlands auf die UdSSR, die Antihitlerkoalition und die Frage der interalliierten Verpflichtungen

Als die Sowjetunion im August 1939 den sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakt abschloss, zweifelte sie keinen Augenblick daran, dass Hitler über kurz oder lang die UdSSR überfallen werde. Diese Überzeugung erwuchs der Sowjetunion aus der politischen und militärischen Grundeinstellung der Hitlerfaschisten. Die praktische Tätigkeit der Hitlerregierung in der gesamten Vorkriegsperiode bestätigte diese Gewissheit.

Daher bestand die erste Aufgabe der Sowjetregierung darin, eine „Ostfront“ gegen die Hitleraggression zu schaffen, eine Verteidigungslinie an den westlichen Grenzen der belorussischen und ukrainischen Lande anzulegen und auf diese Weise eine Barriere gegen den unbehinderten Vormarsch der deutschen Truppen nach dem Osten zu errichten.

Erste Aufgabe der UdSSR: Aufbau von Verteidigungsstellungen im Westen, weil die sowjetische Regierung davon ausging, dass Nazideutschland über kurz oder lang die UdSSR überfallen wird

Zu diesem Zwecke war es notwendig, das westliche Belorussland und die westliche Ukraine, die von dem Polen der Barone 1920 annexiert worden waren, wieder mit Sowjetbelorussland und der Sowjetukraine zu vereinigen und Sowjettruppen dorthin zu legen. Mit dieser Sache durfte nicht gezögert werden, denn die schlecht ausgerüsteten polnischen Truppen erwiesen sich als widerstandsunfähig, **die polnische Armeeführung und die polnische Regierung befanden sich bereits auf der Flucht**, und da die Hitlertruppen keinem ernsten Widerstand begegneten, hätten sie die belorussischen und ukrainischen Gebiete besetzen können, bevor noch die Sowjettruppen dort angelangt wären.

Am 17. September 1939 überschritten Sowjettruppen auf Befehl der Sowjetregierung die sowjetisch-polnische Vorkriegsgrenze, besetzten das westliche Belorussland und die westliche Ukraine und begannen dort mit dem Bau von Verteidigungsstellungen längs der Westgrenze der ukrainischen und belorussischen Gebiete. Diese Linie war im Wesentlichen identisch mit der auf der Versailler Konferenz

der Alliierten festgesetzten, in der Geschichte als „Curzonlinie“ bekannten Linie.

Einige Tage später schloss die Sowjetregierung gegenseitige Beistandspakte mit den baltischen Staaten, in denen vorgesehen war, nach Estland, Lettland und Litauen Garnisonen der Sowjetarmee zu legen und in diesen Ländern sowjetische Flugplätze und Flottenstützpunkte zu schaffen.

Errichtung von Verteidigungsstellungen im Ostteil der ehemaligen Staatsgrenzen Polens und Beistandspakte mit Lettland, Estland und Litauen Ende September 1939 – das Fundament der „Ostfront“

Auf diese Weise wurde das Fundament der „Ostfront“ geschaffen.

Es war nicht schwer zu begreifen, dass die Schaffung einer „Ostfront“ ein bedeutsamer Beitrag nicht nur zur Sicherheit der UdSSR, sondern auch zu der gemeinsamen Sache der friedliebenden Staaten war, die gegen die Hitleraggression kämpften. Nichtsdestoweniger beantworteten die englisch-französisch-amerikanischen Kreise in ihrer überwiegenden Mehrheit diesen Schritt der Sowjetregierung, den sie als Aggression qualifizierten, mit einer wütenden Antisowjetkampagne.

Es fanden sich allerdings auch Politiker, die genügend Scharfblick besaßen, um den Sinn der sowjetischen Politik zu begreifen und die Schaffung der „Ostfront“ als richtig anzuerkennen. Unter diesen steht an erster Stelle Herr Churchill, der damals noch Marineminister war. Am 1. Oktober 1939 erklärte dieser in einer Rundfunkrede nach verschiedenen unfreundlichen Ausfällen gegen die Sowjetunion:

„Dass die russischen Armeen auf dieser Linie stehen, ist für die Sicherheit Russlands gegen die deutsche Gefahr absolut notwendig. Jedenfalls sind die Stellungen bezogen, und die Ostfront ist geschaffen, die anzugreifen das nazistische Deutschland nicht wagt. Als Herr von Ribbentrop in der vorigen Woche nach Moskau gerufen wurde, da geschah es, damit er von der Tatsache erfahre und Notiz nehme, dass den Absichten der Nazis auf die baltischen Staaten und die Ukraine ein Ende gesetzt werden muss.“

Während es an den westlichen Grenzen der UdSSR, in beträchtlicher Entfernung von Moskau, Minsk und Kiew, um die Sicherheit der UdSSR mehr oder minder befriedigend bestellt war, ließ sich von der

Nordgrenze der UdSSR nicht das gleiche sagen. Hier standen, kaum 32 Kilometer von Leningrad entfernt, finnische Truppen, deren Ofizierskorps in seiner Mehrheit auf Hitlerdeutschland orientiert war. Die Sowjetregierung wusste sehr wohl, dass die mit den Hitlerfaschisten eng verbundenen und in der finnischen Armee sehr einflussreichen faschistischen Elemente der führenden Kreise Finnlands danach trachteten, sich Leningrads zu bemächtigen. Man konnte es nicht als Zufall betrachten, dass Hitlers Generalstabschef Halder schon im Sommer 1939 nach Finnland reiste, um die Spitzen der finnischen Armee zu instruieren. Es war schwerlich daran zu zweifeln, dass die führenden Kreise Finnlands mit den Hitlerfaschisten verbündet waren und dass sie Finnland zu einem Aufmarschgebiet für den Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR machen wollten.

Kein Wunder deshalb, dass alle Versuche der UdSSR, sich mit der finnischen Regierung über eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu verständigen, erfolglos blieben.

Die Regierung Finnlands lehnte alle freundschaftlichen Vorschläge der Sowjetregierung, durch die die Sicherheit der UdSSR, insbesondere Leningrads, gewährleistet werden sollte, einen nach dem anderen ab, obgleich die Sowjetunion sich bereit zeigte, Finlands legitime Interessen zu berücksichtigen.

Die finnische Regierung verwarf den Vorschlag der UdSSR, die finnische Grenze auf der Karelischen Landenge um einige Dutzend Kilometer zurückzuverlegen, obgleich die Sowjetregierung sich bereit erklärte, Finnland als Gegenleistung ein doppelt so großes Gebiet Sowjetkareliens abzutreten.

Die finnische Regierung verwarf ferner den Vorschlag der UdSSR, einen gegenseitigen Beistandspakt abzuschließen, und zeigte damit, dass die Sicherheit der UdSSR vonseiten Finlands nicht gewährleistet war.

Durch diese und ähnliche feindseligen Handlungen und durch Provokationen an der sowjetisch-finnischen Grenze entfesselte Finnland den Krieg mit der Sowjetunion.

Die Resultate des sowjetisch-finnischen Kriegs sind bekannt. Die Grenzen der UdSSR im Nordwesten, insbesondere im Raum Leningrads, wurden vorverlegt und die Sicherheit der UdSSR hatte gewonnen. Dies spielte eine wichtige Rolle bei der Verteidigung der

Sowjetunion gegen die Hitleraggression, da Hitlerdeutschland und seine finnischen Helfershelfer ihre Offensive im Nordwesten der UdSSR nicht unmittelbar vor Leningrad starten konnten, sondern auf einer Linie beginnen mussten, die fast 150 Kilometer nordwestlich davon lag.

W. M. Molotow erklärte in seiner Rede auf der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR am 29. März 1940, dass

„die Sowjetunion, die die finnische Armee geschlagen hatte und die volle Möglichkeit besaß, ganz Finnland zu besetzen, dies nicht tat und keinerlei Kontribution als Entschädigung für ihre Kriegsausgaben verlangte, wie das jede andere Macht getan hätte, sondern ihre Wünsche auf ein Minimum beschränkte ...“

„Wir haben uns außer der Gewährleistung der Sicherheit Leningrads, der Stadt Murmansk und der Murmansker Eisenbahn keinerlei andere Ziele in den Friedensvertrag gestellt.“

Bemerkt werden muss, dass die **englisch-französischen Dirigenten des Völkerbunds**, obgleich die regierenden Kreise Finnlands durch ihre gesamte Politik gegenüber der UdSSR Hitlerdeutschland in die Hände arbeiteten, sofort auf die Seite der finnischen Regierung traten, die **UdSSR durch den Völkerbund zum „Aggressor“ erklären ließen und dadurch den von den finnischen Machthabern begonnenen Krieg gegen die Sowjetunion offen billigten und unterstützten**. Der Völkerbund, der die Schmach auf sich geladen hatte, die japanischen, deutschen und italienischen Aggressoren begünstigt und angespornt zu haben, stimmte auf Befehl der englisch-französischen Machthaber gehorsam für eine gegen die Sowjetunion gerichtete Resolution, durch die die **UdSSR demonstrativ aus dem Völkerbund „ausgeschlossen“ wurde**.

Damit nicht genug, ließen England und Frankreich der finnischen Militärkamarilla in dem von den finnischen Reaktionären entfesselten Krieg gegen die Sowjetunion jede mögliche Unterstützung zuteil werden. Die regierenden Kreise Englands und Frankreichs

Massive Unterstützung der finnischen Reaktion durch Großbritannien und Frankreich im finnisch-sowjetischen Krieg und die Verschiebung der Nordgrenze der UdSSR (September 1939–März 1940)

hörten nicht auf, die finnische Regierung zur Fortsetzung der Kriegshandlungen aufzuhetzen.

Die englisch-französischen Machthaber belieferten Finnland systematisch mit Waffen und rüsteten energisch zur Entsendung einer 100.000 Mann starken Expeditionsarmee nach Finnland.

In den drei Monaten, die seit dem Ausbruch des Krieges verstrichen waren, lieferte England, wie Chamberlain am 19. März 1940 im Unterhaus erklärte, Finnland 101 Flugzeuge, über 200 Geschütze, hunderttausende Granaten, Fliegerbomben und Panzerabwehrminen. Gleichzeitig teilte Daladier der Deputiertenkammer mit, Frankreich habe Finnland 175 Flugzeuge, etwa 500 Geschütze, über 5.000 Maschinengewehre, 1 Million Granaten und Handgranaten und verschiedene andere Kriegsmaterialien zugehen lassen.

Man kann die damaligen Pläne der britischen und der französischen Regierung vollauf nach einem Memorandum beurteilen, das die Engländer am 2. März 1940 den Schweden überreichten und worin es hieß:

„Die alliierten Regierungen erkennen, dass Finlands militärische Lage verzweifelt wird. Nach sorgfältiger Erwägung aller Möglichkeiten sind sie zu dem Schluss gelangt, dass die Entsendung alliierter Truppen das einzige Mittel ist, Finnland effektive Hilfe zu leisten, und sie sind bereit, solche Truppen zu schicken, sobald Finnland darum ersucht.“⁴⁰

Wie Chamberlain am 19. März im englischen Parlament erklärte, wurden damals

„die Vorbereitungen für die Expedition mit höchster Geschwindigkeit betrieben, und die Expeditionsarmee war Anfang März abfahrtbereit ... zwei Monate vor dem Termin, den Feldmarschall Mannerheim für ihre Ankunft angesetzt hatte“.

Chamberlain fügte hinzu, dass diese Truppen 100.000 Mann stark waren.

Gleichzeitig bereitete auch die französische Regierung ein erstes Expeditionskorps in Stärke von 50.000 Mann vor, das über Narvik nach Finnland gesandt werden sollte.

⁴⁰ Note der britischen Gesandtschaft vom 2. März 1940. Svenska Utrikes Departements Vita Bok (Weißbuch des schwedischen Außenministeriums), Stockholm 1947, S. 120.

Und diese kriegerische Aktivität entfalteten die englisch-französischen Machthaber in dem Augenblick, als England und Frankreich an der Front gegen Hitlerdeutschland keinerlei Aktivität zeigten und dort der sogenannte „komische Krieg“ geführt wurde!

Die militärische Unterstützung Finnlands gegen die Sowjetunion war aber nur Teil eines weiterreichenden Planes der englisch-französischen Imperialisten.

Kriegspläne des englischen und französischen Imperialismus gegen die UdSSR im Zusammenhang mit dem finnisch-sowjetischen Krieg

Das schon erwähnte „Weißbuch“ des schwedischen Außenministeriums enthält ein Dokument, das von dem schwedischen Außenminister Günther stammt. In diesem Dokument heißt es, „die Entsendung dieses Truppenkontingents gehörte zum Gesamtplan des Überfalls auf die Sowjetunion“ und dieser Plan „wird am 15. März gegen Baku und noch früher über Finnland in Aktion treten.“⁴¹

In seinem Buche „De Gaulle dictateur“ (Der Diktator de Gaulle) schrieb Kerillis über diesen Plan folgendes:

„Entsprechend diesem Plan, dessen Grundzüge mir M. Paul Reynaud⁴² in einem kurzen Brief, den ich aufbewahrt habe, entwickelte, würde ein motorisiertes Expeditionskorps, das über Norwegen in Finnland gelandet werden sollte, es bald zuwege gebracht haben, die desorganisierten Horden Russlands über den Haufen zu werfen und auf Leningrad zu marschieren ...“⁴³

Dieser Plan wurde in Frankreich von de Gaulle und General Weygand ausgearbeitet, der damals die französischen Truppen in Syrien kommandierte und prahlерisch erklärte, er werde „mit einigen Verstärkungen und 200 Flugzeugen den Kaukasus besetzen und in Russland eindringen wie, das Messer in die Butter.“

Bekannt ist auch der von dem französischen General Gamelin 1940 ausgearbeitete Plan für Kriegshandlungen der Engländer und Franzosen

⁴¹ „Aide-mémoire Günthers vom 2. März 1940“, ebenda S. 119.

⁴² Damals Mitglied der französischen Regierung.

⁴³ Henri de Kerillis, „De Gaulle dictateur“, Montreal 1945, p. 363/64.

gegen die UdSSR, worin auf Bombenangriffe gegen Baku und Batumi besonderer Wert gelegt wurde.

Die Vorbereitung der englisch-französischen Machthaber zum Überfall auf die UdSSR war in vollem Gange. In den Generalstäben Englands und Frankreichs wurde eifrig an Plänen für einen solchen Überfall gearbeitet. Diese Herren wollten, *anstatt gegen Hitler-deutschland Krieg zu führen, einen Krieg gegen die Sowjetunion vom Zaun brechen.*

Diese Pläne sollten jedoch keine Verwirklichung finden. Finnland wurde zu diesem Zeitpunkt von den Sowjettruppen niedergeworfen und zur Kapitulation gezwungen, trotz aller Bemühungen Englands und Frankreichs, seine Kapitulation zu verhindern.

Am 12. März 1940 wurde der Friedensvertrag zwischen der Sowjetunion und Finnland unterzeichnet.

Damit war die Sache der Landesverteidigung der UdSSR gegen die Hitleraggression auch im Norden, im Raum Leningrads, verbessert und die Verteidigungsline um 150 Kilometer nordwärts Leningrads bis einschließlich Wiborg vorverlegt.

Aber das bedeutete noch nicht, dass die Bildung einer „Ostfront“ von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer bereits beendet war. Mit den baltischen Staaten waren Pakte abgeschlossen, aber dort befanden sich noch keine Sowjettruppen, die die Verteidigung übernehmen konnten. Die Moldau und die Bukowina wurden formell wieder mit der UdSSR vereinigt, aber auch dort standen noch keine Sowjettruppen, die die Verteidigung übernehmen konnten.

Vorrücken sowjetischer Truppen in die Moldau und Bukowina (Teile des rumänischen Staatsgebiets) und nach Estland, Lettland und Litauen (Juni 1940) – Vollendung der Bildung der „Ostfront“

Mitte Juni 1940 rückten Sowjettruppen in Estland, Lettland und Litauen ein. Am 27. Juni des gleichen Jahres hielten Sowjettruppen auch in der Bukowina und in der Moldau, die Rumänien dem Sowjetland nach der Oktoberrevolution entrissen hatte, ihren Einzug.

Auf diese Weise wurde die Bildung der gegen die Hitleraggression gerichteten „Ostfront“ von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer vollendet.

Die führenden Kreise Englands und Frankreichs, die die UdSSR wegen der von ihr geschaffenen „Ostfront“ auch weiter als Aggressor beschimpften, schienen sich keine Rechenschaft darüber abzulegen, dass die Schaffung der „Ostfront“ einen einschneidenden Umschwung in der Entwicklung des Krieges – gegen die Hitlerfranrei und zugunsten des Sieges der Demokratie – bedeutete.

Sie begriffen nicht, dass es sich nicht um Beeinträchtigung oder Nichtbeeinträchtigung der nationalen Rechte Finnlands, Litauens, Lettlands, Estlands und Polens handelte, sondern darum, durch Organisierung des Sieges über die Hitlerfaschisten die Verwandlung dieser Länder in eine rechtlose Kolonie Hitlerdeutschlands zu verhindern.

Nur durch den Bau starker Verteidigungsstellungen im Westen der UdSSR („Ostfront“) konnte verhindert werden, dass Länder wie Estland oder Litauen zu Kolonien des deutschen Imperialismus wurden

Sie begriffen nicht, dass es sich darum handelte, dem Vormarsch der deutschen Truppen überall, wo das nur möglich war, Schranken zu setzen, starke Verteidigungsstellungen anzulegen und dann zum Gegenangriff überzugehen, die Hitlertruppen zu schlagen und dadurch diesen Ländern eine freie Entwicklung zu ermöglichen.

Sie begriffen nicht, dass es andere Wege zum Sieg über die Hitleraggression nicht gab.

Handelte die englische Regierung richtig, als sie während des Krieges ihre Truppen nach Ägypten schickte, obgleich die Ägypter protestierten und manche Elemente in Ägypten sogar Widerstand leisteten? Sie handelte unbedingt richtig! Dies war ein höchst wichtiges Mittel, um der Hitleraggression den Weg nach dem Suezkanal zu verlegen, Ägypten vor Anschlägen Hitlers zu schützen, den Sieg über Hitler zu organisieren und damit zu verhindern, dass Ägypten eine Hitlerkolonie wurde. Nur Feinde der Demokratie oder Verrückte können behaupten, dass die Handlungen der englischen Regierung eine Aggression darstellten.

Handelte die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika richtig, als sie ihre Truppen in Casablanca landen ließ, obgleich die Marokkaner protestierten und die Pétainregierung in Frankreich, deren Gewalt sich auch auf Marokko erstreckte, direkten militärischen Widerstand leistete?

Sie handelte unbedingt richtig! Dies war ein überaus wichtiges Mittel, einen Widerstandsstützpunkt gegen die deutsche Aggression in unmittelbarer Nähe Westeuropas zu schaffen, den Sieg über die Hitlerwehrmacht zu organisieren und damit die Voraussetzung für die Befreiung Frankreichs von dem hitlerfaschistischen Kolonialjoch zu schaffen. Nur Feinde der Demokratie oder Verrückte konnten diese Handlungen der amerikanischen Truppen als Aggression bezeichnen.

Das gleiche aber muss von den Handlungen der Sowjetregierung gesagt werden, die bis Sommer 1940 die „Ostfront“ gegen die Hitleraggression organisierte und ihre Truppen möglichst weit nach Westen von Leningrad, Moskau und Kiew verlegte. Dies war das einzige Mittel, dem ungehinderten Vormarsch der deutschen Truppen nach dem Osten den Weg zu verlegen, starke Verteidigungsstellungen zu schaffen und dann zum Gegenangriff überzugehen, um gemeinsam mit den Verbündeten die Hitlerwehrmacht zu schlagen und damit zu verhindern, dass die friedliebenden Länder Europas, darunter Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Polen, zu Hitlerkolonien wurden. Nur Feinde der Demokratie oder Verrückte konnten diese Handlungen der Sowjetregierung als Aggression qualifizieren.

Daraus folgt jedoch, dass Chamberlain, Daladier und ihre Umgebung, die diese Politik der Sowjetregierung als Aggression qualifizierten und den Ausschluss der Sowjetunion aus dem Völkerbund bewerkstelligten, wie Feinde der Demokratie bzw. wie Verrückte handelten.

Daraus folgt ferner, dass die jetzigen Verleumder und Geschichtsfälscher, die in Gemeinschaft mit den Herren Bevin und Bidault ihr Wesen treiben und die Schaffung der „Ostfront“ gegen Hitler als Aggression qualifizieren, ebenfalls wie Feinde der Demokratie bzw. wie Verrückte handeln.

Was wäre geschehen, wenn die UdSSR nicht schon vor dem Überfall Deutschlands, weit westlich von den alten Grenzen der UdSSR, eine „Ostfront“ geschaffen

Ohne die Errichtung der „Ostfront“ hätte die Nazi-Armee Moskau, Leningrad und andere Gebiete eingenommen, die Nazi-Aggression sowie die Aggression des japanischen Imperialismus hätte sich weiter ausgeweitet, der Zweite Weltkrieg hätte wesentlich länger gedauert

hätte, wenn diese Front nicht auf der Linie Wiborg–Kaunas–Bialystok–Brest-Litowsk–Lwow verlaufen wäre, sondern längs der alten Grenze Leningrad–Narwa–Minsk–Kiew?

Das hätte der Hitlerwehrmacht die Möglichkeit gegeben, hunderte Kilometer tief Raum zu gewinnen und die deutsche Front um 200 bis 300 Kilometer Leningrad, Moskau, Minsk und Kiew näher zu rücken, es hätte den Vormarsch der Deutschen in das Innere der UdSSR beschleunigt, den Fall Kiews und der Ukraine schneller herbeigeführt, die Besetzung Moskaus durch die Deutschen zur Folge gehabt, zur Besetzung Leningrads durch die vereinten Kräfte der Deutschen und der Finnen geführt und die UdSSR gezwungen, zu einer langwierigen Verteidigung überzugehen, so dass die Deutschen die Möglichkeit erhalten hätten, im Osten etwa 50 Divisionen für eine Landung auf den britischen Inseln und zur Verstärkung der deutsch-italienischen Front im Raume Ägyptens freizubekommen. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass die englische Regierung dann nach Kanada hätte evakuiert werden müssen und dass Ägypten und der Suezkanal unter Hitlers Herrschaft geraten wären.

Aber das ist noch nicht alles. Die UdSSR wäre gezwungen gewesen, einen großen Teil ihrer Truppen von der mandschurischen Grenze an die „Ostfront“ zu verlegen, um ihre Verteidigung zu verstärken, und dies hätte es den Japanern ermöglicht, in der Mandchurei an die 30 Divisionen freizubekommen und sie gegen China, gegen die Philippinen, gegen Südostasien überhaupt und schließlich gegen die amerikanischen Streitkräfte im Fernen Osten einzusetzen.

Alles das hätte dazu geführt, dass der Krieg mindestens zwei Jahre länger gedauert hätte und dass der zweite Weltkrieg nicht 1945, sondern erst 1947 oder noch etwas später beendet worden wäre.

So war es um die Frage der „Ostfront“ bestellt.

Inzwischen nahmen die Ereignisse im Westen ihren Lauf. Im April 1940 besetzten die Deutschen Dänemark und Norwegen. Mitte Mai drangen die deutschen Truppen in Holland, Belgien und Luxemburg ein. Am 21. Mai stießen die Deutschen bis zum Ärmelkanal vor und riegelten die Alliierten in Flandern ab. Ende Mai räumten die englischen Truppen Dünnkirchen, verließen Frankreich und begaben sich nach England. Mitte Juni fiel Paris. Am 22. Juni kapitulierte Frankreich vor Deutschland.

Hitler hatte somit alle und jegliche gemeinsam mit Frankreich und England abgegebenen Nichtangriffsdeklarationen in den Staub getreten.

Das war der völlige Bankrott der Befriedungspolitik, der Politik der Abkehr von kollektiver Sicherheit, der Politik der Isolierung der UdSSR.

Es war klargeworden, dass England und Frankreich durch die Isolierung der UdSSR die Einheitsfront der freiheitliebenden Länder zerschlagen hatten, schwächer geworden waren und nun selbst isoliert dastanden.

Am 1. März 1941 besetzten die Deutschen Bulgarien.

Am 5. April unterzeichnete die UdSSR einen Nichtangriffspakt mit Jugoslawien.

Am 22. Juni des gleichen Jahres überfiel Deutschland die UdSSR.

Italien, Rumänien, Ungarn und Finnland traten auf Seiten Deutschlands in den Krieg gegen die Sowjetunion ein.

Die Sowjetunion begann den Freiheitskrieg gegen Hitlerdeutschland.

Die verschiedenen Kreise Europas und Amerikas beobachteten eine verschiedene Haltung zu diesem Ereignis.

Die von Hitler unterjochten Völker atmeten erleichtert auf, weil sie erkannten, dass Hitler sich zwischen zwei Fronten, der Westfront und der „Ostfront“, das Genick brechen werde.

Die regierenden Kreise Frankreichs waren schadenfroh und zweifelten nicht daran, dass „Russland in kürzester Frist geschlagen werden“ würde.

Ein prominentes Mitglied des USA-Senats, der jetzige USA-Präsident Herr Truman, erklärte am Tage nach dem Überfall Deutschlands auf die UdSSR:

„Wenn wir sehen, dass Deutschland gewinnt, so sollten wir Russland helfen, und wenn Russland gewinnt, so sollten wir Deutschland helfen, sollen sie nur auf diese Weise möglichst viele totschlagen.“⁴⁴

⁴⁴ „New York Times“ vom 24. Juni 1941.

Eine ähnliche Erklärung gab 1941 in Großbritannien der damalige Minister für Flugzeugindustrie, Moore Brabazon, ab, der sich dahin äußerte, soweit Großbritannien in Betracht komme, wäre der beste Ausgang des Kampfes an der Ostfront die gegenseitige Erschöpfung Deutschlands und der UdSSR, wodurch England die Möglichkeit erhalten würde, die dominierende Stellung einzunehmen.

Diese Äußerungen waren ohne Zweifel bezeichnend für die Stellungnahme der reaktionären Kreise der USA und Großbritanniens.

Aber die ganz überwiegende Mehrheit der Völker Englands und Amerikas war für die UdSSR und forderte gemeinsame Sache mit der Sowjetunion zum erfolgreichen Kampf gegen Hitlerdeutschland.

Als Ausdruck dieser Gesinnung ist die Erklärung des britischen Premierministers, Herrn Churchill, zu betrachten, der am 22. Juni 1941 erklärte:

„Die Gefahr für Russland ist auch eine Gefahr für uns und für die Vereinigten Staaten, ebenso wie die Sache jedes Russen, der für Heim und Herd kämpft, die Sache der freien Menschen und der freien Völker in jedem Teile des Erdballs ist.“

Den gleichen Standpunkt gegenüber der UdSSR bezog die Regierung Roosevelts in den USA.

Damit war der Grundstein gelegt für die englisch-sowjetisch-amerikanische Koalition gegen Hitlerdeutschland.

4. Teil:

**Die korrekte Haltung der UdSSR zu seinen
Verbündeten in der Anti-Hitler-Koalition und
reaktionäre Aktionen vonseiten der
USA und Großbritanniens
(Juni 1941–Mai 1945)**

Die Antihitlerkoalition steckte sich das Ziel, das Hitlerregime zu zerschlagen und die von Hitlerdeutschland unterjochten Völker zu befreien. Trotz der Verschiedenheiten in der Ideologie und dem Wirtschaftssystem der einzelnen verbündeten Staaten wurde die englisch-sowjetisch-amerikanische Koalition zu einem mächtigen Bündnis der Völker, die ihre Kräfte im Befreiungskampf gegen den Hitlerfaschismus vereinigten.

Natürlich gab es auch damals, während des Krieges, in einigen Fragen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Verbündeten. Bekannt ist z. B., von welcher Bedeutung die Meinungsverschiedenheiten in so wichtigen Fragen waren, wie die Eröffnung der zweiten Front, die Verpflichtungen der Verbündeten, die Frage ihrer moralischen Pflichten voreinander.

Die Geschichtsfälscher und alle möglichen Verleumder klammern sich an diese Meinungsverschiedenheiten, um entgegen sonnenklaren Tatsachen zu „beweisen“, dass die UdSSR im Kampf gegen die Hitleraggression kein treuer und aufrichtiger Verbündeter war noch sein konnte. Aber da der gemeinsame Kampf gegen Hitlerdeutschland und die Haltung der UdSSR in diesem Kampf keinerlei Unterlagen für eine solche Beschuldigung bieten, so wenden sie sich der Vergangenheit – der Vorkriegszeit – zu und behaupten, die Vertreter der Sowjetunion hätten sich 1940 bei den Berliner „Verhandlungen“ mit Hitler unehrenhaft und nicht wie Verbündete benommen.

Sie versichern, bei den Berliner „Verhandlungen“ seien ruchlose „europäische Teilungspläne“, territoriale Ansprüche der Sowjetunion „südlich der Sowjetunion in Richtung Indischer Ozean“, „Pläne“ hinsichtlich der Türkei, Irans, Bulgariens und andere „Probleme“ zur Sprache gekommen und entschieden worden. Die Verleumder bedienen sich zu diesen Zwecken der Berichte deutscher Botschafter und anderer Hitlerbeamter, aller möglichen Notizen und deutschen Entwürfe irgendwelcher „Protokolle“ und ähnlicher „Dokumente“.

Was aber ist in Wirklichkeit in Berlin vor sich gegangen? Es muss gesagt werden, dass die sogenannten „Berliner Verhandlungen“ von 1940 in Wirklichkeit nichts anderes waren als eine Antwortvisite W. M. Molotows auf die beiden Besuche Ribbentrops in Moskau. Die Unterhaltungen betrafen hauptsächlich die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland. Hitler bemühte sich, sie zur Grundlage eines weitreichenden

Korrekte Haltung der UdSSR bei Verhandlungen mit Nazi-Deutschland 1940 und die geheimen Verhandlungen der USA mit Nazi-Deutschland während der Anti-Hitler-Koalition 1941, 1942 und 1943 zwecks eines Separatfriedens mit Deutschland

Abkommens zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu machen. Die Sowjetunion umgekehrt nutzte sie dazu aus, die Einstellung Deutschlands zu sondieren und ihm auf den Zahn zu fühlen, ohne die Absicht zu haben, irgendein Abkommen mit den Deut-

schen zu schließen. In diesen Unterredungen meinte Hitler, die Sowjetunion sollte sich einen Ausgang nach dem Persischen Meerbusen verschaffen, indem sie Westiran und die iranischen Erdölfelder der Engländer an sich brächte. Er sagte ferner, Deutschland würde der Sowjetunion behilflich sein können, ihre Ansprüche an die Türkei zu regulieren, eine Korrektur des Meerengenvertrages von Montreux eingeschlossen, wobei er die Interessen Irans absolut ignorierte, die Interessen der Türkei dagegen angelegentlich verteidigte, offensichtlich weil er diese als seinen gegenwärtigen oder doch jedenfalls künftigen Verbündeten betrachtete. Was die Balkanländer und die Türkei anbelangt, so betrachtete Hitler diese als eine Einflusssphäre Deutschlands und Italiens.

Aus diesen Unterhaltungen zog die Sowjetregierung folgende Schlüsse: Deutschland legt keinen Wert auf Beziehungen zu Iran; Deutschland ist nicht mit England verbunden und hat auch nicht die Absicht, eine solche Bindung einzugehen – folglich kann die Sowjetunion an England einen verlässlichen Verbündeten gegen Hitlerdeutschland finden; die Balkanstaaten sind entweder bereits gekauft und in Satelliten Deutschlands verwandelt (Bulgarien, Rumänien, Ungarn) oder unterjocht, wie die Tschechoslowakei, oder aber sie stehen vor ihrer Unterjochung, wie Griechenland; Jugoslawien ist das einzige Balkanland, auf das man als künftigen Verbündeten des Antihitlerlagers rechnen kann; die Türkei ist entweder schon durch enge Bande mit Hitlerdeutschland verbunden oder hat doch die Absicht, eine solche Bindung einzugehen.

Nach diesen nützlichen Schlussfolgerungen pflog die Sowjetregierung keinerlei Unterredungen mehr über die dargelegten Fragen, obgleich Ribbentrop die Sache wiederholt in Erinnerung brachte.

Wie man sieht, sondierte die Sowjetregierung die Stellungnahme der Hitlerregierung, fühlte ihr auf den Zahn, ohne dass diese Schritte zu irgendeinem Abkommen führten oder führen konnten.

Ist es zulässig, dass friedliebende Staaten den Standpunkt eines Gegners in dieser Weise sondieren? Das ist unbedingt zulässig. Es ist sogar nicht nur zulässig, sondern zuweilen auch eine direkte politische Notwendigkeit. Notwendig ist nur, dass die Sondierung mit Wissen und Zustimmung der Verbündeten geschieht und dass die Resultate der Sondierung den Verbündeten mitgeteilt werden. Die Sowjetunion hatte damals jedoch keine Verbündeten, sie war isoliert und deshalb leider nicht in der Lage, die Resultate der Sondierung den Verbündeten mitzuteilen.

Bemerkt werden muss, dass eine ähnliche, wenn auch anrüchige Sondierung des Standpunkts Hitlerdeutschlands von Vertretern Englands und der USA unternommen wurde, als der *Krieg bereits im Gange*, als die Antihitlerkoalition, bestehend aus England, den Vereinigten Staaten von Amerika und der UdSSR, bereits geschlossen war. Das geht aus Dokumenten hervor, die von den Sowjettruppen in Deutschland erbeutet worden sind.

Aus diesen Dokumenten ist zu ersehen, dass im Herbst 1941 sowie in den Jahren 1942 und 1943 in Lissabon und in der Schweiz hinter dem Rücken der UdSSR Verhandlungen zwischen Vertretern Englands und Deutschlands und später zwischen Vertretern der USA und Deutschlands über die Frage eines Friedensschlusses mit Deutschland gepflogen wurden.

In einem dieser Dokumente – einer Beilage zu einem Bericht Ernst Weizsäckers, Staatssekretärs im deutschen Auswärtigen Amt – wird der Verlauf solcher Verhandlungen dargelegt, die in Lissabon im September 1941 gepflogen wurden. Aus diesem Dokument ersieht man, dass am 13. September ein Sohn Lord Beaverbrooks, Max Aitken, ein Offizier der englischen Armee, der später Mitglied des englischen Parlaments wurde, als Vertreter Englands mit dem Ungarn Gustav von Köver, der im Auftrag des deutschen Außenministeriums operierte, zusammentraf, wie aus einem Schreiben W. Krauels, des deutschen Generalkonsuls in Genf, an Weizsäcker hervorgeht.

Bei diesen Unterhandlungen stellte Aitken rundheraus die Frage: „Wäre es nicht möglich, den bevorstehenden Winter und das Frühjahr dazu zu benutzen, um hinter den Kulissen die Möglichkeiten eines Friedens zu erörtern?“

Andere Dokumente sprechen von Verhandlungen zwischen Vertretern der Regierungen der USA und Deutschlands, die im Februar 1943 in der Schweiz stattfanden. Für die USA führte diese Verhandlungen der Sonderbeauftragte der USA-Regierung, Allen Dulles (der Bruder John Foster Dulles’), der unter dem Decknamen „Bull“ figurierte und „unmittelbare Aufträge und Vollmachten des Weißen Hauses“ hatte. Sein Gesprächspartner von deutscher Seite war Fürst M. Hohenlohe, der den regierenden Kreisen Hitlerdeutschlands nahestand und unter dem falschen Namen „Pauls“ als Vertreter Hitlers fungierte. Das Dokument, worin diese Verhandlungen dargelegt sind, gehörte dem hitlerfaschistischen Sicherheitsdienst (SD).

Wie aus diesem Dokument ersichtlich, wurden in der Unterredung wichtige Fragen berührt, die Österreich, die Tschechoslowakei, Polen, Rumänien, Ungarn und, was besonders wichtig ist, die Frage eines Friedensschlusses mit Deutschland betrafen.

A. Dulles (Bull) erklärte in dieser Unterredung:

„Nie wieder dürften Nationen wie Deutschland durch Not und Unrecht zu verzweifelten Experimenten und Heroismus getrieben werden. Der deutsche Staat müsste als Ordnungs- und Aufbaufaktor bestehen bleiben, eine Aufteilung des selben oder Loslösung Österreichs käme nicht in Frage.“

Hinsichtlich Polens erklärte Dulles (Bull), „durch eine Vergrößerung Polens nach dem Osten hin und die Erhaltung Rumäniens und eines starken Ungarns einen sanitären Riegel gegen den Bolszewismus und den Panslawismus befürworten zu müssen“.⁴⁵

Weiter wird in der Niederschrift dieser Unterredung bemerkt:

„Er (Bull) ging mehr oder weniger auf eine staatliche und industrielle europäische Großraumordnung ein und sah in einem föderativen Großdeutschland (ähn-

⁴⁵ „Unterredung Pauls – Mr. Bull“, aus den deutschen Archivdokumenten.

lich USA) mit einer an dieses angelehnten Donaukonföderation den besten Garanten für Ordnung und Aufbau in Zentral- und Osteuropa.“⁴⁶

Dulles (Bull) erklärte außerdem, er erkenne die Ansprüche der deutschen Industrie auf die führende Rolle in Europa vollauf an.

Man kann nicht umhin zu bemerken, dass die Engländer und die Amerikaner diese Sondierung ohne Wissen und Zustimmung ihres Verbündeten, der Sowjetunion, unternahmen und dass die Sowjetregierung nicht einmal nachträglich über die Resultate dieser Sondierung informiert wurde.

Das konnte bedeuten, dass die Regierungen der USA und Englands in diesem Fall versuchten, Verhandlungen mit Hitler über einen Separatfrieden anzubahnern.

Es ist klar, dass eine solche Haltung der Regierungen Englands und der USA nur als Verstoß gegen die elementarsten Anforderungen an die Pflichten und Obliegenheiten von Verbündeten betrachtet werden können.

Es ergibt sich also, dass die Geschichtsfälscher, die der UdSSR „Unaufrichtigkeit“ vorwerfen, hier ihre eigene Schuld anderen in die Schuhe zu schieben versuchen.

Es kann keinen Zweifel darüber geben, dass den Geschichtsfälschern und anderen Verleumndern diese Dokumente bekannt sind. Wenn sie nun diese Dokumente der öffentlichen Meinung vorenthalten und sich in ihrer Verleumdungskampagne gegen die UdSSR über sie ausschweigen, so geschieht das, weil sie die historische Wahrheit wie die Pest fürchten.

Was die **Meinungsverschiedenheiten über die Eröffnung der zweiten Front** anbelangt, so zeigte sich hier, wie verschieden die Verbündeten die Verpflichtungen auffassen, die ihnen aus ihren gegenseitigen Beziehungen erwachsen. Das Sowjetvolk ist der Meinung, dass man einem Verbündeten, wenn er in Not gerät, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln beistehen muss, dass man den Verbündeten nicht als zeitweiligen Gefährten behandeln darf, sondern ihn als Freund behandeln, sich über seine Er-

Herauszögern der Eröffnung der zweiten Front durch die USA und Großbritannien vor allem mit dem Ziel, die UdSSR zu schwächen

⁴⁶ Ebenda.

folge und sein Erstarken freuen muss. Die Vertreter der Engländer und Amerikaner teilen diese Meinung nicht, sondern halten eine solche Moral für eine Naivität. Sie gehen davon aus, dass ein starker Verbündeter gefährlich ist, dass ein Erstarken des Verbündeten nicht in ihrem Interesse liegt, dass man besser mit einem schwachen Verbündeten als mit einem starken zu tun hat, und dass man, wenn er dennoch erstarkt, Maßnahmen ergreifen muss, um ihn zu schwächen.

Jedermann weiß, dass die Engländer und die Amerikaner in dem englisch-sowjetischen Kommuniqué bzw. in dem sowjetisch-amerikanischen Kommuniqué vom Juni 1942 die Verpflichtung übernahmen, die zweite Front in Europa noch im Jahre 1942 zu eröffnen. Dies war ein feierliches Versprechen, wenn man will, ein Schwur, der pünktlich eingehalten werden musste, um den Truppen der Sowjetunion, die in der ersten Periode des Krieges die ganze Last der Abwehr des deutschen Faschismus zu tragen hatten, Erleichterung zu verschaffen. Bekannt ist aber auch, dass dieses Versprechen weder 1942 noch auch 1943 eingelöst wurde, obgleich die Sowjetregierung wiederholt erklärte, die Sowjetunion könne sich mit einem Aufschub der zweiten Front nicht abfinden.

Die Politik des Aufschubs der zweiten Front war keinesfalls zufälliger Natur. Sie wurde genährt durch die Bestrebungen der reaktionären Kreise Englands und der USA, die im Krieg mit Deutschland ihre eigenen, mit den Befreiungsaufgaben des Kampfes gegen den deutschen Faschismus nicht zu vereinbarenden Ziele verfolgten. **Die völlige Zerschlagung des deutschen Faschismus gehörte nicht zu ihren Plänen.** Sie waren daran interessiert, Deutschlands Macht zu untergraben, vor allem Deutschland als einen gefährlichen Konkurrenten auf dem Weltmarkt auszuschalten, wobei sie von ihren engstirnigen, eignützigen Zielen ausgingen. Es gehörte dagegen durchaus nicht zu ihren Absichten, Deutschland und andere Länder von der Herrschaft der reaktionären Kräfte zu befreien, die ständige Träger der imperialistischen Aggression und des Faschismus sind, ebenso wie durchgreifende demokratische Umgestaltungen nicht zu ihren Absichten gehörten.

Gleichzeitig spekulierten sie auf eine Schwächung der UdSSR, sie hofften darauf, dass die UdSSR sich weißbluten, durch den zerstörenden Krieg für lange Zeit ihre Bedeutung als große und star-

ke Macht einbüßen und nach dem Kriege von den USA und Großbritannien abhängig werden würde.

Man begreift, dass die Sowjetunion eine derartige Haltung zu einem Verbündeten nicht als normal ansehen kann.

Das gerade Gegenteil dieser Politik ist die von der UdSSR in den Beziehungen zu ihren Verbündeten befolgte Politik. Diese Politik zeichnet sich durch unverändert uneigennützige, konsequente und ehrliche Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen und durch die Bereitschaft aus, seinem Verbündeten

Korrekte Haltung der UdSSR gegenüber ihren Verbündeten:
Offensive an der Ostfront im Januar 1945 zur Entlastung der alliierten Truppen an der Westfront im Kampf gegen eine militärische Offensive des Nazifaschismus

stets kameradschaftliche Hilfe zu erweisen. Die Sowjetunion hat im vergangenen Krieg Beispiele einer solchen echten Alliiertenhaltung gegenüber anderen Ländern, ihren Waffengefährten im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, geliefert.

Hier ein Beweis.

Bekanntlich unternahmen die Hitlertruppen Ende Dezember 1944 an der Westfront, im Raum der Ardennen, eine Offensive, durchbrachen die Front und brachten die englisch-amerikanischen Truppen schwer in die Klemme. Nach der Behauptung der Alliierten wollten die Deutschen durch einen Schlag gegen Lüttich die erste amerikanische Armee zerstören, bis Antwerpen vorstoßen, die neunte amerikanische, die zweite britische und die erste kanadische Armee abschneiden und den Alliierten ein zweites Dünkirchen bereiten, um England zum Ausscheiden aus dem Krieg zu veranlassen.

In diesem Zusammenhang richtete W. Churchill am 6. Januar 1945 an J. W. Stalin ein Schreiben folgenden Inhalts:

„Die Schlacht im Westen ist sehr schwer, und vom Oberkommando können jederzeit weitreichende Entschlüsse verlangt werden. Sie selbst wissen aus Ihrer eigenen Erfahrung, wie sehr besorgniserregend die Lage ist, wenn man nach vorübergehendem Verlust der Initiative eine sehr breite Front zu verteidigen hat. Für General Eisenhower ist es sehr erwünscht und notwendig, in allgemeinen Zügen zu erfahren, was Sie zu tun gedenken, weil sich

das naturgemäß auf alle seine und unsere wichtigsten Entscheidungen auswirken wird. Laut einer eingelaufenen Meldung befand sich unser Emissär, Hauptmarschall der Luftstreitkräfte Tadder, gestern Abend, durch die Witterungsverhältnisse aufgehalten, in Kairo. Seine Reise hat sich sehr verzögert, nicht durch Ihre Schuld. Wenn er noch nicht bei Ihnen eingetroffen ist, so wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir mitteilen könnten, ob wir im Januar auf eine große russische Offensive an der Weichselfront oder an irgendeiner anderen Stelle rechnen können, und ebenso beliebige andere Momente, die Sie möglicherweise zu erwähnen wünschen. Ich werde diese streng vertrauliche Information außer Feldmarschall Brooke und General Eisenhower niemand mitteilen, und auch das nur unter Einhaltung strengster Diskretion. Ich betrachte die Sache als dringend.“

Am 7. Januar 1945 ließ J. W. Stalin an W. Churchill folgende Antwort ergehen:

„Am 7. Januar abends erhielt ich Ihr Schreiben vom 6. Januar 1945.

Leider ist der Herr Hauptmarschall der Luftstreitkräfte Tadder noch nicht in Moskau eingetroffen.

Es ist sehr wichtig, die Überlegenheit unserer Artillerie und Luftstreitkräfte gegen die Deutschen auszunutzen. Nur ist hierfür klares Wetter für die Luftstreitkräfte und das Ausbleiben von Bodennebeln erforderlich, die das Zielfeuер der Artillerie stören. Wir bereiten eine Offensive vor, aber das Wetter ist für unsere Offensive augenblicklich ungünstig. In Anbetracht der Lage unserer Verbündeten an der Westfront hat das Hauptquartier des Oberkommandos jedoch beschlossen, die Vorbereitungen in forciertem Tempo zu beenden und spätestens in der zweiten Januarhälfte ohne Rücksicht auf das Wetter an der gesamten Zentralfront großangelegte Offensivoperationen gegen die Deutschen zu beginnen. Sie brauchen nicht daran zu zweifeln, dass wir alles tun werden, was nur getan werden kann, um den wackeren Truppen unserer Verbündeten zu helfen.“

In seinem Antwortbrief an J. W. Stalin schrieb W. Churchill am 9. Januar:

„Ich bin Ihnen für Ihr ergreifendes (thrilling) Schreiben sehr verbunden. Ich habe es an General Eisenhower ausschließlich zu sei-

ner persönlichen Kenntnisnahme weitergeleitet. Möge Ihr edles Beginnen von vollem Erfolg begleitet sein!“

In dem Wunsch, die Unterstützung der alliierten Truppen im Westen zu beschleunigen, beschloss das Oberkommando der Sowjettruppen, den Zeitpunkt der Offensive gegen die Deutschen an der sowjetisch-deutschen Front vom 20. Januar auf den 12. Januar vorzuverlegen. Am 12. Januar begann an der breiten Front von der Ostsee bis zu den Karpaten eine große Offensive der Sowjettruppen. Es wurden 150 Sowjetdivisionen mit gewaltigen Mengen Artillerie und Flugzeugen in Bewegung gesetzt, die die deutsche Front durchbrachen und die deutschen Truppen um hunderte Kilometer zurückwarfen.

Am 12. Januar stellten die deutschen Truppen an der Westfront, darunter die fünfte und sechste Panzerarmee, die zu einem neuen Vorstoß antreten sollten, ihre Offensive ein; sie wurden im Laufe von 5 bis 6 Tagen von der Front zurückgenommen und nach dem Osten gegen die angreifenden Sowjettruppen, geworfen. Die Offensive der deutschen Truppen im Westen war zum Scheitern gebracht.

Am 17. Januar 1945 schrieb W. Churchill an J. W. Stalin:

„Ich bin Ihnen sehr verbunden für Ihr Schreiben und außerordentlich froh, dass Luftmarschall Tadde auf Sie einen so günstigen Eindruck gemacht hat.

Im Namen der Regierung Seiner Majestät und aus tiefstem eigenen Herzen möchte ich Ihnen unsern Dank und unsere Glückwünsche aussprechen anlässlich der gigantischen Offensive, die Sie an der Ostfront begonnen haben.

Ihnen ist jetzt zweifellos bekannt, welche Pläne General Eisenhower verfolgt und in welchem Maße ihre Verwirklichung durch die Störungsoffensive Rundstedts aufgehalten wurde. Ich bin gewiss, dass die Kämpfe an unserer ganzen Front ununterbrochen weitergehen werden. Die britische 21. Heeresgruppe unter dem Befehl Feldmarschall Montgomerys ist heute im Raum südlich Roermond zum Angriff angetreten.“

In dem an die Sowjettruppen gerichteten Befehl J. W. Stalins vom Februar 1945 heißt es über diese Offensive der Sowjettruppen:

„Im Januar d. J. hat die Rote Armee an der ganzen Front von der Ostsee bis zu den Karpaten auf den Feind einen Schlag von bei-

spieloser Wucht niedersausen lassen. An einer 1.200 Kilometer breiten Front brach sie die starken Verteidigungsstellungen der Deutschen auf, an denen diese mehrere Jahre lang gearbeitet hatten. Im Verlaufe ihrer Offensive warf die Rote Armee den Feind durch rasche und meisterhafte Operationen weit nach Westen zurück.

Die Erfolge unserer Winteroffensive haben vor allem dazu geführt, dass sie die Winteroffensive der Deutschen, die sich die Besetzung Belgiens und des Elsass zum Ziel setzten, zum Scheitern gebracht und es den Armeen unserer Verbündeten ermöglicht haben, ihrerseits zur Offensive gegen die Deutschen überzugehen und damit ihre Offensivoperationen im Westen mit den Offensivoperationen der Roten Armee im Osten zu verbinden.“

So handelte J. W. Stalin.

So handeln wahre Verbündete im gemeinsamen Kampf.

* * *

Das sind die Tatsachen.

Natürlich heißen die Geschichtsfälscher und Verleumder eben deshalb Fälscher und Verleumder, weil sie vor den Tatsachen keinen Respekt haben. Sie ziehen es vor, mit Klatsch und Verleumdungen zu tun zu haben. Es besteht jedoch kein Grund daran zu zweifeln, dass diese Herren schließlich doch gezwungen sein werden, die allgemein bekannte Wahrheit einzusehen, dass Klatschereien und Verleumdungen vergehen, Tatsachen aber bestehen.

Informationsbüro der Sowjetunion

II. Zur Konferenz über die Schrift „Geschichtsfälscher“

Einleitende Bemerkungen

Die nachfolgenden vier Referate haben einen doppelten Charakter. Zum einen geht es darum, den 2008 erschienenen Band „1418 Tage. Der Krieg des deutschen Nazifaschismus gegen die sozialistische Sowjetunion (22. Juni 1941–8. Mai 1945)“ fortzusetzen und zu vertiefen, indem Probleme des Kriegs gegen den Nazifaschismus genauer beleuchtet werden.

Zum anderen stellte sich heraus, dass die besten und unübertroffenen Antworten auf wichtige Fragen der Vorphase und des Verlaufs des Zweiten Weltkriegs in der Broschüre „Geschichtsfälscher“ enthalten sind, die aufgeschlüsselt, interpretiert und kommentiert werden müssen.

Die nachfolgenden vier Referate stellen sich vor allem diese Aufgabe. Die Referate sind das Ergebnis intensiver Diskussionen des Autorenkollektivs; sie spiegeln aber auch den unterschiedlichen Stand der Forschung zu den jeweiligen Themen oder der Kenntnisse bei den einzelnen Referentinnen und Referenten wider.

Die jeweiligen Vorbemerkungen vor den Referaten dienen einer ersten Orientierung.

Die notwendige Vertiefung der von uns angesprochenen Fragen erfordert vor allen Dingen, und dies kann hier nicht geleistet werden, eine umfassende Rekonstruktion der theoretischen Arbeiten und der politischen Linie der einzelnen Kommunistischen Parteien in allen Ländern, die vom Zweiten Weltkrieg direkt oder indirekt betroffen waren, also im Grunde aller Kommunistischen Parteien dieser Zeitspanne. Für solche Analysen, die nicht von einer Partei geleistet werden können, gibt es ganz gewiss besonders große Schwierigkeiten bei der Linie der KP Großbritanniens und der KP Frankreichs vom August 1939 bis Juni 1941. Andere gewiss auch große Schwierigkeiten werden die Analysen der Dokumente der KP Griechenlands und der KP Polens ergeben. Ohne Zweifel stand die Solidarität mit der sozialistischen UdSSR als wesentliches Moment an der Spitze aller Überlegungen. Das Problem ist, dass sich aus diesem Gesichtspunkt allein keine eigenständige Linie in einer bestimmten Zeitspanne ergibt. Im Versuch, die Außenpolitik der UdSSR zu verteidigen, können auch Argumente fallen, die falsch und kontraproduktiv sind, da bekanntlich der Weg zur Hölle mit guten Vorsätzen gepflastert ist. Die Beispiele aus der Analyse der Dokumente der KPD,

die in den nachfolgenden Referaten angeschnitten werden, zeigen das mit großer Deutlichkeit.

Insofern sind die nachfolgenden Referate ein Beitrag im Gesamtzusammenhang einer notwendigen und umfassenden kritischen Bearbeitung der Geschichte der kommunistischen Weltbewegung und insbesondere der Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands.

* * *

In den Beiträgen der nachfolgend dokumentierten Konferenz werden oft uns nicht zugängliche Quellen indirekt zitiert, also nach Studien und Büchern von Autoren, deren grundlegende Positionen von uns ganz und gar nicht geteilt werden. Das gilt sowohl für die umfangreiche mehrbändige Geschichte des Zweiten Weltkriegs der revisionistischen Sowjetunion, die durch eine Faktenfülle ihre eingestreuten antistalinistischen, antikommunistischen Bemerkungen vertuscht und verkleidet. Das gilt aber gerade auch für die offen apologetisch auftretenden Historiker des deutschen Imperialismus und die sich kritisch gebende zweite Generation deutscher Historiker, die ihrem Antikommunismus in der Regel in all ihren Studien immer wieder einflechten. Um die Arbeit nicht zu überlasten, werden wir nur in einzelnen Fällen in Fußnoten auf solche eingeflochtenen Unwahrheiten und Verfälschungen der Geschichte eingehen.

A.

**Zur Theorie des Imperialismus und der
proletarischen Revolution, zu besonderen Aufgaben
des Sozialismus in einem Land und komplizierten
Fragen der Einschätzung des Charakters des
Zweiten Weltkriegs**

Vorbemerkung

Dieses Referat stellt sich die Aufgabe, Grundlagen der Theorie der proletarischen Revolution und des Imperialismus knapp darzustellen. Die Schrift „Geschichtsfälscher“ hat sich diese Aufgabe nicht gestellt, denn sie hatte angesichts der Verleumdungen der Imperialisten die Aufgabe, vor allem den Abschluss des Nichtangriffsvertrags mit Nazi-Deutschland und die militärischen Maßnahmen der UdSSR zur Vorbereitung auf den bevorstehenden Nazi-Überfall auf die Sowjetunion zu begründen und zu verteidigen.

Seit Jahrzehnten haben die modernen Revisionisten Schlagworte wie „friedlicher Weg“ zum Sozialismus, „friedlicher Wettbewerb“ und „friedliche Koexistenz“ mit dem Weltimperialismus verbreitet. Sie erklärten die „friedliche Koexistenz“ zur angeblichen absoluten Leitlinie der Außenpolitik eines sozialistischen Landes, erklärten sich bereit, im Namen des „Friedens“ die revolutionären „Funken“, die „den Weltfrieden“ bedrohten, zusammen mit den Imperialisten auszutreten und forderten die Anwendung der „friedliche Koexistenz“ auch auf den Klassenkampf innerhalb der kapitalistischen Länder praktisch als „Stillhalteabkommen“ von Gnaden der nun revisionistischen Sowjetunion. Um die revisionistischen Verfälschungen und schematischen Übertragungen zu widerlegen und zu zeigen, dass die Haltung und Politik der UdSSR zur Zeit Lenins und Stalins nichts, aber auch gar nichts mit dieser revisionistischen „Linie“ zu tun hatte, wird zuerst erklärt und erläutert, dass die Außenpolitik der damals sozialistischen UdSSR als Kraft der proletarischen Weltrevolution, die zum Ziel hatte, den Weltimperialismus zu vernichten und weltweit den Kommunismus aufzubauen, zwei unterschiedliche Kampfgebiete umfasste: die Unterstützung der Kommunistischen Parteien und revolutionären Bewegungen aller Länder und die staatliche Außenpolitik der UdSSR gegenüber den Staaten des imperialistischen Weltsystems.

Als grundlegende proletarisch-internationalistische Aufgabe des Proletariats eines sozialistischen Landes nennt Stalin sehr treffend, „**die sozialistische Gesellschaft**“ aufzubauen „**als Stütze, als Mittel zur Beschleunigung des Sieges des Proletariats in den anderen Ländern**“ (Stalin, „Über die Grundlagen des Leninismus“, 1924, SW 6, S. 95)

Eine wichtige Aufgabe der staatlichen Außenpolitik der UdSSR war, die Atempause für die UdSSR bis zu einem imperialistischen Überfall

maximal auszudehnen. Gegen pseudoline „Argumente“, die jeden Kompromiss mit den Imperialisten als „Verrat“ ablehnten, gegen rechte Abweichungen, die die Grenze zulässiger Kompromisse überschreiten und den Imperialisten die Diktatur des Proletariats ausliefern wollten, werden Kriterien vorgestellt als Richtschnur, um möglichst maximal richtig Kompromisse in der Praxis durchsetzen zu können. Ein zentrales Kriterium ist dabei, dass beim Eingehen von Kompromissen keine Zugeständnisse gemacht werden dürfen, die die Grundlagen der proletarischen Revolution, der Diktatur des Proletariats betreffen und dass es darum geht, dass alle Imperialisten „am Ende verlieren“, wie das Lenin ausdrückte.

Anschließend werden der Doppelcharakter solcher Kompromisse und die Gefahren, die damit verbunden sind, aufgezeigt. Auch wenn die abgeschlossenen Kompromisse noch so vorteilhaft für die proletarische Weltrevolution und die UdSSR waren, muss erstens bewusst sein, dass es nicht nur Vorteile, sondern auch Nachteile geben konnte, wie etwa die Gefahr, Illusionen in die am Kompromiss beteiligten imperialistischen Kräfte zu schüren. Zweitens muss bewusst sein, dass bei jedem Kompromiss zwischen sozialistischen Ländern und imperialistischen Ländern von Anfang an aufseiten der imperialistischen Mächte ein imperialistisches Kalkül mehr oder weniger stark eine Rolle spielt, denn die Todfeindschaft zwischen Sozialismus und Imperialismus war ja durch diesen Kompromiss nicht prinzipiell beseitigt. Das Referat macht klar, dass es notwendig ist, einen Zweifrontenkampf zu führen, nicht in Illusionen über imperialistische Mächte zu verfallen, aber auch nicht Chancen für richtige Kompromisse zu verpassen mit Hinweis auf den imperialistischen Charakter der möglichen „Kompromiss-Partner“. Grundlegender Ausgangspunkt dieses Kampfes ist, dass alle imperialistischen Länder und insbesondere die imperialistischen Großmächte Todfeinde der proletarischen Weltrevolution sind.

Jedoch konnte die staatliche Außenpolitik der UdSSR bei diesem sicherlich zentralen Ausgangspunkt nicht stehen bleiben. Die Debatte auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale 1935 über die Frage eines „Hauptfeindes“ wird ausführlich geschildert. Diese Diskussion enthält den Aspekt, dass die damals sozialistische Sowjetunion für die Verteidigung ihrer Grenzen in der staatlichen Außenpolitik und Diplomatie in der Tat feststellen konnte, welche imperialistische Kraft in einer bestimmten Situation, für eine bestimmte Zeit für die eigene Si-

cherheit am gefährlichsten war und welche Imperialisten aus einer Reihe von taktischen Gründen momentan auf ein „Auskommen“ mit der sozialistischen Sowjetunion aus waren und „nichtkriegerische“ Beziehungen zu ihr pflegen wollten. Diese aus der Sicht der Sowjetunion notwendige Differenzierung durfte jedoch keinesfalls übertragen werden auf die Frage der Vorbereitung und Durchführung der Revolution in den einzelnen Ländern des imperialistischen Weltsystems, was zur Konstruktion eines angeblichen „internationalen Hauptfeinds der Revolution“ geführt hätte. Die grundlegende Aufgabe war zum Beispiel in Indien, in Chile, in Frankreich oder in Deutschland, aus der Analyse der internationalen Lage und der Bedingungen im „eigenen“ Land den Hauptfeind der Revolution im „eigenen“ Land festzustellen, also diejenige imperialistische Macht bzw. diejenige mit dem Imperialismus verbundene konterrevolutionäre Kraft im jeweiligen Land, die die Staatsmacht in Händen hält.

Zum Ende des Referats geht es um die Bedeutung (und Klärung) der Frage des Charakters des Zweiten Weltkriegs für die Außenpolitik der UdSSR. Ausgangspunkt ist die Unterscheidung zwischen gerechten und ungerechten Kriegen. Gerechte Kriege werden von den kommunistischen Kräften unterstützt, ja diese werden von der Kommunistischen Partei bewusst vorbereitet und geführt, wie zum Beispiel der Bürgerkrieg zum Sturz der Bourgeoisie. Ungerechte Kriege werden von den kommunistischen Kräften mit aller Kraft bekämpft. Ohne Klarheit über den Charakter eines Kriegs insgesamt und in jeder seiner Phasen kann also nicht entschieden werden, ob dieser Krieg insgesamt bekämpft, ob eine Seite und welche Seite in dem jeweiligen Krieg von den kommunistischen Kräften unterstützt oder welche Seite bekämpft werden muss.

1. Ziele und Prozess der proletarischen Weltrevolution und die Bedeutung der wichtigsten Widersprüche im Imperialismus

Das grundsätzlichste programmatische **Ziel der proletarischen Weltrevolution** ist nicht nur die Vernichtung des Weltimperialismus, sondern – positiv formuliert – die Errichtung des Weltkommunismus. Dieses große Ziel ist das eigentliche „Maximalprogramm“ der proletarischen Weltrevolution. Diesem Ziel untergeordnet und ihm dienend ist ein einheitliches Ziel der proletarischen Weltrevolution, der Sturz der herrschenden Ausbeuterklassen und dann die Errichtung der Diktatur des Proletariats in allen Ländern der Welt als Instrument, um die gestürzten Ausbeuter überhaupt niederhalten zu können und um zuerst den Sozialismus und dann den Kommunismus in jedem Land aufzubauen.

Lenin hatte bei seiner Analyse des Imperialismus stets vor Augen, herauszufinden, wie und ob die ökonomischen Veränderungen im Imperialismus im Vergleich zum vormonopolistischen Kapitalismus Auswirkungen auf die Festlegung der Strategie und Taktik der proletarischen Weltrevolution haben.

Stalin erläutert in seiner Schrift „Über die Grundlagen des Leninismus“, basierend auf Lenins Imperialismusanalyse, gedrängt die drei „als die wichtigsten“ zu betrachtenden Widersprüche des Imperialismus:

„Der erste Widerspruch ist der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital. (...)

Der zweite Widerspruch ist der Widerspruch zwischen den verschiedenen Finanzgruppen und imperialistischen Mächten (...)

Der dritte Widerspruch ist der Widerspruch zwischen der Handvoll herrschender ‚zivilisierter‘ Nationen und den Hunderten von Millionen der kolonialen und abhängigen Völker der Welt. (...)

Das sind im allgemeinen die wichtigsten Widersprüche des Imperialismus, die den alten, ‚blühenden‘ Kapitalismus in den sterbenden Kapitalismus verwandelt haben.“

(Stalin, „Über die Grundlagen des Leninismus“, 1924, SW 6, S. 65 f.)

Stalin legt hiervon ausgehend etwas später in derselben Schrift die Bedeutung dieser Widersprüche für die proletarische Weltrevolution dar. Imperialismus, so sagt Stalin, bedeutet zum einen,

„die Verschärfung der revolutionären Krise innerhalb der kapitalistischen Länder, die Anhäufung von Zündstoff an der inneren, der proletarischen Front in den ‚Mutterländern‘.“

(Ebenda, S. 83, Hervorhebung Autorenkollektiv)

Imperialismus bedeutet zum zweiten,

„die Verschärfung der revolutionären Krise in den Kolonialländern, das Anwachsen der Elemente der Empörung gegen den Imperialismus an der äußeren, an der kolonialen Front.“

(Ebenda, S. 84, Hervorhebung Autorenkollektiv)

Imperialismus bedeutet zum dritten, die

„Verstärkung der dritten Front, der zwischenkapitalistischen Front, die den Imperialismus schwächt und die Vereinigung der beiden ersten Fronten, der revolutionär-proletarischen Front und der Front der kolonialen Befreiungsbewegung, gegen den Imperialismus erleichtert ...“

(Ebenda, S. 84, Hervorhebungen Autorenkollektiv)

Stalin unterstreicht dann vor allem Folgendes:

Die proletarische Weltrevolution ist ein internationaler, zusammenhängender Prozess, den man als einheitlichen Prozess verstehen muss. Er ist aber nicht bloß die Summe der Revolutionen in den einzelnen Ländern. Stalin nennt zwei Gründe dafür: Zum einen ist in der Epoche des Imperialismus – im Gegensatz zur Epoche des aufsteigenden Kapitalismus – die Revolution in einem Land nicht die „isolierte Tat“ der revolutionären Kräfte dieses Landes gegen die Konterrevolution ebendieses Landes, sondern es stehen sich zwei Fronten gegenüber: die Weltfront der Revolution, die weltweiten Kräfte der Revolution, und die Weltfront des Imperialismus, die weltweiten Kräfte der Konterrevolution. Zum anderen ist die Revolution in einem Land das Ergebnis der Zuspiitung der Widersprüche des Weltimperialismus, aus der sich günstige Bedingungen für das Ausscheiden aus der Front des Weltimperialismus in diesem Land ergeben, soweit der subjektive Faktor dort genügend entwickelt ist:

„Jetzt muss man von der proletarischen Weltrevolution sprechen, denn die einzelnen nationalen Fronten des Kapitals haben sich in Glieder einer einheitlichen Kette verwandelt, genannt die Weltfront des Imperialismus, der die allgemeine Front der revolutionären Bewegung aller Länder entgegengestellt werden muss.

(...) Jetzt muss man die proletarische Revolution vor allem als Ergebnis der Entwicklung der Widersprüche im Weltsystem des Imperia-

lismus betrachten, als Ergebnis dessen, dass die Kette der imperialistischen Weltfront in diesem oder jenem Lande reißt.

(Ebenda, S. 85 f.)

Man kann den Prozess der proletarischen Weltrevolution aber auch von einem anderen Blickwinkel betrachten: Er zergliedert sich in Kräfte verschiedener Länder mit ihren Besonderheiten und Stadien, in denen sie sich befinden und die berücksichtigt werden müssen. Wichtig ist hierbei, dass Lenin und Stalin nachgewiesen haben, dass trotz der unterschiedlichen ökonomischen und politischen Verhältnisse der einzelnen Länder das imperialistische Weltsystem als Ganzes bereits für die Revolution reif geworden ist. Die Theorie der proletarischen Weltrevolution geht also davon aus, dass insgesamt **in allen Ländern die objektiven Bedingungen reif für die Revolution sind**. Nirgendwo muss erst auf die „Entwicklung der Produktivkräfte“ gewartet werden.

Der Prozess der proletarischen Weltrevolution ist also ein Prozess, an dem sich verschiedene Kräfte beteiligen: die Kräfte der proletarischen Revolution in den imperialistischen Ländern und die Befreiungsbewegungen in den abhängigen Ländern sowie – falls vorhanden – die Länder des Sozialismus, die sich gegenseitig maximal zusammenschließen und unterstützen. Aus der Tatsache der Rolle des Weltproletariats als Totengräber des Kapitalismus ergibt sich der proletarische Charakter der Weltrevolution, die Führung durch das internationale Proletariat und die Unterordnung aller Teile der proletarischen Weltrevolution unter die Sache des internationalen Proletariats, die Sache des Weltkommunismus.

Wenn wir also einerseits verstehen müssen, dass es ein einheitliches Ziel und einen einheitlichen Prozess der proletarischen Weltrevolution gibt, müssen wir andererseits verstehen, dass diese Einheitlichkeit eingeschränkt wird durch die Notwendigkeit, dass die Revolution in einem jeden Land eine besondere Strategie und Taktik braucht. Die Konzentration darauf, die Revolution im „eigenen“ Land vorzubereiten und nicht auf andere Länder „zu warten“, ergibt sich vor allem auch aus dem **Ge-
setz der ungleichmäßigen Entwicklung im Imperialismus.⁴⁷** Aus der

⁴⁷ Die Gründe für diese ungleichmäßige Entwicklung in imperialistischen Großmächten liegen auf der Hand und sind von Lenin in seiner Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ im Kontext des Konkurrenzkampfes der Großmächte fundiert dargelegt worden. Auch die vom Imperialismus abhängigen Länder entwickeln

Tatsache des Wirkens dieses Gesetzes ergibt sich die Ungleichzeitigkeit der Revolution in den einzelnen Ländern, wobei kein „Plan“, keine Vorhersage, kein Schema „erst Europa, dann die anderen Länder“, kein Schema „erst die kapitalistisch schwach entwickelten Länder, dann Europa“ richtig ist, da die Kette des Weltimperialismus überall reißen kann und **das Proletariat eines jeden Landes nicht „abwarten“ darf**, sondern sich allseitig auf die Schaffung der nötigen Bedingungen für den Sieg der Revolution vorbereiten muss und kann. Dadurch ergibt sich, dass es keinen gleichzeitigen Prozess mit einheitlichem Zeitpunkt für den Sieg der Weltrevolution über den Weltimperialismus in allen Ländern geben kann. Vielmehr wird der Sieg der proletarischen Revolution schrittweise und nicht in allen Ländern gleichzeitig erfolgen; die proletarische Weltrevolution wird sich aus sehr verschiedenen Typen von Revolutionen zusammensetzen.

Um den Prozess der proletarischen Weltrevolution und die daraus entstehenden Aufgaben für das Land oder die Länder der Diktatur des Proletariats verstehen zu können, ist es unabdingbar, das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung tiefergehend zu durchdenken, weil sich vor allem auch aus diesem Gesetz die Möglichkeit des Ausnutzens zwischenimperialistischer Widersprüche durch die UdSSR ergab.

2. Das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung im Imperialismus und die Möglichkeit des Ausnutzens zwischenimperialistischer Widersprüche durch die UdSSR

Stalin erklärte im Kampf gegen den Trotzkismus, der die Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Land leugnete, das Wesen dieses Gesetzes:

„Das Gesetz der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung in der Periode des Imperialismus bedeutet die sprunghafte Entwicklung der einen Länder im Vergleich mit anderen, die schnelle Verdrängung der einen Länder vom Weltmarkt durch die anderen, periodische Neuaufteilungen der bereits aufgeteilten Welt mittels kriegerischer Konflikte und

sich nicht gleichmäßig, sondern in unterschiedlichem Tempo, oft auch in unterschiedlicher Richtung, weil erstens die ungleichmäßige Entwicklung der verschiedenen Großmächte unterschiedlich auf diese Länder wirkt und zweitens damit verknüpft auch eigene geschichtliche Traditionen und Entwicklungen ein gewisses Gewicht haben.

Kriegskatastrophen, die Vertiefung und Verschärfung der Konflikte im Lager des Imperialismus, die Schwächung der Front des Weltkapitalismus, die Möglichkeit der Durchbrechung dieser Front durch das Proletariat einzelner Länder, die Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einzelnen Ländern.“

(Stalin, „VII. erweitertes Plenum des EKKI“, „Schlusswort“, 1926, SW 9, S. 93 f.)

Die politischen Schlussfolgerungen aus der Zuspitzung der drei wichtigsten Widersprüche des Imperialismus und dem Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung sind vor allem folgende:

- Es gilt, sich darauf zu konzentrieren, die Revolution im eigenen Land vorzubereiten und **nicht auf andere Länder zu warten**, denn die Revolution kann aufgrund der ungleichmäßigen politischen und ökonomischen Entwicklung der einzelnen Länder sich nicht in allen Ländern gleichzeitig und mit gleichem Tempo entwickeln. Wenn die objektiven und subjektiven Bedingungen für die Revolution weit genug entwickelt sind, dann muss man handeln und die Ausbeuter des eigenen Landes stürzen, in imperialistischen Ländern sofort die Diktatur des Proletariats errichten und den Aufbau des Sozialismus anpacken – im engsten Bündnis mit allen Kräften der proletarischen Weltrevolution.
- Dieser Weg ist möglich, weil aufgrund des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung sich die Imperialisten keinesfalls weltweit zu einer immerwährenden festen Einheit verschmelzen können, weil die Imperialisten auf lange Sicht keinen Frieden untereinander finden können, so dass **das Reißen der Kette am schwächsten Kettenglied des Imperialismus möglich** wird. Daraus darf jedoch nicht geschlussfolgert werden, dass sich die Imperialisten aller Länder nicht auf kürzere Sicht immer wieder einigen können, sich zusammenschließen können, insbesondere wenn es um den Kampf gegen die Revolution geht. Das deutlichste Beispiel dafür ist die Intervention des Weltimperialismus gegen die junge Sowjetunion ab 1919. Denn trotz seiner gewaltigen Bedeutung drückt das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung im Imperialismus nicht die einzige und nicht eine allein wirkende Tendenz aus.

So lange es Imperialisten gibt, hören weder Kollaboration noch Rivalität zwischen ihnen jemals auf. Beide Tendenzen existieren im Grunde genommen ständig, nicht nur aufeinanderfolgend, sondern nebeneinander und gleichzeitig, wobei bloß dem Wechsel unterworfen ist, welche Tendenz in einem bestimmten Augenblick und in Bezug auf eine gewisse Frage vorherrschend ist.

Lenin drückte das folgendermaßen aus:

„.... es gibt zwei Tendenzen: die eine, die ein Bündnis aller Imperialisten unvermeidlich macht, die andere, die die einen Imperialisten den andern entgegenstellt – zwei Tendenzen, von denen keine auf einer festen Grundlage beruht.“

(Lenin, „Bericht über die Außenpolitik in der gemeinsamen Sitzung des Gesamtrusischen Zentralkomitees und des Moskauer Sowjets“, 1918, LW 27, S. 363)

Auch Marx hat das Verhältnis von Kollaboration und Rivalität im Kapitalismus treffend beschrieben und das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung im Imperialismus ändert daran nichts Wesentliches:

„Wie die Bourgeoisklasse eines Landes gegen die Proletarier desselben Landes vereinigt und verbrüdert ist, trotz der Konkurrenz und des Kampfes der Mitglieder der Bourgeoisie unter sich selbst, so sind die Bourgeois aller Länder gegen die Proletarier aller Länder verbrüdert und vereinigt, trotz ihrer wechselseitigen Bekämpfung und Konkurrenz auf dem Weltmarkt.“

(Marx, „Rede über Polen“, 1847, MEW 4, S. 416)

Aufgrund der Tatsache, dass sich die zwischenimperialistischen Widersprüche gesetzmäßig verschärfen, können diese Widersprüche für den Kampf um die proletarische Weltrevolution ausgenutzt werden. Ja im Kampf um die proletarische Weltrevolution ist das **Ausnutzen der zwischenimperialistischen Widersprüche** nicht nur möglich, sondern unbedingt notwendig.

Das liegt daran, dass die Kräfte der proletarischen Weltrevolution zu einer Zeit, wenn es nur ein sozialistisches Land oder nur wenige sozialistische Länder gibt, eben noch schwächer sind als die Kräfte des Weltempirialismus, sie sind eben noch nicht in der Lage, den Weltempirialismus auf einen Schlag zu vernichten. Aber um die zwischenimperialistischen Widersprüche ausnutzen zu können, müssen die kommunistischen Kräfte weltweit auch eine gewisse Stärke und Kraft haben, die es ihnen erst ermöglicht, eine eigene gewichtige Position einzunehmen und zum Beispiel Abkommen mit Imperialisten abzuschließen, also um überhaupt erst in der Lage zu sein, Widersprüche ausnützen zu können. Wäre eine solche Stärke nicht vorhanden, würden die Imperialisten sich nicht auf solche Abkommen einlassen, sondern gleich den Kampf „ums Ganze“ aufnehmen und zur direkten Rückeroberung ihres verlorenen Ausbeuterparadieses übergehen.

Es ist jedoch **falsch**, die zwischenimperialistischen Gegensätze zu **überschätzen** oder gar für „absolut“ zu erklären, so dass die Revolutionäre auf sie als eine feste und ständige Hilfe rechnen könnten. Die zwischenimperialistischen Widersprüche können, richtig genutzt, in bestimmten Situationen helfen, die Entwicklung und sogar den Sieg der Revolution zu erleichtern. Man darf sich jedoch nie auf diese Widersprüche verlassen, sondern nur auf die eigenen Kräfte, die Kräfte der Revolution unter Führung des Proletariats. Die Imperialisten mögen sich untereinander bis aufs Messer bekämpfen, ja in erbitterten Kriegen übereinander herfallen und einander zerreißen, sie können sich aber trotzdem im selben Moment gegen die Gefahr der Revolution – sogar mitten im imperialistischen Krieg – zusammenschließen, weil es beide Tendenzen im Imperialismus gibt, Kollaboration und Rivalität der imperialistischen Mächte.

Wenn die kommunistischen Kräfte nun die Frage versuchen zu beantworten, **wie und wann die Widersprüche auszunutzen sind**, gibt es eine Reihe von Kriterien, die verschiedene Bedeutung haben und beachtet werden müssen. Diese Kriterien helfen einzuschätzen, ob die Ausnutzung der zwischenimperialistischen Widersprüche der Revolution dient oder ein opportunistisches Manöver ist:

Ein zentrales Kriterium ist dabei, dass beim Ausnutzen der zwischenimperialistischen Widersprüche, beim Eingehen von Kompromissen keine Zugeständnisse gemacht werden dürfen, die die Grundlagen der proletarischen Revolution, die Diktatur des Proletariats betreffen und dass es darum geht, dass alle Imperialisten „am Ende verlieren“, wie das Lenin ausdrückte. Lenin ging 1923 im Zusammenhang mit dem Abschluss des Brester Friedensvertrags mit Deutschland auf diesen Punkt ein:

„Es konnte scheinen, als wäre eine Art Block der ersten sozialistischen Republik mit dem deutschen Imperialismus gegen einen anderen Imperialismus entstanden. Aber wir haben keinerlei Block geschlossen und sind nirgends so weit gegangen, dass die sozialistische Staatsmacht gefährdet oder kompromittiert worden wäre, sondern haben den Zwist zwischen den beiden imperialistischen Gruppen so ausgenutzt, dass zuletzt beide das Spiel verloren.“

(Lenin, „Rede in der Aktivversammlung der Moskauer Organisation der KPR(B)“, 1923, LW 31, S. 436)

Im Zusammenhang damit ist es auch wichtig, dass ein bestimmter Widerspruch eine bestimmte Bedeutung, ein bestimmtes Gewicht haben muss, weil es sich sonst nicht lohnt, diesen Widerspruch auszunutzen. Der Kampf um das richtige Ausnutzen von Widersprüchen muss also gegen kleinliche Taktierer geführt werden, die meinen, unwesentliche und unbedeutende Widersprüche ausnützen zu müssen und sich dabei in opportunistische Diplomaten verwandeln.

Ein weiteres Kriterium ist, dass die Taktik zur Ausnutzung der Widersprüche, die Form des Zurückweichens in dieser oder jener Frage und des Vorangehens in einer anderen Frage dazu dient, Massenverbündete für die Arbeiterklasse, für die kommunistischen Kräfte zu gewinnen. Das, was die kommunistischen Kräfte taktisch machen, muss ihnen Luft geben, muss sie festigen, ihre eigenen Kräfte mobilisieren, darf das Klassenbewusstsein der Arbeiterklasse durch diese Kompromisse, taktischen Zugeständnisse oder taktischen Offensiven oder die Konzentrierung auf einen Punkt nicht schwächen. Das Klassenbewusstsein des Proletariats zu beobachten und dieses Kriterium ernst zu nehmen, ist ein ganz wesentlicher Punkt, der den kommunistischen Kräften hilft, die Geschichte der kommunistischen Weltbewegung auf Kompromisse und taktische Maßnahmen hin zu beurteilen.

Ein anderes Kriterium ist, inwieweit das taktische Vorgehen der kommunistischen Kräfte es ermöglicht, dass die Massen der Arbeiterklasse sich durch ihre eigenen politischen Erfahrungen von der Richtigkeit der Einschätzung bestimmter Kräfte seitens der kommunistischen Kräfte selbst überzeugen. Dieses taktische Vorgehen der kommunistischen Kräfte dient dazu, der Masse der Arbeiterklasse Gelegenheit zu geben, zu überprüfen, ob bestimmte Kräfte, die sich selbst als revolutionär oder als Verbündete darstellen, tatsächlich Verbündete oder vielmehr Feinde sind.

Jedoch muss bewusst sein: Das Ausnutzen der zwischenimperialistischen Widersprüche durch die UdSSR basierte auf der grundlegenden Rolle und den grundlegenden Aufgaben eines sozialistischen Landes im Kampf um die proletarische Weltrevolution. Welche Aufgaben das waren, was geleistet werden musste, was geleistet werden konnte – um all das tiefgehend zu verstehen, ist es nötig den Widerspruch zwischen imperialistischem Weltsystem und dem Land bzw. den Ländern des Sozia-

lismus zu analysieren, im Kampf vor allem gegen revisionistische und antikommunistische Vorstellungen.⁴⁸

3. Zum Widerspruch zwischen dem imperialistischem Weltsystem und dem Land bzw. den Ländern des Sozialismus

Ausgangspunkt ist, wie Stalin in seiner Schrift „Über die Grundlagen des Leninismus“ zu Recht klarmacht, dass der Widerspruch zwischen sozialistischen Ländern und imperialistischen Ländern kein Widerspruch innerhalb der imperialistischen Welt ist, sondern die sozialistischen Länder, die sozialistische Welt steht der imperialistischen Welt gegenüber. Dies hervorzuheben ist nötig, um den Platz und die Rolle der sozialistischen Länder richtig zu verstehen. Es geht darum, einerseits die ganze überragende Bedeutung der sozialistischen Welt als Herausforderung der Imperialisten, als Stütze und Ansporn des Proletariats und der unterdrückten Völker in den noch nicht befreiten Ländern, als Faktor der proletarischen Weltfront, der die Bourgeoisie als Klasse und den Kapitalismus in seinem eigenen Bereich bereits liquidiert hat oder liquidiert, herauszustellen. Es geht zugleich aber auch darum, die begrenzten Möglichkeiten dieses Landes oder dieser Länder für den Fortgang der proletarischen Weltrevolution im Sinne des Reißens weiterer Glieder der imperialistischen Kette durch die Errichtung der Diktatur des Proletariats in anderen Ländern klarzumachen.

Eben weil dieser Widerspruch kein Widerspruch **innerhalb** des kapitalistischen Systems ist, kann er also keinesfalls die vorrangige Ursache für die wachsende revolutionäre Bewegung in den kapitalistischen Ländern und den Kolonien und Halbcolonien, schon gar nicht den entscheidenden Hebel für die Herbeiführung und Durchführung der Revolutionen in den übrigen Teilen der Welt darstellen.

Stalin amüsierte sich über eine solche Vorstellung der bürgerlichen Propaganda, die überall die „russischen Bolschewiki“ am Werke sieht und nicht verstehen kann, dass die **inneren** Gegensätze des imperialistischen Weltsystems die eigentliche unauslöschliche Grundlage für das

⁴⁸ Zu diesem ganzen Fragenkomplex, der hier nur angerissen werden konnte, siehe ausführlich: „Kräfte und Verlauf der proletarischen Weltrevolution (Über die falschen Theorien über die ‚Hauptkräfte der Weltrevolution‘ und deren Wurzeln)“ in: Autorenkollektiv, „Zur ‚Polemik‘“, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 2003, S. 149 ff.

Wachstum der Revolution in diesen Ländern bilden (vgl. Stalin, „Politischer Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den XVI. Parteitag der KPdSU(B)“, 1930, SW 12, S. 220 ff.).

Bei aller Bedeutung und Größe der Rolle der sozialistischen Länder unterscheidet sich diese Kraft der proletarischen Weltrevolution daher in einer Hinsicht **wesentlich** von den beiden anderen großen Kräften der proletarischen Weltrevolution, dem Proletariat der imperialistischen Staaten und den unterdrückten Völkern der Kolonien und Halbkolonien⁴⁹:

Das Proletariat der sozialistischen Länder oder eines sozialistischen Landes kann nicht ein weiteres Glied der Kette des Imperialismus im Sinne einer siegreichen Revolution zerreissen.

Der Fortgang der proletarischen Weltrevolution liegt dementsprechend **unmittelbar** in den Händen des Proletariats der kapitalistischen Länder und in den Händen der unterdrückten Völker der kolonialen und abhängigen Länder, die ihrerseits wiederum diese Aufgabe nur im engen

⁴⁹ Die Chruschtschow-Revisionisten propagierten gerade in der Polemik mit der KP Chinas 1963 z. B., die Länder des „sozialistischen Weltsystems“ seien die „Hauptkraft im Kampf gegen den Imperialismus.“ („Offener Brief des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion an alle Parteiorganisationen, an alle Kommunisten der Sowjetunion“, 14. Juli 1963, in: „Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“, Peking 1965, S. 641, Nachdruck in: „Dokumente des Kampfes der KP Chinas gegen den modernen Revisionismus 1956–1966“, Teil II, Offenbach 2002, S. 659) An anderer Stelle heißt es, das „Hauptmerkmal unserer Zeit“ bestehe darin, „dass das sozialistische Weltsystem zum ausschlaggebenden Faktor der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft wird.“ (Ebenda, S. 634, bzw. S. 656) Von der These der „sozialistischen Länder“ als „ausschlaggebendem Faktor“ war es nur noch ein kleiner Schritt zur These, die Kommunisten hätten vor allem diesen zu dienen, müssten ihren Kampf den Interessen der „sozialistischen“ (in Wirklichkeit bereits revisionistischen) Länder unterordnen bzw. auf ihn sogar verzichten, da der Vormarsch der proletarischen Weltrevolution maßgeblich in Form des Vormarsches der von den Revisionisten beherrschten Länder und über den „friedlichen ökonomischen Wettbewerb“ mit den imperialistischen Ländern erfolge. Damit erhielt die Ausbeutung und Unterdrückung anderer Völker, das Streben nach Einflussssphären usw., kurz, der Sozialimperialismus der Sowjetunion seine ideologische Rechtfertigung. Die Breschnew-Revisionisten und ihrer Anhänger traten dann mit ähnlichen Phrasen auf, um ihre imperialistischen Interventionen in anderen Ländern besser verschleiern und durchführen zu können, wie z. B. in Afghanistan in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts. (Siehe dazu genauer: „Kräfte und Verlauf der proletarischen Weltrevolution (Über die falschen Theorien über die ‚Hauptkräfte der Weltrevolution‘ und deren Wurzeln)“ in: Autorenkollektiv, „Zur Polemik“, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 2003, S. 149 ff.)

Bündnis miteinander und im engen Bündnis mit dem Proletariat der sozialistischen Länder oder eines sozialistischen Landes lösen können.

Als nach dem Ersten Weltkrieg die konterrevolutionäre deutsche Sozialdemokratie unterstützt durch die internationale Reaktion in den gewaltigen antikommunistischen Chor einstimmte: „Die Bolschewiki wollen Deutschland erobern und dadurch das Sowjetsystem aufzwingen“, stellte Lenin den sowjetischen Kommunisten auf dem VIII. Parteitag der KPR(B) 1919 die Aufgabe, diese Hetze zu bekämpfen:

„Schon behaupten die Scheidemänner von uns, wir wollten Deutschland erobern. Das ist natürlich lächerlich und unsinnig. (...) Die Bolschewiki haben, so sagt man, ein große Armee und wollen auf dem Wege der Eroberung ihren Bolschewismus nach Deutschland verpflanzen. (...) Wir müssen die Sache so anpacken, dass den deutschen Sozialverrätern die Möglichkeit genommen wird zu sagen, die Bolschewiki wollten ihr Universalsystem aufzwingen – als ob man es auf den Spitzen der Rotarmistenbajonette nach Berlin tragen könne.“

(Lenin, „VIII. Parteitag der KPR(B)“, „Bericht über das Parteiprogramm“, 1919, LW 29, S. 158 f.)

Lenin macht hier klar, dass ein „Aufzwingen“ des Sozialismus durch den Einmarsch der Roten Armee in ein anderes Land, wie die Antikommunisten behaupten, unmöglich ist. Ein solcher „Export der Revolution“ war und ist deshalb nicht möglich, weil die proletarische Revolution in erster Linie durch den bewussten und organisierten Kampf der Mehrheit der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten eines jeden Landes durchgeführt werden muss. Die Arbeiterklasse eines jeden Lands kann sich nur in der proletarischen Revolution befähigen, ihre Diktatur über die Ausbeuter und alle Reaktionäre auszuüben und den Aufbau des Sozialismus anzupacken. Diese notwendige Bewusstmachung und Organisierung des Proletariats muss vor allem die Kommunistische Partei des „eigenen“ Landes leisten. Denn sie kann sich mit den werktätigen und ausgebeuteten Massen eng verbinden, weil sie ihre Sorgen und Nöte am besten kennt. Denn sie kann die Besonderheiten des Klassenkampfes im jeweiligen Land wirklich so berücksichtigen, dass der Sturz der Bourgeoisie möglich ist.

Ein weiterer Ausgangspunkt Lenins war, dass auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus, des gemeinsamen Kampfes um die proletarische Weltrevolution gegen den Weltimperialismus, die revolutionären Bewegungen aller Länder sich gegenseitig maximal unterstützen

zen. Darunter verstand Lenin gerade auch, dass die Armee eines sozialistischen Landes dem Proletariat, das sich im Kampf zum Sturz der herrschenden Klassen befindet – wenn es die Kräfteverhältnisse zulassen – zu Hilfe kommt.⁵⁰

Ein Beispiel: 1920 machte Lenin klar, dass es die internationalistische Pflicht des Proletariats in Russland war, den Arbeiterinnen und Arbeitern in Polen, das jahrzehntelang Teil des zaristischen Russlands war und vom Zarismus national unterdrückt worden war, bei ihrem entscheidenden revolutionären Kampf um die Errichtung von Sowjets der

⁵⁰ Lenin konkretisierte diese Idee in Bezug auf eine solche Hilfe für die kommunistischen Kräfte in Deutschland 1919:

„Wenn wir stärker wären, morgen viel Getreide erhielten, die technischen Einrichtungen usw. besäßen, würden wir den Scheidemännern (der konterrevolutionären SPD, A. d. V.) nicht gestatten, die Spartakusleute niederzumachen, sondern würden sie stürzen. Aber gegenwärtig ist das eine unangebrachte Phantasie, den Weltimperialismus stürzen kann gegenwärtig unser Land allein nicht, solange die anderen Länder sich in einer Periode befinden, in der es keine Sowjetmehrheit gibt, in der in vielen Ländern Sowjets eben erst zu entstehen beginnen, und darum müssen wir den Imperialisten Zugeständnisse machen.“

(Lenin, „Sitzung des Petrograder Sowjets“, „Antwort auf schriftliche Anfragen“, 1919, LW 29, S. 12 f.)

Lenin geht es hier um zwei Fragen. Einerseits um die Frage, ob die Rote Armee im März 1919 der revolutionären Bewegung in Deutschland zu Hilfe kommen konnte und Massaker unter den Revolutionären durch das konterrevolutionäre SPD-Regime hätte verhindern können. Die Antwort Lenins lautet: Nein, das war nicht möglich, weil die junge Sowjetmacht noch zu schwach war; wäre sie stark genug gewesen hätte sie mit aller Kraft proletarisch-internationalistische Hilfe geleistet. Als Beispiel für die fehlende Stärke nennt Lenin u. a. die mangelnde Versorgung mit Lebensmitteln. Dieses Argument leuchtet sofort ein, denn wie sollte die Rote Armee bis nach Berlin marschieren, geschweige denn den noch bestehenden Militärapparat der deutschen Imperialisten besiegen, ohne ausreichende Lebensmittelversorgung?

Die zweite Frage, auf die Lenin eingeht, betrifft die Frage des Sturzes des Weltimperialismus, d. h. des Sieges der proletarischen Revolution in allen Ländern der Welt. Lenin formulierte, dass es unmöglich ist, durch die Rote Armee der Sowjetmacht in Russland allein den Weltimperialismus zu stürzen, also von „außen“ das zu erreichen, was in erster Linie durch den revolutionären Kampf im jeweiligen Land durch die Mehrheit der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten erreicht werden kann, nämlich eine Mehrheit der Arbeiterklasse für die „Sowjetmacht“, die Diktatur des Proletariats zu gewinnen. Ist diese entscheidende Voraussetzung durch den revolutionären Kampf im „eigenen“ Land geschaffen, dann und nur dann kann auch die Rote Armee eines anderen sozialistischen Landes durch direkte militärische Hilfe etwa dem Aufstand in einem anderen Land zum militärischen Sieg verhelfen.

Arbeiter und Bauern auch militärisch zu Hilfe zu kommen. Das so eine Hilfe möglich geworden ist, hat sehr viel damit zu tun, dass das Proletariat Russlands und Polens jahrzehntelang auf einem Staatsgebiet den Kampf gegen den gemeinsamen Hauptfeind, den Zarismus, geführt haben und dass die Bolschewiki den großrussischen Chauvinismus, insbesondere auch in Bezug auf Polen, konsequent bekämpft hatten. Dadurch war ein Vertrauen zwischen dem polnischen und russischen Proletariat geschaffen worden, so dass die Rote Armee als Befreierin in den Augen der Mehrheit des Proletariats in Polen galt. Aufgrund der nicht ausreichenden Kräfte der jungen sozialistischen Sowjetrepublik und vorübergehender militärischer Niederlagen im Bürgerkrieg gegen die imperialistische Intervention konnte dieser Plan jedoch nicht durchgeführt werden:

„Als unsere Kräfte, wie Sie wissen, nicht ganz ausreichten, um bis Warschau vorzurücken und die Macht den Warschauer Arbeitern zu übergeben, um in Warschau Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten zusammenzurufen, um ihnen zu sagen: ‚Wir sind euch zu Hilfe gekommen‘, als die Armee nach unerhörten und beispiellosen heroischen Anstrengungen alle ihre Kräfte erschöpft hatte – da trat die militärische Niederlage ein.“

(Lenin: „Rede auf dem Verbandstag der Arbeiter und Angestellten der Lederindustrie“, 1920, LW 31, S. 301)

Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs ergab sich dann die Möglichkeit, dass die Rote Armee der sozialistischen UdSSR durch die militärische Zerschlagung des Nazifaschismus in verschiedenen Ländern Ost- und Südosteuropas in der Folge den Sturz der dortigen Reaktion unterstützt hatte und als Befreierin von den kämpfenden antinazistischen Massenbewegungen empfangen wurde.

Diese unter bestimmten Voraussetzungen mögliche direkte militärische Hilfe eines (oder mehrerer) sozialistischer Länder kann – und sei sie noch so groß – jedoch niemals die eigentliche Aufgabe der Durchführung der Revolution durch die Arbeiterklasse des jeweiligen Landes ersetzen.

4. Zur Linie der Außenpolitik der UdSSR und der Linie der jeweiligen Kommunistischen Parteien in den Ländern des imperialistischen Weltsystems

Die modernen Revisionisten haben jahrzehntelang mit Schlagwörtern wie „friedlicher Weg“ zum Sozialismus, „friedlicher Wettbewerb“ und „friedliche Koexistenz“ mit dem Weltimperialismus die Versöhnung und Anbiederung an den Weltimperialismus betrieben. Sie deklarierten die „friedliche Koexistenz“ zur angeblichen Leitlinie der Außenpolitik eines sozialistischen Landes, erklärten sich bereit, im Namen des „Friedens“ die revolutionären „Funken“, die „den Weltfrieden“ bedrohten, zusammen mit den Imperialisten auszutreten.⁵¹

⁵¹ Zum Beispiel Kongo 1960. Zur Beteiligung der Chruschtschow-Revisionisten an der blutigen Massakrierung der nationalen Befreiungsbewegung in Kongo heißt es von der KP Chinas:

„Nicht nur, dass sie dem kongolesischen Volk in seinem bewaffneten Kampf gegen den Kolonialismus keine aktive Hilfe zukommen ließen, sie waren sogar flugs bereit, mit den USA-Imperialisten ‚zusammenzuarbeiten‘, um den Funken in Kongo auszutreten.“

Am 13. Juli 1960 gab die Sowjetunion, zusammen mit den USA, einer Resolution des Sicherheitsrats der UNO ihre Stimme, wonach UNO-Truppen nach Kongo entsandt wurden. Das half den USA, unter der Flagge der Vereinten Nationen eine bewaffnete Intervention gegen Kongo durchzuführen. Die Sowjetunion stellte auch den Truppen der Vereinten Nationen Transportmittel zur Verfügung. In einem Telegramm an Kasavubu und Lumumba vom 15. Juli stellte Chruschtschow sogar fest: ‚Der Sicherheitsrat der UNO hat eine nützliche Arbeit geleistet.‘ Danach brachte die Sowjetpresse einen ganzen Lobesschwall für die Vereinten Nationen, die ‚der Regierung der Republik Kongo helfen, die Unabhängigkeit und Souveränität ihres Staates zu verteidigen‘. (Iswestija vom 21. Juli 1960) Weiter wurden von den Vereinten Nationen ‚entschlossene Maßnahmen‘ (Komsomolskaja Prawda vom 30. Juli 1960) erwartet. Selbst in ihren Erklärungen vom 21. August und 10. September war die Sowjetregierung immer noch voll des Lobes für die Vereinten Nationen, die das kongolesische Volk unterdrückten. (...)

Die Tatsachen zeigen deutlich, dass diese falsche Politik der Führer der KPdSU dem USA-Imperialismus bei seiner Aggression gegen Kongo große Dienste leistete. Lumumba wurde ermordet, Gizenga ins Gefängnis geworfen, viele andere Patrioten wurden verfolgt, und Kongos Kampf um nationale Unabhängigkeit erlitt einen Rückschlag. („Die Verfechter des neuen Kolonialismus“, Vierter Kommentar, 1963, in: „Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“, Peking 1965, S. 223 f., Nachdruck in: „Dokumente des Kampfes der KP Chinas gegen den modernen Revisionismus 1956–1966“, Teil II, Offenbach 2002, S. 454 f.)

Siehe dazu genauer: „Richtige Entgegnungen der KP Chinas auf die revisionistische Überheblichkeit der KPdSU-Führung gegenüber den antiimperialistisch-demokratischen

Zunächst ist zu zeigen, dass in Wirklichkeit die Außenpolitik der UdSSR unter Führung von Lenin und Stalin zwei unterschiedliche Kampfgebiete umfasste im Unterschied zu den Aufgaben der Kommunistischen Parteien in den Ländern des imperialistischen Weltsystems: die Außenpolitik der UdSSR auf der Basis des proletarischen Internationalismus und die staatliche Außenpolitik der UdSSR gegenüber den Staaten des imperialistischen Weltsystems.

Die UdSSR unter Führung Lenins und Stalins nahm die Interessen der proletarischen Weltrevolution zum Ausgangspunkt!

Die UdSSR kämpfte wie auch die anderen Kräfte der proletarischen Weltrevolution auf der Basis des proletarischen Internationalismus gegen den Weltimperialismus.

Stalin nennt sehr richtig die grundlegende proletarisch-internationalistische Aufgabe des Proletariats eines sozialistischen Landes: „**die sozialistische Gesellschaft**“ aufzubauen „**als Stütze, als Mittel zur Beschleunigung des Sieges des Proletariats in den anderen Ländern**“ (Stalin, „Über die Grundlagen des Leninismus“, 1924, SW 6, S. 95).

Es ging also erstens um die maximal mögliche Unterstützung der Revolutionen in allen Ländern des Imperialismus durch die UdSSR. Der militärische Kampf gegen den Weltimperialismus 1919–1922, Unterstützung der Revolutionen in allen Ländern über die Kommunistische Internationale, mit Geld, Beratern, Literatur usw., breiteste Unterstützung der Kämpfe in Spanien und China etc. – das alles war Teil der proletarisch-internationalistischen Unterstützung des weltweiten Kampfes gegen den Imperialismus durch die Sowjetunion. Es ging zweitens darum, dass die kommunistischen Kräfte innerhalb der UdSSR den Kampf um den Aufbau des Sozialismus führten, zur Vernichtung der Bourgeoisie als Klasse, zur Verstärkung der Diktatur des Proletariats. Es ging darum, die UdSSR weiter vor allem auch militärisch zu stärken durch den verstärkten Aufbau der Roten Armee, um sich als Basis, Vorbild und Ansporn für die anderen Kräfte der proletarischen Weltrevolution über-

Befreiungsbewegungen“, in: Autorenkollektiv, „Zur ‚Polemik‘“, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 2003, S. 168 ff.

haupt halten zu können angesichts der ständig drohenden imperialistischen Intervention.

Auf der Basis dieser beiden großen Kampfaufgaben der UdSSR galt es, maximal die zwischenimperialistischen Widersprüche auszunutzen. Diese Ausnutzung konnte auf politischem, ökonomischem oder militärischem Gebiet stattfinden. Auch dieser Kampf musste systematisch geführt werden mit Hilfe der **offiziellen staatlichen Außenpolitik der UdSSR gegenüber den Staaten des imperialistischen Weltsystems**. Auf **ökonomischem Gebiet** ging es vor allem darum, Handelsbeziehungen zu den Ländern des imperialistischen Systems aufzunehmen, um an neue Technologien heranzukommen etc., um die eigene Ökonomie maximal zu stärken, um vor allem auch in der Lage zu sein, die Waffen zu produzieren, die nötig waren, um eine kommende imperialistische Intervention erfolgreich zurückzuschlagen zu können. Auf **politischem Gebiet** war die Aufgabe, Verträge mit den imperialistischen Ländern abzuschließen, diplomatische Beziehungen aufzunehmen, um zu verhindern, dass sich ein imperialistischer Gesamtblöck entwickelte und darauf hinzuarbeiten, die Atempause bis zu einer drohenden imperialistischen Intervention maximal hinauszuzögern. Auf **militärischem Gebiet** ging es darum, wenn nötig auch militärische Abkommen mit bestimmten Imperialisten gegen andere Imperialisten einzugehen, um eine imperialistische Intervention zu verhindern bzw. zu besiegen.

Wichtig zu verstehen ist dabei, dass – wie Stalin klarmacht – bei all diesen Kämpfen **das Vorankommen der proletarischen Weltrevolution wichtigstes Entscheidungskriterium sein muss..**

Ein wichtiger Grund, warum sich das sozialistische Land bei kapitalistischer Umkreisung eben auf friedliche Beziehungen – die ja nur die Hintergrundkulisse bilden, hinter der sich der Imperialismus auf den Todesschlag gegen die Welt des Sozialismus vorbereitet – einlassen muss, ist also der **Zeitfaktor**: Es muss Zeit gewonnen werden für die Revolutionierung der Bewegungen in den kapitalistischen und vom Imperialismus abhängigen Ländern, für die Schaffung der Bedingungen für die Abwehr der drohenden militärischen Intervention im eigenen Land oder bis zu dem Moment, wenn die zwischenimperialistischen Widersprüche sich so weit verschärft haben, dass der Kampf um die Aufteilung der Welt zwischen den imperialistischen Räubern zeitweise wichtiger wird als die Vernichtung der Welt des Sozialismus. Stalin erklärte dazu 1927:

„Wir dürfen die Worte Lenins nicht vergessen, dass sehr viel für unseren Aufbau davon abhängt, ob es uns gelingen wird, den Krieg mit der kapitalistischen Welt hinauszögern, der unvermeidlich ist, den man aber hinauszögern kann, entweder bis zu dem Moment, da die proletarische Revolution in Europa herangereift ist, oder bis zu dem Moment, da die kolonialen Revolutionen vollständig reif geworden sind, oder endlich bis zu dem Moment, da die Kapitalisten einander wegen der Aufteilung der Kolonien in die Haare geraten.“

Deshalb ist für uns die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern eine unerlässliche Aufgabe.“

(Stalin, „Der XV. Parteitag der KPdSU(B)“, „Politischer Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees“, 1927, SW 10, S. 250 f.)

Der VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale von 1935 zu den Aufgaben der staatlichen Außenpolitik der UdSSR im Unterschied zu den Aufgaben des revolutionären Kampfs der Kommunistischen Parteien in den Ländern des Imperialismus

Der VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale von 1935 verteidigte die staatliche Außenpolitik der UdSSR und bekämpfte gleichzeitig Schwankungen in den eigenen Reihen, die nicht verstanden, dass diese Außenpolitik der UdSSR keineswegs bedeutete, dass die Kommunistischen Parteien anderer Länder die Perspektive der Revolution aus dem Auge verlieren dürften.

Kurz vor dem VII. Weltkongress der Komintern hatte die UdSSR Verträge über gegenseitige Hilfe mit Frankreich und mit der Tschechoslowakei abgeschlossen und trat 1935 sogar dem Völkerbund bei, um auch dieses diskreditierte, tausendfach missbrauchte und fragwürdige Instrument so weit als möglich auszunutzen – mit dem Ziel, die **hauptsächlichen** Kriegstreiber der damaligen Zeit maximal zu isolieren, die zwischen den imperialistischen Mächten und Mächtegruppen bestehenden Gegensätze auszunutzen und dem Staat der Diktatur des Proletariats eine möglichst lange Atempause zu verschaffen.

Auf der Basis der ständigen und maximal möglichen Stärkung der eigenen Kräfte der UdSSR erforderte dies eine Politik bewusster, genau kalkulierter Kompromisse, die dem oberflächlichen Betrachter mitunter schwer verständlich war. Klar, dass die bürgerliche Propaganda das auszuschlagen versuchte, um die revolutionäre Weltbewegung zu verun-

sichern, politisch weniger gefestigte Leute in Panikstimmung zu versetzen und das Proletariat der noch kapitalistischen Länder gegen den Staat der siegreichen Diktatur des Proletariats auszuspielen.

Der Bericht des Exekutivkomitees der Komintern stellte eindeutig klar:

1.) Unzerstörbare Solidarität mit der staatlichen Außenpolitik der UdSSR, die dem Ziel dient, keinesfalls einen geschlossenen Block imperialistischer Staaten gegen sich zustande kommen zu lassen und die hilft, die hauptsächlichen imperialistischen Aggressoren zu isolieren und damit den imperialistischen Krieg gegen die UdSSR hinauszögern.

2.) Unbedingtes Festhalten an der revolutionären Politik der Kommunistischen Parteien der jeweiligen Länder, an ihrer eigenen politischen Linie entsprechend der konkreten Lage und den spezifischen Bedingungen, in denen sie sich befinden.

Die im Punkt 1 festgelegte Zielsetzung, keinesfalls einen geschlossenen Block imperialistischer Staaten gegen den sozialistischen Staat zustande kommen zu lassen, enthält im Prinzip bereits eine Begründung für die vier Jahre später erfolgte Zustimmung der UdSSR zum Nichtangriffsvertrag mit Nazi-Deutschland sowie zur Anti-Hitler-Koalition.

An anderer Stelle wird sogar unter gewissen Bedingungen die Möglichkeit von militärischer Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und einem imperialistischen Staat bzw. einem imperialistischen Block aufgeworfen. Der Bericht „Die Aufgaben der Kommunistischen Internationale angesichts der Vorbereitung eines neuen Weltkriegs durch die Imperialisten“, gehalten auf dem VII. Weltkongress der Komintern⁵², zitiert zur Untermauerung dieser These Lenins Bemerkungen von 1918:

⁵² Diesen Bericht hielt Togliatti (Ercoli), der 1935 Mitglied des ZK der KP Italiens und Mitglied des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) war. Zwischen 1937 und 1939 nahm Togliatti am Spanischen Bürgerkrieg teil, 1947 wurde Togliatti Generalsekretär der KPI.

Nach 1945 trat Togliatti zunehmend mit reformistisch-revisionistischen Positionen auch öffentlich auf. 1956 rühmte sich Togliatti, dass er schon zwischen 1944 und 1946 für den „parlamentarischen Weg zum Sozialismus“ eingetreten sei. (Siehe dazu: Autorenkollektiv, „Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945–1946)“, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 2000, S. 644) Togliatti schloss sich ohne Wenn und Aber den Chruschtschow-Revisionisten an. Die KPI versank unter seiner Führung immer mehr im Sumpf des Revisionismus, bis sie sich 1956 dem revisionistischen XX. Parteitag der KPdSU anschloss. Aus einem führenden kommunistischen Kader war einer

„Obgleich wir militärische Abkommen mit einer der imperialistischen Koalitionen gegen die andere in Fällen, wo ein solches Abkommen die Grundlagen der Sowjetmacht nicht verletzt, ihre Stellung festigen und den Ansturm irgendeiner der imperialistischen Mächte paralysieren könnte, nicht überhaupt ablehnen, können wir uns auf ein militärisches Abkommen mit der englisch-französischen Koalition im gegenwärtigen Augenblick nicht einlassen“.

(Lenin, „Thesen über die gegenwärtige politische Lage“, 1918, LW 27, S. 354)

Punkt 2 hingegen lenkt die Aufmerksamkeit der revolutionären Parteien und Bewegungen in den anderen Ländern darauf, dass die Notwendigkeiten der staatlichen Außenpolitik eines sozialistischen Staates von den Notwendigkeiten des Klassenkampfes in den Ländern des imperialistischen Weltsystems streng unterschieden werden müssen, damit keineswegs identisch sind.⁵³

Zu dieser Frage heißt es im Bericht „Die Aufgaben der Kommunistischen Internationale angesichts der Vorbereitung eines neuen Weltkriegs durch die Imperialisten“, dass z. B. die Genossinnen und Genossen der KP Frankreichs und der KP der Tschechoslowakei, mit deren Regierungen die UdSSR Verträge hatte, zu Recht erklärten:

„Ihr, meine Herren, habt einen Vertrag – einen begrenzten Vertrag – mit der Arbeiterklasse der Sowjetunion, die die Macht in ihren Händen hat, unterzeichnet. Aber mit der Arbeiterklasse unseres Landes, mit uns habt ihr keinerlei Vertrag geschlossen. Wir besitzen keinerlei Garantie, dass ihr eure Armee, die nach wie vor eine *Klassenarmee* ist, nicht gegen die Arbeiterklasse unseres Landes und gegen die Kolonialvölker, die im Kampf gegen den Imperialismus unsere Verbündeten sind, einsetzen werdet. Wir haben keinerlei Garantie, dass ihr nicht nach wie vor die *Armen* und nicht die Reichen zwingen werdet, für die zur Organisierung dieser Armee erforderlichen *Ausgaben aufzukommen*. Wir können nicht kontrollieren, wie eure *Klassenregierung* und euer *reaktionärer, faschistischer Generalstab* die Mittel verausgaben wird, die ihr den Armen abknöpft, um die mit der Organisierung der Armee verbundenen Ausgaben zu bezahlen. Wir haben

der bekanntesten Renegaten der Geschichte der kommunistischen Weltbewegung geworden. (Siehe dazu genauer: „Zu den Artikeln der KP Chinas gegen die modernen Revisionisten der KP Frankreichs, KP Indiens, KP Italiens und der KP der USA 1962/1963“, in: Autorenkollektiv, „Zur „Polemik““, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 2003, S. 490 ff.)

⁵³ „Protokoll des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale“, Band II, Nachdruck Erlangen 1974, S. 785

nicht einmal irgendwelche Garantie dafür, dass ihr im *entscheidenden* Moment dem Vertrag, den ihr heute unterzeichnet, *treu bleiben* werdet.

Aus allen diesen Gründen können wir, meine Herren, *weder für euern Militäretat stimmen, noch auf den Kampf gegen eure Regierung verzichten.“*

(„Protokoll des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale“, Band II, Nachdruck Erlangen 1974, S. 787, Hervorhebungen Autorenkollektiv)⁵⁴

Aus all dem wird klar: Die Linie der staatlichen Außenpolitik der UdSSR ist keinesfalls identisch mit der Linie der Kommunistischen Parteien in den Ländern des imperialistischen Weltsystems.

Dass beides unterschieden werden muss, wird auch an einer anderen Frage deutlich, an der Frage des „Hauptfeindes“. Diese Frage muss zer-gliedert werden in die Frage, ob es einen „internationalen Hauptfeind der Revolution“ überhaupt geben kann, in die Frage des Hauptfeindes der Revolution in einem jeden Land und die Frage eines „Hauptfeindes“ eines sozialistischen Landes.

Der Begriff „Hauptfeind“ lässt sich, wie Lenin unterstrich, lediglich dann in Bezug auf die proletarische Weltrevolution verwenden, wenn

⁵⁴ Stalin hat im Kampf gegen Rechtsopportunisten, die eine rechte Politik der Kommunistischen Parteien des Westens forderten, weil das angeblich die Interessen der UdSSR erforderte, bereits 1926 dargelegt, dass eine solche Annahme mit dem proletarischen Internationalismus nicht vereinbar ist. Er führte aus:

„Einige Genossen glauben, die kommunistischen Parteien des Westens müssten, wenn die Interessen der UdSSR dies erforderten, eine rechte Politik betreiben. Ich bin damit nicht einverstanden, Genossen. Ich muss sagen, dass eine solche Annahme mit den Grundsätzen, von denen wir russischen Genossen uns in unserer Arbeit leiten lassen, völlig unvereinbar ist. Ich vermag mir nicht vorzustellen, dass es jemals einen Fall geben könnte, wo die Interessen unserer Sowjetrepublik von unseren Bruderparteien Abweichungen nach rechts erforderten. Denn was bedeutet eine rechte Politik betreiben? Das bedeutet so oder anders die Interessen der Arbeiterklasse verraten. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Interessen der UdSSR auch nur für eine Sekunde von unseren Bruderparteien einen Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse erfordern könnten. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Interessen unserer Republik, die die Basis der revolutionären proletarischen Bewegung der ganzen Welt ist, nicht ein Höchstmaß an revolutionärem Elan und politischer Aktivität der Arbeiter des Westens, sondern eine Herabsetzung dieser Aktivität, ein Dämpfen des revolutionären Elans erfordern könnten. Eine solche Annahme ist für uns russische Genossen eine Beleidigung. Ich halte es daher für meine Pflicht, diese widersinnige und gänzlich widernatürliche Annahme voll und ganz zurückzuweisen.“

(Stalin, „Rede in der deutschen Kommission des VI. erweiterten Plenums des EKKI“, 1926, SW 8, S. 97)

darunter das **ganze System des Imperialismus** verstanden wird. Lenin erklärte kurz und bündig:

„**unser Hauptfeind, der Imperialismus.**“

(Lenin, „Marxismus und Aufstand“, 1917, LW 26, S. 5, Hervorhebung Autorenkollektiv)

Denn ein Ziel der proletarischen Weltrevolution ist ja die vollständige Vernichtung des Systems des Weltimperialismus.

Die These eines „internationalen Hauptfeinds der Revolution“ in Gestalt einer oder mehrerer imperialistischer Länder ist Ausdruck eines Schematismus, der den Erfordernissen der proletarischen Weltrevolution widerspricht.⁵⁵ Damit wird in opportunistischer Weise die entscheidende Frage jeder Revolution umgangen: die Frage, welche imperialistische Macht bzw. welche mit dem Imperialismus verbundene konterrevolutionäre Kraft im jeweiligen Land die Staatsmacht in Händen hält und damit den Hauptfeind der jeweiligen Revolution darstellt. Gerade aus diesem Grund ist die Idee der Konzentration aller Revolutionen in allen Ländern auf eine imperialistische Macht eine liquidatorische Idee, denn sie leugnet, dass die proletarische Weltrevolution nur wirklich vorankommt durch den Sieg der Revolution in einem jeden Land des kapitalistisch-imperialistischen Systems, das heißt, durch den Sturz der dortigen herrschenden Klassen und die Zerschlagung ihrer Staatsmacht. Die Formel eines „internationalen Hauptfeinds der Revolution“ läuft also darauf hinaus, die anderen imperialistischen Mächte zu verharmlosen, sie zu unterschätzen und damit den Kampf für ihre Vernichtung zu vernachlässigen. Es gilt der Satz: Der Hauptfeind steht im eigenen Land. Mit dieser Lösung wird klar, dass es nicht einen Hauptfeind für alle Länder gibt.

Nach dem Sieg der Oktoberrevolution ergab sich durch die internationale Entwicklung die Frage, ob nicht in anderer Hinsicht – also nicht auf die proletarische Revolution bezogen, sondern auf die aktuelle politische Situation bezogen –, im Hinblick auf die Erhaltung des Weltfriedens im Sinne der Verhinderung oder Hinauszögerung eines imperialistischen Weltkriegs oder eines imperialistischen Kriegs gegen die

⁵⁵ Lenin betonte deshalb, dass

„**in unserer Epoche keine einzige unter diesen anderen Staatsmächten das ‚zentrale Übel‘ ist und sein kann.**“

(Lenin: „Unter fremder Flagge“, 1915, LW 21, S. 130)

UdSSR nicht doch von einem „Hauptfeind“ gesprochen werden könnte und müsste.

Diese Diskussion enthält den Aspekt, dass die damals sozialistische Sowjetunion für die Verteidigung ihrer Grenzen in der staatlichen Außenpolitik und Diplomatie in der Tat feststellen konnte, welche imperialistische Kraft in einer bestimmten Situation, für eine bestimmte Zeit für die eigene Sicherheit der Hauptfeind war, wer zu einem bestimmten Zeitpunkt am meisten zur Aggression neigt oder aus einer Reihe von taktischen Gründen momentan auf ein „Auskommen“ mit der sozialistischen Sowjetunion aus war und „nichtkriegerische“ Beziehungen zu ihr pflegte. Diese aus der Sicht der Sowjetunion notwendige Differenzierung durfte jedoch keinesfalls übertragen werden auf die Vorbereitung und Durchführung der Revolution in den einzelnen Ländern. Die grundlegende Aufgabe war z. B. in Indien, in Chile, in Frankreich oder in Deutschland aus der Analyse der internationalen Lage und der Bedingungen im eigenen Land den Hauptfeind der Revolution im eigenen Land festzustellen.

So war eine kurze Zeitspanne nach dem Ersten Weltkrieg für die sozialistische Räterepublik Russlands der **deutsche Imperialismus** der Hauptfeind. Gemäß dem damaligen Kräfteverhältnis war es übrigens so, dass Lenin daher mit eben diesem Hauptfeind den Kompromiss von Brest-Litowsk schloss. Es ist also möglich, dass ein sozialistisches Land aufgrund einer konkreten Analyse der internationalen Lage, auf dem Gebiet der staatlich-diplomatischen Aktivitäten einen „Hauptfeind“ bestimmen kann (der sehr rasch wechseln kann). Aber diese Bestimmung ist **keinesfalls für die Völker der Welt** gültig, und es handelt sich also um etwas ganz **anderes** als den sogenannten „internationalen Hauptfeind“.

Die kommunistischen Kräfte der einzelnen Länder haben 1935 die sowjetischen Ausführungen über den Hauptfeind im Hinblick auf den „Hauptfeind der eigenen Sicherheit“ gekannt, erläutert und verteidigt. Gerade auch diese Frage wurde sehr ausführlich und detailliert auf dem VII. Weltkongress der Komintern 1935 diskutiert.

Im ganzen Bericht Georgi Dimitroffs an den VII. Weltkongress sowie in den entsprechenden Resolutionen ist nirgendwo davon die Rede, dass die faschistischen Staaten Deutschland, Japan und Italien „internationaler Hauptfeind der Revolution“ seien. Der VII. Weltkongress behandelte

im Zusammenhang der Frage der Weltkriegsgefahr auch die Frage des „Hauptfeindes“. Es heißt dazu:

„Die deutschen Faschisten, die die Hauptbrandstifter des Krieges sind ...“
„Protokoll des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale“, Band II,
Nachdruck Erlangen 1974, S. 998)

Und der deutsche Faschismus wird charakterisiert

„als Hauptkriegstreiber (...) Hauptfeind des Friedens (...) Hauptkriegsbrandstifter in Europa.“

(Ebenda S. 762, 765, 770)

Alle diese Formulierungen machen unzweifelhaft klar, dass es an dieser Stelle nicht um die Frage der Revolution ging, sondern um die Frage des Kampfes zur Verhinderung eines drohenden imperialistischen Krieges, bei dem unter den besonderen Bedingungen der damaligen Zeit bereits absehbar war, dass, anders als im Ersten Weltkrieg, eine Seite durch den Angriff auf die sozialistische Sowjetunion sowie durch die bewaffneten Interventionen in anderen Ländern eben der „Hauptkriegstreiber“ war und auch der „Hauptfeind“ der UdSSR.⁵⁶

⁵⁶ Diese Differenzierung wurde später zumindest in einem Leitartikel der Zeitschrift „Die Kommunistische Internationale“ nicht durchgeführt. Es wurde falsch ein „Hauptfeind der internationalen Arbeiterklasse“ konstruiert. Dort heißt es im Januar 1940:

„Damit aber ist der englische Imperialismus zum gefährlichen Kriegsbrandstifter und über die ganze Welt hin sichtbar zum Hauptfeind der internationalen Arbeiterklasse geworden.“ („England treibt zu einem neuen Weltkrieg“, in: „Die Kommunistische Internationale“, Nr. 1/1940, S. 16 f.)

Der erste Teil des Satzes ist eine Momentaufnahme der aktuellen Situation, aber der zweite Teil des Satzes ist theoretisch falsch. Dass im Januar 1940, zu der Zeit, als der finnisch-sowjetische Krieg tobte, die Interventionsvorbereitungen vor allem Großbritanniens gegen die UdSSR auf Hochtouren liefen, der englische Imperialismus zeitweise zum Hauptkriegstreiber und sogar zum Hauptfeind der UdSSR geworden war und den deutschen Imperialismus kurzfristig ablöste, der ja einen Nichtangriffsvertrag mit der UdSSR abgeschlossen hatte, kann diskutiert werden. Im zweiten Teil des Satzes (nach dem „und“) wird unter der Hand das Thema gewechselt und ein „Hauptfeind der internationalen Arbeiterklasse“ konstruiert, der angeblich „über die ganze Welt hin sichtbar“ sei. Die Konstruktion eines „Hauptfeinds“ der internationalen Arbeiterklasse, also der Arbeiterklasse aller Länder, ist aus zwei Gründen falsch. Erstens: Der Hauptfeind der Arbeiterklasse eines sozialistischen Landes, damals also der UdSSR, wird – wie gezeigt wurde – ganz anders bestimmt als der Hauptfeind der Arbeiterklasse in den einzelnen Ländern des imperialistischen Weltsystems. Zweitens: Ein Hauptfeind der Arbeiterklasse aller Länder des Imperialismus in Gestalt einer oder mehrerer imperialistischer

Es wird dann sehr genau erklärt, wie aus der konkreten Analyse der internationalen Lage sich die Möglichkeit des Ausnutzens der zwischen-imperialistischen Widersprüche für die UdSSR ergibt.

Ein Kern dieser Analyse ist die Unterteilung in „Kriegstreiber“ (als aggressive Länder bezeichnet) und imperialistische Großmächte, die vorübergehend aus taktischen Gründen am Status quo interessiert sind (als nichtaggressive Länder bezeichnet). Insgesamt werden die faschistischen Länder Deutschland, Japan und Italien als „Kriegstreiber“ eingeschätzt, die ja alle schon konkrete imperialistische Krieg führten (Italien in Abessinien, Deutschland und Italien in Spanien, Japan in China) und weitere vorbereiteten. Es wird dann weiter klargemacht, dass es imperialistische Länder gibt, die vorübergehend den Status quo erhalten wollen, die vorübergehend nicht am Krieg interessiert sind. An erster Stelle

Länder ist wie gesagt eine Konstruktion, mit der in opportunistischer Weise die entscheidende Frage des Befreiungskampfs der Arbeiterklasse umgangen wird: die Frage, welche imperialistische Macht bzw. welche mit dem Imperialismus verbundene konterrevolutionäre Kraft im jeweiligen Land die Staatsmacht in Händen hält und damit den Hauptfeind der jeweiligen Revolution und der Arbeiterklasse dieses Landes darstellt.

Im Februar 1940 erscheint in der Zeitschrift „Die Welt“ ein Artikel von Ulbricht, Mitglied des ZK der KPD. In einer Polemik gegen den Sozialdemokraten Hilferding, der in einem Artikel mit dem Titel „Der Sinn des Krieges“ gefordert hatte, man müsse „rückhaltlos und ohne Vorbehalt den Sieg Frankreichs und Englands bejahren“, bezeichnet Ulbricht Großbritannien als „die reaktionärste Kraft in der Welt“. (Ulbricht, „Hilferding über den „Sinn des Krieges“, in: „Die Welt“, Nr. 6, Februar 1940, S. 137) Diese Einschätzung muss im Zusammenhang mit der Aufforderung Ulbrichts zum „Kampf gegen die Thyssen-Clique“ in Nazi-Deutschland gesehen werden. Dazu heißt es:

„Im werktätigen Volke Deutschlands verstärken sich die Bemühungen, die Anhänger der *Thyssen-Clique*, dieser Feinde des sowjetisch-deutschen Paktes aufzudecken. Vielfach wurde die Entfernung dieser Feinde aus der Armee und dem Staatsapparat und die Konfiszierung ihres Eigentums gefordert.“ (Ebenda)

Ulbricht schreibt dann vom „Kampf der deutschen Werktätigen gegen die Agenten des englischen Imperialismus, gegen die Thyssen-Clique und ihre Freunde ...“ (Ebenda) Ulbricht schwächt dann etwas ab, indem er schreibt, dass der Kampf gegen die „Thyssen-Clique“ „keineswegs eine Blockbildung mit dem nationalsozialistischen Regime“ bedeute. (Ebenda)

Statt einen antinazistischen Kampf in Nazi-Deutschland auf Leben und Tod mit dem Ziel des Sturzes des Nazi-Regimes zu propagieren, stellt sich Ulbricht hin und fordert, „Agenten des englischen Imperialismus“ „aufzudecken“ und aus dem Nazi-Staatsapparat zu entfernen! Bei Ulbricht dient die Formulierung von Großbritannien als „reaktionärste Kraft der Welt“ also dazu, vom Kampf gegen den Nazifaschismus in Deutschland abzulenken.

wird im Bericht von Togliatti auf den VII. Weltkongress hier die USA genannt und ganz klar betont:

„Wir haben somit einen imperialistischen Staat vor uns, der sich keine unmittelbaren Eroberungsziele setzt – ich betone *keine unmittelbaren* Eroberungsziele –, der am Zeitgewinn interessiert ist, um einen bewaffneten Zusammenstoß möglichst weit hinauszuschieben und die auf diese Weise gewonnene Zeit zur Stärkung seiner Positionen auszunützen.“

(Ebenda, S. 766)

Frankreich wird ähnlich charakterisiert, als diejenige imperialistische Macht in Europa, die am meisten am Status quo interessiert ist (siehe: Ebenda, S. 768). Ganz klar werden die USA und Frankreich nach wie vor als imperialistische Großmächte bezeichnet (siehe: Ebenda, S. 765). Aus all dem wird klar, dass die UdSSR die Widersprüche zwischen den „Kriegstreibern“ und solchen imperialistischen Ländern wie Frankreich und die USA ausnutzen konnte sowie die Widersprüche zwischen dem deutschen Imperialismus und kleineren europäischen kapitalistischen Ländern, die durch die Kriegspläne des deutschen Imperialismus bedroht waren. Der VII. Weltkongress erklärt richtig und vorausschauend, dass sich die Gegensätze zwischen den imperialistischen Großmächten so entwickeln können, dass sie in einem bestimmten Moment und unter bestimmten Bedingungen sich als ein Hindernis zur Bildung eines imperialistischen Gesamtblocks zum Krieg gegen die UdSSR erweisen könnten.⁵⁷

Gerade der VII. Weltkongress zeigte aber auch, dass trotz der aktuellen Kriegsgefahr und trotz der Tatsache, dass der Kampf gegen diese Gefahr im tagespolitischen Sinne vorrangig war, dennoch eines ganz außer Diskussion stand, wie es im Bericht von Togliatti heißt, nämlich

„keine Minute (zu) vergessen, dass der Schlag gegen den Feind im eigenen Land, gegen den ‚eigenen‘ Imperialismus gerichtet werden muss.“
(Ebenda, S. 770)

Das war eine richtige Antwort auf alle Versuche, eine Politik der Klassenversöhnung einzuleiten, und ist auch heute eine Antwort auf die Versuche, unter falscher Berufung auf den VII. Weltkongress der Kommintern eine Theorie des „internationalen Hauptfeindes der Revolution“ in

⁵⁷ Siehe: „Protokoll des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale“, Band II, Nachdruck Erlangen 1974, S. 769

Gestalt eines oder mehrere imperialistischer Länder zu konstruieren und zu rechtfertigen.

Die Komintern machte also klar, dass es ihr um die Bestimmung des Hauptkriegstrebers, des Hauptfeinds der UdSSR und nicht des Hauptfeinds der proletarischen Revolution in den einzelnen Ländern des Imperialismus geht. Die Komintern machte klar, dass es keinesfalls um die Bestimmung eines wie auch immer gearteten „internationalen Hauptfeinds“ der proletarischen Weltrevolution geht. Die Komintern macht ebenso klar, dass es um einen zweifachen Kampf geht: um den Kampf der Kommunistischen Parteien in den Ländern des Imperialismus gegen den eigenen Hauptfeind, gegen die jeweils herrschenden Klassen, die den Staatsapparat in den Händen halten, und um die Unterstützung des Kampfes der UdSSR gegen ihren Hauptfeind, um eine imperialistische Intervention maximal hinauszögern und die Atempause für die UdSSR maximal zu verlängern.

5. Zur Frage des Beginns und des Charakters des Zweiten Weltkriegs

Grundvoraussetzungen für den wirklichen Beweis des Charakters eines Weltkriegs

Im Kampf gegen die offene Kriegshetze der Imperialisten und gegen deren Nachbeter, die opportunistischen „Vaterlandsverteidiger“, die sich offen auf die Seite ihrer „eigenen“ imperialistischen Herren schlugen und mit allen möglichen Tricks und faulen Methoden zu „beweisen“ suchten, dass der Erste Weltkrieg von der Seite ihrer „eigenen“ Imperialisten ein gerechter Krieg sei, stellte Lenin als Grundvoraussetzung für den wirklichen Beweis des Charakters eines Krieges als Kriterien heraus:

- Gegen die opportunistischen Betrüger, welche aus dem Zusammenhang gerissene Einzelheiten nehmen, um ihre verräterischen Positionen plausibel erscheinen zu lassen, gilt es, die objektive Lage der Klassen in allen kriegsführenden Ländern zu analysieren auf Grundlage der **Gesamtheit** der Daten über die Grundlagen des Wirtschaftslebens aller kriegsführenden Mächte und der ganzen Welt.⁵⁸

⁵⁸ Siehe: Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, 1916, „Vorwort zu französischen und deutschen Ausgabe“ 1920, LW 22, S. 194

- Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, das heißt, man muss die Politik vor dem Krieg, die Politik, die zum Krieg geführt und ihn herbeigeführt hat, analysieren: **Welche Klasse** führt den Krieg, **welche Politik** wird durch den Krieg fortgesetzt?⁵⁹ Darauf aufbauend geht es darum, dass jeder Krieg in seiner Besonderheit historisch analysiert werden muss, das heißt seine Vorgeschichte, Entstehung und Auslösung.
- Nicht spießbürgerlich vom Standpunkt „meines“ Landes darf ein Krieg beurteilt werden, sondern es gilt, den Klassencharakter eines Kriegs vom **Standpunkt des Weltproletariats**, der eigenen Teilnahme an der Vorbereitung, der Propagierung, der Beschleunigung der proletarischen Weltrevolution zu analysieren.⁶⁰

Für die kommunistischen Kräfte galt es, diese Leninschen Kriterien auf die Analyse des Charakters des Zweiten Weltkriegs konkret anzuwenden.

Zur Frage des Beginns des Zweiten Weltkriegs

Die offizielle bürgerliche Geschichtsschreibung nennt als Beginn des Zweiten Weltkriegs den 1. September 1939, den Tag des Überfalls Nazi-Deutschlands auf Polen. Damit wird jedoch gerade die Vorgeschichte konterrevolutionärer und expansionistischer Aggressionen des deutschen Nazifaschismus und seiner Verbündeten Italien und Franco-Spanien sowie des japanischen Imperialismus und die Duldung bzw. Ermunterung zu diesen Aggressionen durch die westlichen imperialistischen Großmächte ausgeblendet, aber auch die von Anfang an entstandenen antifaschistischen Massenkämpfe gegen die faschistischen Mächte Japan, Deutschland und Italien. Um also den Charakter des Zweiten Weltkriegs richtig einschätzen zu können, müssen diese Tatsachen analysiert werden. Stalin stellte im März 1939 dazu richtig fest:

„Im Jahre 1935 überfiel Italien Abessinien und annektierte es. Im Sommer 1936 organisierten Deutschland und Italien die militärische Intervention in Spanien, wobei Deutschland sich im Norden Spaniens und in Spanisch-Marokko und Italien im Süden Spaniens und auf den Balearen festsetzte. Im Jahre 1937 brach Japan, nach der Annexion

⁵⁹ Siehe: Lenin, „Über eine Karikatur auf den Marxismus“, 1916, LW 23, S. 23 f.

⁶⁰ Siehe: Lenin, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“, 1918, LW 28, S. 287

der Mandschurei, in Nord- und Zentralchina ein, besetzte Peking, Tientsin, Schanghai und begann seine ausländischen Konkurrenten aus der Okkupationszone zu verdrängen. Anfang 1938 annektierte Deutschland Österreich und im Herbst 1938 das Sudetengebiet der Tschechoslowakei. Ende 1938 bemächtigte sich Japan Kantons und Anfang 1939 der Insel Hainan.

Somit zog der Krieg, der sich so unmerklich an die Völker herangeschlichen hat, mehr als 500 Millionen Menschen in seinen Bannkreis; der Krieg hat seine Aktionssphäre auf ein gewaltiges Gebiet ausgedehnt: von Tientsin, Schanghai und Kanton über Abessinien bis Gibraltar ...“

(Stalin, „Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU(B)“, 1939, SW 14, S. 185)

Unter der Losung „Verteidigung Eritreas gegen die aggressiven Absichten der Regierung Äthiopiens“ überfiel das **faschistische Italien** im Mai 1935 Äthiopien (Abessinien). 500.000 italienische Soldaten und Offiziere wurden nach Äthiopien entsendet. Es ging dem italienischen Imperialismus nicht nur darum, Äthiopien als italienische Kolonie einzuvorleiben, sondern diese Annexion war auch direkt gegen den englischen Imperialismus gerichtet, gegen die Seewege Großbritanniens von Europa nach Asien, zu den englischen Kolonien wie Indien. Allein durch Giftgas wurden 300.000 Menschen, durch Hunger weitere 300.000 und in Lagern 50.000 ermordet. 1935 begann der nationale Befreiungskampf in Äthiopien, der 1937 in den Partisanenkampf überging.⁶¹

Ein Jahr später begannen der **Nazifaschismus** und der italienische Faschismus mit ihrer militärischen Intervention gegen die Spanische Republik, nachdem ein faschistischer Putsch unter Franco stattgefunden hatte mit insgesamt 150.000 italienischen und 50.000 deutschen Soldaten. Von Anfang an entwickelte sich ein massenhafter bewaffneter Kampf gegen Franco und seine imperialistischen Unterstützer. Daran beteiligten sich auch „Interbrigadisten“, Antifaschisten aus anderen Ländern. Aus Frankreich kamen 8.500, aus Deutschland 5.000, aus Polen 5.000, aus Italien 4.000, aus den USA 3.000, darunter ca. 6.000 jüdische Kämpfer und Kämpferinnen. 20.000 Interbrigadisten fielen in den

⁶¹ Siehe: Redaktionskollektiv (Hg.), „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion“, Band 1, Berlin 1962, S. 122 f.

32 Monaten des Bürgerkrieges in Spanien. Insgesamt kamen 1 Million Menschen ums Leben.⁶²

Nazi-Deutschland annektierte im März 1938 gewaltsam Österreich, im Herbst des gleichen Jahres das Sudetengebiet der Tschechoslowakei, und im März 1939 die gesamte Tschechoslowakei.

1933 annektierte der **japanische Imperialismus** die chinesische Provinz Jehol. 1935 marschierten japanische Truppen in Tschahar und Hebei ein. 1937 drang der japanische Imperialismus in Nordchina ein und besetzte wenig später Schanghai und ganz Zentralchina. Das sicherte dem japanischen Imperialismus die Herrschaft über den riesigen chinesischen Markt und war direkt gegen die Interessen Großbritanniens und der USA gerichtet, die in Zentralchina große Kapitalanlagen besaßen. Es drohte ein Zwei-Fronten-Krieg Nazi-Deutschlands und des japanischen Imperialismus gegen die UdSSR.

An der Belagerung Schanghais waren 300.000 japanische Soldaten und Offiziere beteiligt, in nur sieben Wochen verloren die chinesischen Streitkräfte 140.000 Soldaten und Offiziere. Die japanischen Faschisten hausten bestialisch unter der Zivilbevölkerung: Aus einem Gebiet von 4,5 km² entkam niemand lebend, und noch Monate nach dem Gemetzel sah die Stadt aus wie nach einem Erdbeben. Danach marschierten die Truppen von General Matsui in die damalige Hauptstadt Nanking. Dort ermordeten sie 200.000 Menschen, jeden zweiten Bewohner Nankings. Der japanische Imperialismus setzte in China über 530-mal Giftgas ein.⁶³

Es ist also eindeutig: Spätestens 1937 gab es schon drei Kriegsheerde, Europa, Afrika und Asien, und der Krieg hatte damit schon weltweite Ausmaße angenommen. Weltweit waren insgesamt über 500 Millionen Menschen in den Krieg hineingerissen worden. Was folgt daraus für den Charakter des Zweiten Weltkriegs? Wurde er durch den zwischenimperialistischen Gegensatz geprägt wie der Erste Weltkrieg, gerade vor

⁶² Siehe: Ebenda, S. 31

⁶³ Chinesische Quellen schätzen, dass der japanische Überfall auf China insgesamt bis 1945 ca. 21 Millionen Tote kostete. Westliche bürgerliche Quellen gehen von 2 bis 6 Millionen gefallenen chinesischen Soldaten aus und 4 bis 15 Millionen toten chinesischen Zivilisten. Angaben in: Recherche International (Hg.), „Unsere Opfer zählen nicht. Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg“, Berlin/Hamburg 2005, S. 238

1941, also vor dem Nazi-Überfall auf die Sowjetunion, weil die imperialistischen Großmächte eben um die Neuauftteilung der Welt kämpften?

Der **Erste Weltkrieg** war ein von allen Seiten reaktionärer, imperialistischer Raubkrieg zur Neuauftteilung der Welt unter die imperialistischen Großmächte. Lenin schrieb, dass sich mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs gegen die Gruppe der englischen und französischen Imperialisten „**eine andere, noch beutegierigere, noch räuberischere Gruppe**“, nämlich die deutschen Imperialisten und ihre Verbündeten in Bewegung gesetzt hatten (siehe: Lenin, „Krieg und Revolution“, 1917, LW 24, S. 401), die bei der Aufteilung der Welt am Ende des 19. Jahrhunderts zu kurz, zu spät gekommen waren und nun nach Neuauftteilung drängten.

Isoliert betrachtet wäre der Krieg von Seiten **Serbiens** ein gerechter Krieg für die nationale Unabhängigkeit gewesen. Wäre der österreichisch-serbische Krieg nicht mit dem Ersten Weltkrieg, dem imperialistischen Raubkrieg und seinen Zielen untrennbar verknüpft gewesen, dann hätten alle kommunistischen Kräfte der serbischen Seite den Sieg wünschen müssen, so Lenin.⁶⁴ Die nationalen gerechten Momente im österreichisch-serbischen Krieg auf serbischer Seite waren im Gesamtzusammenhang des Ersten Weltkriegs jedoch von untergeordneter Bedeutung und änderten nichts am imperialistischen Charakter des Ersten Weltkriegs.⁶⁵

Der Erste Weltkrieg war also ein von allen Seiten reaktionärer, imperialistischer Raubkrieg zur Neuauftteilung der Welt unter die imperialis-

⁶⁴ Siehe: Lenin: „Der Zusammenbruch der II. Internationale“, 1915, LW 21, S. 230

⁶⁵ Siehe: Lenin, „Die Konferenz der Auslandssektionen der SDAPR“, 1915, LW 21, S. 148

Einen etwas anders gelagerten Fall behandelt Lenin in seiner Schrift „Sozialismus und Krieg“ von 1915: das belgische Beispiel. Belgien wurde 1914 vom deutschen Imperialismus überfallen. Belgien Neutralität wurde entgegen allen völkerrechtlichen Verträgen schamlos gebrochen. Hätten alle an der Einhaltung der internationalen Verträge interessierten Staaten Deutschland den Krieg erklärt mit der Forderung, Belgien zu räumen und zu entschädigen, und hätten sie den Krieg wirklich darum geführt, dann – so Lenin – wäre die Sympathie der Kommunistinnen und Kommunisten natürlich auf Seiten der Feinde Deutschlands. In Wirklichkeit wurde der Krieg aber von keiner Seite um Belgiens willen geführt. Für beide kriegsführenden Seiten war Belgien nur ein Kettenglied im Kampf um die imperialistische Neuauftteilung der Welt. (Vgl.: Lenin, „Sozialismus und Krieg“, 1915, LW 21, S. 305 f.)

tischen Großmächte. Am Ersten Weltkrieg waren die Imperialisten aller Länder schuld. Der Erste Weltkrieg hatte aber auch das Ziel, die Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder nationalistisch zu verdummen, die kommunistischen Kräfte zu vernichten, um die revolutionäre Bewegung des Proletariats und die nationalen Befreiungsbewegungen in den Kolonien zu schwächen.

Kurz nach Kriegsausbruch erklärte Lenin:

**„Territoriale Eroberungen und Unterjochung fremder Nationen, Rui-
nierung der konkurrierenden Nation, Plünderung ihrer Reichtümer,
Ablenkung der Aufmerksamkeit der werktätigen Massen von den in-
neren politischen Krisen in Russland, Deutschland, England und an-
deren Ländern, Entzweiung und nationalistische Verdummung der
Arbeiter und Vernichtung ihrer Vorhut, um die revolutionäre Bewe-
gung des Proletariats zu schwächen – das ist der einzige wirkliche In-
halt und Sinn, die wahre Bedeutung des gegenwärtigen Krieges.“**

(Lenin, „Der Krieg und die russische Sozialdemokratie“, 1914, LW 21, S. 13)

Während Lenin im Kampf gegen den Sozialchauvinismus betonte, dass zwar der Erste Weltkrieg kein „nationaler“ Krieg war, stellte er zugleich klar, dass aber auch in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution gerechte nationale Kriege keineswegs ausgeschlossen sind, unter gewissen Voraussetzungen selbst in Europa nicht, dass nationale Befreiungskriege der vom Imperialismus unterjochten Völker sogar unvermeidlich sind und vom revolutionären Proletariat unterstützt werden müssen:

„Drittens darf man selbst in Europa nationale Kriege in der Epoche des Imperialismus nicht für unmöglich halten. Die ‚Ära des Imperialismus‘ hat den jetzigen Krieg zu einem imperialistischen gemacht, sie wird unweigerlich (solange nicht der Sozialismus kommt) neue imperialistische Kriege erzeugen, sie hat die Politik der jetzigen Großmächte zu einer durch und durch imperialistischen gemacht, aber diese ‚Ära‘ schließt keineswegs nationale Kriege aus, zum Beispiel von Seiten der kleinen (nehmen wir an, annexierten oder national unterdrückten) Staaten gegen die imperialistischen Mächte, wie sie auch im Osten Europas nationale Bewegungen in großem Maßstab nicht ausschließt.“

(Lenin, „Über die Junius-Broschüre“, 1916, LW 22, S. 316 f.)

Im Zweiten Weltkrieg führte der deutsche Imperialismus Krieg für die Errichtung seiner Weltherrschaft. Die „arischen Herrenmenschen“ sollten andere, angeblich „minderwertige“ Völker unterwerfen und verskla-

ven, ja es war die physische Vernichtung ganzer Völker geplant, so der jüdischen Bevölkerung. Der deutsche Imperialismus stellte nicht nur die Hegemonie anderer imperialistischer Großmächte in Frage, sondern bedrohte andere Völker in ihrer nationalen und physischen Existenz. Der Nazifaschismus ermordete dann auch ca. 6 Millionen Jüdinnen und Juden sowie ca. 500.000 Sinti und Roma.

Vor allem dadurch ergab sich im Unterschied zum Ersten Weltkrieg, dass sich starke Widerstands- und Partisanenbewegungen in allen von Nazi-Deutschland und seinen Verbündeten besetzten Ländern entwickelten. Diese Bewegungen erfassten die Masse der ausgebeuteten und werktätigen Bevölkerung der unterjochten Völker nahezu aller besetzten Länder. Dieser Kampf – sowie auch der Kampf der vom japanischen und italienischen Imperialismus unterjochten Völker – wurde zu einem wesentlichen Bestandteil und zu einem wesentlichen Charakterzug des Krieges gegen Nazi-Deutschland, gegen den japanischen und italienischen Imperialismus von Anfang an.

Der Zweite Weltkrieg nahm „gleich von Anfang an den Charakter eines antifaschistischen, eines Befreiungskrieges an“ (Stalin)

Die Frage des Charakters des Zweiten Weltkriegs behandelt Stalin grundlegend in seiner Rede in der Wählersversammlung des Stalin-Wahlbezirks der Stadt Moskau am 9. Februar 1946. Diese Rede hatte faktisch die Bedeutung eines Rechenschaftsberichts seit den letzten Wahlen zum Obersten Sowjet 1937.

Stalin macht klar, dass der Zweite Weltkrieg selbstverständlich kein Zufall war, er war auch nicht infolge von Fehlern dieser oder jener Staatsmänner entstanden, sondern war Resultat der ungleichmäßigen Entwicklung der kapitalistischen Länder auf der Basis der grundlegenden Widersprüche des Imperialismus. Stalin betont, dass es infolge der ersten Krise des kapitalistischen Systems der Weltwirtschaft zum Ersten Weltkrieg und infolge der zweiten Krise zum Zweiten Weltkrieg kam.

Dennoch, so Stalin, war der Zweite Weltkrieg keine Kopie des Ersten Weltkriegs:

„Im Gegenteil, der zweite Weltkrieg unterscheidet sich seinem Charakter nach wesentlich vom ersten. Man muss berücksichtigen, dass die ausschlaggebenden faschistischen Staaten – Deutschland, Japan, Italien –, ehe sie die verbündeten Länder überfielen, bei sich zu Hause

die letzten Reste der bürgerlich-demokratischen Freiheiten vernichteten, bei sich zu Hause ein brutales Terrorregime aufrichteten, das Prinzip der Souveränität und freien Entwicklung der kleinen Länder mit Füßen traten, die Politik der Eroberung fremder Gebiete als ihre eigene Politik verkündeten und vor aller Welt erklärten, dass sie die Weltherrschaft und die Ausdehnung des faschistischen Regimes auf die ganze Welt anstreben, wobei die Achsenmächte durch die Annexion der Tschechoslowakei und der Zentralgebiete Chinas zeigten, dass sie bereit sind, ihre Drohung wahrzumachen, d. h. alle freiheitliebenden Völker zu versklaven. Infolgedessen nahm der zweite Weltkrieg gegen die Achsenmächte, zum Unterschied vom ersten Weltkrieg, gleich von Anfang an den Charakter eines antifaschistischen, eines Befreiungskrieges an, dessen eine Aufgabe denn auch die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten war. Der Eintritt der Sowjetunion in den Krieg gegen die Achsenmächte konnte den antifaschistischen und Befreiungscharakter des zweiten Weltkrieges lediglich verstärken und hat ihn auch tatsächlich verstärkt.“

(Stalin, „Rede in der Wählerversammlung des Stalin-Wahlbezirks der Stadt Moskau am 9. Februar 1946“, SW 15, S. 38 f.)

Diese Argumente der korrekten Einschätzung Stalins über den Ursprung und den Charakter des Zweiten Weltkriegs mussten der Ausgangspunkt jeder Analyse der mit dem Zweiten Weltkrieg verbundenen komplizierteren Fragen sein und bedeutete auch eine unverzichtbare Grundlage für die theoretische Aufarbeitung der Erfahrungen der Kommunistischen Parteien in diesen Jahren.

Was bedeutet diese Einschätzung und was bedeutet sie nicht? Was heißt also „von Anfang an antifaschistisch“ und was eben nicht?

Der gesamte, schon vor 1939 begonnene Zweite Weltkrieg, seit China (1933), Abessinien (1935) und Spanien (1936) bis zum „komischen Krieg“ von 1939 bis Juni 1941 und bis hin zum Sommer 1945 ist sozusagen „unter dem Strich“ ein gerechter, ein Befreiungskrieg gewesen, das bringt Stalin hier richtig zum Ausdruck.

Das große grundlegende Problem des Zweiten Weltkriegs ist theoretisch gesehen jedoch, dass ohne jede Frage von Anfang an bis zum Ende zwei gegensätzliche Aspekte existierten, die in bestimmten Zeitspannen und zudem in bestimmten Regionen unterschiedliches Gewicht hatten, aber eben auch insgesamt eingeschätzt werden müssen, wie das Stalin tut.

Vom Überfall auf Spanien, China und Abessinien an bis zum Sommer 1945 gab es immer den Aspekt des Befreiungscharakters des Krieges gegen den von Nazideutschland geführten Block der „Antikomintern-Staaten“, vom Anfang bis zum Ende gab es aber auch die imperialistisch motivierte Konkurrenz der anderen imperialistischen Großmächte gegen das Erstarken des deutschen Imperialismus.⁶⁶

⁶⁶ Dabei muss bewusst sein, dass zwar theoretisch der Widerspruch zwischen Imperialismus und Sozialismus stärker ist als die zwischenimperialistischen Widersprüche, dass das aber nicht bedeutet, dass es in der Praxis jederzeit so sein musste. Stalin analysierte 1952, dass sich die zwischenimperialistischen Widersprüche als so stark erwiesen, dass der Zweite Weltkrieg im engen Sinn des Begriffs nicht als Krieg gegen die UdSSR begann, sondern von 1939 bis Juni 1941 mit dem Krieg zwischen den kapitalistisch-imperialistischen Ländern:

„Man sagt, dass die Gegensätze zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus stärker sind als die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Ländern. Theoretisch ist das natürlich richtig. Das ist nicht nur jetzt, in der gegenwärtigen Zeit, richtig, das war auch vor dem zweiten Weltkrieg richtig. (...) Und dennoch begann der zweite Weltkrieg nicht mit einem Krieg gegen die UdSSR, sondern mit dem Krieg zwischen den kapitalistischen Ländern. Warum? Erstens, weil ein Krieg gegen die UdSSR, als das Land des Sozialismus, für den Kapitalismus gefährlicher ist als ein Krieg zwischen den kapitalistischen Ländern, denn wenn es bei einem Krieg zwischen den kapitalistischen Ländern nur um die Frage der Vorherrschaft dieser oder jener kapitalistischen Länder über andere kapitalistische Länder geht, so muss ein Krieg gegen die UdSSR unbedingt die Frage der Existenz des Kapitalismus selbst aufwerfen. Zweitens, weil die Kapitalisten, obwohl sie zum Zwecke der ‚Propaganda‘ über eine Aggressivität der Sowjetunion zetern, selbst nicht an solche Aggressivität glauben, da sie der Friedenspolitik der Sowjetunion Rechnung tragen und wissen, dass die Sowjetunion die kapitalistischen Länder nicht von sich aus angreifen wird.“

(...) Natürlich verfolgten die USA und England, als sie Deutschland halfen, sich ökonomisch aufzurichten, die Absicht, Deutschland, nachdem es sich aufgerichtet hat, gegen die Sowjetunion zu lenken, es gegen das Land des Sozialismus auszu spielen. Deutschland richtete seine Kräfte jedoch in erster Linie gegen den englisch-französisch-amerikanischen Block. Und als Hitlerdeutschland der Sowjetunion den Krieg erklärte, schloss sich der englisch-französisch-amerikanische Block nicht nur nicht Hitlerdeutschland an, sondern war im Gegenteil gezwungen, eine Koalition mit der UdSSR gegen Hitlerdeutschland einzugehen.

Folglich erwies sich der Kampf der kapitalistischen Länder um die Märkte und der Wunsch, ihre Konkurrenten abzuwürgen, praktisch als stärker denn der Gegen satz zwischen dem Lager des Kapitalismus und dem Lager des Sozialismus.“ (Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“, 1952, LW 15, S. 325 f.)

Jedoch hatten gerade in der Phase von November 1939 bis Mai 1940 in Europa die zwischenimperialistischen Aspekte größtes Gewicht, wie wir noch sehen werden. Auch nach dem Überfall auf die Sowjetunion, als dann die „Anti-Hitler-Koalition“ entstand, wurden der Logik der Dinge nach die zwischenimperialistischen Aspekte nicht einfach beseitigt, wenn sie auch innerhalb der Anti-Hitler-Koalition deutlicher im Hintergrund standen als zum Beispiel im Krieg in Europa zwischen Nazi-Deutschland und Frankreich/Großbritannien von November 1939 bis Mai 1940.

Dass die englischen und die amerikanischen Imperialisten die zutiefst reaktionären Kräfte in Polen, Griechenland und China, um nur die bekanntesten Beispiele zu nennen, unterstützten, offene Massaker wie vor allem in Griechenland durch die Bombardierung Athens 1944 mitten im Kontext der Anti-Hitler-Koalition beginnen, die zweite Front in Westeuropa immer wieder hinauszögerten – das zeigt, wie stark auch in dieser Zeitspanne das imperialistische Element innerhalb der Anti-Hitler-Koalition war. Der Keim des Bruchs der Anti-Hitler-Koalition nach 1945, zugespitzt seit 1947, lässt sich nur auf dieser Basis wirklich verstehen.

Diskussionsbeiträge

Wer sind heute die modernen Revisionisten und inwiefern sind sie heute immer noch die Hauptgefahr?

Wenn wir heute theoretische Diskussionen führen, müssen wir prüfen, was der alte und immer noch richtige Satz, dass die modernen Revisionisten die Hauptgefahr darstellen, eigentlich bedeutet.

Da ist erst einmal die Frage: Wer sind heute eigentlich die „modernen Revisionisten“? Das war bis 1989 weitgehend klar, weil die Hauptabteilung des modernen Revisionismus die Staaten des Breschnew-Lagers, die KPdSU und im deutschsprachigen Raum vor allem die DDR, die SED und die DKP waren.

Es ist einfach eine Tatsache, dass dieser ungeheure Apparat den heutigen Ideologen des modernen Revisionismus nicht mehr zur Verfügung steht. Das kann dazu verführen, die Bedeutung ihrer damaligen Publikationsflut für die heutige Zeit zu unterschätzen. Daher will ich als erstes festhalten, dass es nach wie vor so ist, dass bei einer gründlichen Behandlung eines beliebigen historischen Themas neben den offen bürgerlichen Publikationen an erster Stelle die alten revisionistischen Studien und Publikationen unübersehbar hervorstechen. Nach wie vor, gerade auch beim Thema Zweiter Weltkrieg, sind auch diese revisionistischen Bücher ebenso wie die Bücher von reaktionären Professoren unverzichtbar. Ja, oft sind die revisionistischen Bücher sogar mit besserem Faktenmaterial ausgestattet als die Bücher der reaktionären Professoren. Dadurch wird die Gefahr umso größer, den subtil eingestreuten revisionistischen Entstellungen der Geschichte auf den Leim zu gehen, sowohl was die theoretische Einordnung des Zweiten Weltkriegs in die Geschichte des Weltimperialismus angeht als auch was die meist Stalin difamierende Entstellung von Fakten durch bösartige Auswahl oder direkte Verfälschung betrifft. Die besondere Gefahr der modernen Revisionisten kommt ja daher, dass sie sich als Anhänger von Marx, Engels und Lenin vorstellen. Während der 70er und 80er Jahre gab es viele zehntausend Menschen in Deutschland, darunter auch einige, die sich als antirevisionistisch verstanden, die sich in Worten zu Marx, Engels und Lenin und zum Teil auch zu Stalin bekannten. Zahlenmäßig ist heute sicherlich die Anhängerschaft der DKP und anderer winziger Gruppen wesentlich geringer geworden. Und auch die fehlende Existenz der DDR als revisionistisches Bollwerk spielt sicher eine gewaltige Rolle. Den-

noch, und das ist nicht unwesentlich, wenn auch nicht ausschlaggebend: Die Zeitung „junge Welt“ als bei weitem größte sich als links verste hende Tageszeitung beeinflusst mit ihrem revisionistischen Dreck nicht nur ihre direkten Anhänger, sondern auch jene sich revolutionär fühlen den Linken, die sich aus einer Mischung aus Antikommunismus und ei ner berechtigten Kritik am Revisionismus keinesfalls als Anhänger von Marx, Engels und Lenin verstehen (diverse Antifa-Gruppen), aber den noch die „junge Welt“ für ihre Zwecke als Publikationsorgan benutzen und verbreiten.

Ausschlaggebend aber ist, dass der moderne Revisionismus als theore tisches System die ausgefeilteste Entstellung der Werke des wissen schaftlichen Kommunismus enthält. Wenn wir davon ausgehen, dass diese Werke immer wichtiger werden, ist es auch klar, dass die Bedeu tung des modernen Revisionismus nicht sinkt, sondern immer wichtiger werden wird. Dies sollen nur ein paar kurze Bemerkungen sein – un be schadet der Aufgabe, die Spielarten von Opportunismus und Revisio nismus in Theorie und Praxis insgesamt zu analysieren und einzuschät zen.

Wie die modernen Revisionisten die Einschätzung Stalins von 1946 verfälschen

Wir haben zu Beginn dieses Sammelbands ausführlich aus der Rede Stalins vom 9. Februar 1946 zitiert. In ihrem Bemühen, die große theoretische und praktische Rolle Stalins zu demontieren, polemisieren die Autoren des revisionistischen Standardwerks zum Zweiten Weltkrieg⁶⁷ gegen die Ausführungen Stalins.

Es lohnt sich, der Reihe nach die hauptsächlichen Verfälschungen aufzuzeigen.

Die Methode ist in all diesen Fällen die gleiche: Es wird Stalin etwas unterstellt, was er nicht gesagt hat. Dabei ist kennzeichnend, dass Stalin nicht zitiert, sondern verfälschend referiert wird. Das sieht dann so aus:

Erstens: Die Revisionisten behaupten:

„In seiner Rede vor den Wählern am 9. Februar 1946 sagte er (Stalin, A. d. V.), dass der Block der bürgerlich-demokratischen Staaten (Großbritannien und Frankreich) gegen den deutsch-italienischen Faschismus gekämpft hätte, um die bürgerlich-demokratischen Freiheiten wiederherzustellen.“

(Redaktionskollektiv (Hg.), „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion“, Band 6, Berlin 1968, S. 18)

Wer die Rede Stalins nachliest, wird kein Wort über diesen Block Großbritanien/Frankreich finden, sondern Stalin stellt sachlich und richtig fest, dass die faschistischen Staaten

„ehe sie die verbündeten Länder überfielen, bei sich zu Hause die letzten Reste der bürgerlich-demokratischen Freiheiten vernichteten, bei

⁶⁷ Das revisionistische Standardwerk zu diesem Thema, auf das sich alle „Nachfolger“ immer wieder beziehen, ist die sechsbändige „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion“ aus der revisionistischen Sowjetunion, die in den 60er Jahren erschienen ist. Bei der „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion“ in 6 Bänden, die 1962–1968 auf Deutsch erschien, handelt es sich um das ausführlichste und in mancherlei Hinsicht für das Studium unverzichtbare Studienwerk eines umfangreichen Kollektivs, das schon lange vor dem revisionistischen XX. Parteitag der KPdSU 1956 mit der Verarbeitung aller vorhandenen Dokumente zum Zweiten Weltkrieg begonnen hatte. (Zur Kritik an der „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion“ siehe auch: „1418 Tage. Der Krieg des deutschen Nazifaschismus gegen die sozialistische Sowjetunion (22. Juni 1941–8. Mai 1945)“, Offenbach 2008, S. 17 ff.)

sich zu Hause ein brutales Terrorregime aufrichteten, das Prinzip der Souveränität und freien Entwicklung der kleinen Länder mit Füßen traten, die Politik der Eroberung fremder Gebiete als ihre eigene Politik verkündeten und vor aller Welt erklärten, dass sie die Weltherrschaft und die Ausdehnung des faschistischen Regimes auf die ganze Welt anstreben, wobei die Achsenmächte durch die Annexion der Tschechoslowakei und der Zentralgebiete Chinas zeigten, dass sie bereit sind, ihre Drohung wahrzumachen, d. h. alle freiheitliebenden Völker zu versklaven.“

(Stalin, „Rede in der Wählerversammlung des Stalin-Wahlbezirks der Stadt Moskau am 9. Februar 1946“, SW 15, S. 38)

Diese von Stalin angeführten Tatsachen sind die entscheidenden Gründe, aus denen er direkt anschließend folgert:

„Infolgedessen nahm der zweite Weltkrieg gegen die Achsenmächte, zum Unterschied vom ersten Weltkrieg, gleich von Anfang an den Charakter eines antifaschistischen, eines Befreiungskrieges an, dessen eine Aufgabe denn auch die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten war. Der Eintritt der Sowjetunion in den Krieg gegen die Achsenmächte konnte den antifaschistischen und Befreiungscharakter des zweiten Weltkrieges lediglich verstärken und hat ihn auch tatsächlich verstärkt.“

(Ebenda, S. 38 f.)

Es ist deutlich zu sehen, dass es sich hier um eine Gesamteinschätzung handelt und nicht um eine spezielle Analyse der Rolle Großbritanniens und Frankreichs.

Zweitens: Möglicherweise noch absurder – vor allem angesichts der Herausgabe der Broschüre „Geschichtsfälscher“ 1948 – ist die primitive Polemik der Revisionisten gegen den „Subjektivismus“ Stalins, der sich im Jahre 1946 in einer

„Überbewertung und Rechtfertigung der Politik“ geäußert habe, „die die englischen und französischen Imperialisten zu Beginn des Zweiten Weltkrieges betrieben.“

(Redaktionskollektiv (Hg.), „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion“, Band 6, Berlin 1968, S. 18)

Ganz im Gegenteil kann weder in der Wählerrede Stalins 1946 noch an anderer Stelle von einer „Rechtfertigung“ der Handlungen der französischen und englischen Imperialisten 1939–1941 die Rede sein. Das ist frei erfunden, eine Unterstellung, eine Lüge, eine Verleumdung, die

nicht sachlich diskutiert, sondern als solche gekennzeichnet werden muss.

Drittens: Wenige Seiten später wird wieder, ohne Stalin zu zitieren, eine Behauptung über seine Position aufgestellt:

„Um den zweiten Weltkrieg zu analysieren, darf man deshalb nicht, wie Stalin es tat, die antifaschistischen und die Befreiungsziele des Krieges zum alleinigen Ausgangspunkt der Betrachtung machen.“
(Ebenda, S. 22)

Das ist nun wirklich absurd, da Stalin in seiner Rede gerade nicht die Ziele des Krieges zum „alleinigen Ausgangspunkt“ macht, sondern sehr ausführlich den Imperialismus als Weltsystem mit seinen Krisen als Ausgangspunkt seiner Analyse der Gemeinsamkeiten und Unterschiede des Ersten und Zweiten Weltkriegs dargestellt hat.

Diese drei antistalinistischen Fälschungen zeigen, dass die modernen Revisionisten aus gutem Grund Stalins Position nicht zitieren oder gar analysieren. Die von uns an den Anfang dieses Buches gestellte Passage Stalins hingegen zeigt gerade durch die dialektisch-materialistische Verbindung grundlegender Gesetzmäßigkeiten des Imperialismus mit der realen Analyse der politischen Entwicklung, wie auf dem Boden des wissenschaftlichen Kommunismus Theorie und praktische Politik insgesamt zum Ausgangspunkt wissenschaftlicher Analyse genommen werden muss.

Zu den Einschätzungen der internationalen Lage in der „Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang“, 1938, und des XVIII. Parteitags der KPdSU(B), März 1939

Vielleicht ist es doch nützlich, noch einmal auf zwei Aspekte der Einschätzung der internationalen Lage 1938/1939 einzugehen. Zunächst einmal geht es um eine Formalie, um eine Abklärung von Begriffen, auf die wir auch selber in unseren Publikationen und Erklärungen achten müssen. Wie man es ganz exakt formulieren soll, weiß ich auch nicht, aber es ist doch ein Problem, was jeweils mit „Beginn des Zweiten Weltkriegs“ gemeint ist. Im normalen Sprachgebrauch, das ist wohl unstrittig, wird damit der Überfall Nazi-Deutschlands auf Polen am 1. September 1939 verstanden. Das ist nicht völlig falsch, enthält aber auch ein großes Problem, auf das der „Kurze Lehrgang“ und der XVIII. Parteitag der KPdSU(B) uns zu Recht aufmerksam machen. Der Überfall des japanischen Imperialismus auf China ab 1933, der Spanische Bürgerkrieg 1936, der Überfall des italienischen Imperialismus auf Abessinien 1935 – das war mehr als nur die Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs, das war der Beginn der kriegerischen Auseinandersetzung, die dann mit dem Nazi-Überfall auf Polen und im Juni 1941 auf die UdSSR kulminierte. Auch in dieser Zeitspanne wird schon der Doppelcharakter des Problems deutlich. Ja, es war ein imperialistischer Krieg, wo eine Gruppe der Imperialisten einer anderen Gruppe der Imperialisten ihre Einflusssphären streitig machte. Und es war gleichzeitig eine Kriegserklärung an die revolutionären Volksmassen in China und Spanien. Damit wurde aber auch schon klar, dass diese beiden Faktoren einzeln und gemeinsam analysiert werden müssen. So hob der „Kurze Lehrgang“ 1938 bereits hervor, dass der große Krieg, der sich noch ausweiten wird, sich im Grunde schon „**in dem gewaltigen Raum von Gibraltar bis Schanghai**“ abspielt. (Siehe: „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) – Kurzer Lehrgang“, 1938, S. 415) Gleichzeitig wird der Kampf des chinesischen Volkes gegen den japanischen Imperialismus hervorgehoben (Ebenda, S. 414 f.) und der Kampf zwischen den imperialistischen Großmächten als Kampf um die „**Neuaufteilung der Welt**“ charakterisiert. (ebenda, S. 415) Genau gelesen ergibt sich aus dem Studium des „Kurzen Lehrgangs“ und des XVIII. Parteitags, dass die einzelnen Elemente für eine Analyse der internationalen Lage 1938/1939 schon vorhanden sind, die dann in der Analyse

Stalins 1946 in richtiger Weise den Gesamtverlauf des Zweiten Weltkriegs reflektierend zusammengeführt werden.

Umso wichtiger ist es, nicht einzelne Passagen aus diesen damaligen Analysen der internationalen Lage herauszugreifen und diese rein formal, vom Wortlaut her anderen Einschätzungen formal gegenüberzustellen.

Wenn Stalin etwa daher im März 1939 auf dem XVIII. Parteitag vom „**zweite(n) imperialistischen Weltkrieg**“⁶⁸ spricht und man nicht den XVIII. Parteitag insgesamt studiert, kann man formal auf den Gedanken kommen, dass er hier den Ersten mit dem Zweiten Weltkrieg gleichsetzt. Gerade aus diesem Grund, um dieses Problem zu klären, beginnt Stalin seine Wählerrede 1946 mit einer Polemik gegen eine solche Gleichsetzung, ohne auf real existierende Gemeinsamkeiten des Ersten und Zweiten Weltkriegs in der Analyse zu verzichten.

⁶⁸ Stalin, „Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU(B)“, 1939, SW 14, S. 187

Zu den Schwierigkeiten der Einschätzung der internationalen Lage nach 1945

Ich möchte noch einen Punkt ergänzen, den ich für die Einschätzung der internationalen Lage nach 1945 für wichtig halte. Wenn wir die reale Lage, die realen Kräfteverhältnisse nach 1945 zum Ausgangspunkt nehmen, dann stimmt es einfach, was Shdanow 1947 analysierte: Von den imperialistischen Großmächten war – zumindest eine Zeitlang – nur der US-Imperialismus gestärkt aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen, und selbst ein Land wie Großbritannien war angeschlagen. Es war klar und erweist sich auch später als richtig, dass es vorrangig die US-Imperialisten waren, die Kriegsvorbereitungen und zunächst lokale Kriege gegen revolutionäre Kräfte und nationale Befreiungsbewegungen vorbereiteten und durchführten (Koreakrieg 1950). Wenn also eine weltweite demokratische Friedensbewegung in dieser Zeitspanne mit geballter Kraft vor allem den US-Imperialismus angegriffen hat und ihn möglicherweise sogar als Hauptkriegstreiber kennzeichnete, so ist das unter drei Bedingungen eigentlich kein Problem:

1. Der demokratische Kampf für den Weltfrieden musste der Vorbereitung der Revolution im eigenen Land untergeordnet bleiben.
2. Es durfte nicht auf die Entlarvung der anderen Imperialisten verzichtet werden.
3. Es musste klar bleiben, dass sich diese Lage ändern wird (und sich dann auch tatsächlich geändert hat), wie Stalin in der oft zitierten Passage aus seiner Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ ja auch klargestellt hat (siehe dazu S. 160 f. in diesem Buch).

B.

**Schwierigkeiten der sozialistischen Außenpolitik im
Kampf für die Existenz der Diktatur des Proletariat**

(Kurzer Überblick 1918–1952)

Vorbemerkung

In diesem Referat wird die staatliche Außenpolitik der UdSSR von 1917 bis 1952 in groben Zügen betrachtet, als Grundlage für die genauere Analyse der Zeitspanne von August 1939 bis Juni 1941 im nächsten Referat.

Das Hauptproblem war ohne Frage das Ausbleiben der Revolution in den wichtigsten europäischen imperialistischen Ländern. Es durchzieht diese gesamte Zeitspanne und hat die Politik der UdSSR entscheidend geprägt. Hinzu kam, dass es in Deutschland den kommunistischen und demokratischen Kräften nicht einmal gelang, den Nazifaschismus zu verhindern. Diese Schwäche der Kräfte der Revolution war der Hauptgrund dafür, dass die UdSSR immer mehr gezwungen wurde, zwischen den imperialistischen Mächten zu lavieren, um einen einheitlichen Block der imperialistischen Länder zu verhindern, ihre Feinde zu verringern und die Atempause bis zum imperialistischen Überfall auf die UdSSR maximal zu verlängern.

Ein weiteres großes Problem war, dass sich die internationale Lage vor allem zwischen August 1939 und Juni 1941 in immer rasanterem Tempo änderte. Gewichtige Änderungen im Gefüge der imperialistischen Mächte konnten monatlich, wöchentlich, täglich und kurz vor Kriegsausbruch ständig auftreten. Die Richtung und Bedeutung dieser bevorstehenden Änderungen aufgrund der aktuellen Analyse der internationalen Lage möglichst vorauszuhahnen und, wenn sie eintraten, möglichst rasch richtig zu erfassen und zu analysieren – das wurde zunehmend zu einer zentralen Aufgabe. Das war schon zu „normalen Zeiten“ schwer genug. Hundertprozentige Vorhersagen sind nicht möglich weil zu viele Faktoren wirken, zu viele Unbekannte vorhanden sind. Noch schwerer wurde es in Zeiten, wo sich die internationale Lage in derart schnellem Tempo änderte.

Diese sehr schnellen Veränderungen der internationalen Lage und der imperialistischen Kräftekonstellationen hatte Auswirkungen auf die Außenpolitik der UdSSR. Es war möglich, dass sehr rasch diejenige imperialistische Macht wechseln konnte, die in einer bestimmten Zeitspanne am meisten am Krieg gegen die UdSSR interessiert war. Um bestimmte, oberflächlich betrachtet vielleicht nicht verständliche Änderungen der staatlichen Außenpolitik der UdSSR in Bezug auf die Haltung zu ein-

zernen imperialistischen Mächten wirklich verstehen zu können, soll an Beispielen gezeigt werden, vor allem auch am Beispiel des Brester Friedens zwischen der jungen Sowjetmacht und dem deutschen Imperialismus Ende 1917/Anfang 1918, dass als wesentliche Ursache dieser Änderungen vor allem auch die Änderung der internationalen Lage verstanden werden muss.

1. 1917–1921: Der Sieg der Oktoberrevolution, die Bedeutung des Ausnutzens der zwischenimperialistischen Widersprüche und die imperialistischen Interventionen gegen die junge Sowjetmacht⁶⁹

Herausragend in dieser Zeitspanne war der Sieg der Oktoberrevolution, der erste Sieg einer proletarischen Revolution. Die proletarische Revolution siegte 1918 zunächst nur in Russland. Die Revolutionen 1918/1919 in Deutschland, Ungarn und in anderen Ländern siegten nicht, kamen über die bürgerliche Etappe nicht hinaus oder endeten als „halbe Revolution“ in der Konterrevolution. In dieser Situation bildete sich 1919 die III., die Kommunistische Internationale, die es sich als Aufgabe setzte, die proletarische Weltrevolution vorzubereiten und zu entwickeln. Die Imperialisten aller Länder starteten schon ab Mitte 1918 eine militärische Intervention gegen die junge Sowjetrepublik, die jedoch endgültig 1922 auf der ganzen Linie scheiterte und mit einem Sieg der Diktatur des Proletariats endete.

Der Abschluss des Friedens von Brest-Litowsk im Februar/März 1918 mit dem deutschen Imperialismus war ein Beispiel eines in der Tat problematischen, aber dennoch sehr notwendigen Übereinkommens eines sozialistischen Landes mit einem imperialistischen Land, das Lenin und die Bolschewiki im Kampf gegen diverse opportunistische Kräfte durchsetzte. Zu dieser Zeit war der deutsche Imperialismus der gefährlichste Feind der jungen Sowjetunion. Er hatte große Teile der Sowjetunion besetzt und drohte noch weitere Teile zu besetzen, ja er bedrohte die Existenz der Sowjetmacht selbst.

Schon zur Zeit der Oktoberrevolution 1917 waren ganz Litauen und fast ganz Lettland vom deutschen Imperialismus besetzt. Die deutsche Armee versuchte, die kommunistische Bewegung in Lettland und Litau-

⁶⁹ Grundlage für die Herausarbeitung dieser Aspekte der internationalen Lage waren insbesondere die „Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang“ von 1938, wichtige Reden Lenins, Rechenschaftsberichte Stalins an die Parteitage der KPdSU(B), insbesondere der Bericht an den XVIII. Parteitag, sowie Analysen der Kommunistischen Internationale. Siehe: „Zur internationalen Lage 1919–1952. Dokumente der Kommunistischen Weltbewegung“, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 2003.

en zu vernichten.⁷⁰ Auch die kommunistische Bewegung in Finnland wurde vom deutschen Imperialismus massakriert. In wenigen Wochen ermordeten die konterrevolutionären deutschen und finnischen Truppen etwa 20.000 Männer, Frauen und Kinder. Zehntausende wurden in Lager und Gefängnisse verschleppt, wo viele durch Folter und Hinrichtungen ermordet wurden oder durch Hunger starben.⁷¹

Am 5. Dezember 1917 wurde ein Abkommen über einen Waffenstillstand, über die zeitweilige Einstellung der Kriegshandlungen, zwischen Deutschland und der Sowjetmacht unterschrieben. Die Bedingungen, die der deutsche Imperialismus stellte, waren räuberisch und bedeuteten die Einverleibung weiterer großer Gebiete durch die deutschen Imperialisten.

Nach dem Abbruch der Friedensverhandlungen am 10. Februar 1918 durch Trotzki, dem damaligen Vorsitzenden der Sowjetdelegation, der sich über die ausdrücklichen Direktiven der Kommunistischen Partei Russlands hinweggesetzt hatte, brach der deutsche Imperialismus den Waffenstillstand ab und ging zur Offensive über. Die Überreste der zaristischen Armee konnten dem Druck der deutschen Truppen nicht standhalten und begannen sich aufzulösen. Die deutsche Armee stieß rasch vor, besetzte ein riesiges Gebiet und bedrohte Petrograd. Die sich neu formierende Rote Armee stellte sich der deutschen Armee entgegen und stoppte ihren Vormarsch auf Petrograd. Es gelang der Sowjetmacht, basierend auf der Kraft der jungen Roten Armee und unter Ausnutzung der zwischenimperialistischen Widersprüche, bereits am 22. Februar 1918 einen neuen Waffenstillstand und Friedensbedingungen zu unterzeichnen. Die Bedingungen dieses Waffenstillstands waren jedoch noch räuberischer als die vom 5. Dezember 1917, denn der deutsche Imperialismus war jetzt in einer günstigeren Position durch seinen weiteren Vormarsch.

Im Vertrag von Brest-Litowsk zwischen Sowjetrussland und Deutschland, der am 3. März 1918 unterzeichnet wurde, war festgelegt, dass den

⁷⁰ Siehe: John Keegan, „Der Erste Weltkrieg. Eine europäische Tragödie“, Hamburg 2003, S. 527

⁷¹ Siehe: Michael Sayers, Albert E. Kahn, „Die große Verschwörung“, Berlin 1949, S. 98 f. Zu den Verbrechen des deutschen Imperialismus 1917–1921 siehe ausführlich: Autorenkollektiv, „Die Verbrechen des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg“, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 2004, S. 77 ff.

deutschen Imperialisten Estland, Lettland, Litauen, Polen und der größte Teil Weißrusslands zufiel und Gebiete im Süden an die Türkei abgetreten werden. 90 % der Kohlezechen, 54 % der Industrie, 32 % der Landwirtschaft, fast die gesamte Öl- und Baumwollproduktion fielen damit in die Hände des deutschen Imperialismus. Sowjetrussland sollte außerdem 3 Milliarden Goldrubel an Deutschland zahlen.⁷²

Bei ihrem Vormarsch und nach dem Abschluss des Vertrags von Brest-Litowsk verübt die deutschen Imperialisten in den von ihnen besetzten Gebieten weitere Verbrechen, so zum Beispiel in der Ukraine.

Im Juli 1918 kam es zu einem Generalstreik der Eisenbahner gegen die Plünderungen der deutschen Armee, der nur mit brutalem Terror von den deutschen Imperialisten niedergeschlagen werden konnte. Bei Taganrog wurden 180 gefangene Rotarmisten von deutschen Soldaten ermordet.⁷³ Es wurden überall Kriegsgerichte eingesetzt, die dafür sorgten, dass die Bewohner bei der geringsten Sympathie mit Sowjetrussland massenweise erschossen wurden.

Opportunistische Kräfte um Trotzki und Bucharin verschleierten ihre rechtsopportunistischen „Argumente“ gegen den Friedensvertrag mit Deutschland mit linken Phrasen. Im Interesse der internationalen Revolution gelte es, die Preisgabe der Sowjetmacht zu riskieren. Durch ein Abkommen mit dem deutschen Imperialismus würde die Sowjetunion zum „Agenten der deutschen Imperialisten“, das wäre nichts weiter als ein imperialistischer Schacher – so tönten sie.

Lenin entlarvte sehr genau und konkret, dass die Ablehnung des Bresler Friedens in Wirklichkeit den deutschen Imperialisten und dem Weltimperialismus insgesamt hilft.

Die Sowjetmacht in Russland war Basis und Stütze der Weltrevolution, sie war Vorbild für die Völker der Welt mit einer gewaltigen propagandistischen weltweiten Wirkung. Lenin belegte präzise, dass der Krieg gegen den deutschen Imperialismus zu dieser Zeit nicht zu gewinnen war, weil die Sowjetmacht selbst noch zu schwach war (insbesondere war noch keine starke Rote Armee vorhanden) und die revolutionäre Bewegung in Deutschland noch nicht weit genug entwickelt war,

⁷² Siehe: Ebenda, S. 258

⁷³ Siehe: Klaus Dorst, Wolfgang Wünsche, „Der erste Weltkrieg. Erscheinung und Wesen“, Berlin 1989, S. 253

um den deutschen Imperialismus von innen heraus entscheidend zu schwächen oder gar zu stürzen. Nur durch die Beendigung des Krieges zwischen der Sowjetmacht und Deutschland und eine längere Atempause konnte sich die Sowjetmacht sich in die Lage versetzen, sich so weit zu stärken, um die eigene Existenz sichern zu können und nicht nur die weiterhin drohende Intervention des deutschen Imperialismus, sondern auch eine kommende Intervention des geeinten Weltimperialismus überstehen zu können. Eine Niederlage der Sowjetmacht, die ja weltweit eine ungeheure propagandistische und revolutionierende Wirkung ausübte, hätte die Einschüchterung und Demoralisierung der Arbeiterklasse nicht nur in Deutschland, sondern weltweit zur Folge gehabt und damit eine enorme Schwächung der Kräfte der proletarischen Weltrevolution bedeutet.

Gegen falsche Vorstellungen, dass die proletarische Revolution auch ohne schwere Opfer siegen könnte, wandte sich Lenin grundsätzlich:

„Wer die Revolution des Proletariats nur ‚unter der Bedingung‘ ‚akzeptiert‘, (...) dass man auf dem Wege zum Siege nicht zeitweise schwerste Opfer bringen, nicht ‚in einer belagerten Festung ausharren‘ oder nicht die schmalsten, ungangbarsten, gewundensten und gefährlichsten Bergpfade erklimmen müsse – der ist kein Revolutionär, der hat sich nicht frei gemacht von der Pedanterie der bürgerlichen Intelligenz, der wird in Wirklichkeit immer wieder in das Lager der konterrevolutionären Bourgeoisie hinabgleiten ...“

(Lenin, „Brief an die amerikanischen Arbeiter“, 1918, LW 28, S. 55)

Lenins Kampf um den Brester Frieden war im Grunde ein Kampf gegen Nationalismus getarnt mit linkem Phrasentum. Denn es handelte sich ja darum, aufgrund der eigenen Schwäche und der Schwäche der internationalen Kräfte der Revolution und angesichts der momentanen Stärke des deutschen und des Weltimperialismus durch den Abschluss des Friedensvertrags mit Deutschland im Interesse der proletarischen Weltrevolution zumindest zeitweise Teile des eigenen Landes den Imperialisten zu überlassen.

Gegenüber den pseudointernationalistisch auftretenden Opportunisten betonte Lenin, die Notwendigkeit im Interesse der Sache der proletarischen Weltrevolution zu schwersten Opfern bereit zu sein, das Interesse der proletarischen Weltrevolution über die „nationalen Interessen“ zu stellen:

„Der ist kein Sozialist, der nicht begreift, dass man um des Sieges über die Bourgeoisie, um des Übergangs der Macht an die Arbeiter, um des *Beginns* der internationalen proletarischen Revolution willen *keinerlei* Opfer scheuen darf und soll, selbst nicht das Opfer, einen Teil des Territoriums zu verlieren oder schwere Niederlagen hinzunehmen, die uns die Imperialisten beibringen können. Der ist kein Sozialist, der nicht durch *Taten* bewiesen hat, dass er zu schwersten Opfern von Seiten ‚seines‘ Vaterlands bereit ist, wenn nur die Sache der sozialistischen Revolution tatsächlich vorankommt.“

(Ebenda, S. 52)

Der Abschluss des Friedensvertrags bot die Möglichkeit, Zeit zu gewinnen, die Sowjetmacht zu festigen (insbesondere auch das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den Massen der Bauern), die Rote Armee aufzubauen sowie die Widersprüche des fortdauernden Krieges im Lager des Imperialismus auszunutzen. Dies alles war kein Selbstzweck, sondern diente der Festigung der jungen Sowjetmacht, diente dazu, das erste sozialistische Land am Leben zu erhalten, dessen Aufgabe es war, Stütze und Mittel zur Beschleunigung des Siegs der Revolution in allen Ländern des Imperialismus zu sein.

Bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk zum Abschluss eines Friedensvertrags mit Deutschland hatte die junge Sowjetmacht 1918 also zwei Möglichkeiten: die Möglichkeit, die harten Bedingungen der deutschen Imperialisten zu akzeptieren, um eine Atempause zu erhalten und die Sowjetmacht zu festigen – oder die Möglichkeit, den Krieg fortzusetzen, was hochriskant gewesen wäre und bedeutet hätte, die Existenz der Sowjetmacht insgesamt zu gefährden.

Lenins Fazit lautete deshalb:

„Indem wir einen Separatfrieden schließen, befreien wir uns im höchsten für den gegenwärtigen Augenblick möglichen Grade von beiden einander bekämpfenden imperialistischen Gruppen, nutzen ihre Feindschaften und ihren Krieg – der es ihnen erschwert, ein Abkommen gegen uns zu treffen –, bekommen für eine gewisse Periode die Hände frei, um die sozialistische Revolution fortzusetzen und zu festigen.“

(Lenin, „Zur Geschichte der Frage eines unglückseligen Friedens“, „Thesen über den sofortigen Abschluss eines annexionistischen Separatfriedens“, 1918, LW 26, S. 449)

2. 1921–1923: Hoffnung auf den Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland und anderen europäischen Ländern und der Aufbau des Sozialismus in einem Land

Bis 1923 gab es noch proletarisch-revolutionäre Kämpfe in Europa, wie in Deutschland die Kämpfe der Roten Ruhrarmee 1921 oder der Hamburger Aufstand 1923, jedoch endeten alle diese Kämpfe mit blutigen Niederlagen. Die Hoffnung der Bolschewiki, dass die proletarische Revolution in einigen Ländern Europas in nächster Zeit siegen könnte, insbesondere auch in Deutschland, hatte sich zerschlagen. Die proletarische Revolution in Russland musste fortgesetzt werden bei fortbestehender kapitalistischer Umkreisung, im Bündnis mit den anderen Kräften der proletarischen Weltrevolution und bei verstärkter Ausnutzung der zwischenimperialistischen Widersprüche. Es gelang der Sowjetunion schon im März 1921, ein Handelsvertrag mit Großbritannien abzuschließen, ebenso im selben Jahr mit Italien, Deutschland usw.⁷⁴ 1922 gelang es der Sowjetunion, mit Deutschland diplomatische Beziehungen aufzunehmen.⁷⁵

3. 1924–1934: Entwicklung von Handelsbeziehungen zwischen der UdSSR mit imperialistischen Ländern. Beginn des imperialistischen Krieges in Asien ab 1931 und die Errichtung des Nazifaschismus 1933

Ab 1924 setzte die relative Stabilisierung des Kapitalismus ein, die Periode der ansteigenden revolutionären Kämpfe war zu Ende. Die siegreiche Diktatur des Proletariats musste sich auf eine zeitweilige Periode des Nebeneinanderbestehens der Sowjetunion mit dem Imperialismus einstellen und ihre Außenpolitik darauf ausrichten: Handelsbeziehungen mit Großbritannien, Frankreich, Japan und Italien wurden abgeschlossen, diplomatische Beziehungen geknüpft mit Italien, den USA und anderen Ländern.

Die Kommunistischen Parteien der gesamten Welt sammelten Kräfte für die bevorstehenden Klassenschlachten mit dem Kapital. In Europa

⁷⁴ Siehe: „Große Sowjetencyklopädie. Reihe Geschichte und Philosophie 19. Die Außenpolitik der UdSSR“, Berlin 1953, S. 26

⁷⁵ Ebenda, S. 27

erstarkte insbesondere die KPD bis 1932, so dass nicht unbegründete Hoffnung bestand, dass die KPD die Mehrheit der Arbeiterklasse in Deutschland in absehbarer Zeit für den bewaffneten Aufstand zum Sturz des wiedererstarkenden deutschen Imperialismus gewinnen konnte. In Asien erstarkte insbesondere die chinesische Revolution unter Führung der KP Chinas immer weiter.

Zwischen 1925 und 1931 änderte sich in raschem Tempo die internationale Lage.

1925 erklärte Stalin, dass im Moment die Phase „**des friedlichen Zusammenlebens**“ zwischen der UdSSR und dem Imperialismus bestehen würde.⁷⁶ Doch bereits 1927 charakterisierte Stalin als einen der Hauptfaktoren der internationalen Lage in dieser neuen Phase die Interventionsvorbereitungen gegen die UdSSR und die Gefahr eines Krieges gegen die UdSSR. Großbritannien wird als das Land bezeichnet, bei dem die Tendenz zu „**militärischer Aggression**“ am stärksten ausgeprägt ist. Es wird aber auch klargestellt, dass es kapitalistische Länder gibt mit der Tendenz zur Fortsetzung „**friedlicher Beziehungen**“ mit der UdSSR, um ihre eigenen imperialistischen Interessen im Konkurrenzkampf gegen die anderen imperialistischen Mächte besser durchzusetzen zu können.⁷⁷ Die UdSSR konnte mit diesen Ländern Verträge abschließen und Handelsbeziehungen eingehen, zum Beispiel wurden mit den USA und Italien die wirtschaftlichen Beziehungen ausgebaut, ein Nichtangriffsvertrag mit der Türkei und ein Garantievertrag mit Deutschland abgeschlossen etc.⁷⁸

Spätestens 1929 war die relative Stabilisierung des Kapitalismus beendet, es begann eine verheerende Weltwirtschaftskrise, die sämtliche Widersprüche des Kapitalismus extrem verschärfte. Die Kämpfe gegen den Imperialismus in seinen Kernländern und Kolonien verschärften sich weiter. Die Imperialisten aller Länder schmiedeten neue Kriegspläne gegen die UdSSR.⁷⁹

⁷⁶ Siehe: Stalin, „Der XIV. Parteitag der KPdSU(B)“, „Politischer Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees“, 1925, SW 7, S. 249

⁷⁷ Siehe: Stalin, „Der XV. Parteitag der KPdSU(B)“, „Politischer Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees“, 1927, SW 10, S. 249

⁷⁸ Siehe: Ebenda

⁷⁹ Siehe: „10. Plenum des EKKI“, „Die internationale Lage und die nächsten Aufgaben der Kommunistischen Internationale. Thesen zu den Referaten der Genossen Kuusinen

1931 annektierte der **japanische Imperialismus** einen Teil Chinas, die Mandschurei, als Aufmarschgebiet gegen die UdSSR und schuf den Marionettenstaat Mandschuko. Japan war in Asien nun der „Hauptkriegstreiber“. Mit der **Errichtung des Nazifaschismus 1933** begann der deutsche Imperialismus im Innern mit der Zerstörung der KPD und ihrer Organisationen bei gleichzeitiger Entfaltung des nazistischen Antisemitismus, nach außen begannen die Kriegsvorbereitungen auf Hochtouren, vor allem auch gegen die UdSSR, zu laufen. Der Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland war nach 1933 in weite Ferne gerückt. Der deutsche Imperialismus war in Europa nun der „Hauptkriegstreiber“. So waren weltweit zwei Kriegsberde entstanden, es war eine weitere Verschärfung der Gefahr der imperialistischen Intervention gegen die UdSSR eingetreten.

In seinem **Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag der KPdSU(B) 1934** analysierte Stalin nicht nur die Verschärfung der Gegensätze in den kapitalistischen Ländern sowie die zwischenimperialistischen Gegensätze, die sich so weit zugespitzt hatten, dass der Kampf um die Neuaufteilung der Welt auch mit dem Mittel imperialistischer Kriege, wie vom japanischen Imperialismus in China, geführt wird. Stalin geht auch sehr ausführlich auf die Aufgaben der sowjetischen Außenpolitik ein.

Dabei macht er sehr deutlich klar, dass imperialistische Kreise in Japan und Europa, insbesondere Nazi-Deutschland, Kriegsvorbereitungen gegen die UdSSR organisieren.⁸⁰

Stalin erläutert dann, dass es auf dem Gebiet der staatlichen Außenpolitik vor allem darum gehe, gestützt auf die Sympathien der Völker und die eigene Stärke die Kriegspläne der Imperialisten zu durchkreuzen. Dabei kam es auch darauf an, die Widersprüche zwischen den Imperialisten auszunutzen und die Beziehungen zu den Ländern zu stärken,

und Manuilski“, in: „Zur internationalen Lage 1919–1952. Dokumente der Kommunistischen Weltbewegung“, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 2003, S. 199 bzw. „Die Kommunistische Internationale in Resolutionen und Beschlüssen“, Band 2, 1925–1943, Offenbach 1998, S. 340 f.

⁸⁰ Siehe: Stalin, „Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU(B)“, 1934, SW 13, S. 264 und S. 270

„die aus diesen oder jenen Motiven nicht an der Störung des Friedens interessiert sind und die Handelsbeziehungen mit einem so korrekten Kontrahenten, wie es die UdSSR ist, ausbauen wollen ...“

(Stalin, „Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU(B)“, 1934, SW 13, S. 267)

An die Adresse der imperialistischen Kriegsbrandstifter, insbesondere in Nazi-Deutschland und Japan, gerichtet macht Stalin abschließend klar:

„.... wir fürchten keine Drohungen und sind bereit, auf einen Schlag der Kriegsbrandstifter mit einem Gegenschlag zu antworten. Wer den Frieden will und sachliche Beziehungen mit uns anstrebt, wird stets bei uns Unterstützung finden. Denjenigen aber, die versuchen sollten, unser Land zu überfallen, wird eine vernichtende Abfuhr zuteil werden ...“

(Ebenda, S. 272)

Erfolge dieser Friedenspolitik der Sowjetunion waren die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit den USA 1933, Nichtangriffsverträge mit Finnland 1932 und Polen 1932 sowie Frankreich 1932 und Italien 1933.⁸¹

4. 1935–Juli 1939: Abschluss von Nichtangriffsverträgen zwischen der UdSSR und Frankreich, der Tschechoslowakei und weiteren Ländern. Die „Nichteinmischungspolitik“ von Großbritannien und Frankreich sowie die Ausweitung des Kriegs zu einem Weltkrieg (Abessinien 1935, Spanien 1936, China 1937)

Auf dem VII. Weltkongress der Komintern 1935 wurde, wie schon gezeigt, der deutsche Imperialismus als weltweiter Hauptkriegstreiber gegen die UdSSR eingeschätzt sowie die USA und Frankreich als „im Moment nicht am Krieg interessierte“ imperialistische Mächte. Die UdSSR schaffte es auf der Basis dieser Tatsachen, 1935 Verträge über gegenseitige Hilfe mit Frankreich und mit der Tschechoslowakei abzuschließen, ja die UdSSR trat 1935 sogar dem Völkerbund bei.

Weltweit entstanden in dieser Zeit vor allem drei Kriegsherde in Europa, Asien und Afrika: Das **faschistische Italien** überfiel im Mai 1935

⁸¹ Siehe: Ebenda, S. 268 ff.

Äthiopien. Ein Jahr später begannen der **Nazifaschismus** und der italienische Faschismus mit ihrer militärischen Intervention gegen die Spanische Republik. Nazi-Deutschland annektierte im März 1938 gewaltsam Österreich, im Herbst des gleichen Jahres das Sudetengebiet der Tschechoslowakei, und im März 1939 die gesamte Tschechoslowakei. Das war direkte Folge des reaktionären „Münchner Abkommens“, des Blankschecks von Großbritannien und Frankreich an Nazi-Deutschland zur Ermunterung der Einverleibung der Tschechoslowakei.

1933 annektierte der **japanische Imperialismus** die chinesische Provinz Jehol. 1935 marschierten japanische Truppen in Tschahar und Hebei ein. 1936 wurde ein Abkommen über gegenseitige Hilfe zwischen der UdSSR und der Mongolischen Volksrepublik abgeschlossen, das auch gegen die japanische Aggression gerichtet war. 1937 drang der japanische Imperialismus in Nordchina ein und besetzte wenig später Schanghai und ganz Zentralchina. Es drohte ein Zwei-Fronten-Krieg Nazi-Deutschlands und des japanischen Imperialismus gegen die UdSSR. Die UdSSR unterzeichnete 1937 einen Nichtangriffspakt mit der Regierung von China, um die japanische Aggression zu stoppen. Im Mai 1939 unternahm Japan provokatorische Angriffe an der Grenze der Mongolischen Volksrepublik. Die japanisch-mandschurischen Truppen wurden jedoch im Raum von Chalchin-Gol von den Verbänden der Roten Armee geschlagen.

In seinem **Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag der KPdSU(B) im März 1939** analysierte Stalin rückblickend die Entwicklung der internationalen Lage seit 1934.

Eine Besonderheit des neuen weltweiten Krieges, der 1939 bereits eine halbe Milliarde Menschen erfasst hatte, war sein einseitiger Charakter. Nach und nach hatten die faschistischen Achsenmächte Deutschland, Italien und Japan neue Kriegscherde gelegt und eine schrittweise Neuaufteilung der Welt zu ihren Gunsten durchgeführt, ohne dass sich die imperialistischen Konkurrenten Großbritannien, Frankreich oder die USA ernsthaft widersetzt hätten. Hieraus ergab sich die richtige aktuelle Einschätzung Stalins, die an die Analyse des VII. Weltkongresses der Komintern anknüpfte, dass der Krieg bereits von den drei als aggressiv bezeichneten faschistischen Staaten begonnen worden war, während die anderen imperialistischen Staaten zu diesem Zeitpunkt aus Berechnung

nicht in diesen Krieg eingriffen, sondern vielmehr zurückwichen, und sich insofern „nichtaggressiv“ verhielten.⁸²

Stalin machte die Gefahr eines Angriffs der Nazi-Faschisten auf die UdSSR nachdrücklich bewusst und stellte gleichzeitig klar, dass die als nichtaggressiv bezeichneten Länder imperialistische Mächte geblieben sind:

„In Wirklichkeit bedeutet jedoch die Politik der Nichteinmischung eine Begünstigung der Aggression, die Entfesselung des Krieges und folglich seine Umwandlung in einen Weltkrieg. In der Politik der Nichteinmischung macht sich das Bestreben, der Wunsch geltend, die Aggressoren bei der Ausführung ihres dunklen Werkes nicht zu hindern, zum Beispiel Japan nicht zu hindern, sich in einen Krieg gegen China, noch besser aber gegen die Sowjetunion einzulassen, zum Beispiel Deutschland nicht zu hindern, sich in die europäischen Angelegenheiten zu verstricken, sich in einen Krieg gegen die Sowjetunion einzulassen, alle Kriegsteilnehmer tief in dem Morast des Krieges versinken zu lassen, sie im stillen dazu anzuspornen, dazu zu bringen, dass sie einander schwächen und erschöpfen, dann aber, wenn sie genügend geschwächt sind, mit frischen Kräften auf dem Schauplatz zu erscheinen und, natürlich, ‚im Interesse des Friedens‘ aufzutreten, um den geschwächten Kriegsteilnehmern die Bedingungen zu diktieren.“⁸³

(Stalin, „Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU(B)“, 1939, SW 14, S. 188)

Die Politik der sogenannten „Nichteinmischung“ durch Großbritannien und Frankreich wurde also so eingeschätzt, dass ihr Hauptziel war, den Nazifaschismus in seinen Angriffsplänen gegen die UdSSR zu bestärken. Trotzdem ist die kommunistische Weltbewegung auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU(B) noch davon ausgegangen, dass Großbritannien und Frankreich zu den als „nichtaggressiv“ bezeichneten Staaten gehören, weil sie noch keine direkten Kriegsvorbereitungen gegen die

⁸² Siehe: Stalin, „Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU(B)“, 1939, SW 14, S. 188

⁸³ Ein Höhepunkt dieser Politik war das „Münchener Abkommen“. Im „Münchener Abkommen“ von 1938 wurde die teilweise Besetzung der Tschechoslowakei durch Nazi-Deutschland festgeschrieben. Am „Münchener Abkommen“ waren neben Nazi-Deutschland die westlichen Imperialisten Großbritannien und Frankreich beteiligt. Das war ein neuer Höhepunkt der „Nichteinmischungspolitik“ der westlichen Imperialisten, um die Nazi-Aggression gegen die UdSSR zu lenken. Auf der Basis dieses Abkommens marschierten dann die Nazi-Truppen in großen Teilen der Tschechoslowakei ein.

UdSSR unternommen haben und die UdSSR noch in Verhandlungen über Nichtangriffs-Abkommen mit ihnen standen.

Aus dieser Analyse schlussfolgert Stalin unter anderem als Aufgaben der UdSSR, „**die Kampfkraft unserer Roten Armee und unserer Roten Kriegsmarine mit allen Mitteln zu stärken**“ sowie „**die Unterstützung der Völker, die Opfer der Aggression geworden sind**“, zu organisieren.⁸⁴

Es ging darum, die Kriegsvorbereitungen der faschistischen Staaten gegen die UdSSR zu bekämpfen, was den Kampf gegen die Kriegsprovokationen Frankreichs, Großbritanniens und der USA einschloss, die vor allem einen Nazi-Überfall gegen die UdSSR provozieren wollten, mit allen Ländern des imperialistischen Weltsystems, die vorübergehend auf eine Aggression gegen die UdSSR verzichteten, sachliche Beziehungen einzugehen, das heißt Nichtangriffsverträge, Wirtschaftsverträge etc. abzuschließen – auf der Basis der Stärkung der Kampfkraft der Roten Armee mit allen Mitteln und der Solidarität der Werktätigen aller Länder.

5. August 1939–Juni 1941: Der Nichtangriffsvertrag Nazi-Deutschlands mit der UdSSR und die Schaffung der „Ostfront“ durch die UdSSR. Der finnisch-sowjetische Krieg und die Kriegspläne Großbritanniens und Frankreichs gegen die UdSSR. Die Einverleibung mehrerer kleinerer europäischer Länder und der imperialistischen Großmacht Frankreich in den Machtbereich des deutschen Imperialismus

Die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs betrieben gegenüber der UdSSR eine verlogene Politik. Sie verzögerten auf jegliche Weise die Verhandlungen über die Organisierung einer kollektiven Abwehr der faschistischen Aggressoren, indem sie selbst keine wirklichen Verpflichtungen übernahmen, der Sowjetunion aber einseitige Verpflichtungen auferlegen wollten. Zur Entfesselung des Krieges durch das nazi-faschistische Deutschland trugen auch die im Sommer 1939 geführten britisch-deutschen Geheimverhandlungen bei, deren Ziel der Abschluss

⁸⁴ Siehe: Sieb, S. 192 f.

eines umfassenden antisowjetischen Abkommens über die Aufteilung der weltweiten Einflusssphären war.

Als alle Bemühungen der UdSSR gescheitert waren, Abkommen mit Großbritannien und Frankreich zur Isolierung Nazi-Deutschlands zu schließen, musste die Sowjetunion Maßnahmen treffen, um die britisch-französischen Pläne zu durchkreuzen, die darauf gerichtet waren, die Sowjetunion zu isolieren und sie unter ungünstigen Bedingungen in einen kriegerischen Konflikt mit Deutschland zu verwickeln. Um eine unmittelbare Aggression des nazifaschistischen deutschen Imperialismus zu verhindern bzw. wenigstens hinauszuzögern, hielt es die sowjetische Regierung schließlich für richtig, das Angebot der deutschen nazifaschistischen Regierung anzunehmen und im August 1939 einen gegenseitigen Nichtangriffsvertrag zu schließen. Dadurch gewann die sozialistische UdSSR weitere Zeit für die Vorbereitung ihrer militärischen Abwehrkräfte auf den drohenden Überfall durch das imperialistische Deutschland.

Gerade in dem Jahr nach dem Abschluss des Nichtangriffspakts bis zum Sommer 1940 änderte sich in noch rasanterem Tempo die internationale Lage. In dieser Zeit wurde die tödliche Bedrohung der UdSSR durch eine imperialistische Intervention immer massiver.

Am 1. September 1939 überfiel das nazifaschistische Deutschland Polen. Mitte September 1939 hat die nazifaschistische Wehrmacht einen Großteil Polens besetzt. Nach 17 Tagen war Polen besiegt.

Der französische und englische Imperialismus, die mit Polen offiziell verbündet waren, erklärten dem nazifaschistischen Deutschland zwar offiziell den Krieg, den sie faktisch jedoch nicht führten. Durch diesen so genannten „komischen Krieg“, bei dem im Westen keine offenen Kampfhandlungen gegen die nazifaschistische Wehrmacht durchgeführt wurden und der bis Mai 1940 dauerte, gaben sie Deutschland zu verstehen, dass es bei einem Angriff gegen die Sowjetunion keine Bedrohung durch Frankreich oder Großbritannien zu befürchten habe. Der „komische Krieg“ war die Fortsetzung der „München-Politik“ mit dem Versuch, einen Krieg des nazifaschistischen Deutschland gegen die Sowjetunion zu provozieren.

Nach der Kapitulation der polnischen Regierung am 17. September 1939, nachdem der polnische Staatsapparat aufgehört hatte zu existieren, überschritten sowjetische Truppen auf Befehl der Sowjetregierung

die sowjetisch-polnische Vorkriegsgrenze und rückten in Teile des ehemaligen polnischen Staats vor. Längs der Westgrenze dieser Gebiete, die 1919 von den polnischen Machthabern annexiert worden waren, also 150 bis 200 Kilometer weiter, begann die Rote Armee mit dem Bau von Verteidigungsstellungen.

Im Sommer 1939 ermunterten sowohl der deutsche Imperialismus als auch die westlichen imperialistischen Mächte die finnische Reaktion zu Provokationen gegen die sozialistische UdSSR. Die finnische Regierung lehnte die Vorschläge der UdSSR ab, die darauf abzielten, die UdSSR und vor allem Leningrad zu sichern. Die finnische Regierung wies den Vorschlag der UdSSR zurück, die finnische Grenze auf der Karelischen Landenge einige Dutzende Kilometer zurückzuverlegen, obwohl sich die Sowjetunion bereit erklärte, Finnland stattdessen ein doppelt so großes Territorium in Sowjet-Karelien abzutreten. Ebenso verweigerte die finnische Regierung dem Vorschlag der UdSSR die Zustimmung, einen Beistandspakt abzuschließen. Durch diese und andere feindselige Handlungen und Provokationen an der sowjetisch-finnischen Grenze kam es durch Finnland am 30. November 1939 zum Krieg gegen die Sowjetunion, der von der bürgerlichen Propaganda als „Beginn der Bildung einer antisowjetischen Einheitsfront“ gefeiert wurde. Mit großem Tamtam wird die Sowjetunion aus dem Völkerbund ausgeschlossen. Vor allem Großbritannien und Frankreich verstärkten massiv ihre antikommunistische Kriegshetze, arbeiteten detaillierte Pläne für einen Krieg gegen die Sowjetunion aus und versuchten die UdSSR in einen Krieg mit dem deutschen Imperialismus zu hetzen. Die Gefahr eines imperialistischen Überfalls gegen die UdSSR zu diesem Zeitpunkt war sehr groß.

Am 12. März 1940 war der Widerstand der finnischen Armee gebrochen. Nach der finnischen Kapitulation im März 1940 wurde der Krieg mit einem Friedensvertrag beendet, der u.a. beinhaltete, dass die Grenzen der UdSSR im Nordwesten, darunter bei Leningrad, vorverlegt werden. Das spielte bei der Verteidigung der Sowjetunion gegen die nazifaschistische Aggression eine große Rolle, da das nazifaschistische Deutschland und seine finnischen Helfershelfer ihre Offensive im Nordwesten der UdSSR nicht dicht bei Leningrad, sondern von einer Linie, die fast 150 Kilometer nordwestlich von Leningrad verlief, starten mussten.

Im April 1940 besetzte der **deutsche Imperialismus** Dänemark und Norwegen. Mitte Mai 1940 überfiel der deutsche Imperialismus die

Niederlande, Belgien, Luxemburg und schließlich Frankreich, das bereits im Juni 1940 kapitulierte. Der militärische Sieg über die imperialistische Großmacht Frankreich bedeutete eine weitere extreme Stärkung des militärischen und ökonomischen Potentials des deutschen Imperialismus. Mitte 1940 begannen die Nazis, Pläne zum Überfall auf Großbritannien auszuarbeiten. Am 1. August begannen Luftangriffe auf englische Städte, mit dem Ziel, den englischen Imperialismus in die Knie zu zwingen, was jedoch nicht gelang. Die Luftangriffe dauerten bis Oktober 1940 an.

Mit den baltischen Staaten waren von der UdSSR zwar Pakte abgeschlossen worden, die auch die Stationierung von Truppen vorsahen, doch standen dort nur wenige Sowjettruppen, welche die Verteidigung nicht hätten übernehmen können. Mitte Juni 1940 wurden weitere Sowjettruppen in Estland, Lettland und Litauen stationiert. Dies stieß bei breiten werktätigen Massen auf Zustimmung und Unterstützung. Den Arbeiterinnen und Arbeitern sowie anderen werktätigen Massen dieser Länder gelang es daraufhin, die reaktionären Machthaber zu stürzen, denen es 1918/1919 vor allem auch mit Unterstützung der Armee der deutschen Imperialisten gelungen war, in Litauen, Lettland und Estland die Sowjetmacht zu stürzen. Im Juli 1940 wurden die Litauische, die Lettische und die Estnische Sozialistische Sowjetrepublik gebildet, die sich dann mit den in der UdSSR zusammengeschlossenen anderen Sowjetrepubliken vereinigten. Im Juni 1940 schlossen sich auch Bessarabien und die Nordbukowina der UdSSR an.

Nachdem die deutsche Wehrmacht im April 1941 Bulgarien besetzt hatte, überfiel sie am 6. April zusammen mit italienischen und ungarischen Truppen Griechenland. Zeitgleich begann der nazifaschistische Angriff auf Jugoslawien. Der deutsche Imperialismus spannte alle Kräfte an, schob seine Truppen in weiteren Ländern direkt an die Grenze zur UdSSR vor und verleibte sich die ökonomische und militärische Kraft der stärksten europäischen Länder ein (außer England), um dann den Überfall auf die UdSSR zu beginnen.

Die UdSSR hatte von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer die „Ostfront“ aufgebaut und verlegte damit seine Grenze um 200 bis 300 Kilometer an dieser gewaltigen Front nach Westen. Dies geschah insbesondere durch das Vorrücken der Roten Armee in Teile des ehemaligen polnischen Staats sowie durch das Vorrücken der Roten Armee in den baltischen Ländern, in der Nordbukowina in Rumänien und durch die

Vorverlegung der finnisch-sowjetischen Grenze nach dem Ende des finnisch-sowjetischen Kriegs. Im April 1941, also zwei Monate vor dem Nazi-Überfall auf die UdSSR, gelang es der Sowjetunion, einen Neutralitätsvertrag mit Japan abzuschließen, was einen Angriff Japans an der Seite des deutschen Imperialismus erschwert.

6. Juni 1941–8. Mai 1945: Der Nazi-Überfall auf die UdSSR und die Bildung der Anti-Hitler-Koalition. Reaktionäre Taten der USA und Großbritanniens gegen die UdSSR und den weltweiten antifaschistischen Befreiungskampf

Am 22. Juni 1941 fiel Nazi-Deutschland in die sozialistische Sowjetunion ein, nachdem es fast ganz Europa mit Krieg, Massenmord und Terror überzogen und in sein Hinterland verwandelt hatte. Der Nazi-Überfall bildete einen Wendepunkt in der Entwicklung der Sowjetunion, die Periode des friedlichen Aufbaus war zu Ende, es begann die Periode des Befreiungskrieges der Völker der UdSSR gegen die Nazi-Aggression. Der UdSSR gelang es, mit den imperialistischen Mächten nach dem Juni 1941 die Anti-Hitler-Koalition zu bilden. Welche Ziele hatte die Anti-Hitler-Koalition?

Die Anti-Hitler-Koalition war das militärische Bündnis zwischen der sozialistischen UdSSR einerseits und den imperialistischen Staaten USA und Großbritannien andererseits mit dem Ziel, den Krieg zu beenden und den Nazifaschismus zu besiegen. Aufgrund des imperialistischen Charakters der USA und Großbritanniens war aber auch klar, dass auch während des Bestehens der Anti-Hitler-Koalition reaktionäre Taten von den USA und Großbritannien zu erwarten waren.

Die USA und Großbritannien wälzten durch die verspätete Eröffnung der zweiten militärischen Front gegen den Nazifaschismus die Hauptlast des Krieges auf die Sowjetunion ab. Mehrfach gab es auch Verhandlungen zwischen dem deutschen und dem US-Imperialismus mit dem Ziel, eine gemeinsame Front gegen die UdSSR aufzubauen. Ein anderes Mittel der USA und Großbritanniens, die kommunistischen Kräfte innerhalb der weltweiten antifaschistischen Front zu schwächen und zu bekämpfen, war die Unterstützung reaktionärer Kräfte, die zwar teilweise gegen die Nazis kämpften, aber vor allem auch gegen die antifaschistischen und kommunistischen Kämpferinnen und Kämpfer (die reaktionä-

re Armija Krajowa in Polen durch die USA und Großbritannien, reaktionäre monarchistische Kräfte in Griechenland durch Großbritannien, die reaktionären Kräfte um Tschiang Kai-schek gegen die KP Chinas und die chinesische Revolution durch die USA, um nur die wichtigsten Beispiele zu nennen).

7. 1945–1952: Die Entstehung des antiimperialistischen Lagers, der Abschluss des Potsdamer Abkommens im August 1945, der Bruch des Potsdamer Abkommens durch die USA und Großbritannien, der Koreakrieg 1950 und die Warnung Stalins vor dem Erstarken des deutschen Imperialismus 1952

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gab es eine Fülle von gravierenden Änderungen in der internationalen Lage.

Aufgrund des Kampfes der Völker Ost- und Südosteuropas gegen den Nazifaschismus und deren Unterstützung durch die Rote Armee konnte in den meisten dieser Ländern nach 1945 sozialdemokratische Regierungen errichtet werden, die sich eng mit der UdSSR zusammenschlossen und aus dem imperialistischen Lager ausschieden. So entstand das **anti-imperialistische Lager** mit der UdSSR an der Spitze, zu dem ab 1946 das damals sozialdemokratische Nordkorea und ab 1949 auch China gehörte.

Von Ende Juli bis zum 2. August 1945 trafen sich in Potsdam die Verbündeten der Anti-Hitler-Koalition, die Vertreter der sozialistischen Sowjetunion, der USA und Großbritanniens. Es gelang den Vertretern der sozialistischen Sowjetunion, den imperialistischen Teilnehmern der Potsdamer Konferenz weitgehende Zugeständnisse abzuringen im Kampf gegen den darniederliegenden deutschen Imperialismus, die im Potsdamer Abkommen fixiert wurden.

In Bezug auf die **Kräfte der internationalen Konterrevolution** stellte Genosse Shdanow in seinem Bericht auf der ersten Sitzung des neu geschaffenen Informationsbüros der Kommunistischen und Arbeiterparteien (Kominform) im September 1947 über die internationale Lage fest:

„Auch das Antlitz der kapitalistischen Welt hat sich wesentlich verändert. Von den sechs imperialistischen Mächten, den sogenannten Großmächten (Deutschland, Japan, England, USA, Frankreich, Italien) sind drei infolge

ihrer militärischen Niederlage fortgefallen (Deutschland, Italien, Japan). Auch Frankreich wurde geschwächt und hat seine ehemalige Bedeutung als Großmacht eingebüßt. Somit blieben nur zwei „große“ imperialistische Weltmächte – die Vereinigten Staaten und England. Aber die Positionen einer von ihnen, nämlich Englands, erwiesen sich als erschüttert. (...)

Die führende Hauptkraft des imperialistischen Lagers sind die USA.“

(A. Shdanow, „Über die internationale Lage“, in: „Informationskonferenz der Vertreter einiger kommunistischer Parteien in Polen“, Moskau 1948, S. 20 f. und S. 24)

Spätestens 1947 gingen der US-Imperialismus und auch der englische Imperialismus zum offenen **Bruch des Potsdamer Abkommens** über. Der US-Imperialismus verkündete 1947 die sogenannte Truman-Doktrin und den sogenannten Marshall-Plan, die zum Ziel hatten – neben der Hochpäppelung des deutschen Imperialismus als „Bollwerk gegen den Kommunismus“ –, die UdSSR und das gesamte sozialistische Lager politisch und ökonomisch zu zermürben und auch von innen heraus zu zersetzen, um dann – wenn nötig – umso schneller und besser vorbereitet eine imperialistische Intervention starten zu können. Der „Kreuzzug“ gegen den Kommunismus, dem sich mehr oder weniger fast alle imperialistischen Länder in Europa anschlossen, war bereits 1947 in vollem Gange. Es bestand die ganz große Gefahr, dass unter Führung des US-Imperialismus ein einheitlicher Block des Imperialismus gegen die UdSSR entstehen würde.

Die UdSSR kämpfte gegen die Entstehung eines einheitlichen imperialistischen Blocks auf außenpolitischem Gebiet, indem sich auf ihr international durch den militärischen Sieg über den Nazifaschismus gestiegenes politisches und moralisches Gewicht sowie auf den Druck der Völker der Welt stützt und auch Widersprüche und Schwächen der Imperialisten ausnutzte. Dazu diente der UdSSR auch die UNO, deren Statut am 24. Oktober 1945 in Kraft getreten war. Als eines der Gründungsmitglieder der UNO versuchte die UdSSR, auch dort eine Politik gemäß den demokratischen Vereinbarungen von Teheran, Jalta und Potsdam durchzusetzen.

Die UdSSR schaffte es nicht nur, wirtschaftliche Beziehungen zu allen volksdemokratischen Ländern wie Bulgarien, Ungarn, China etc. aufzu-

bauen, sondern solche auch mit Finnland herzustellen. Ein Wirtschaftsabkommen mit Großbritannien war nur knapp gescheitert.⁸⁵

Im Oktober 1949 siegte die Revolution in China unter Führung der KP Chinas, verjagte vor allem auch den US-Imperialismus aus dem Land und schloss Freundschafts- und Beistandspakte mit der UdSSR. Bereits sieben Monate später begann der US-Imperialismus mit der Intervention gegen die Volksdemokratie in Nordkorea und gegen das volksdemokratische China.

Dass der US-Imperialismus nicht nur zur stärksten imperialistischen Macht geworden war, sondern auch zum Hauptkriegstreiber gegen die UdSSR und gegen das sozialistischen Lager insgesamt, zeigte sich am **Koreakrieg 1950**, nachdem der US-Imperialismus schon die zu China gehörende Insel Taiwan direkt vor der Küste Chinas mit seiner Armee besetzt hatte. Dieser Krieg wurde mit Hilfe der UNO geführt. Die UNO war zunächst entstanden aus der Anti-Hitler-Koalition, verwandelte sich aber spätestens im Rahmen des Krieges gegen das volksdemokratische Korea in ein Werkzeug des Weltimperialismus. Das Ziel dieses vom US-Imperialismus und seinen Verbündeten fünf Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs durchgeführten imperialistischen Kriegs war es, nicht nur Nordkorea einzufrieden, sondern Nordkorea, das eine Grenze zur UdSSR besaß, als Sprungbrett zum Angriff auf die UdSSR zu nutzen. Es ging auch darum, das revolutionäre China anzugreifen und bereits ein Jahr nach dem Sieg der chinesischen Revolution 1949 China dem Machtbereich des US-Imperialismus wieder einzufrieden. Jedoch endete der Koreakrieg mit der Vertreibung der Truppen des US-Imperialismus und seiner Verbündeten aus Nordkorea. Der US-Imperialismus richtete in Südkorea ein Vasallen-Regime ein, das als Vorposten für den Kampf gegen Nordkorea und China diente.

Stalin stellte in seinem Werk „**Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR**“ 1952 eindeutig heraus, dass auch unter den nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Bedingungen auf der Basis der nach wie vor wirkenden zwischenimperialistischen Widersprüchen mit zwischenimperialistischen Kriegen im Allgemeinen – früher oder später –, mit einem Krieg etwa zwischen den USA und Japan bzw. den USA

⁸⁵ Siehe: A. Shdanow, „Über die internationale Lage“, in: „Informationskonferenz der Vertreter einiger kommunistischer Parteien in Polen“, Moskau 1948, S. 42

und (West-)Deutschland, den USA und Frankreich usw. im Besonderen zu rechnen ist und gerechnet werden muss, denn die besiegen imperialistischen Mächte wie der deutsche und der japanische Imperialismus werden versuchen, sich aufgrund des Gesetzes der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung im Imperialismus wieder zu alter Größe und Macht aufzurichten. Stalin sagte dazu Folgendes:

„Gehen wir zu den hauptsächlichen besiegen Ländern über, zu (West-)Deutschland und Japan. Diese Länder fristen jetzt unter dem Stiefel des amerikanischen Imperialismus ein elendes Dasein. Ihre Industrie und Landwirtschaft, ihr Handel, ihre Außen- und Innenpolitik, ihre ganze Lebensweise sind durch das amerikanische Besatzungs-,regime‘ gefesselt. Aber diese Länder waren doch gestern noch imperialistische Großmächte, die die Grundlagen der Herrschaft Englands, der USA und Frankreichs in Europa und in Asien erschütterten. Wollte man annehmen, diese Länder würden nicht versuchen, wieder auf die Beine zu kommen, das ‚Regime‘ der USA zu durchbrechen und auf den Weg einer selbständigen Entwicklung vorzudringen – so hieße das, an Wunder glauben.

(...)

Es fragt sich, welche Garantien gibt es, dass Deutschland und Japan nicht erneut auf die Beine kommen, dass sie nicht versuchen werden, aus der amerikanischen Knechtschaft auszubrechen und ein selbständiges Leben zu führen? Ich denke, solche Garantien gibt es nicht.

Daraus folgt aber, dass die Unvermeidlichkeit von Kriegen zwischen den kapitalistischen Ländern bestehen bleibt.“

(Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“, 1952, SW 15, S. 325 und S. 326 f.)

Der **Rechenschaftsbericht des XIX. Parteitag der KPdSU 1952** kennzeichnete, ähnlich wie Shdanow 1947, den US-Imperialismus 1952 immer noch als „an der Spitze stehende“ Kraft des imperialistischen Lagers, als „Zentrum“ der Reaktion in der kapitalistischen Welt.

Der XIX. Parteitag ging eindeutig von der Tatsache der selbständigen Entwicklung der aktuell auf Ration gesetzten imperialistischen Mächte aus und stellte richtig fest:

„Die Gegensätze, die heute das imperialistische Lager zerfleischen, können zum Krieg eines kapitalistischen Staates gegen den anderen führen.“
(G. Malenkov, „Rechenschaftsbericht an den XIX. Parteitag über die Tätigkeit des Zentralkomitees der KPdSU(B)“, Moskau 1952, S. 39)

Der XIX. Parteitag der KPdSU und die diesem Parteitag vorangegangene Schrift Stalins „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ stellten auf jeden Fall unmissverständlich klar:

Es war ganz falsch, anzunehmen, dass nur noch der US-Imperialismus „übrig“ sei, auch wenn es im gegebenen Moment die stärkste imperialistische Macht, ja sogar der Hauptkriegstreiber gegen die UdSSR und das sozialistische Lager war. Die anderen imperialistischen Mächte werden unbedingt wiedererstarken. Die zwischenimperialistischen Kriege sind daher weiterhin unvermeidlich, wenn nicht das ganze System des Weltimperialismus vernichtet wird, die Widersprüche zwischen den US-Imperialisten und den anderen imperialistischen Mächten können zum imperialistischen Krieg führen, die zwischenimperialistischen Widersprüche können und müssen nach wie vor von der UdSSR ausgenutzt werden in ihrem Kampf gegen eine drohende imperialistische Intervention.

C.

**Die richtige taktische Linie der KPdSU(B) während
der besonderen Zwischenetappe von
August 1939 bis Juni 1941 gegen
antikommunistische Verleumdungen verteidigen!**

Vorbemerkung

Das nachfolgende Referat stellt sich die Aufgabe, insbesondere die Zeitspanne von August 1939 bis Juni 1941, die in der Schrift „Geschichtsfälscher“ behandelt wird, mit einer Reihe von zusätzlichen Informationen zu vertiefen.

Zuerst werden Vor- und Nachteile des Nichtangriffsvertrags zwischen der UdSSR und Nazi-Deutschland analysiert. Es wird erläutert, dass der wichtigste Vorteil des Nichtangriffsvertrags war, dass die UdSSR ihre Atempause verlängern konnte, um sich auf den bevorstehenden Angriff des deutschen Imperialismus besser vorzubereiten. Die Ablehnung des Vertrags hätte die Kriegsgefahr mit Nazi-Deutschland extrem verschärft, denn die UdSSR hätte vor aller Welt als „Kriegstreiber“ dagestanden. Ein klarer Nachteil war der kurzfristige militärische Vorteil für Nazi-Deutschland, der dann auch ein Faktor für das sehr schnelle Vordringen der Nazi-Armee zu Beginn des Überfalls auf die UdSSR war, der die UdSSR zeitweise in eine sehr gefährliche Lage brachte, als Nazi-Deutschland bis kurz vor Leningrad und Moskau vorgerückt war. Ein weiterer unbestreitbarer Nachteil war, dass dieser Vertrag es Feinden erleichterte, Verwirrung in die Reihen der kommunistischen Weltbewegung hineinzutragen. Auch ehrliche Genossen und Genossinnen waren zeitweise gelähmt und wussten nicht, wie sie Position beziehen sollten. Diese kurzfristige Verwirrung ist verständlich, angesichts der Komplexität der internationalen Lage zu dieser Zeit und ihrer Änderung in rasantem Tempo. Diese Situation bot den westlichen Imperialisten und in ihrem Nachtrab den trotzkistischen und sozialdemokratischen Hetzern gegen die Diktatur des Proletariats in der UdSSR ein Mittel an die Hand, um „Verrat!“ zu schreien, zu versuchen, die Außenpolitik der Sowjetunion in den Augen der Arbeiterinnen und Arbeiter und der werktätigen Massen der Welt zu diskreditieren, zu versuchen, die Sowjetunion auf eine Stufe mit Nazi-Deutschland zu stellen.

Das grundlegende Problem in dieser Zeitspanne ist ohne Frage, dass einerseits die militärischen Interessen der Sowjetunion durch eine Verstärkung der verschiedenen militärischen Fronten gewahrt werden mussten. Auf der anderen Seite aber die nationalen Fragen, die dadurch aufgeworfen wurden, mit größter Aufmerksamkeit und größtmöglicher Korrektheit angepackt werden mussten. Es war klar, dass die Sowjetunion, die die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung der Na-

tionen eindeutig durchgesetzt hatte, gerade in diesem Punkt von den Imperialisten heftig bekämpft, der Inkonsenz, der Täuschung und der Lüge beschuldigt wurde. Die bürgerliche Presse ging noch einen Schritt weiter und unterstellte der Sowjetunion Expansionsgelüste, wenn die Sowjetunion sich militärisch darum bemühte, eine bessere Ausgangsposition für den zukünftigen Krieg gegen Nazideutschland zu erhalten. Hier ergibt sich nun das Problem, dass die Schrift „Geschichtsfälscher“ die Besonderheiten der Abklärung dieser nationalen Frage in den verschiedenen Gebieten – sei es der nationalen Minderheiten in Polen, sei es in Finnland, Estland, Lettland oder Litauen – nicht in den Mittelpunkt stellte. Und zwar aus gutem Grund. Die Broschüre richtete sich an die weltweite Öffentlichkeit, an die bürgerliche Öffentlichkeit, und stellte vor allem heraus, dass die Maßnahmen der Sowjetunion in der Tat ohne Bedrohung durch Nazi-Deutschland anders hätten ausfallen können. Die Besonderheiten der Zeitspanne, so der Grundton der Schrift „Geschichtsfälscher“, ist ganz klar: An erster Stelle stand, dass die militärische Frontseite Leningrads, die Westgrenze der UdSSR nach vorne verlegt werden musste.

Daraus zu folgern, dass die Sowjetunion keinerlei Rücksicht auf die nationale Frage oder das Selbstbestimmungsrecht der Nationen genommen hat, ist in doppelter Hinsicht unlogisch. Die von uns in diesem Referat ausgeführten Einzelheiten sind sicher allein, ohne tiefergehende umfassende Untersuchung nicht beweiskräftig. Sie stellen den Standpunkt der Sowjetregierung zu diesen damaligen Fragen unter dem Druck der imperialistischen Propaganda da. Eines jedoch ist auf jeden Fall zu betonen: Dort, wo sowjetische Truppen hinkamen, gleich nach Beginn des Krieges oder auch in der Phase vor dem Krieg, war eines der wesentlichen Anliegen, der Bevölkerung dieser Gebiete maximal das Recht auf Selbstbestimmung zu ermöglichen und auf keinen Fall, wie die diversen Befehle auch während des Zweiten Weltkriegs und die Realität zeigte, das notwendige militärische Vorrücken der Roten Armee als Instrument zur Unterdrückung der Völker zu nutzen. Selbst wenn möglicherweise – wovon wir nicht ausgehen und wofür es auch keine Belege gibt – an dieser oder jener Stelle formal die damaligen Regeln des „Völkerbundes“ durch das militärisch notwendige Überschreiten einer Grenze verletzt wurden, ist es auf jeden Fall so, dass der Vormarsch der Roten Armee den betroffenen Ländern und Völkern genützt

hat in ihrem Kampf gegen die „eigene“ Reaktion und gegen die Nazi-Aggression und nichts mit einer angeblichen „Expansion“ zu tun hat.

Das ist auch deshalb besonders schwierig vorurteilsfrei zu diskutieren, da in den letzten Jahrzehnten mit ähnlichen Argumenten die Armee der von Breschnew geführten imperialistischen Sowjetunion in andere Länder einmarschiert ist (z. B. Afghanistan 1979) und in der Tat Expansionspolitik und -praxis betrieben hat. Umso wichtiger erscheint es uns auch, mit dieser Fragestellung durch ein Referat genauer zu analysieren, welche konkrete Politik die UdSSR – soweit wir das rekonstruieren können – in der Zeitspanne August 1939 bis Juni 1941 durchgeführt hat.

* * *

Zum Verständnis dieser Zeitspanne ist es wichtig, vor allem drei Phasen zu unterscheiden.

Die erste Phase erstreckte sich vom **August 1939 bis zum März 1940**. In dieser Phase schloss die UdSSR den Nichtangriffsvertrag mit Nazi-Deutschland ab. Gleichzeitig wurden ihre Grenzen von drei Seiten bedroht: durch den Nazi-Überfall auf Polen im September 1939, durch den finnisch-sowjetischen Krieg von November 1939 bis März 1940 und nach wie vor drohten weitere Überfälle des japanischen Imperialismus an der Ostgrenze der UdSSR. Insbesondere Großbritannien, aber auch Frankreich wurden zu Hauptkriegstreibern gegen die UdSSR, was sich besonders darin ausdrückte, dass massiv versucht wurde, die UdSSR in einen Krieg mit Nazi-Deutschland zu hetzen, indem eigene Kriegspläne gegen die UdSSR verfolgt wurden und der finnisch-sowjetische Krieg gegen die Sowjetunion geschürt und Finnland massiv bei seinem Angriff auf die Sowjetunion unterstützt wurde.

Die zweite Phase begann nach der Niederlage Finlands im finnisch-sowjetischen Krieg im **März 1940** und erstreckt sich bis zur Kapitulation Frankreichs vor Nazi-Deutschland im **Juni 1940**. In dieser Phase hegten vor allem die englischen Imperialisten noch immer Kriegspläne gegen die UdSSR. Nazi-Deutschland überfiel Dänemark, Norwegen, Holland, Belgien, Luxemburg und dann Frankreich und führte einen Luftkrieg gegen Großbritannien. Insbesondere der siegreiche Überfall auf Frankreich war ein weiterer Einschnitt in der internationalen Lage. Es zeichnete sich ab, dass Nazi-Deutschland immer klarer Kurs auf einen Überfall auf die UdSSR nahm.

Die dritte Phase, die sich **bis zum Juni 1941** erstreckte, war von weiterer Expansion des deutschen Imperialismus gekennzeichnet, von fieberhaften Vorbereitungen des deutschen Imperialismus für den Überfall auf die UdSSR. Im März 1941 wurde Bulgarien besetzt, im April Griechenland. Zeitgleich begann der nazifaschistische Angriff auf Jugoslawien. Im April 1941, also zwei Monate vor dem Nazi-Überfall auf die UdSSR, gelang es der Sowjetunion, einen Neutralitätsvertrag mit Japan abzuschließen, was einen Angriff Japans an der Seite des deutschen Imperialismus erschwerte. Großbritannien und auch die USA verfolgten in dieser Phase vor allem das Ziel, Nazi-Deutschland und die UdSSR in einen Krieg zu hetzen, Großbritannien hatte aber auch seine eigenen Kriegsziele gegen die UdSSR immer noch nicht aufgegeben.

1. Das Scheitern der Verhandlungen zwischen der UdSSR, Frankreich und Großbritannien und der Abschluss des Nichtangriffsvertrags zwischen Nazi-Deutschland und der UdSSR im September 1939

Der wohl am häufigsten antikommunistisch verleumdete Kompromiss der UdSSR mit einem imperialistischen Land, über den Schmutzkübel von Lügen ausgeleert werden, um die sozialistische Sowjetunion zu diskreditieren, ist der Nichtangriffsvertrag der UdSSR mit Nazi-Deutschland. Und in der Tat stellt sich bei oberflächlicher Betrachtung die Frage, wie es geschehen konnte, dass das erste sozialistische Land der Welt mit einem so verbrecherischen Feind wie dem Nazifaschismus einen Vertrag abschloss.

Die Sowjetmacht versuchte 1938 zunächst einer weiteren Entfesselung des von den faschistischen Achsenmächten Deutschland, Italien und Japan ausgehenden Krieges durch Beistandspakte vorzubeugen. Aber diese Politik fand keine Unterstützung bei den Regierungen Großbritanniens und Frankreichs. Im Gegenteil: Diese führten ihre „Münchener-Politik“ fort und ermunterten unter dem Vorwand der „Nichteinmischung“ die faschistischen Aggressoren, ihren Vormarsch fortzusetzen.

Die Sympathie der englischen, französischen und US-Imperialisten für den Nazifaschismus, seine Duldung und Förderung beruhte vor allem darauf, dass er mit seinem blutigen Antikommunismus im eigenen Land schon ernst gemacht hatte. Auch international hatte er sich – etwa bei der Niederschlagung der bewaffnet kämpfenden Völker Spaniens gegen den Franco-Faschismus von 1936 bis 1939 – als konterrevolutionärer Stoßtrupp „profiliert“.

Mao Tse-tung zeigte auf, dass die westlichen imperialistischen Großmächte, obwohl ihre imperialistischen Interessen und Einflussphären vom Nazifaschismus angegriffen wurden, die Aggression der faschistischen Staaten Deutschland, Japan und Italien geduldet und angestachelt hatten, denn

„England, die USA und Frankreich verfolgten den Plan, Deutschland zu einem Krieg gegen die Sowjetunion aufzuhetzen, sie selbst aber wollten ‚auf dem Berg sitzend dem Kampf der Tiger zuschauen‘, die Sowjetunion und

Deutschland sich in einem Krieg gegenseitig zermürben lassen, und dann würden sie auf den Schauplatz treten und Ordnung schaffen.“
(Mao Tse-tung, „Die Interessen der Sowjetunion fallen mit den Interessen der gesamten Menschheit zusammen“, 1939, AW II, S. 321)

Der US-Senator und spätere US-Präsident Truman brachte im Juni 1941 diese Motivation ganz offen und öffentlich zum Ausdruck:

„Wenn wir sehen, dass Deutschland gewinnt, so sollten wir Russland helfen, und wenn Russland gewinnt, so sollten wir Deutschland helfen, sollen sie nur auf diese Weise möglichst viele totschlagen ...“
(„The New York Times“, 24. Juni 1941)

Einerseits wollten die westlichen imperialistischen Mächte den deutschen Imperialismus, einen Konkurrenten im Kampf um die Weltmärkte, durch einen Krieg mit der Sowjetunion geschwächt sehen. Andererseits sollte der Nazifaschismus den imperialistischen Krieg gerade auch zur Vernichtung der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion führen. Stoßtrupp gegen die „komunistische Gefahr“ – das war die Rolle, die Nazi-Deutschland zugeschrieben wurde.

Die westlichen Imperialisten verzögerten Verhandlungen über die Organisierung einer kollektiven Abwehr der faschistischen Aggressoren, indem sie selbst keine wirklichen Verpflichtungen übernahmen, der Sowjetunion aber einseitige Verpflichtungen auferlegen wollten, ja sie nahmen selbst Geheimverhandlungen mit den Nazis auf.⁸⁶ Shdanow, Mitglied des Politbüros der KPdSU(B), erklärte in der „Prawda“ vom 29. Juni 1939 treffend:

„All dies zeugt davon, dass die Engländer und Franzosen mit der UdSSR keinen Vertrag wollen, der auf dem Grundsatz der Gleichheit und Gegenseitigkeit fußt, obwohl sie täglich schwören, auch sie seien für Gleichheit, sondern einen Vertrag, der die UdSSR zur Rolle des Knechts verdammen würde, der die ganze Bürde der Verpflichtungen auf seinen Schülern trägt. Kein Land mit Selbstachtung wird jedoch auf einen solchen Vertrag eingehen, wenn es nicht das willenslose Werkzeug von Leuten sein will, die es vorziehen, sich von anderen die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen.“⁸⁷

⁸⁶ Siehe: „Geschichtsfälscher. Eine historische Richtigstellung“, Moskau 1948, S. 38 f.; in diesem Buch S. 5 ff.

⁸⁷ Zitiert nach: Klaus Scheel (Hg.), „Die Befreiung Berlins 1945. Eine Dokumentation“, Berlin 1975, S. 782. Dieses Buch, das 1975 in der revisionistischen DDR erschien, enthält vor allem Dokumente, aber auch Daten, Fotos und Karten zur Befreiung Berlins durch die Rote Armee. Dazu gehören Nazi-Aufrufe, Berichte von deutschen Antinazis-

In dieser Situation musste die UdSSR Maßnahmen treffen, um die britisch-französischen Pläne zu durchkreuzen, die darauf gerichtet waren, die Sowjetunion zu isolieren und sie unter ungünstigen Bedingungen in einen kriegerischen Konflikt mit Deutschland zu verwickeln. Sie schloss deshalb am 23. August 1939 einen Nichtangriffsvertrag mit Nazi-Deutschland ab sowie am 28. September 1939 einen Grenzvertrag. Dies war ein sehr kluger und weitsichtiger Schritt der sowjetischen Außenpolitik, wie das Informationsbüro der UdSSR betonte:

„Es wird keinem Falschmünzer gelingen, sei es in der Geschichte, sei es im Bewusstsein der Völker, die entscheidende Tatsache zu verdunkeln, dass die Sowjetunion unter diesen Umständen die Wahl hatte:

entweder zum Zwecke des Selbstschutzes den von Deutschland vorgeschlagenen Abschluss eines Nichtangriffsvertrags anzunehmen und dadurch der Sowjetunion noch für eine bestimmte Zeit den Frieden zu sichern, der vom Sowjetstaat für eine bessere Vorbereitung seiner Kräfte zur Abwehr eines eventuellen Aggressorenüberfalls ausgenutzt werden konnte, *oder* den von Deutschland vorgeschlagenen Nichtangriffspakt abzulehnen und es dadurch den Kriegsprovokateuren aus dem Lager der Westmächte zu ermöglichen, die Sowjetunion sofort in einer für sie unvorteilhaften Situation, in der sie völlig isoliert gewesen wäre, in einen bewaffneten Konflikt mit Deutschland hineinzuhetzen.

In dieser Situation sah die Sowjetregierung sich gezwungen, ihre Wahl zu treffen und einen Nichtangriffspakt mit Deutschland abzuschließen.

Diese Wahl war in der damals entstandenen Situation ein umsichtiger und kluger Schritt der sowjetischen Außenpolitik. Dieser Schritt der Sowjetregierung entschied von vornherein in hohem Maße über den für die Sowjetunion und alle anderen freiheitliebenden Völker günstigen Ausgang des zweiten Weltkrieges.“

(„Geschichtsfälscher. Eine historische Richtigstellung“, Moskau 1948, S. 40; in diesem Buch S. 60 f.)

ten genauso wie Flugblätter der Roten Armee an die Bevölkerung Berlins. Außerdem sind Berichte von sowjetischen Generälen und Rotarmisten abgedruckt. Auffallend ist, dass auf S. 30 f., wo es um den Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 geht, in typischer SED-revisionistischer Manier herausoperiert wird, dass in diesem Aufruf sehr genau auf die Mitschuld der breiten Massen der deutschen werktätigen Bevölkerung an den Nazi-Verbrechen eingegangen wird. (Siehe dazu genauer: „Kritische Einschätzung des KPD-Aufrufs vom 11. Juni 1945“, in: Autorenkollektiv, „Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945–1946)“, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 2000, S. 143 ff.)

2. Rundfunkansprache Stalins vom 3. Juli 1941 zum Inhalt und den Vor- und Nachteilen des Nichtangriffsvertrags

Zum Inhalt des Nichtangriffsvertrags

Stalin erläutert den grundlegenden Inhalt des Nichtangriffsvertrags öffentlich in seiner Rundfunkansprache am 3. Juli 1941:

„Man könnte fragen: Wie konnte es geschehen, dass sich die Sowjetregierung auf den Abschluss eines Nichtangriffspakts mit solchen wortbrüchigen Leuten und Ungeheuern wie Hitler und Ribbentrop eingeslassen hat? Ist hier von der Sowjetregierung nicht ein Fehler begangen worden? Natürlich nicht! Ein Nichtangriffspakt ist ein Friedenspakt zwischen zwei Staaten. Eben einen solchen Pakt hat Deutschland uns im Jahre 1939 angeboten. Konnte die Sowjetregierung ein solches Angebot ablehnen? Ich denke, kein einziger friedliebender Staat kann ein Friedensabkommen mit einem benachbarten Reich ablehnen, selbst wenn an der Spitze dieses Reiches solche Ungeheuer und Kannibalen stehen wie Hitler und Ribbentrop.“

(Stalin, „Rundfunkrede“, 1941, SW 14, S. 237 f.)

Stalins Erläuterung richtet sich an ehrliche demokratische und revolutionäre Kräfte, auch an Kommunisten und Kommunistinnen in der UdSSR und in anderen Ländern, die aufgrund der Kompliziertheit der internationalen Lage den Abschluss des Nichtangriffsvertrags nicht verstanden bzw. sogar als taktischen Fehler der UdSSR eingeschätzt haben. Zuerst klärt Stalin, dass der Nichtangriffsvertrag eben ein Vertrag zwischen zwei Staaten und deshalb eine Sache der staatlichen Außenpolitik der UdSSR ist. Als nächstes betont Stalin, dass der UdSSR durchaus bewusst war, mit wem sie da einen Nichtangriffsvertrag abschloss: mit mörderischen imperialistischen Kräften, die zudem auch schon bewiesen hatten, dass sie Verträge brechen, wenn sie es für nötig halten. Stalin klärt dann, dass Nazi-Deutschland das Angebot zur Unterzeichnung des Vertrags vorgelegt hat, nicht die UdSSR. Die UdSSR hatte ja bis zuletzt versucht, mit Frankreich und Großbritannien Nichtangriffsverträge zu vereinbaren, was beide jedoch sabotierten. Als dann Nazi-Deutschland dieses Angebot vorlegte, konnte die UdSSR nicht anders handeln, als es anzunehmen, denn es nicht anzunehmen hätte bedeutet, ein Friedensangebot eines anderen Staats auszuschlagen. Aus mehreren Gründen war das nicht im Interesse der UdSSR: Erstens war es das Ziel

der staatlichen Außenpolitik, die Feinde der UdSSR möglichst zu verringern, nicht sie zu vermehren. Eine Ablehnung des Vertrags hätte auf jeden Fall letzteres bedeutet. Die UdSSR wäre international isoliert worden und hätte als „Feind des Friedens“ dagestanden. Zweitens hätte Nazi-Deutschland einen Vorwand gehabt, schneller und offener die Kriegsvorbereitungen gegen die UdSSR durchzuziehen. Aus beidem folgt, dass die Atempause für die UdSSR mit ziemlicher Sicherheit kürzer ausgefallen wäre.

Molotow, Außenminister der UdSSR und Mitglied des Politbüros der KPdSU(B), macht direkt nach der Unterzeichnung des Nichtangriffsvertrags 1939 in seiner Rede „Über die Ratifizierung des sowjetisch-deutschen Nichtangriffspaktes“, die 1939 veröffentlicht wurde, eindeutig klar, dass die Sowjetunion durch diesen Vertrag keineswegs die Gefahr eines Nazi-Überfalls unterschätzte oder gar verneinte:⁸⁸

⁸⁸ Die UdSSR tat alles, um auch militärisch maximal auf den kommenden Nazi-Angriff vorbereitet zu sein. Der Aufbau der „Ostfront“ war deutlichster Beleg dafür, aber auch z. B. das Vorrücken von Truppen der Roten Armee in Richtung Westgrenze der UdSSR im Mai 1941 (insgesamt ca. 800.000 Soldaten), als die Mobilisierung der Nazi-Armee schon große Ausmaße angenommen hatte.

Auch auf Geheimdienstebene wurde ein großangelegter Schlag gegen konterrevolutionäre pronazistisch-nationalistische Kräfte vor allem in den sowjetischen Westgrenzgebieten vom NKWD durchgeführt. Insgesamt wurden z. B. am 22. Mai 1941 laut bürgerlichen Quellen über 12.000 Verdächtige verhaftet und aus den Grenzgebieten abtransportiert. Ziel dieser Aktion war es, die Fünften Kolonnen der Nazis insbesondere im Grenzgebiet möglichst maximal zu vernichten, um im Falle eines Nazi-Überfalls Diversionsakte möglichst weitgehend zu verhindern. (Siehe: G. Gorodetsky, „Die große Täuschung“, Berlin 2003, S. 403)

Ebenso wurde die ideologische und politische Vorbereitung der Roten Armee und der sowjetischen Bevölkerung auf einen kommenden Krieg gegen den deutschen Imperialismus intensiviert. So wurde z. B. im Januar 1941 eine Kampagne begonnen mit dem Ziel, den Kampfgeist der Roten Armee zu heben und das Bewusstsein zu fördern, dass man in einer kapitalistischen Umkreisung lebt und deshalb die wichtigste internationale Aufgabe der Roten Armee die Verteidigung der Sowjetunion sei. Die sowjetische Presse und die Schulen erhielten den Auftrag, die Bevölkerung auf einen Krieg vorzubereiten. Diese öffentlichen Kampagnen wurden geschickt getarnt mit Rückgriffen auf die Geschichte, wie z. B. auf die Kämpfe gegen Napoleon 1812, um öffentlich den Nazis keinen Vorwand für eine Provokation zu geben. (ebenda, S. 289, 324, 329)

Das Buch „Die große Täuschung“ basiert vor allem auch auf der Auswertung sowjetischer Archivquellen der KPdSU(B), des Generalstabs der Roten Armee, des sowjetischen Geheimdienstes sowie des Außenministeriums für die Zeitspanne von 1939 bis zum Nazi-Überfall auf die UdSSR. In diesem Material finden sich ein Fülle von wichti-

„Dieser Vertrag ist unterbaut von dem festen Vertrauen in unsere realen Kräfte, an deren vollen Bereitschaft für den Fall jeder Aggression gegen die Sowjetunion.“⁸⁹

(W. Molotow, „Über die Ratifizierung des sowjetisch-deutschen Nichtangriffspaktes“, Moskau 1939, S. 16)

In einer Rede am 31. August 1939 vor dem Obersten Sowjet der UdSSR erläutert Molotow, dass der Nichtangriffsvertrag kein Kriegsbündnis mit Nazi-Deutschland bedeutete:

„Die Entscheidung über den Abschluss eines Nichtangriffsvertrages zwischen der Sowjetunion und Deutschland wurde getroffen, nachdem die militärischen Verhandlungen mit Frankreich und England infolge der aufgezeigten unüberwindlichen Meinungsverschiedenheiten in eine Sackgasse geraten waren. Da diese Verhandlungen zeigten, dass kein Grund vorlag, mit dem Abschluss eines Paktes zu gegenseitiger Hilfe zu rechnen, konnten wir nicht umhin, uns die Frage anderer Möglichkeiten zur Sicherung des Friedens und zu Beseitigung der Gefahr eines Krieges zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu stellen.“

(Ebenda, S. 8)

„Seit 1926 ist die politische Grundlage unserer Beziehungen zu Deutschland der Neutralitätsvertrag (...). Diese Neutralitätsvertrag ist auch gegenwärtig in Kraft.“

(Ebenda, S. 12)

„Ist es (...) wirklich so schwer, den Sinn des sowjetisch-deutschen Nichtangriffsvertrages zu begreifen, auf Grund dessen die Sowjetunion nicht

gen Fakten und Hinweisen, wie das Politbüro der KPdSU(B) und Genosse Stalin versucht haben, die drohende Nazi-Aggression maximal hinauszuzögern, die UdSSR maximal vor allem militärisch auf die drohende Nazi-Aggression vorzubereiten und die zwischenimperialistischen Widersprüche auszunutzen. Trotzdem ist die Grundlinie des Buches der Antikommunismus in der Form von Antistalinismus, der immer wieder in kleinen Dosen eingestreut wird. Ein Beispiel: Auf S. 423 ist die Rede von „Stalins Herrschaftssystem“, das seine „ganz eigenen despatischen Methoden“ hatte.

⁸⁹ In einem Leitartikel der Zeitschrift „Die Kommunistische Internationale“ im April 1940 wird ähnlich herausgestellt, dass die KPdSU(B) keine Minute die kapitalistische Umwelt ignoriert und deshalb die Macht der Roten Armee der UdSSR in jeder Hinsicht verstärkt, um gegen weitere imperialistische Überfälle gerüstet zu sein:

„Die Partei Lenins-Stalin, das 183-Millionen-Volk der Sowjetunion vergessen keine Minute die kapitalistische Umwelt (...). Darum verstärkt der sozialistische Staat in jeder Hinsicht die Macht der Roten Armee und der Marine, um in jedem Augenblick bereit zu sein, einen Schlag der Provokateure und Kriegsbrandstifter mit einem doppelten Schlag zu beantworten.“ („Zum 1. Mai“, in: „Die Kommunistische Internationale“, Nr. 3–4/1940, S. 181 f.)

verpflichtet ist, sei es auf der Seite Englands gegen Deutschland, sei es auf der Seite Deutschlands gegen England, in den Krieg einzutreten?“
(Ebenda, S. 15)

Antikommunistische Verleumdungen gegen die UdSSR im heuchlerischen Ton „Wie konntet ihr nur mit Hitler ...!“ entlarvte Molotow in seiner Rede am 31. August 1939 sehr ausführlich, grundlegend und konkret:

„Gegenwärtig werden Stimmen laut, in denen ein Unverständnis für die einfachsten Grundlagen der in die Wege geleiteten Verbesserung der politischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland durchklingt.

Es wird beispielsweise mit naiver Miene gefragt: wie konnte die Sowjetunion auf eine Verbesserung der politischen Beziehungen mit einem Staat von faschistischem Typus eingehen? Ist denn das möglich? Man vergisst dabei jedoch, dass es sich hier nicht um unsere Einstellung zu den inneren Verhältnissen eines anderen Landes handelt, sondern um die äußeren Beziehungen zwischen zwei Staaten. Man vergisst, dass wir auf dem Standpunkt der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder stehen und dass wir dementsprechend für die Nichtzulassung irgendeiner Einmischung in unsere eigenen inneren Angelegenheiten sind. Man vergisst auch den wichtigen Grundsatz unserer Außenpolitik, den Genosse Stalin bereits auf dem XVIII. Parteitag wie folgt formulierte:

„Wir sind für den Frieden und für die Festigung sachlicher Beziehungen mit allen Ländern; auf diesem Standpunkt stehen wir und werden wir stehen, soweit diese Länder ebensolche Beziehungen zur Sowjetunion unterhalten, soweit sie nicht versuchen werden, die Interessen unseres Landes zu verletzen.“

Der Sinn dieser Worte ist durchaus klar: Die Sowjetunion ist bestrebt, mit *allen* nichtsowjetischen Ländern gutnachbarliche Beziehungen zu unterhalten, *soweit* diese Länder gegenüber der Sowjetunion sich an denselben Standpunkt halten.

In unserer Außenpolitik gegenüber den nichtsowjetischen Ländern standen und stehen wir auf dem Boden des bekannten Leninschen Grundsatzes von dem friedlichen Nebeneinanderbestehen des Sowjetstaates und der kapitalistischen Länder. Wie dieser Grundsatz in der Praxis durchgeführt wurde, könnte man an einer großen Anzahl von Beispielen zeigen. Doch beschränke ich mich auf einige wenige Beispiele. Wir haben beispielsweise seit 1933 einen Nichtangriffs- und Neutralitätsvertrag mit dem faschistischen Italien. Bisher ist es niemand in den Sinn gekommen, sich gegen diesen Vertrag auszusprechen. Das ist auch verständlich. Da ein solcher Vertrag den Interessen der Sowjetunion entspricht, so entspricht er auch unse-

rem Grundsatz von dem friedlichen Nebeneinanderbestehen der Sowjetunion und der kapitalistischen Länder. Wir haben Nichtangriffsverträge auch mit Polen und einigen anderen Ländern, deren halbfaschistisches Regime jedermann bekannt ist. Auch diese Verträge haben jedoch keinerlei Bedenken hervorgerufen.“

(Ebenda, S. 11 f.)

Vorteile des Nichtangriffsvertrags

In seiner Rundfunkansprache 1941 geht Stalin dann sehr ausführlich auf die Vor- und Nachteile des Nichtangriffsvertrags für die Sowjetunion ein:

„Was haben wir durch den Abschluss des Nichtangriffspakts mit Deutschland gewonnen? Wir haben unserem Lande für anderthalb Jahre den Frieden gesichert sowie die Möglichkeit, unsere Kräfte zur Abwehr vorzubereiten, falls das faschistische Deutschland es riskieren sollte, unser Land trotz des Pakts zu überfallen.“

(Stalin, „Rundfunkrede“, 1941, SW 14, S. 238)

Der größte Vorteil war, dass sich die Atempause verlängerte, um die Produktion auf Kriegsproduktion umzustellen, Produktionsstätten für die Massenfertigung von Kriegsmaterial im Osten der Sowjetunion zu errichten und die Kampfkraft der Roten Armee und den Aufbau der „Ostfront“ zu verstärken.

Diesem Ziel dienten auch die im Zusammenhang mit dem Nichtangriffsvertrag abgeschlossenen Handelsabkommen vom 19. August 1939 zwischen der UdSSR und Nazi-Deutschland.⁹⁰

⁹⁰ Molotow ging in seiner Rede vom 31. August 1939 auch auf die Vorteile des Handelsabkommens vom 19. August 1939 für die UdSSR ein:

„Das Abkommen ist für uns vorteilhaft dank seinen Kreditbedingungen (siebenjähriger Kredit) und gibt uns die Möglichkeit, zusätzlich für uns notwendige Maschineneinrichtungen in bedeutender Menge zu bestellen. Auf Grund dieses Abkommens sichert die Sowjetunion Deutschland den Verkauf einer bestimmten Menge unserer Rohstoffüberschüsse für seine Industrie, was durchaus im Interesse der Sowjetunion liegt. Warum sollten wir denn auf ein so vorteilhaftes Wirtschaftsabkommen verzichten? Etwa denjenigen zuliebe, die überhaupt nicht wünschen, dass die Sowjetunion vorteilhafte Wirtschaftsabkommen mit anderen Ländern habe? Indessen ist es klar, dass das Handels- und Kreditabkommen mit Deutschland völlig im Interesse der Volkswirtschaft und im Interesse der Verteidigung der Sowjetunion liegt. Dieses Abkommen entspricht in vollem Umfang den Beschlüssen des XVIII. Parteitags unserer Partei, der den Hinweis des Genossen Stalin auf die Notwendigkeit „der Festigung sachlicher Beziehungen mit allen

Nachdem Nazideutschland der Lieferung von Rüstungsgütern und Technologien an die UdSSR widerwillig zugestimmt hatte, wurde am 11. Februar 1940 ein **Wirtschaftsvertrag** zwischen Nazi-Deutschland und der UdSSR unterzeichnet.⁹¹

Schon Mao Tse-tung bekämpfte die antikommunistische Demagogie, dass dieses Abkommen bedeuten würde, die UdSSR würde Nazi-Deutschland in ihrem Krieg unterstützen:

„Manche betrachten den auf der Grundlage des sowjetisch-deutschen Handelsabkommens betriebenen Handel der Sowjetunion mit Deutschland als einen Akt der Teilnahme der Sowjetunion am Krieg an der Seite Deutschlands. Diese Meinung ist ebenfalls unrichtig, weil der Handelsverkehr in diesem Fall mit der Teilnahme am Krieg verwechselt wird. Den Handelsverkehr darf man nicht mit der Teilnahme am Krieg, ja nicht einmal mit einer Hilfsleistung verwechseln.“

Ländern“ gebilligt hat.“ (W. Molotow, „Über die Ratifizierung des sowjetisch-deutschen Nichtangriffspaktes“, Moskau 1939, S. 10 f.)

⁹¹ Infolge dieses Wirtschaftsvertrags wurden im Sommer 1940 zehn deutsche Jagdflugzeuge an die Sowjetunion geliefert. Es ist überliefert, dass daraufhin Stalin folgendes anordnete: „Sorgen sie dafür, dass unsere Leute die deutschen Flugzeuge studieren. Vergleichen Sie diese Maschinen mit unseren Neuentwicklungen. Sie müssen lernen, sie zu bekämpfen.“ (Zitiert nach: Heinz Abraham, „1941–1945. Großer Vaterländischer Krieg der Sowjetunion“, Berlin 1985, S. 53) Mit diesem Buch hat es eine besondere Bewandtnis. Abraham, Offizier der Roten Armee, bemüht sich in diesem Buch der Sache nach sehr kenntnisreich, Verleumdungen gegen die UdSSR und der Roten Armee entgegenzutreten. Das Problem ist, dass diese Parteinahme ihn nicht hindert, solidarisch mit den revisionistischen Stalin-Verleumubern nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956, wie Erich Honecker, aufzutreten. Diese Passagen wirken wie eklektisch nachträglich eingefügt, um die Druckerlaubnis zu bekommen. Ein Beispiel: In Abrahams Buch wird Erich Honecker aus dem Jahre 1985 zitiert, der behauptete, das es in der revisionistischen DDR angeblich „Sozialismus“ gäbe: „Unwiderruflich hat der Sozialismus in Gestalt der DDR auch auf deutschem Boden festen Fuß gefasst.“ (Ebenda, S. 224)

Bis April 1940 wurden Verträge abgeschlossen, durch die die UdSSR 23 Militärflugzeuge und zwei 210-Millimeter-Mörser der Firma Krupp erhielt. Von Mai bis Dezember 1940 erwarb die UdSSR von Nazideutschland Werkzeugmaschinen im Werte von 54 Mio. Mark, Rüstungsgüter für 36 Mio. Mark und Kohle für 41 Mio. Mark. Der Anteil Deutschlands am Außenhandel der UdSSR 1940 kam dem der USA gleich. Fakten ohne weitere Quellen in: Redaktionskollektiv (Hg.), „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion“, Band 2, Berlin 1963, S. 186 ff. (Siehe zur Bedeutung und Kritik dieses revisionistischen Standardwerks: in diesem Buch S. 134 und in „1418 Tage. Der Krieg des deutschen Nazifaschismus gegen die sozialistische Sowjetunion (22. Juni 1941–8. Mai 1945)“, Offenbach 2008, S. 17 ff.)

(Mao Tse-tung, „Die Interessen der Sowjetunion fallen mit den Interessen der gesamten Menschheit zusammen“, 1939, AW II, S. 322 f.)

Der Vertrag diente auch dazu, die Nazis weltweit als Lügner zu entlarven, falls sie es wagen sollten, die UdSSR zu überfallen und den Vertrag zu zerreißen, was im Ergebnis zur Verstärkung der antifaschistischen Front gegen die Nazis führen würde:

„Was hat das faschistische Deutschland durch die wortbrüchige Zerreibung des Pakts und den Überfall auf die UdSSR gewonnen und was hat es verloren? Es hat dadurch für kurze Zeit eine gewisse vorteilhafte Lage für seine Truppen erzielt, hat aber in politischer Hinsicht verloren, da es sich in den Augen der ganzen Welt als blutiger Aggressor entlarvt hat. Es ist nicht zu bezweifeln, dass dieser kurzfristige militärische Gewinn für Deutschland nur eine Episode ist, während der gewaltige politische Gewinn für die UdSSR ein ernster Faktor von langer Dauer ist ...“

(Stalin, „Rundfunkrede“, 1941, SW 14, S. 238)

Ein weiterer Vorteil für die UdSSR war: Der Abschluss des Nichtangriffsvertrags mit Nazi-Deutschland bot der UdSSR eine stärkere Position bei der Beendigung des sowjetisch-japanischen Konflikts. Gerade 1939 drohte die sozialistische Sowjetunion in einen Zweifrontenkrieg verwickelt zu werden. Im Westen drohte ein Nazi-Überfall, aber auch die französischen und englischen Imperialisten bereiteten eine Intervention gegen die UdSSR vor, der finnisch-sowjetische Konflikt spitzte sich immer mehr zu.⁹² In dieser Situation war es zentral, den Kriegsnerd im Osten mit dem japanischen Imperialismus so schnell wie möglich zumindest zeitweise zu entschärfen, denn der japanische Imperialismus spekulierte darauf, dass auch Nazi-Deutschland sehr bald die UdSSR überfallen würde.

Auf Grundlage des militärischen Sieges gegen die japanischen Truppen an der Ostgrenze der UdSSR im September 1939 und des Abschlusses des Nichtangriffsvertrags mit Nazi-Deutschland unterzeichnete Japan, desillusioniert über seine Angriffspläne gegen die UdSSR, am 15. September 1939 ein Abkommen mit der UdSSR über die „Beilegung des Konfliktes“.

⁹² Siehe hierzu genauer in diesem Buch: „Der finnisch-sowjetische Krieg ab November 1939 und die Kriegspläne der englischen und französischen Imperialisten gegen die UdSSR“, S. 185 ff.

Nachteile des Nichtangriffsvertrags

Ein Nachteil des Nichtangriffsvertrags für die Sowjetunion war, dass der deutsche Imperialismus kurzfristig militärische Vorteile daraus ziehen konnte. Stalin hat Stellung dazu bezogen, dass Nazi-Deutschland zu Beginn des Überfalls auf die UdSSR stärker war als die UdSSR und vor allem dadurch, aber auch durch den Bruch des Nichtangriffspakts einen Teil des Territoriums der UdSSR erobern konnte:

„Die Tatsache aber, dass ein Teil unseres Gebiets dennoch von den faschistischen deutschen Truppen besetzt worden ist, erklärt sich hauptsächlich daraus, dass der Krieg des faschistischen Deutschlands gegen die UdSSR unter Bedingungen begonnen hat, die für die deutschen Truppen günstig und für die Sowjettruppen ungünstig waren. Es handelt sich darum, dass die Streitkräfte Deutschlands als eines kriegsführenden Landes schon völlig mobilisiert waren, und die von Deutschland gegen die UdSSR geworfenen 170 Divisionen, die an den Grenzen der UdSSR aufmarschiert waren, befanden sich in voller Bereitschaft und warteten nur auf das Signal zum Vorgehen, während die Sowjettruppen erst mobilisiert und an die Grenzen vorgeschoben werden mussten. Von nicht geringer Bedeutung war dabei auch der Umstand, dass das faschistische Deutschland unerwartet und wortbrüchig den im Jahre 1939 zwischen ihm und der UdSSR abgeschlossenen Nichtangriffspakt zerrissen hat, ohne Rücksicht darauf, dass es von der ganzen Welt als Angreifer erklärt werden würde. Es ist verständlich, dass unser friedliebendes Land, das die Initiative zur Verletzung des Pakts nicht ergreifen wollte, den Weg des Wortbruchs nicht beschreiten konnte.“

(Stalin, „Rundfunkrede“, 1941, SW 14, S. 237)

Stalin nannte in seiner Rundfunkansprache die wichtigsten Gründe, welche die Besetzung eines Teils der Sowjetunion durch die nazifaschistischen deutschen Truppen erklären. Der deutsche Imperialismus begann seinen räuberischen Eroberungs- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion unter den denkbar günstigsten Bedingungen. Die nazifaschistische Armee war bereits vollständig mobilisiert und konnte auf zweijährige Kriegserfahrungen aufbauen, während die sowjetischen Truppen erst mobilisiert und an die Grenzen verschoben werden mussten. Das nazifaschistische Deutschland verfügte zudem zur Zeit des Überfalls auf die Sowjetunion über fast das gesamte Wirtschaftspotential Europas – mit Ausnahme Großbritanniens –, denn schließlich hatte es bereits die großen Industrieregionen Westeuropas besetzt: Österreich, die Tsche-

choslowakei, Polen, Dänemark, Norwegen, die Niederlande, Belgien, Luxemburg und Frankreich. Mit den besetzten Ländern, eingerechnet die verbündeten Satelliten Italien, Finnland, Ungarn und Rumänien, verfügte es über eine industrielle Basis, die eine annähernd zweimal so hohe Produktionsleistung aufwies wie die UdSSR. Die sowjetische Rüstungsindustrie befand sich zwar im Prozess der Anwendung moderner Techniken der Kriegsproduktion, aber die Massenfertigung etwa von Panzern und Flugzeugen war noch nicht organisiert. Unter dem Druck der zahlenmäßig überlegenen Kräfte und technischen Kampfmittel des Feindes, der den Vorteil eines vom konkreten Zeitpunkt her überraschenden Überfalls ausnutzte und den 1939 geschlossenen Nichtangriffspakt einfach zerriss, war die Sowjetarmee gezwungen, sich unter aktiver Verteidigung zu Beginn des Krieges ins Landesinnere zurückzu ziehen, um Kräfte zu sammeln und dann gestärkt zum Angriff mit dem Ziel der militärischen Vernichtung des Nazi-Faschismus überzugehen.

Wenn wir die Vor- und Nachteile, die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit des Nichtangriffsvertrags abwägen, so war ein unbestreitbarer Nachteil, dass er den westlichen Imperialisten und in ihrem Nachtrag den trotzkistischen und sozialdemokratischen Hetzern gegen die Diktatur des Proletariats in der UdSSR ein scheinbar leichtes Mittel an die Hand gab, um „Verrat!“ zu schreien, um zu versuchen, die Außenpolitik der Sowjetunion in den Augen der Arbeiterinnen und Arbeiter und der werktätigen Massen der Welt zu diskreditieren und auf eine Stufe mit Nazi-Deutschland zu stellen. Der Nichtangriffsvertrag stiftete unter schwankenden, zum Rechtsopportunismus neigenden Elementen Verwirrung und erschwerte die Solidarisierung der demokratischen internationalen Öffentlichkeit, wenn nicht in jedem einzelnen Land die kommunistischen Kräfte es verstanden, beharrlich die schwierige Lage zu erläutern, in der sich die Sowjetunion befand, und die Gründe zu erläutern, warum es notwendig war, den Nichtangriffsvertrag abzuschließen.⁹³

⁹³ Es bleibt eine besondere Aufgabe auch die speziellen Artikel der Komintern zu den Kriegshandlungen 1939 bis Juni 1941 gesondert zu erfassen, zu analysieren und zu bewerten. Dies wird Teil des Forschungsvorhabens zur Geschichte der Komintern und des Kominform sein, in dessen Rahmen wir seit 1989 vier Teile (Themen: Die Gründung der Komintern, Diktatur des Proletariats, nationale Frage, Bauernfrage) veröffentlicht haben. Weiter ist zunächst eine Veröffentlichung zur Diskussion des Programms der Komintern 1928, dann eine umfangreichere Arbeit über die Strategie und Taktik der

3. Die antistalinistische Lüge „Stalin hat Hitler freie Hand gegeben, Polen zu überfallen!“ bekämpfen!

Antikommunistische Demagogen damals und heute isolieren den Nichtangriffsvertrag aus dem Gesamtzusammenhang der damaligen internationalen Lage mit dem Versuch, zwischen Hitler und Stalin ein Gleichheitszeichen zu setzen. Eine weit verbreitete Lüge ist, dass die Nazis durch den Nichtangriffsvertrag angeblich von Stalin „freie Hand“ bekommen hätten, Polen zu überfallen. Bekräftigt wird diese Lüge durch angebliche „Dokumente“ wie das sogenannte „geheime deutsch-sowjetische Zusatzabkommen“, wo angeblich die „Aufteilung Polens“ zwischen Nazi-Deutschland und der UdSSR beschlossen worden sei.⁹⁴

Komintern in den verschiedenen Ländern bis zu ihrer Auflösung 1943 geplant, um in einem letzten Schritt die Analyse und Programmatik der Kommunistischen Parteien der kommunistischen Weltbewegung (einschließlich der Analyse der Konferenzen und Publikationen des Kominform) bis 1953 bzw. bis zum XX. Parteitag der KPdSU 1956 durchzuführen.

⁹⁴ Das sogenannte „Geheimabkommen“ gehört bis heute neben der sogenannten „Katyn“-Frage zum Repertoire des Antistalinismus.

Das **sogenannte „Geheimabkommen“** wurde und wird bis heute von bürgerlichen Historikern als „Beweis“ gehandelt, dass Stalin und Hitler Polen und die baltischen Länder „aufgeteilt“ hätten.

Das erste Mal tauchten diese „Dokumente“ im Nürnberger Prozess gegen die Nazi-Hauptkriegsverbrecher 1945/1946 auf als „Beweismittel“ der Verteidiger der Nazi-Verbrecher. Die sowjetischen Anklagevertreter wiesen diese „Dokumente“ als Fälschung zurück und der Gerichtshof akzeptierte daraufhin diese „Beweise“ nicht. (Siehe: „Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg“, Band XIV, S. 316)

Die UdSSR wies auch 1948 diese „Dokumente“ als Fälschung zurück, als der US-Imperialismus einen Sammelband mit Aufzeichnungen von Nazi-Beamten unter dem Titel „Nazistisch-sowjetische Beziehungen 1939–1941“, herausgab, in dem dieses „Geheimabkommen“ erwähnt wird. Die UdSSR antwortete auf diesen Sammelband und der damit einhergehenden antisowjetischen Hetzkampagne unter anderem mit der Broschüre „Geschichtsfälscher. Eine historische Richtigstellung“, Moskau 1948“. (Siehe: G. Hass (Hg.), „23. August 1939. Der Hitler-Stalin-Pakt. Dokumentation“, Berlin 1990, S. 9) Erst die Gorbatschow-Revisionisten bezeichneten in einer großangelegten antikommunistischen Kampagne im Dezember 1989 diese „Dokumente“ als echt (siehe: Ebenda, S. 11). Diese Dokumentensammlung von 1990 enthält vor allem Nazi-Dokumente, aber am Ende auch Dokumente der Gorbatschow-Revisionisten. Dieser Band ist Teil der großangelegten antikommunistischen Kampagne im Dezember 1989 gegen den Nichtangriffsvertrag.

Dass diese Interpretation nichts als eine Lüge ist, belegen vor allem zwei Tatsachen:

Der Beschluss Nazi-Deutschlands zum Überfall auf Polen wurde vor der Unterzeichnung des Nichtangriffsvertrags gefällt.⁹⁵ Das heißt, die Nazi-Pläne zum Angriff auf Polen waren längst beschlossene Sache, die Planung des Überfalls lief längst auf Hochtouren. Der Überfall auf Polen hätte nur verhindert werden können, wenn die westlichen Imperialisten und Polen die Vorschläge der UdSSR zur Schaffung einer Anti-Nazi-Koalition angenommen hätten. Es ist also umgekehrt: Die westlichen Imperialisten haben dem deutschen Imperialismus „freie Hand“ gegeben, Polen zu überfallen. Der englische und französische Imperia-

Bei der sog. „**Katyn**“-Frage geht es um die Erschießung von über 10.000 Offizieren der polnischen Armee in den Wäldern von Katyn bei Smolensk. Die Nazis haben im April/Mai 1943 versucht, diese Erschießungen der Roten Armee in die Schuhe zu schieben. Sie inszenierten eine großangelegte antikommunistische Propaganda über angebliche „bolschewistische Gräueltaten“ mit einer sogenannten „internationalen Untersuchungskommission“, die weltweit – und insbesondere auch in Polen – die antikommunistische Stimmung gegen die UdSSR anheizen sollte. Eine Untersuchungskommission der UdSSR hat bereits Anfang 1944 nach der Befreiung von Teilen Polens vom Nazifaschismus ausführlich begründet, wie die Nazis ihre Fälschungen vorbereitet und durchgeführt haben, und als Fazit geschlussfolgert, dass die Nazis selbst diese Offiziere ermordet haben. Der Bericht der sowjetischen Kommission wurde am 26. Januar 1944 in der „Prawda“ veröffentlicht. Die Anklageschrift im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess erwähnt dieses Nazi-Verbrechen als Teil der Nazi-Kriegsverbrechen gegen Kriegsgefangene. (Siehe: „Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg“, Band I, S. 58) Der sowjetische Ankläger zitierte ausführlich die sowjetische Untersuchungskommission in seiner Anklagerede, deren Bericht als Dokument der Anklage (USSR-54) zugelassen war (siehe: Ebenda, Bd. VII, S. 470 ff.). Die Nazi-Verteidiger versuchten während des ganzen Prozesses, die Erschießung der polnischen Offiziere der Roten Armee anzuhängen, um von den Nazi-Verbrechen abzulenken (Siehe z. B.: Ebenda, Bd. IX, S. 9 f.)

Die Gorbatschow-Revisionisten – wie auch die westlichen bürgerlichen Professoren – haben auch in der „Katyn“-Frage die Version der Nazis übernommen. Sie verbeiteten 1990/1991 die Version, angeblich sei „Katyn“ ein „Verbrechen der Roten Armee“ gewesen, wofür vor allem Stalin verantwortlich sei, der den Befehl dazu gegeben habe.

⁹⁵ In der „Weisung für die einheitliche Kriegsvorbereitung der Wehrmacht für 1939/40“ der Nazi-Führung vom 3. April 1939 heißt es entsprechend:

„Die Aufgabe der Wehrmacht ist es, die polnische Wehrmacht zu vernichten. Hierzu ist ein überraschender Angriffsbeginn anzustreben und vorzubereiten.“ (William L. Shirer, „Aufstieg und Fall des Dritten Reiches“, o. O. u. J., S. 435, siehe auch: „Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg“, Bd. XXXIV, S. 430)

lismus hatte Nazi-Deutschland zwar offiziell den Krieg erklärt, sollte diesen jedoch bis Mai 1940 als „komischen Krieg“ führen, bei dem gegen Nazi-Deutschland im Westen keine offenen Kampfhandlungen gegen die Nazi-Wehrmacht durchgeführt wurden. Mitte Oktober 1939 befahl sich die Zahl englischer Soldaten und Offiziere in Frankreich auf rund 160.000. Die englische und französische Luftwaffe flog zwar nach Deutschland, aber nur, um Flugblätter abzuwerfen. Ende Dezember 1939 betrugen die Gesamtverluste der französischen Armee 1.433 Tote, Verwundete oder Vermisste, bei der englischen Armee belief sich die Zahl auf drei. Die Nazi-Armee hatte zur gleichen Zeit an der Westfront Verluste von rund 700 Soldaten und Offizieren.

Dies ermöglichte Nazi-Deutschland den Einsatz von 70 Divisionen gegen Polen, während gleichzeitig an der Westfront nur 20 Divisionen aufmarschiert waren.⁹⁶ Ermutigt durch die Tatenlosigkeit der imperialistischen Mächte, war es durchaus ungewiss, ob der deutsche Imperialismus mit dem Überfall auf Polen nicht auch gleich die Sowjetunion überfallen würde.

Als die Sowjetunion 1939 den Nichtangriffsvertrag mit Nazi-Deutschland abschloss, zweifelte sie nicht eine Sekunde daran, dass das nazifaschistische Deutschland früher oder später die UdSSR überfallen würde.⁹⁷

⁹⁶ Keitel, der Chef des „Oberkommandos der Wehrmacht“, erklärte nach dem Sieg über Nazi-Deutschland:

„.... und wenn wir 1939 noch keine Niederlage erlitten, so nur, weil etwa 110 französische und englische Divisionen, die (...) im Westen 23 deutschen Divisionen gegenüberstanden, völlig untätig blieben.“ (Zitiert nach: Reinhard Rürup, „Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941–1945“, Berlin 1991, S. 41). Auch diese Studie bemüht sich, der Verharmlosung des deutschen Imperialismus und des Nazifaschismus entgegenzutreten. Auch hier wird sehr umfangreiches Quellenmaterial ausgewertet, antikommunistische Ausfälle sind hier vor allem gegen den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag (siehe: S. 31), aber auch gegen den angeblichen „stalinistischen Terror“ zu finden (siehe: S. 168).

⁹⁷ Von bürgerlichen Historikern wird immer wieder behauptet, der genaue Termin des Nazi-Angriffs auf die UdSSR wäre Stalin Dutzende Male übermittelt worden. Stalin habe diese Information aber ignoriert, was dazu führte, dass die Rote Armee fast unvorbereitet dem Nazi-Angriff gegenüberstand – so oder so ähnlich lauten die antikommunistischen Verleumdungen. In Wirklichkeit war es so, dass die Desinformationsmaschinerie der Nazis auf vollen Touren arbeitete, es wurde eine Provokation nach der anderen gestartet, um das genaue Datum und den genauen Plan des Angriffs maximal zu verschleiern. Und auch der englische Imperialismus streute Gerüchte über Gerüchte aus, um die

4. Der finnisch-sowjetische Krieg ab November 1939 und die Kriegspläne der englischen und französischen Imperialisten gegen die UdSSR

Finnland war 1939 ein vom Imperialismus abhängiges Land, vor allem von Großbritannien und Frankreich, aber auch der deutsche Imperialismus hatte Positionen erkämpft. Nazi-Deutschland war zusammen mit Großbritannien, den USA und Frankreich u. a. am Bau von militärischen Anlagen in der Nähe der Grenze zur UdSSR beteiligt, bildete Militärfachleute aus und hatte Einfluss auf die finnische Politik, nicht zuletzt über die finnische faschistische Partei.⁹⁸

Ab dem Sommer 1939 ermunterten vor allem Frankreich, Großbritannien und Nazi-Deutschland die finnische Reaktion zu Provokationen gegen die sozialistische Sowjetunion. Es kam zu Angriffen auf die Grenztruppen der UdSSR, mehrmals wurde die sowjetische Grenze mit Kanonen beschossen. Mehrere Rotarmisten wurden ermordet, es gab viele Verwundete. Nachdem Finnland mehrere Angebote der UdSSR zum Rückzug der Truppen um 20 bis 25 Kilometer an der Grenze zu Leningrad abgelehnt hatte, kündigte die UdSSR den bis dahin bestehenden Neutralitätspakt. Finnland konzentrierte weiter große Truppenkontingente und bedrohte damit direkt Leningrad, denn die sowjetisch-finnische Grenze verlief zu dieser Zeit lediglich 32 Kilometer von Leningrad entfernt!

Am 30. November 1939 begann der **sowjetisch-finnische Krieg**.⁹⁹

UdSSR in den Krieg gegen Nazi-Deutschland zu hetzen. Das Vorgehen der UdSSR war völlig richtig: sie tat alles, um maximal auf den Angriff vorbereitet zu sein, allerdings ohne vollständige Mobilisierung ihrer Streitkräfte, denn das wäre der willkommene Vorwand für die Nazis gewesen, die UdSSR als „Kriegstreiber“ anzuprangern. (Siehe: G. Gorodetsky, „Die große Täuschung“, Berlin 2003, S. 246 ff., S. 324, S. 396 ff.)

⁹⁸ Siehe: Redaktionskollektiv (Hg.), „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion“, Band 1, Berlin 1962, S. 307 ff.

⁹⁹ Welches Ausmaß dieser Krieg annahm, machte Molotow anhand der Opfer auf beiden Seiten klar:

„Der Krieg in Finnland hat sowohl von uns als auch von den Finnen große Opfer gefordert. Nach Berechnungen unseres Generalstabs beträgt die Zahl der Gefallenen und an Verwundungen Gestorbenen auf unserer Seite 48.745, das heißt etwas weniger als 49.000, während die Zahl der Verwundeten sich auf 158.863 beläuft. Von finnischer Seite werden Versuche gemacht, ihre Verluste niedriger hinzustellen, als sie in Wirklichkeit waren, doch sind die Verluste der Finnen bedeutend größer als unsere. Nach

Die UdSSR unterstützte von Anfang an die demokratischen und revolutionären Kräfte Finnlands nach Kräften, die unter Führung der KP Finnlands gegen den reaktionären Krieg ihrer „eigenen“ herrschenden Klassen und ihre imperialistischen Herren ankämpften.

Die imperialistischen Großmächte, allen voran Großbritannien und Frankreich, aber auch Nazi-Deutschland schickten hunderte Geschütze, hunderte von Flugzeugen und hunderttausende Granaten zur Unterstützung der reaktionären finnischen Armee.¹⁰⁰ Die Sowjetunion wurde am 14. Dezember 1939 aus dem Völkerbund ausgeschlossen. Vor allem Großbritannien und Frankreich arbeiteten detaillierte Pläne für einen großangelegten Krieg gegen die Sowjetunion aus.¹⁰¹ 100.000 englische und 50.000 französische Soldaten eines „Expeditionskorps“ sollten über Schweden und Norwegen nach Finnland verlegt werden, von wo sie die UdSSR angreifen sollten. Gleichzeitig sollte auch ein Angriff von Süden her, vom Balkan und Nahen Osten, erfolgen. Es war geplant, die Öllagen Bakus und Batumis (von dort kam zu dieser Zeit der Rohstoff für 90 Prozent des Kerosins und 96 Prozent des Benzins, das in der UdSSR hergestellt wurde) mit englischen und französischen Flugzeugen zu bombardieren. Kriegsschiffe sollten über das Mittelmeer durch die Meerengen (Dardanellen und Bosporus) ins Schwarze Meer einlaufen und es sollte die Sowjetunion vom Balkan und Nahen Osten her überfallen und der Kaukasus sollte besetzt werden.¹⁰² Die Gefahr eines impe-

Minimalberechnungen unseres Generalstabs beträgt die Zahl der Gefallenen bei den Finnen nicht weniger als 60.000, abgesehen von denen, die ihren Verwundungen erlegen sind, während die Zahl der Verwundeten nicht weniger als 250.000 Mann beträgt. Ausgehend davon, dass die finnische Armee zahlenmäßig nicht weniger als 600.000 Mann stark war, muss also festgestellt werden, dass die finnische Armee an Toten und Verwundeten mehr als die Hälfte ihres Kontingents verloren hat.“ (W. Molotow, „Über die Außenpolitik der Regierung UdSSR“, in: „Die Kommunistische Internationale“, Nr. 3–4/1940, S. 171)

¹⁰⁰ Siehe: Ebenda, siehe auch: Redaktionskollektiv (Hg.), „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion“, Band 1, Berlin 1962, S. 307 ff.

¹⁰¹ „The Times“ und „Le Temps“, führende englische und französische Tageszeitungen, sowie auch andere bürgerliche Zeitungen in Frankreich und Großbritannien riefen in den Monaten vor und während des finnisch-sowjetischen Krieges offen zur Intervention gegen die UdSSR auf. (Siehe: W. Molotow, „Über die Außenpolitik der Regierung UdSSR“, in: „Die Kommunistische Internationale“, Nr. 3–4/1940, S. 172)

¹⁰² Siehe: „Geschichtsfälscher. Eine historische Richtigstellung“, Moskau 1948, S. 46 ff.; in diesem Buch S. 68 ff.

rialistischen Überfalls auf die UdSSR zu diesem Zeitpunkt war sehr groß. Jedoch gingen die imperialistischen Pläne nicht auf. Im Februar 1940 war der Widerstand der finnischen Armee gebrochen und es wurde ein Waffenstillstand und Friedensvertrag ausgehandelt.

Insbesondere der Friedensvertrag macht gegen alle antikommunistischen Hetzer klar, die noch heute die UdSSR eine „imperialistische Expansion“ unterschieben wollen, um was es der UdSSR damit wirklich ging. Molotow erläutert dessen wesentlichen Inhalt im März 1940 in seinem Bericht vor dem Obersten Sowjet:

„Die Wahrheit liegt nicht in diesen Hirngespinsten der englischen und französischen Zeitungen, die in der Fabrikation aller erdenklichen Fälschungen zu Zwecken der sowjetfeindlichen Propaganda große Fertigkeit erlangt haben. Die Wahrheit liegt in etwas anderem, nämlich darin, dass die Sowjetunion, die die finnische Armee geschlagen hat und die volle Möglichkeit besaß, ganz Finnland zu besetzen, dies nicht tat und keinerlei Kontribution als Entschädigung für ihre Kriegsausgaben verlangte, wie das jede andere Macht getan hätte, sondern ihre Wünsche auf ein Minimum beschränkte, und gegenüber Finnland Großmut an den Tag legte.“

Worin liegt der wesentliche Sinn des Friedensvertrages? Darin, dass er in der erforderlichen Weise die Sicherheit Leningrads ebenso wie der Stadt Murmansk und der Murmansker Eisenbahn gewährleistet. Diesmal konnten wir uns nicht auf die Wünsche beschränken, die wir im Herbst vorigen Jahres geäußert hatten und deren Annahme durch Finnland bedeutet hätte, dass der Krieg vermieden worden wäre. Nachdem das Blut unserer Kämpfer – nicht durch unsere Schuld – vergossen worden ist und wir uns überzeugt haben, wie weit die Feindseligkeit der Politik der finnländischen Regierung gegenüber der Sowjetunion gegangen ist, mussten wir die Sicherheit Leningrads auf eine verlässlichere Grundlage stellen und außerdem die Frage der Sicherheit der Murmansker Eisenbahn und der Stadt Murmansk auftwerfen, die unser einziger eisfreier Überseehafen im Westen und daher von außerordentlich großer Bedeutung für unseren Außenhandel und überhaupt für die Verbindung der Sowjetunion mit anderen Ländern ist. Wir haben uns außer der Gewährleistung der Sicherheit Leningrads, der Stadt Murmansk und der Murmansker Eisenbahn keinerlei andere Ziele in dem Friedensvertrag gestellt. Dafür aber haben wir es für notwendig gehalten, diese Aufgabe in verlässlicher, dauerhafter Weise zu lösen. Der Friedensvertrag geht aus von der Anerkennung des Prinzips der staatlichen Unabhängigkeit Finnlands, von der Anerkennung der Selbständigkeit seiner Außen- und Innenpolitik und zugleich damit von der Notwendigkeit, die Sicherheit Leningrads und der nordwestlichen Grenzen der Sowjetunion zu gewährleisten.“

(W. Molotow, „Über die Außenpolitik der Regierung UdSSR“, in: „Die Kommunistische Internationale“, Nr. 3–4/1940, S. 174 f.)

Die **französischen und englischen Imperialisten** blieben auch nach dem Ende des finnisch-sowjetischen Kriegs bei ihrer Politik, die UdSSR in einen Krieg gegen Nazi-Deutschland zu hetzen. Noch am 9. April 1941 und am 27. April 1941 in einer Rundfunkrede bzw. einer Parlamentsansprache, die veröffentlicht wurde, brachte Churchill prägnant zum Ausdruck, um was es dem englischen Imperialismus ging: Hitler möge doch „auf dem Balkan kehrtmachen“, um „die Kornkammern der Ukraine und die Ölfelder des Kaukasus“ zu erobern.¹⁰³

Die französischen Imperialisten planten noch bis April 1940, schon nach dem Überfall Nazi-Deutschlands auf Dänemark und Norwegen, die Sowjetunion zu überfallen.

5. Zur Schaffung einer „Ostfront“ durch die UdSSR als Bollwerk gegen den drohenden Nazi-Überfall

Die Schaffung einer „Ostfront“ durch die UdSSR ist neben dem Abschluss des Nichtangriffsvertrags zwischen Nazi-Deutschland und der UdSSR ein weiterer zentraler Punkt der antikommunistischen Hetze bis heute. „Verletzung des Selbstbestimmungsrechts“, „imperialistische Invasion“ – so tönte es 1939/1940 und so tönt es oft wortwörtlich übereinstimmend bis heute. Schauen wir uns die Tatsachen an, so werden die wirklichen Gründe der UdSSR überdeutlich und entlarven die heutigen antikommunistischen Hetzer als faktisch auf dem Standpunkt der Unterstützung der Nazi-Aggression stehend.

¹⁰³ (Times, 10. bzw. 20.4.1940, zitiert nach: G. Gorodetsky, „Die große Täuschung“, Berlin 2003, S. 231) Der englische Imperialismus arbeitete vor allem auch auf Geheimdienstebene durch das Ausstreuen von Gerüchten daran, die UdSSR in den Krieg mit Nazi-Deutschland zu locken. Zum Beispiel wurde der Flug des Hitlerstellvertreters Heß im Mai 1940 nach Großbritannien benutzt, um die UdSSR gegen Nazi-Deutschland in den Krieg zu hetzen, indem mit der nicht ganz unwahrscheinlichen Behauptung gearbeitet wurde, Heß habe die Aufgabe, ein Bündnis Nazi-Deutschland/ Großbritannien zu organisieren, was sich gegen die UdSSR richten würde. Daraus wurde die faule Schlussfolgerung gezogen, dass deshalb die UdSSR jetzt „handeln“, sprich an der Seite Großbritanniens in den Krieg gegen Nazi-Deutschland eintreten müsse, bevor es „zu spät“ sei und sich Deutschland und Großbritannien geeinigt hätten.

Nach dem Nazi-Überfall auf Polen am 1. September 1939: Vorrücken der Roten Armee in den Ostteil des ehemaligen Staates Polen am 17. September 1939

Am 1. September 1939 überfiel Nazi-Deutschland Polen und besetzte bis Mitte des Monats einen Großteil des Landes. Nach 17 Tagen ist Polen besiegt. Der englische und der französische Imperialismus erklärten Nazi-Deutschland nach dem Nazi-Überfall auf Polen offiziell den Krieg. Nach dem Sieg über Polen rückte die Nazi-Wehrmacht in Richtung UdSSR vor und drohte ganz Polen zu besetzen. In Gebieten des ehemaligen polnischen Staats mit vorwiegend ukrainischer Bevölkerung versuchten die Nazi-Besatzer Pogrome gegen die polnische und jüdische Bevölkerung anzustiften.

Am 17. September 1939 überschritt die Rote Armee die Grenze zum ehemaligen polnischen Staat, einen Tag nachdem die polnische Regierung das Land verlassen hatte und der polnische Staat aufgehört hatte zu existieren, bezog Stellung und begann mit dem Bau von Verteidigungsstellungen. Die Sowjetgrenze wurde 250 bis 350 Kilometer nach Westen vorverlegt in einem Gebiet, in dem 12 Mio. Menschen, darunter 6 Mio. Ukrainer, 3 Mio. Belorussen und auch ein großer Teil jüdischer Bevölkerung lebten. Am 28. September 1939 unterzeichnete die UdSSR mit Nazi-Deutschland einen Vertrag, in dem diese Linie („Curzon-Linie“) als Westgrenze der Sowjetunion festgelegt wurde.

Warum ging die UdSSR so vor? Erstens ging es vor allem darum, die militärische Sicherheit der UdSSR zu erhöhen. Es ging darum, durch die Vorverlegung der sowjetischen Grenze dem drohenden Nazi-Überfall auf die UdSSR entgegenzutreten und damit die Verteidigungsfähigkeit der UdSSR zu stärken.

Molotow sprach im November 1939 in seiner Rede vor dem Obersten Sowjet der UdSSR „Über die Außenpolitik der Sowjetunion“:

„Der zwischen der Sowjetunion und Deutschland abgeschlossene Nichtangriffspakt verpflichtete uns zur Neutralität im Falle einer Teilnahme Deutschlands an einem Krieg. Wir führten diese Linie konsequent durch, der Einmarsch unserer Truppen in das Territorium des früheren Polen, der am 17. September begann, widerspricht dem durchaus nicht. Es genügt daran zu erinnern, dass die Sowjetregierung an ebendiesem Tage, dem 17. September, allen Staaten, mit denen sie diplomatische Beziehungen unterhält, eine besondere Note mit der Erklärung überreichte, dass die Sowjet-

union ihnen gegenüber auch in Zukunft die Politik der Neutralität durchführen werde. Bekanntlich sind unsere Truppen erst in das Territorium Polens einmarschiert, nachdem der polnische Staat zerfallen war und faktisch aufgehört hatte zu existieren. Gegenüber solchen Tatsachen konnten wir selbstverständlich nicht neutral bleiben, da sich infolge dieser Ereignisse dringende Fragen der Sicherheit unseres Staates vor uns erhoben.“¹⁰⁴
(W. Molotow, „Über die Außenpolitik der Sowjetunion“, in: „Die Kommunistische Internationale“, November 1939, S. 1129)

Selbst so ein Antikommunist wie W. Churchill verteidigte am 1. Oktober 1939 die Vorverlegung der sowjetischen Ostgrenze:

„Dass die russischen Armeen auf dieser Linie stehen, ist für die Sicherheit Russlands gegen die deutsche Gefahr absolut notwendig. Jedenfalls sind die Stellungen bezogen, und die Ostfront ist geschaffen, die anzugreifen das nazistische Deutschland nicht wagt.“¹⁰⁵

¹⁰⁴ Einige Seiten zuvor heißt es jedoch, die eben zitierte richtige Position im Grunde aufhebend, bei Molotow:

„Es genügte jedoch ein kurzer Schlag gegen Polen, geführt zunächst von der deutschen Armee und danach von der Roten Armee, damit von diesem missgestalteten Geschöpf des Versailler Vertrages, das von der Unterjochung der nicht-polnischen Nationalitäten lebte, nichts übrigblieb“ (W. Molotow, „Über die Außenpolitik der Sowjetunion“, in: „Die Kommunistische Internationale“, November 1939, S. 1126)

Es ist richtig, dass es beim Einmarsch der Roten Armee nach Ostpolen zu Gefechten zwischen Teilen der reaktionären polnischen Armee und der Roten Armee kam. Das waren jedoch lediglich versprengte Einheiten der polnischen Armee, die aus reaktionären Motiven die Rote Armee bekämpften. Daraus kann jedoch nicht geschlussfolgert werden, dass der polnische Staat von der Nazi-Armee **und** der Roten Armee zerschlagen worden ist. Das entspricht nicht den Tatsachen. Molotow hat die damalige Situation selbst einige Seiten weiter richtig dargelegt: Der polnische Staat hatte faktisch aufgehört zu existieren durch den Nazi-Überfall, die polnische Armee war weitgehend zerschlagen, erst dann rückte die Rote Armee in Ostpolen ein. Der polnische Imperialismus, der polnische Staat, dessen Grenzen im Versailler Vertrag 1919 festgelegt worden waren und die Einverleibung von Teilen Sowjetrusslands beinhaltete, war durch und durch reaktionär. Der polnische Staat, der selbst imperialistisch-expansionistische Ambitionen hatte, unterdrückte nicht nur die nichtpolnischen Nationalitäten im Innern, sondern nutzte im Schatten der imperialistischen Großmächte, von denen er weitgehend abhängig war, seine Chancen, sich auch Gebiete anderer Länder einzuerleben. (Er hatte im Zusammenhang mit der Besetzung der Tschechoslowakei durch Nazi-Deutschland selbst Teile der Tschechoslowakei einverleibt). Die Formulierung „missgestaltetes Geschöpf“ ist aber keine Hilfe bei der Aufklärung dieser Tatsachen.

¹⁰⁵ Zitiert nach: „Geschichtsfälscher. Eine historische Richtigstellung“, Moskau 1948, S. 44; in diesem Buch S. 65. Ähnlich äußert sich Churchill 1948 in seinem Buch „Der Zweite Weltkrieg“:

Zweitens ging es darum, dass die Rote Armee die nationalen Minderheiten der polnischen Ostgebiete vor dem Nazi-Terror retten wollte.

Mao Tse-tung schrieb 1939 ganz richtig:

„Soll man zulassen, dass ganz Polen unter die Herrschaft des deutschen Imperialismus gerät, oder soll man so handeln, dass die nationalen Minderheiten Ostpolens die Freiheit erlangen? In dieser Frage hat die Sowjetunion den zweiten Weg gewählt.“

(Mao Tse-tung, „Die Interessen der Sowjetunion fallen mit den Interessen der gesamten Menschheit zusammen“, 1939, AW II, S. 325)

Für die unterdrückten Minderheiten in Ostpolen, insbesondere die jüdische Bevölkerung, war das eine Frage auf Leben und Tod.

Molotow erklärte dazu im November 1939 vor dem Obersten Sowjet der UdSSR in seiner Rede „Über die Außenpolitik der Sowjetunion“, die auch in der Zeitung „Die Kommunistische Internationale“ abgedruckt wurde, ganz richtig:

„Es erübrigt sich zu beweisen, dass unsere Regierung im Augenblick des vollständigen Zerfalls des polnischen Staates verpflichtet war, den auf dem Territorium der *West-Ukraine* und des *westlichen Belorussland* lebenden ukrainischen und belorussischen Brüdern die helfende Hand zu reichen. Das tat sie auch. Die Rote Armee begegnete bei ihrem Einmarsch in diese Gebiete der allgemeinen Sympathie der ukrainischen und belorussischen Bevölkerung, die unsere Truppen als ihre Befreier vom Joche der Pans, vom Joche der polnischen Gutsbesitzer und Kapitalisten begrüßte.“

(W. Molotow, „Über die Außenpolitik der Sowjetunion“, in: „Die Kommunistische Internationale“, November 1939, S. 1130)

Eine Partisanin aus der von der Nazi-Wehrmacht besetzten polnischen Stadt Bialystok berichtete über die Situation Mitte September 1939:

„Am dritten Tag der deutschen Besatzung kam im Radio die Meldung, dass die Rote Armee Befehl erhalten hatte, die sowjetische Westgrenze zu überschreiten und in Richtung Westen zu marschieren ... Am Abend kamen die Nachbarn, und alle versammelten sich um das Radio. Einer zog eine Landkarte hervor, ein anderer markierte die vermutliche Grenzlinie ... Ladeninhaber, Handwerker, Arbeiter und Unternehmer, alle waren vereint in ihrem Wunsch, die Deutschen loszuwerden. Und allen war klar, dass nur die Rote

„Vom Standpunkt der Sowjetregierung aus muss gesagt werden, dass es für sie lebenswichtig war, das Aufmarschgebiet der deutschen Armeen so weit wie möglich im Westen zu halten, damit die Russen mehr Zeit gewinnen konnten, ihre Streitkräfte aus allen Teilen des ungeheuren Reiches zusammenzuziehen.“ (Winston S. Churchill, „Der Zweite Weltkrieg“, 1948, Frankfurt am Main 2004, S. 187)

Armee die Juden vor dem schrecklichen Schicksal retten konnte, das sie unter den Deutschen erwartete. Alle Hoffnungen, die wir noch auf die polnische Armee gesetzt hatten, verschwanden ... Die Juden von Bialystock wie alle Juden im besetzten Polen des Jahres 1939 sehnten nur noch eins herbei: dass die Rote Armee kommen und sie retten möge.

Am achten Tag der deutschen Besatzung tauchten die ersten Panzer der Roten Armee auf der östlichen Landstraße von Volkovysk her auf. Die Deutschen waren noch immer im Westteil der Stadt, auf der Warschauer Straße und der Hauptstraße, die früher Pilsudski-Alle hieß. Hier erhoben sich jüdische Kinder plötzlich zum Angriff und warfen Steine auf die deutschen Autos. Sie fühlten sich stark, als die Massen auf dem Kósciuszko-Platz demonstrierten und ihre Befreier hochleben ließen.

Die Stadt war in Feststimmung. Die Angst der letzten zwei Wochen war vollkommen verschwunden. Mitten auf der Straße versammelten sich Menschengruppen um Offiziere und Soldaten der Roten Armee. „Werdet Ihr bleiben?“, „Werdet Ihr weitermarschieren?“, „Warum könnt Ihr nicht alle Juden vor den Deutschen retten?“, „Seid Ihr jüdische Offiziere?“, „Habt Ihr genug zu essen?“, „Wann wird der Krieg zwischen Euch und den Deutschen beginnen?“. Fragen über Fragen ...“

(C. Großmann, „Die Untergrundarmee“, Frankfurt am Main, 1993, S. 25 ff.)

In den Gebieten, in denen die Rote Armee im Oktober 1939 vorgerückt war, wurden Wahlen zu Volksversammlungen durchgeführt, an denen sich 90 Prozent der Bevölkerung beteiligten. Die so gewählten Volksversammlungen nahmen auf ihren ersten Tagungen einstimmig Deklarationen an, die in den befreiten Gebieten die Errichtung der Sowjetmacht proklamierten. Die Volksversammlungen richteten Petitionen an den Obersten Sowjet der UdSSR, worin sie baten, sich mit der Ukrainischen bzw. der Belorussischen Sowjetrepublik zu vereinigen. Der Oberste Sowjet der UdSSR entsprach auf seiner 5. Tagung im November 1939 dem Ersuchen.¹⁰⁶

Auch diese Tatsachen machte Molotow in seiner Rede vom November 1939 bekannt:

„Alle Meldungen aus der West-Ukraine und dem westlichen Belorussland zeugen davon, dass die Bevölkerung ihre Befreiung vom Joch der Pans mit unbeschreiblicher Begeisterung aufnahm und den neuen großen Sieg der Sowjetmacht heiß begrüßte. Die Wahlen zu den Nationalversammlungen

¹⁰⁶ Siehe: W. Molotow, „Über die Außenpolitik der Sowjetunion“, in: „Die Kommunistische Internationale“, November 1939, S. 1131

der West-Ukraine und des westlichen Belorussland in den letzten Tagen, die hier erstmalig auf der Grundlage des allgemeinen, direkten und gleichen Wahlrechts bei geheimer Stimmabgabe vonstattengingen, haben gezeigt, dass mindestens neun Zehntel der Bevölkerung dieser Gebiete schon längst zur Wiedervereinigung mit der Sowjetunion bereit waren. Die uns jetzt bereits allen bekannten Beschlüsse der Nationalversammlungen in Lemberg und Belostok zeugen von der vollen Einmütigkeit der Erwählten des Volkes in allen politischen Fragen.“

(W. Molotow, „Über die Außenpolitik der Sowjetunion“, in: „Die Kommunistische Internationale“, November 1939, S. 1131)

Vorrücken der Roten Armee nach Bessarabien und in die Nord-Bukowina im Juni 1940

In Rumänien, das eine ca. 400 Kilometer lange gemeinsame Grenze mit der UdSSR hatte, gewannen vor allem ab 1940 nazifreundliche Kräfte an Einfluss. Nazi-Deutschland verdrängte zunehmend vor allem den englischen Imperialismus aus Rumänien. Mit dem Erdölabkommen vom April 1940 zwischen Rumänien und Deutschland sicherte sich Nazi-Deutschland die Versorgung mit rumänischem Erdöl. Das war von zentraler Bedeutung für die Versorgung der Nazi-Kriegsmaschinerie. Damit war Rumänien endgültig zur Nazi-Agentur geworden. Ab Mitte April 1940 provozierte die rumänische Reaktion an der rumänisch-sowjetischen Grenze eine Reihe von militärischen „Zwischenfällen“, ordnete eine Teilmobilmachung an und wandte sich an Nazi-Deutschland um Hilfe für den Bau eines militärischen „Ostwalls“ an der Grenze zur UdSSR. Nach diesen Provokationen stellte die Sowjetunion an Rumänien am 26. Juni 1940 das Verlangen auf Rückgabe Bessarabiens, das 1918 von Rumänien besetzt worden war, und auf Überlassung der Nord-Bukowina (deren Bevölkerung sich mit der Sowjetukraine verbunden fühlte), um selbst seine Grenze zu Rumänien nach Westen vorzuschieben und damit einen weiteren Teil einer drohenden Nazi-„Ostfront“ militärisch besser abzusichern. Diese Grenze war deshalb so wichtig, weil sie in unmittelbarer Nähe der wichtigen Industrie- und Agrargebiete im Südwesten der UdSSR verlief und weil in diesem Gebiet der Zugang zum Schwarzen Meer über die Donau lag, dem einzigen Zugang für Kriegsschiffe ins Schwarze Meer neben den Dardanellen und dem Bosporus in der Türkei. Wer diesen Zugang beherrschte, konnte über die Donau Kriegsschiffe ins Schwarze Meer schicken und damit direkt die Grenzen der UdSSR bedrohen.

Nazi-Deutschland wagte es nicht, sich offen auf die Seite Rumäniens zu stellen, vor allem aus Angst, ein militärischer rumänisch-sowjetischer Konflikt könnte die deutsche Ölversorgung aus Rumänien empfindlich stören oder gar zum Erliegen bringen. Deshalb nahm Rumänien die Vorschläge der UdSSR am 27. Juni 1940 an, ordnete gleichzeitig aber als Drohung die Generalmobilmachung an. Die Rote Armee rückte daraufhin am 28. Juni 1940 an die neue Staatsgrenze vor und begann, Verteidigungsabschnitte aufzubauen. Die Rote Armee wurde von den Nationalitäten dieser Gebiete, die jahrzehntelang von der rumänischen Reaktion ausgebeutet und unterdrückt wurden, in der großen Mehrheit als Befreier begrüßt. Nach der Befreiung durch die Rote Armee bildete sich am 2. August 1940 die Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik, die der UdSSR angehörte, und auch aus Nord-Bessarabien bestand. Die Nord-Bukowina und Süd-Bessarabien vereinigten sich mit der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik, die Mitglied der UdSSR war.¹⁰⁷

Vorrücken der Roten Armee nach Estland, Lettland und Litauen im Juni 1940

Dem Nazifaschismus gelang es 1939, die baltischen Länder immer weiter in sein Bündnissystem einzubinden. Anfang 1939 wurden Beistandspakte zwischen Lettland, Estland, Litauen und Nazi-Deutschland abgeschlossen. Im Juni 1939 wurden „Freundschaftsverträge“ zwischen Estland und Lettland mit Nazi-Deutschland unterzeichnet. Im August 1939 trafen Estland und Lettland mit Nazi-Deutschland Geheimabkommen über beiderseitige Garantien. Die litauische Regierung stimmte dem Entwurf eines Geheimabkommens vom 20. September 1939 zu, demzufolge sich Litauen unter den „Schutz“ Nazi-Deutschlands stellte.¹⁰⁸

Das Baltikum drohte zum Aufmarschgebiet des Nazifaschismus zu werden. Aufgrund des zunehmenden Anwachsens antinazistischer Stimmungen unter den Völkern in den baltischen Republiken und dem dadurch entstandenen Eintreten für ein Bündnis mit der Sowjetunion wurden die reaktionären Regierungen dieser Länder gezwungen, im September/Oktober 1939 Verträge über gegenseitige Hilfe mit der Sow-

¹⁰⁷ Siehe: W. Molotow, „Die Außenpolitik der Sowjetunion“, in: „Die Kommunistische Internationale“, Nr. 7–8/1940, S. 459

¹⁰⁸ Siehe: Redaktionskollektiv (Hg.), „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion“, Band 1, Berlin 1962, S. 299

jetunion zu unterzeichnen. Diese Verträge beinhalteten auch, dass die Sowjetunion Truppen in den baltischen Ländern stationieren konnte.¹⁰⁹ Sowjetische Truppen bezogen daraufhin im Oktober 1939 ihre Stellungen in den baltischen Ländern. Jedoch sabotierten die herrschenden reaktionären Klassen der baltischen Länder die Verträge mit der Sowjetunion, soweit sie es konnten, und schlossen sich immer enger an Nazi-Deutschland an. Spionage für die Nazis wurde organisiert, ja die baltischen Länder planten in den Krieg Finnlands gegen die Sowjetunion einzutreten, der im November 1939 begann. Zur gleichen Zeit verstärkte sich der antinazistische und revolutionäre Kampf der Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten der baltischen Länder unter Führung der Kommunistischen Parteien Lettlands, Litauens und Estlands. Sie forderten die Errichtung antifaschistischer Volksfrontregierungen. Streiks und Massendemonstrationen nahmen immer mehr zu. Im Juni 1940, zur selben Zeit, als Nazi-Deutschland Frankreich militärisch besiegt hatte, planten faschistische Kräfte in Litauen einen pronazistischen Putsch. Es sollte dadurch ein pronazistisches Regime errichtet werden, das sich dann Nazi-Deutschland anschloss mit dem Ziel, Nazi-Truppen nach Li-

¹⁰⁹ Ein Bestandteil dieser Verträge war auch die Rückgabe der Stadt Wilna und des Wilnaer Gebiets an Litauen, das durch den reaktionären polnischen Staat geraubt wurde. Molotow erklärt dazu im November 1939 in seiner Rede vor dem Obersten Sowjet der UdSSR:

„Die Prinzipien der sowjetischen Politik gegenüber den kleinen Ländern wurden mit besonderer Eindringlichkeit demonstriert an dem Beispiel des Vertrages über die Abtreitung der Stadt Wilna und des Wilnaer Gebiets an die litauische Republik. Der litauische Staat mit einer Bevölkerung von 2 ½ Millionen Menschen vergrößert hierbei sein Territorium in bedeutendem Maße, vermehrt seine Bevölkerung um 550.000 Menschen und erhält die Stadt Wilna, deren Einwohnerzahl fast doppelt so groß ist wie die Bevölkerung der jetzigen litauischen Hauptstadt. Die Sowjetunion ist auf die Übergabe der Stadt Wilna an die litauische Republik nicht deshalb eingegangen, weil dort etwa die litauische Bevölkerung überwiegt. Nein, in Wilna bildet die nichtlitauische Bevölkerung die Mehrheit. Die Sowjetregierung trug jedoch dem Umstand Rechnung, dass die Stadt Wilna, die durch Polen gewaltsam von Litauen losgerissen worden war, Litauen gehören muss als eine Stadt, mit der einerseits die historische Vergangenheit des litauischen Staates und anderseits die nationalen Hoffnungen des litauischen Volkes verbunden sind. In der Auslands presse ist darauf hingewiesen worden, dass es in der Weltgeschichte noch keinen Fall gegeben hat, wo ein großer Staat aus freien Stücken einem kleinen Staat eine so große Stadt abgetreten hätte. Umso strahlender demonstriert dieser Akt des Sowjetstaates den guten Willen der Sowjetunion.“ (W. Molotow, „Über die Außenpolitik der Sowjetunion“, in: „Die Kommunistische Internationale“, November 1939, S. 1133)

tauern einmarschieren zu lassen. Der Putsch scheiterte jedoch. Daraufhin forderte die Sowjetunion als Garantie gegen weitere Nazi-Provokationen von der litauischen Regierung ein Abkommen, das die weitere Stationierung von Truppen der Roten Armee in Litauen vorsah. Ähnliche Forderungen wurden im Juni 1940 auch an Estland und Lettland gestellt. Die Regierungen der baltischen Länder mussten vor allem unter dem Druck des antinazistischen Kampfes der werktätigen Massen in ihren Ländern den sowjetischen Forderungen zustimmen. Mitte Juni 1940 rückten dann sowjetische Truppen nach Lettland, Litauen und Estland vor und begannen auch dort mit dem Bau von Verteidigungsstellungen. Unter dem Schutz der Roten Armee gelang es dann den revolutionären Kräften unter Führung der kommunistischen Parteien in den baltischen Ländern, volksdemokratische Regierungen zu schaffen, den alten reaktionären Staatsapparat zu zerschlagen und demokratische Wahlen durchzuführen. Die so gewählten Vertreter und Vertreterinnen der werktätigen Massen beschlossen, die Sowjetmacht zu errichten und ihre Republiken mit der Sowjetunion zu vereinigen. Im August 1940 beschloss der Oberste Sowjet der UdSSR, die baltischen Länder in die UdSSR aufzunehmen.¹¹⁰

* * *

Im Zusammenhang mit der Schaffung der „Ostfront“ durch die UdSSR konzentrierte sich die antikommunistische Hetze darauf, die UdSSR als „Aggressor“ und „imperialistische Besatzer“ zu beschimpfen. Gegen diese antikommunistische Hetze, die auch nach 1945 bruchlos weitergeführt wurde, stellte die Broschüre „Geschichtsfälscher“ sehr treffend fest:

„Die führenden Kreise Englands und Frankreichs, die die UdSSR wegen der von ihr geschaffenen ‚Ostfront‘ auch weiter als Aggressor beschimpften, schienen sich keine Rechenschaft darüber abzulegen, dass die Schaffung der ‚Ostfront‘ einen einschneidenden Umschwung in der Entwicklung des Krieges – gegen die Hitlertyrannei und zugunsten des Sieges der Demokratie – bedeutete.“

Sie begriffen nicht, dass es sich nicht um Beeinträchtigung oder Nichtbeeinträchtigung der nationalen Rechte Finnlands, Litauens, Lettlands, Estlands und Polens handelte, sondern darum, durch Organisierung des Sieges

¹¹⁰ Siehe: W. Molotow, „Die Außenpolitik der Sowjetunion“, in: „Die Kommunistische Internationale“, Nr. 7–8/1940, S. 460 f.

über die Hitlerfaschisten die Verwandlung dieser Länder in eine rechtlose Kolonie Hitlerdeutschlands zu verhindern.

Sie begriffen nicht, dass es sich darum handelte, dem Vormarsch der deutschen Truppen überall, wo das nur möglich war, Schranken zu setzen, starke Verteidigungsstellungen anzulegen und dann zum Gegenangriff überzugehen, die Hitlertruppen zu schlagen und dadurch diesen Ländern eine freie Entwicklung zu ermöglichen.

Sie begriffen nicht, dass es andere Wege zum Sieg über die Hitleraggression nicht gab.“

(„Geschichtsfälscher. Eine historische Richtigstellung“, Moskau 1948, S. 48 f.; in diesem Buch S. 72)

Es stellt sich die Frage, was geschehen wäre, wenn die UdSSR diese „Ostfront“ nicht aufgebaut hätte. Die Broschüre gibt darauf wiederum eine sehr treffende Antwort, die belegt, wie zentral diese Maßnahme für den Sieg der sozialistischen Sowjetunion und der Anti-Hitler-Koalition über Nazi-Deutschland und den japanischen Imperialismus war:

„Das hätte der Hitlerwehrmacht die Möglichkeit gegeben, hunderte Kilometer tief Raum zu gewinnen und die deutsche Front um 200 bis 300 Kilometer Leningrad, Moskau, Minsk und Kiew näher zu rücken, es hätte den Vormarsch der Deutschen in das Innere der UdSSR beschleunigt, den Fall Kiews und der Ukraine schneller herbeigeführt, die Besetzung Moskaus durch die Deutschen zur Folge gehabt, zur Besetzung Leningrads durch die vereinten Kräfte der Deutschen und der Finnen geführt und die UdSSR gezwungen, zu einer langwierigen Verteidigung überzugehen, so dass die Deutschen die Möglichkeit erhalten hätten, im Osten etwa 50 Divisionen für eine Landung auf den britischen Inseln und zur verstärkung der deutsch-italienischen Front im Raum Ägyptens freizubekommen. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass die englische Regierung dann nach Kanada hätte evakuiert werden müssen und dass Ägypten und der Suezkanal unter Hitlers Herrschaft geraten wären.“

Aber das ist noch nicht alles. Die UdSSR wäre gezwungen gewesen, einen großen Teil ihrer Truppen von der mandschurischen Grenze an die „Ostfront“ zu verlegen, um ihre Verteidigung zu verstärken, und dies hätte es den Japanern ermöglicht, in der Mandschurei an die 30 Divisionen freizubekommen und sie gegen China, gegen die Philippinen, gegen Südostasien überhaupt und schließlich gegen die amerikanischen Streitkräfte im Fernen Osten einzusetzen.

Alles das hätte dazu geführt, dass der Krieg mindestens zwei Jahre länger gedauert hätte und dass der zweite Weltkrieg nicht 1945, sondern erst 1947 oder noch etwas später beendet worden wäre.“

(Ebenda, S. 50 f. bzw. S. 74)

Diskussionsbeiträge

Zur Taktik im Kampf gegen den Antikommunismus

Mir ist es wichtig, noch auf einen Punkt hinzuweisen, den wir aus gutem Grund in dieser Konferenz nicht genauer behandeln. Das ist die unendliche Liste antikommunistischer Verleumdungen, Halbwahrheiten und Verdrehungen, mit der die Antikommunisten oft durchaus taktisch klug die Kommunisten in die Defensive bringen wollen. Das fängt an bei der Debatte über Protokolle zum Nichtangriffsvertrag zwischen der UdSSR und Deutschland 1939, über die später 1945/1946 auf den Nürnberger Prozessen gegen die Nazi-Hauptkriegsverbrecher zum Thema gemachte Frage „Katyn“ – und diese Liste ist beliebig erweiterbar. Wie soll man damit umgehen?

Meiner Meinung nach auf jeden Fall nicht immer gleich. Es kann durchaus sinnvoll sein, exemplarisch einmal auf diese oder jene Frage gründlich einzugehen, allerdings im Bewusstsein, dass sofort hundert neue Lügen und Verleumdungen kommen. Im Kern geht es aber darum, die Relevanz solcher Fragen zum Thema zu machen und sie ganz klar als Ablenkungsmanöver von entscheidenden Fragen zu kennzeichnen. Das ist besonders deutlich sichtbar bei Katyn, wo die Nazi-Verteidiger in Nürnberg 1945/1946 diese Frage nutzen wollten, um von den Verbrechen der Nazis abzulenken.

Bei einem Gegenangriff von uns gibt es eine taktische Variante, die aber nicht ganz unproblematisch ist: Die „Na und?“-Variante.

Das soll bedeuten: Selbst wenn es ein Protokoll der Verhandlungen zwischen Nazi-Deutschland und der UdSSR 1939 im Zusammenhang mit dem Abschluss des Nichtangriffsvertrags gegeben hat: Na und? Man würde dann so vorgehen: Man räumt kurz die Möglichkeit ein – und das ist ein Zugeständnis im Augenblick –, dass es diesen oder jenen Fehler gegeben haben könnte, um in der Diskussion aus der Defensive in die Offensive zu kommen. Der Tenor müsste dann sein, „Das kann ja alles sein, aber es ist irrelevant ...“, um zu verhindern, dass dieses Thema dominierend wird.

Insofern haben wir auch aus diesem Grund in dieser Arbeit die unendlichen Massen von Dokumenten zum Thema „Geheime Zusatzprotokolle“ zum Nichtangriffsvertrag und zur Frage „Katyn“ nicht entfaltet sondern nur angedeutet.

Zum Stalin-Interview in der Prawda vom 30. November 1939

Stalin gab am im November 1939 der Prawda ein Interview, unter anderem auch zur Frage des Krieges in Europa nach dem Nazi-Überfall auf Polen. Stalins Antworten wurden am 29. November 1939 im Moskauer Rundfunk gesendet, einen Tag später in der „Prawda“ und am 7. Dezember 1939 auf Deutsch in der Zeitschrift der Komintern „Die Welt“ veröffentlicht. Dort heißt es:

„Ein Redakteur der ‚Prawda‘ wandte sich an Stalin mit der Frage: ‚Wie verhält sich Stalin zu der Meldung der Havas-Agentur über die ‚Rede Stalins‘, die er angeblich am ‚19. August im Politbüro‘ hielt, und in der angeblich der Gedanke ausgeführt wurde, dass ‚der Krieg möglichst lange dauern müsse, um die kriegsführenden Seiten zu erschöpfen‘.“

Stalin sandte folgende Antwort:

„Diese Meldung der Havas-Agentur, wie auch viele andere ihrer Meldungen, ist eine Lüge. Ich kann natürlich nicht sagen, in welchem Tingeltangel diese Lüge fabriziert wurde. Aber wie immer die Herren aus der Havas-Agentur lügen mögen, sie können nicht leugnen, dass:

1. Nicht Deutschland hat Frankreich und England überfallen, sondern Frankreich und England überfielen Deutschland, indem sie die Verantwortung für den jetzigen Krieg übernahmen;

2. nach der Eröffnung der Kriegshandlungen wandte sich Deutschland mit Friedensvorschlägen an Frankreich und England, während die Sowjetunion offen die Friedensvorschläge Deutschlands unterstützte, da sie der Meinung war und weiterhin ist, dass die rascheste Beendigung des Krieges die Lage aller Länder und Völker von Grund auf erleichtern würde;

3. die herrschenden Kreise Englands und Frankreichs lehnten schroff sowohl die Friedensvorschläge Deutschlands als auch die Versuche der Sowjetunion ab, die rascheste Beendigung des Krieges zu erzielen.

Das sind die Tatsachen. Was können die Tingeltangelpolitiker aus der Havas-Agentur diesen Tatsachen entgegenstellen.“

(„Interview mit Stalin über den Krieg“, in: „Die Welt“, Nr. 14 v. 7. Dezember 1939, S. 267)

Über diese Passage zu diskutieren ist ausgesprochen schwierig. Es wäre angenehm, selbst mit dem Genossen Stalin darüber diskutieren zu können, was offensichtlich nicht möglich ist. Aber wir kennen die Schriften und die Gedankengänge von Stalin und wir könnten uns sehr gut vor-

stellen, dass er auf eine Konfrontation mit diesem Zitat in etwa folgendermaßen geantwortet hätte:

Liebe Genossinnen und Genossen,

gut das ihr diese Frage aufwerft, denn das war wirklich eine schwierige Situation, und wenn wir Fehler gemacht haben, hoffe ich, dass wir sie durch unsere Taten korrigiert haben. Nach dem Sieg über die Nazis erklärte ich in einer Rede sehr deutlich, dass wir nicht wenig Fehler gemacht haben.¹¹¹ Das, was ich damals gesagt habe und weitere Stellungnahmen und Formulierungen aus dieser Zeit, hatten taktische Gründe, um den Nazis keinen Vorwand zu geben, den Nichtangriffsvertrag mit uns zu brechen. Wenn ihr kritisirt, dass ich zu weit gegangen bin und Sachen gesagt habe, die im Gesamtzusammenhang nun wirklich nicht richtig waren, dann kann ich euch nicht widersprechen. Unsere Linie war wirklich richtig, aber unsere diplomatischen Stellungnahmen waren theoretisch nicht immer haltbar. Ich habe nicht umsonst 1946 herausgestellt, dass der Zweite Weltkrieg von Anfang an antifaschistischen Charakter hatte, also auch schon 1939, als die Nazis Polen überfallen haben. Durch die Broschüre unseres Informationsbüros „Geschichtsfälscher“ werdet ihr auch verstehen, dass unsere späteren Verbündeten, insbesondere England und die USA, nie aufhörten, Imperialisten zu sein und uns 1939 bis 1941 ganz mächtig eingeheizt haben. Betrachtet es nicht als Zufall, dass diese Passage bei der Herausgabe meiner Werke nicht berücksichtigt werden wird.

Wie problematisch die Gratwanderung gerade in dieser speziellen Phase der Außenpolitik der UdSSR war, zeigt sich in der Ausnutzung dieses Stalin-Zitats durch die Nazis, die begeistert Stalin im „Völkischen Beobachter“ am 1. Dezember 1939 auf der Titelseite brachten.¹¹²

Das Hauptziel des Interviews war es, der antikommunistischen Hetze von einer „kriegslüsternen Sowjetunion“ aktuell massiv entgegenzutreten. Stalin machte unmissverständlich klar: Die Sowjetunion wird sich nicht am Krieg Großbritanniens und Frankreichs gegen Deutschland be-

¹¹¹ „**Unsere Regierung hat nicht wenig Fehler gemacht, wir hatten in den Jahren 1941–1942 Augenblicke einer verzweifelten Lage, als unsere Armee zurückwich ...**“ (Stalin, „Rede des Genossen J. W. Stalin beim Empfang im Kreml zu Ehren der Befehlshaber der Truppen der Roten Armee“, 1945, SW 15, S. 15)

¹¹² Die Originalüberschrift im „Völkischen Beobachter“ auf der Titelseite lautet: „Stalin fertigt Havas-Lügen ab. „England und Frankreich überfielen Deutschland.“ Pariser Fälschungen von Moskau zurückgewiesen“, in: „Völkischer Beobachter“, Norddeutsche Ausgabe, v. 1. Dezember 1939, S. 1

teiligen, die Sowjetunion wird sich nicht von Großbritannien und Frankreich in einen Krieg gegen Nazi-Deutschland hetzen lassen! Die Sowjetunion ist für die sofortige Beendigung des Krieges zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien! Stalin versuchte klarzumachen, dass die Beendigung des Krieges in Europa zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien im Interesse der Völker der Welt gewesen wäre und dass die UdSSR dafür alles in ihrer Macht Stehende versuchen wird. Wenn es tatsächlich gelungen wäre, durch den Kampf der Völker und den diplomatischen Kampf der sozialistischen Sowjetunion den Kriegszustand zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien durch die Annahme eines Friedensvorschlags zu beenden, dann wäre, höchstwahrscheinlich nur vorübergehend und zeitweise, die Kriegsmaschinerie der stärksten imperialistischen Länder Europas ins Stocken geraten. Das wiederum hätte für die Sowjetunion eine längere Atempause zur Vorbereitung auf imperialistische Überfälle gegeben.

Die Formulierung, „Frankreich und England überfielen Deutschland, indem sie die Verantwortung für den jetzigen Krieg übernahmen“, das heißtt, indem sie Deutschland den Krieg erklärten, ist formal gesehen nicht falsch, blendet jedoch bewusst mit Blick auf die tagespolitische Situation den entscheidenden Punkt aus, dass der Krieg in Europa zwischen Großbritannien/Frankreich und Nazi-Deutschland durch den Nazi-Überfall auf Polen ausgelöst wurde. Die Kriegserklärung Frankreichs und Großbritanniens an Nazi-Deutschland war nach diesem Überfall sozusagen nur noch „Formsache“, denn Polen war engster Verbündeter vor allem des englischen Imperialismus.

Zudem ist doch sehr rasch deutlich geworden, dass der Begriff „überfielen“ gerade in dieser Phase des Kriegs nicht wirklich die Realität widerspiegelt, da sich der Krieg im Wesentlichen nicht auf dem Gebiet Nazi-Deutschlands abspielte, sondern schon im Mai 1940 der Überfall Nazi-Deutschlands auf Frankreich stattfand.

An dieser Stelle soll an Stalins grundsätzlicher Einschätzung zum Charakter des Zweiten Weltkriegs von 1946 erinnert werden, in der auch die Frage des Überfalls Nazi-Deutschlands auf Frankreich richtig behandelt wird (siehe in diesem Buch S. 120 ff.).

Das ZK der KPD zum Überfall des Nazifaschismus auf Polen und zum Nichtangriffsvertrag zwischen Nazi-Deutschland und der UdSSR

Unsere Diskussion über die Politik der sozialistischen Sowjetunion sollte die Dokumente der KPD in der Zeitspanne 1939 bis 1941 nicht ausklammern. Wie wir schon mehrfach diskutiert haben – und das zieht sich auch durch die Dokumente des ZK der KPD, die wir uns anschaut haben – gibt es eine sehr unrealistische, nationalistisch gefärbte Fehleinschätzung des Bewusstseinstands der Arbeiterklasse und der Bevölkerung in Deutschland. Es ist kaum möglich, einen Satz zu zitieren, in dem dieses Problem nicht auftaucht. Zum Nichtangriffsvertrag erklärt das ZK der KPD zunächst richtig:

„Die durch den Pakt geschaffene außenpolitische und innenpolitische Lage stellt aber vor allen Antifaschisten, vor allen Frieden- und freiheitsliebenden Deutschen große *Aufgaben*, die im verstärkten Kampf gegen die Nazi-Diktatur gelöst werden müssen.“

(„Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands zum Abschluss des Nichtangriffspaktes zwischen der Sowjetunion und Deutschland“ v. 25. August 1939, in: „Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung“, Nr. 46 v. 31. August 1939, S. 1323, Nachdruck in: „Dokumente des ZK der KPD 1933–1945“, Offenbach 2002, S. 394)

Nun ist das nicht eine wirkliche Analyse, aber immerhin eine klare und richtige Positionierung – und dann kommt doch wieder eine krasse Fehleinschätzung:

„*Das deutsche Volk begrüßt den Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und Deutschland, weil es den Frieden will ...*“
(Ebenda)

Gehen wir davon aus, dass das ZK der KPD nicht den Ist-Zustand der Situation in Nazi-Deutschland schildern wollte sondern im Kampf gegen den Defätismus eine zukünftige, zu erkämpfende Situation, um den Anti-Nazi-Kämpferinnen und -Kämpfer in Nazi-Deutschland und internationalen Mut zu machen. Dieses taktische Vorgehen kann Sinn machen, jedoch ist die Formulierung „das deutsche Volk“ mehr als nur eine Übertreibung. „Die Nazis“ - das waren auch schon im August 1939 nicht nur die „reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“, wie Genosse Dimitroff auf dem 7. Weltkongress der Kommunistischen Internationale 1935

richtig formulierte, die die offen terroristische Diktatur des deutschen Finanzkapitals, den Nazifaschismus errichtet hatten, sondern das war gerade auch eine nazistische „Volks“-Bewegung riesigen Ausmaßes. Nazis und deutsche Bevölkerung ohne Überschneidung, ohne wesentliche Überschneidung sozusagen als sich ausschließende Gegensätze hinzustellen – eine solche Position war und ist eben falsch. Eines der wesentlichen Merkmale des Nazifaschismus war, dass er sich in Deutschland auf eine breite Massenbasis von Millionen von verhetzten Werktätigen stützen konnte.¹¹³ Und auch der Teil der deutschen Bevölkerung, der sich nicht als Teil der Nazi-Bewegung verstand, aber eben auch nicht Teil der kleinen Minderheit der Anti-Nazi-Kräfte war, war längst nicht im Ganzen gegen den Nazi-Krieg eingestellt – zumindest so lange wie er erfolgreich war.

Was den Überfall des Nazifaschismus auf Polen angeht, spricht das ZK der KPD in einer gemeinsamen Erklärung mit der KP Österreichs und der KP der Tschechoslowakei zwar völlig berechtigt vom nationalen Freiheitskampf der Polen¹¹⁴, aber – und das ist unverzeihlich – es gibt keine eigenständige ZK-Erklärung zum Nazi-Überfall auf Polen. Eigenständige ZK-Erklärungen gab es sehr wohl zum Nazi-Überfall auf Frankreich und die Sowjetunion.

Daher ist es nötig, die gesamten Publikationen der KPD in diesem Zusammenhang einer genauen Analyse und Kritik zu unterziehen.

¹¹³ Ein Aufruf von kommunistischen Kräften in Deutschland musste unserer Meinung nach aber darüber hinaus in Betracht ziehen, dass die demagogische Berufung auf das „Volk“ gerade in der Nazisprache eine große Rolle spielte. Zur Problematik des Begriffs „deutsches Volk“ siehe „Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 1946)“, Offenbach 2000, das Kapitel „Die Problematik der Begriffe „Volk“ und „deutsches Volk“, S. 191 ff.

¹¹⁴ Siehe: „Gegen den imperialistischen Krieg – für den Frieden und die Freiheit der Völker. (*Erklärung der kommunistischen Parteien Deutschlands, Österreichs und der Tschechoslowakei*)“, in: „Die Kommunistische Internationale“, Dezember 1939, S. 1290, Nachdruck in: „Dokumente des ZK der KPD 1933–1945“, Offenbach 2002, S. 403

D.

Vorteile und Hauptprobleme der Anti-Hitler-Koalition für die UdSSR

Vorbemerkung

Nach dem Nazi-Überfall auf die UdSSR im Juni 1941 konnte die sozialistische Sowjetunion die Widersprüche zwischen den verschiedenen imperialistischen Ländern, den USA, Großbritanniens und Frankreichs sowie Deutschlands, Japans und Italiens ausnutzen, um mit den USA und Großbritannien sowie später auch mit Frankreich – allesamt imperialistische Mächte – einen Kompromiss einzugehen und sie zu zwingen, an ihrer Seite gegen den deutschen, italienischen und japanischen Imperialismus zu kämpfen. Dies war der zweite große Kompromiss mit imperialistischen Ländern nach dem Nichtangriffsvertrag mit Nazi-Deutschland in der Geschichte der UdSSR – die Anti-Hitler-Koalition.

In diesem letzten Referat werden Vor- und Nachteile der Anti-Hitler-Koalition an mehreren Beispielen behandelt. Dabei wird es um die Bombardierung Nazi-Deutschlands durch die USA und Großbritannien gehen, um das Hinauszögern der zweiten Front in Europa durch die USA und Großbritannien, um die Unterstützung reaktionärer Kräfte wie die Kuomintang in China oder die monarchistischen Kräfte in Griechenland durch die USA bzw. Großbritannien sowie um die Geheimverhandlungen zwischen USA/Großbritannien und Nazi-Deutschland. Es wird dabei vor allem klar werden, dass die imperialistischen Mächte USA und Großbritannien während der gesamten Anti-Hitler-Koalition versucht haben, der UdSSR die Hauptlast des Kampfs gegen die Nazis aufzubürden.

Das wird deutlich machen, dass die USA, Großbritannien und Frankreich nicht über Nacht zu Schafen geworden waren, sondern imperialistische Wölfe geblieben sind. Es geht um die Erkenntnis, dass die Imperialisten früher oder später die mit der UdSSR abgeschlossenen Abkommen brechen, immer mehr zum offenen Kampf gegen die UdSSR übergehen werden – denn Länder des Sozialismus sind ja wie alle Kräfte der Revolution Todfeinde des Imperialismus. Es ging in dieser Zeit darum, auf den Bruch der Anti-Hitler-Koalition unbedingt vorbereitet zu sein, um keine Überraschungen zu erleben und keine Illusionen über die imperialistischen Teilnehmer der Anti-Hitler-Koalition zu schüren, denn diese würden den antinazistischen und kommunistischen Kampf nur lähmeln.

Als Fazit wird festgehalten: Die Ausnutzung der zwischenimperialistischen Widersprüche, was in der Tat auch Nachteile mit sich bringt, war für den Verlauf und schlussendlichen Sieg über den Nazifaschismus gewiss nicht der erste und wichtigste Punkt, aber dennoch war der richtige Umgang damit ein für den Sieg über die faschistischen Mächte unverzichtbarer, ein wesentlicher Punkt.

Bis heute wird von verschiedenen antikommunistischen Kräften die Lüge verbreitet, dass angeblich die UdSSR während der Zeit der Anti-Hitler-Koalition keine oder viel zu wenig Unterstützung für kommunistische Kräfte geleistet hätte. Beliebteste Beispiele sind Griechenland und Polen. Es wird behauptet, Stalin hätte die KP Griechenlands verraten im Kampf gegen den englischen Imperialismus 1944/1945, die UdSSR wäre dem Warschauer Aufstand 1944 nicht zu Hilfe gekommen obwohl die Rote Armee angeblich direkt vor Warschau stand und „ohne Probleme“ Warschau hätte militärisch einnehmen können. Oder die Unterstützung der KP Chinas im Kampf gegen den japanischen Imperialismus wäre nicht vorhanden bzw. ungenügend gewesen. Diese Lügen beruhen zu großen Teilen auf plumper Fälschung der Tatsachen, knüpfen jedoch auch an einem realen Problem an.

Während der ganzen Zeit des Bestehens der Anti-Hitler-Koalition gab es die reale Gefahr des Bruchs der Anti-Hitler-Koalition. Bei einem Bruch der Anti-Hitler-Koalition bestand die sehr große Gefahr, dass sich der Nazifaschismus hätte erholen können und die UdSSR allein nicht stark genug gewesen wäre, den deutschen Imperialismus militärisch zu besiegen. Dann wäre die Existenz der UdSSR ganz direkt in Gefahr gewesen. Deshalb war es eine wichtige Aufgabe der staatlichen Außenpolitik der UdSSR, für den Erhalt und die maximal mögliche Festigung der Anti-Hitler-Koalition zu kämpfen. Dabei mussten Kompromisse eingegangen werden, dabei musste auf diplomatischem Parkett gekämpft werden, ähnlich wie zur Zeit des Nichtangriffsvertrags mit Nazi-Deutschland. Die UdSSR hatte als Kraft der proletarischen Weltrevolution aber auch Aufgaben des proletarischen Internationalismus zu erfüllen: die maximal mögliche Unterstützung der kommunistischen Kräfte in allen Ländern des Imperialismus. Jetzt kam folgendes Problem hinzu: In Griechenland wie auch in Polen und China unterstützten die USA und Großbritannien während der Zeit der Anti-Hitler-Koalition reaktionäre Kräfte, die nicht nur die faschistischen Kräfte bekämpften, sondern zunehmend vor allem die kommunistischen Kräfte.

Die Aufgabe der UdSSR war also eine dreifache:

1. Maximal mögliche Unterstützung der kommunistischen Kräfte sowie anderer antinazistischer Kräfte im Kampf gegen den deutschen, japanischen und italienischen Faschismus.
2. Zwischen den imperialistischen Mächten USA und Großbritannien zu lavieren, um die Anti-Hitler-Koalition zu erhalten und wenn möglich zu verstärken.
3. Mobilisierung aller zur Verfügung stehender Kräfte und Reserven im Innern der UdSSR, um die Nazi-Militärmaschinerie und ihre Verbündeten militärisch besiegen zu können.

Vor allem am Beispiel des Warschauer Aufstands 1944 wird ausführlich gezeigt, wie die UdSSR nach Kräften und Möglichkeiten versuchte, diese dreifache Aufgabe zu lösen.

1. Zum Charakter der Anti-Hitler-Koalition

Die Anti-Hitler-Koalition war das militärische Bündnis zwischen der sozialistischen UdSSR einerseits und den imperialistischen Staaten USA und Großbritannien andererseits mit dem Ziel, den Krieg zu beenden und den Nazifaschismus militärisch zu besiegen. Zu keiner Zeit der Anti-Hitler-Koalition waren allerdings die Widersprüche zwischen dem englischen Imperialismus, dem US-Imperialismus und der sozialistischen Sowjetunion verschwunden. Die Todfeindschaft zwischen Imperialismus und Sozialismus wurde zur Zeit des Zweiten Weltkriegs – und auch danach – lediglich nicht in Form von direkten kriegerischen Handlungen zwischen den USA und Großbritannien und der sozialistischen UdSSR ausgetragen, weil andere Widersprüche, die zwischen den verschiedenen imperialistischen Großmächten, USA und Großbritannien auf der einen Seite, Deutschland und Japan auf der anderen Seite, stärker waren und in den Vordergrund traten.

Aus den imperialistischen Interessen der USA und Großbritanniens folgt, dass auch während des Bestehens der Anti-Hitler-Koalition reaktionäre Taten von den USA und Großbritannien zu erwarten waren.

Am Beispiel Griechenland wurde es ganz deutlich: Die englischen Imperialisten wollten die kommunistisch geführten bewaffneten Kräfte entwaffnen und zerschlagen, um ihre monarchisch-reaktionären Freunde an die Macht zu bringen. Sie schreckten nicht davor zurück, dieses Ziel mit Waffengewalt durchzusetzen, wie im Dezember 1944 geschehen, als die Anti-Hitler-Koalition noch Bestand hatte und der Nazifaschismus noch längst nicht militärisch besiegt war.¹¹⁵

Es war klar, dass es den USA und Großbritannien auch darum ging, den deutschen Imperialismus, der zwar aufgrund des Wirkens der zwischenimperialistischen Widersprüche ihr Feind, aber im Kampf gegen die Welt des Sozialismus ihr Verbündeter und Klassenbruder war, gemäß ihren imperialistischen Interessen möglichst als imperialistischen Konkurrenten auszuschalten, aber ihn dennoch am Leben zu erhalten. Diese Tatsache versuchte der deutsche Imperialismus auszunutzen, insbesondere ab 1943, seit der Niederlage vor Stalingrad, um zu versuchen, sich mit den USA und Großbritannien gegen die UdSSR zu verbünden,

¹¹⁵ Siehe dazu genauer in diesem Buch S. 229 ff.

um die drohende Niederlage an der „Ostfront“ zu verhindern und damit möglichst weitgehend seine Macht zu erhalten.

Es musste jedoch auch bewusst sein, dass vorübergehend die Anti-Hitler-Koalition ein wichtiger Faktor sein würde. Unter dem Druck des weltweiten bewaffneten Kampfes gegen Nazi-Deutschland hatte die UdSSR 1943 in Teheran und 1945 auf Jalta¹¹⁶ gemeinsam mit den westlichen Alliierten wichtige Beschlüsse gegen die Nazis gefasst. Der Hass der Völker auf Nazi-Deutschland war direkt nach dem 8. Mai 1945 noch zu groß, zu mächtig war der Druck der Völker auf die imperialistischen Oberhäupter der USA und Großbritanniens, so dass sie es sich noch nicht leisten konnten, die Zusammenarbeit aufzugeben. Vor allem deshalb mussten die USA und Großbritannien noch eine Zeitlang ihre Abkommen mit der UdSSR einhalten und erfüllen. Vor allem deshalb konnten sie auch gezwungen werden, eine ganze Reihe von für sie sehr unangenehmen Abmachungen im Potsdamer Abkommen im August 1945 zu unterzeichnen.

Es galt also einen Zweifrontenkampf zu führen:

Einerseits gegen jene, die scheinbar linksradikal behaupteten, mit diesen reaktionären und imperialistischen Staaten könne die sozialistische Sowjetunion auch keine vorübergehenden Kompromisse eingehen, andererseits gegen jene, die Illusionen in die imperialistischen Mitglieder der Anti-Hitler-Koalition verbreiteten, indem sie deren imperialistische Interessen verschleierten oder gar ganz leugneten und die Anti-Hitler-Koalition als „ewig“ andauernd hinstellten.¹¹⁷ Stalin führte schon im November 1942 dazu grundlegend aus:

¹¹⁶ In Teheran fand Ende November 1943 die erste große Konferenz der Anti-Hitler-Koalition statt. Dort wurden hauptsächlich militärische Fragen des Kampfes gegen Nazi-Deutschland debattiert und entsprechende Beschlüsse festgelegt. Auf der Konferenz der Anti-Hitler-Koalition in Jalta im Februar 1945 ging es hauptsächlich um die Politik der Anti-Hitler-Koalition gegenüber Nazi-Deutschland nach der militärischen Niederlage. Dort wurden die meisten wichtigen Maßnahmen auf ökonomischem, politischem und ideologischem Gebiet gegenüber Nazi-Deutschland schon grundlegend festgelegt, die dann auf der Potsdamer Konferenz im August 1945 konkretisiert wurden. (Siehe dazu: „Das Potsdamer Abkommen. Anhang: Die Dokumente von Teheran und Jalta“, Offenbach 2001)

¹¹⁷ Dass dieses ABC des wissenschaftlichen Kommunismus in der kommunistischen Weltbewegung nicht wirklich fest verankert war, zeigte sich an den Positionen von Browder, Vorsitzenden der KP der USA. Er propagierte 1944 u. a., dass durch das Abkommen von Teheran, „auf Generationen hinaus ein ewiger Frieden“ gesichert werden

„Es wäre lächerlich, den Unterschied in der Ideologie und in der Gesellschaftsordnung der Staaten zu leugnen, die der englisch-sowjetisch-amerikanischen Koalition angehören. Aber schließt dieser Umstand die Möglichkeit und die Zweckmäßigkeit des gemeinsamen Vorgehens der Mitglieder dieser Koalition gegen den gemeinsamen Feind aus, von dem ihnen Versklavung droht? Er schließt sie zweifellos nicht aus.“

(Stalin, „Der 25. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“, 1942, SW 14, S. 289)

2. Vorteile für die UdSSR durch die Anti-Hitler-Koalition

Die Anti-Hitler-Koalition zwischen Großbritannien, den USA und der Sowjetunion begann offiziell im Juli 1941. Am 12. Juli 1941 unterzeichneten die Sowjetunion und Großbritannien ein Abkommen über gemeinsame Kriegshandlungen gegen Nazi-Deutschland. Im September

könne. (E. Browder, „Teheran, Our Path in War and Peace“, zitiert nach: „Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“, Peking 1965, S. 452, Nachdruck in: „Dokumente des Kampfes der KP Chinas gegen den modernen Revisionismus 1956–1966“, Teil II, Offenbach 2002, S. 566)

1944/1945 wurde zwar innerhalb der KP der USA gegen Browder und seine Ideen ein Kampf eröffnet und geführt und Browder wurde schließlich aus der KP der USA ausgeschlossen, doch es wurde unterschätzt, dass der Browderismus kein isoliertes Phänomen war, sondern Teil einer revisionistischen Strömung, die damals international in Erscheinung trat. Die KP Chinas stellte dazu richtig fest:

„.... was die ganze kommunistische Weltbewegung betrifft, so fehlte es an einer vernichtenden Kritik an der durch den Browderismus repräsentierten ideologischen Strömung des Revisionismus, an einer gründlichen Abrechnung mit ihr.“ (Ebenda, S. 453, bzw. S. 566)

Auch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs forderten die Rechtsopportunisten, so auch der Vorsitzende der KP Italiens, Togliatti, die Zusammenarbeit mit der Reaktion im eigenen Land (siehe dazu genauer: Autorenkollektiv, „Zur ‚Polemik‘“, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 2003, S. 491 ff.). Sie begründeten dies unter anderem mit den Verträgen und Kompromissen der sozialistischen Sowjetunion mit den ehemaligen westlichen imperialistischen Alliierten auch noch in den ersten Nachkriegsjahren, etwa im Rahmen der Beschlüsse des Potsdamer Abkommens. Gegen die Forderungen nach einer rechten Politik in den Ländern der kapitalistischen Welt unterstrich Mao Tse-tung 1946, dass Kompromisse der sozialistischen Sowjetunion mit imperialistischen Staaten keineswegs ähnliche Kompromisse im revolutionären Kampf erfordern:

„Derartige Kompromisse machen es nicht erforderlich, dass die Völker in den Ländern der kapitalistischen Welt diesem Beispiel folgen und innerhalb ihres eigenen Landes Kompromisse schließen. Die Völker aller Länder werden nach wie vor entsprechend ihren verschiedenen Verhältnissen auf verschiedene Art und Weise kämpfen.“ (Mao Tse-tung: „Einige Erwägungen zur gegenwärtigen internationalen Lage“, 1946, AW IV, S. 88)

1941 fand in Moskau eine Konferenz mit Vertretern des englischen und des US-Imperialismus statt. Im Dezember 1941 nach dem Angriff des japanischen Imperialismus auf Pearl Harbor erklärten auch die USA Deutschland offiziell den Krieg.

- **Die USA und Großbritannien lieferten militärisches Material an die UdSSR.** Die USA und Großbritannien verpflichteten sich, bis Juni 1942 monatlich 400 Flugzeuge, 500 Panzer sowie Rohstoffe für die Rüstungsproduktion zu liefern.¹¹⁸ Der US-Imperialismus und der englische Imperialismus lieferten nach offiziellen bürgerlichen Angaben an die UdSSR im Zweiten Weltkrieg folgende militärische Güter: Die USA lieferten über 500.000 Fahrzeuge, die für die sowjetische motorisierte Nachschubversorgung benutzt wurden. Die Lieferung von 1,5 Millionen Kilometer Telefonkabel, 35.000 Funkstationen und 380.000 Feldtelefonen waren sehr wichtig für die sowjetische Funk- und Fernmeldekomunikation. Zudem lieferten die USA und Großbritannien 20.900 Kampfwagen, darunter über 12.000 Panzer.¹¹⁹ Insgesamt waren das 1,5 Prozent der von der Roten Armee eingesetzten Artilleriewaffen, rund 9 Prozent der gepanzerten Fahrzeuge, etwa 10 Prozent der LKWs und Flugzeuge.

- **Die Bombardierungen Nazi-Deutschlands durch die US-amerikanische und englische Luftwaffe**¹²⁰ hatten erstens vor allem

¹¹⁸ Siehe: Redaktionskollektiv (Hg.), „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion“, Band 2, Berlin 1963, S. 226

¹¹⁹ Siehe: Richard Overy, „Die Wurzeln des Sieges. Warum die Alliierten den Zweiten Weltkrieg gewannen“, Hamburg 2002, S. 276 und S. 449. Dieser englische Historiker hat zur Beantwortung der Frage „Warum die Alliierten den Zweiten Weltkrieg gewannen“ umfangreiche Studien durchgeführt, wobei insbesondere die Fakten und Erklärungen über die Bombardierungen Nazi-Deutschlands durch die Anti-Hitler-Koalition hervorstechen. Jedoch ergreift Overy, wie nicht anders zu erwarten, Partei für die US-Imperialisten und die englischen Imperialisten in der Frage der Eröffnung der Zweiten Front in Westeuropa. Angeblich sei es nicht zur früheren Eröffnung dieser Zweiten Front gekommen, weil es zwischen den USA und Großbritannien scharfe strategische Meinungsverschiedenheiten (siehe: Ebenda, S. 183) gegeben habe. Overy blendet hier komplett die antikommunistischen und imperialistischen Motive der USA und Großbritanniens aus, die vor allem auch deshalb nicht früher die zweite Front errichteten, damit Nazi-Deutschland und die UdSSR sich maximal gegenseitig schwächen. Direkter Antikommunismus ist bei Overy auch zu finden, wie z. B. auf S. 374, wo von „stalinistischem Terror“ gegen die Soldaten der Roten Armee die Rede ist.

¹²⁰ Die nachfolgenden Beispiele umfassen mit Sicherheit nur einen Bruchteil der sowjetischen Luftangriffe gegen Ziele in Nazideutschland. Sie widerlegen aber schon die Lü-

klare militärische Aufgaben: Es galt, auf die nazistische Taktik der „Verwandlung der Großstädte in Festungen“ zu reagieren, Nazi-Verwaltungszentren, Nachschub und Infrastruktur sowie auch Industrie zu zerstören, die Nazis zu zwingen, Kräfte der Luftwaffe von den Kriegsfronten abzuziehen, die sie dann an der „Heimatfront“ einsetzen mussten. Dies alles diente dazu, die Nazi-Kriegsmaschinerie zu schwächen und damit den Krieg gegen den Nazifaschismus, gegen die Nazi-Vernichtungsmaschinerie schneller beenden zu können. Zweitens bestand die Aufgabe, den Mythos der „Unbesiegbarkeit“ der Nazi-Luftwaffe, den Mythos der „Unfehlbarkeit“ der Nazi-Führung zu zerstören, um die Bindung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung an eine Führung, die offensichtlich ihre „Schutz“-Versprechen nicht halten konnte, zu brechen. Dass die Bombardierungen gerade in diesem Sinne Wirkung zeigte, durchaus erfolgreich waren, auch bei der Demoralisierung der direkten Nazi-Anhänger, belegen interne Nazi-Berichte.¹²¹

Erfolge der Bombenangriffe waren unter anderem:

ge, dass die sowjetische Luftwaffe keine Städte im Machtbereich des Nazifaschismus angegriffen habe.

Unmittelbar beim Überfall Nazideutschlands auf die UdSSR bombardierten am 22. und 24. Juni 1941 mehrere Dutzend sowjetische Bombenflugzeuge Königsberg und andere Städte. Im August 1941 wurden 81 sowjetische Einsätze gegen Berlin geflogen. Daneben wurden Städte in „Ostpreußen“ bombardiert. 1942 wurden Angriffe gegen Ziele in Berlin geführt. In der Nacht zum 19. Januar 1945 griffen sowjetische Bomber Breslau an. In der Nacht zum 26. April 1945 endete die Operation „Salut“ mit einem Schlag von 563 sowjetischen Fernbombern auf wichtige Teile des Stadtkerns von Berlin. Diese Fakten sind zu finden bei: Olaf Groehler, „Kampf um die Luftherrschaft“, Berlin 1988, S.77, S. 153 und S. 327, Manfred Overesch, „Das III. Reich 1939–1945“, Augsburg 1991, S. 186, S. 510 f. und S. 363.

Das Buch von Groehler ist ein Beispiel für einen militärischen Fachidioten der revisionistischen DDR, der aber immer den Eindruck höchster Genauigkeit vermittelt. Zudem wird vom Autor an anderer Stelle immer wieder die sozialimperialistische Sowjetunion als „revolutionär“ oder „sozialistisch“ hingestellt. So z. B. auf S. 709 seines Buches „Geschichte des Luftkriegs“, Berlin 1982, wo der sozialimperialistische Krieg der Sowjetunion in Afghanistan in eine angebliche „internationalistische Unterstützung der revolutionären Kräfte Afghanistans“ umgefälscht wird. Trotzdem sind einige Fakten aus dem Buch „Kampf um die Luftherrschaft“, wie z. B. zur Bombardierung Berlins, von Interesse.

¹²¹ Siehe dazu genauer: „Die Bombardierung Dresdens. Ein Prüfstein für die korrekte Haltung gegen Nazismus und Nationalismus, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 2006.

1943 verlor die deutsche Industrie wegen der Bombenangriffe neun Prozent ihrer laufenden Produktion, 1944 waren es 17 Prozent.¹²²

1944 wurden neun Zehntel der Produktion von Flugzeugbenzin zerstört. Insbesondere war auch die synthetische Treibstoffproduktion in Deutschland ein Angriffsziel, womit 1943 drei Viertel des Treibstoffbedarfs abgedeckt wurde. Insgesamt flogen die alliierten Luftstreitkräfte 190 Angriffe gegen diese strategisch wichtige Industrie. Im Juni 1944 sank die synthetische Treibstoffherstellung um 60 Prozent. Im September betrug sie nur noch 10 Prozent der Produktion vor Beginn der Bombardierungen.¹²³

Die Nazis selbst berechneten im Februar 1945, dass durch die alliierten Bombenangriffe 35 Prozent weniger Panzer, 31 Prozent weniger Flugzeuge und 42 Prozent weniger Transportflugzeuge als geplant produziert werden konnten. Infolge der Bombardements mussten die Nazis von allen Fronten Ressourcen abziehen, insbesondere die Luftabwehr und alle dazugehörigen Flugzeugtypen. Die Kombination von direkter Zerstörung und Abzug von Kriegsgerät von den Fronten entzog der Nazi-Wehrmacht 1944 nahezu die Hälfte des benötigten Kriegsmaterials der Luftwaffe. Ein Beispiel: Im September 1944 waren 80 Prozent der deutschen Jagdflugzeuge in Deutschland stationiert, um die alliierten Bombenangriffe zu bekämpfen.¹²⁴

Der Gesamtumfang der Schäden, die in den Industriebetrieben Deutschlands bis Kriegsende durch militärische Aktionen der US- und der englischen Armee aus der Luft und zu Lande zugefügt wurden, beläuft sich auf ca. 19 Prozent der vorhandenen Kapazitäten. Am inten-

¹²² Siehe: Valentin Falin, „Zweite Front. Die Interessenkonflikte in der Anti-Hitler-Koalition“, München 1995, S. 410. Bei dieser teilweise auch autobiografischen Studie eines Anhängers Gorbatschows ist bemerkenswert, dass trotz des deutlichen Antistalinismus (z. B. auf S. 67, wo er über Stalins „Verbrechen an seinem eigenen Volk“ schwadroniert, siehe auch sein Buch: „Aus meinem Leben“) aus der Erkenntnis interner Vorgänge innerhalb des sowjetischen Außenministeriums weiterführende Studienhinweise, insbesondere zur Auseinandersetzung mit den westlichen Alliierten in der Anti-Hitler-Koalition gegeben werden.

¹²³ Siehe: Richard Overy, „Die Wurzeln des Sieges. Warum die Alliierten den Zweiten Weltkrieg gewannen“, Hamburg 2002, S. 298

¹²⁴ Siehe: Ebenda, S. 413

sivsten wurden Lagerhäuser und Eisenbahnknotenpunkte bombardiert, um die Beweglichkeit der Nazi-Wehrmacht einzuschränken.¹²⁵

Trotzdem verdreifachte sich von 1941 bis 1944 die deutsche Rüstungsproduktion.

- Die USA und Großbritannien eröffneten vor allem drei **militärische Fronten gegen Nazi-Deutschland** und seine europäischen Verbündeten:

Durch den sogenannten „**Afrika-Feldzug**“ ab 1942 wurden die Nazi-Truppen und italienischen Truppen in Nordafrika angegriffen. Dadurch wurde verhindert, dass die faschistischen Truppen ihren Feldzug ungehindert in Richtung Suezkanal und den gesamten Nahen Osten ausdehnen konnten. Die Eröffnung dieser Front bedeutete eine gewisse Verringerung des militärischen Drucks auf die UdSSR, entzog den Nazis wichtige Rohstoff- und Nahrungsmittelquellen (aus den von Vichy-Frankreich kontrollierten Kolonien wie Algerien oder Tunesien bezog Nazi-Deutschland bis 1942 vor allem Getreide, Schafe, Eisen und Phosphat), hatte aber vor allem auch moralisch Bedeutung. Es war der Beginn des Übergangs der Initiative an die englischen und US-amerikanischen Truppen, was die Anti-Hitler-Kräfte in Frankreich mobilisierte, Italien demoralisierte (insbesondere italienische Truppen erlitten 1941 in Afrika Niederlagen), ja insgesamt die Satelliten Deutschlands demoralisierte, weil das die erste Niederlage der Truppen des Nazi-Bündnisses war.¹²⁶

Am 10. Juli 1943 landeten alliierte US-Truppen auf Sizilien. Dies war der Anfang vom Ende des italienischen Faschismus. Das hatte wiederum vor allem moralische Auswirkungen auf das Nazi-Bündnissys-

¹²⁵ Siehe: Valentin Falin, „Zweite Front. Die Interessenkonflikte in der Anti-Hitler-Koalition“, München 1995, S. 410

¹²⁶ Bei diesen militärischen Operationen gab es Verzögerungen, die dazu führten, dass die Nazis weitere militärische Kräfte an der Ostfront gegen die Rote Armee konzentrierten können. Gerade im März 1943, nach der Niederlage der Nazi-Wehrmacht in Stalingrad, als es darum ging, der Nazi-Bestie den nächsten Schlag zu versetzen, sie nicht zur Ruhe kommen zu lassen, verkündeten die USA und Großbritannien, dass sie ihre geplante Offensive an der Front in Afrika verschieben wollten. Diese Verschiebung ermöglichte den Nazis, weitere 36 Divisionen (darunter auch 6 Panzerdivisionen) aus Europa abzuziehen und an die Ostfront gegen die Rote Armee zu werfen. (Siehe dazu: „Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941–1945“, Berlin 1961, S. 525)

tem, das immer mehr auseinanderzufallen begann. Die effektive Entlastung für die Rote Armee war auch in diesem Fall eher gering, da auch jetzt noch keine Nazi-Truppen von der „Ostfront“ abgezogen wurden.

Mit der **Landung in der Normandie am 6. Juni 1944** wurde die zweite Front in Westeuropa gegen die Nazi-Wehrmacht endlich eröffnet. Auch diese Front entlastete die Rote Armee zwar nicht entscheidend, war jedoch moralisch ein schwerer Schlag gegen die Nazi-Bestie, die sich ab sofort im Osten und Westen einem Zwei-Fronten-Krieg gegenüber sah. Jedoch zogen die Nazis kaum Truppen von der „Ostfront“ ab, weil sie damit spekulierten, alle Kraft auf den „Kampf gegen den Bolschewismus zur Rettung des europäischen Abendlands“ zu legen, um bessere Karten für den schnellstmöglichen Abschluss eines Bündnisses mit den USA und Großbritannien gegen die UdSSR zu haben. Somit standen den USA und Großbritannien an der Westfront nur wenige und dazu noch schlecht ausgebildete und bewaffnete Einheiten der Nazi-Wehrmacht gegenüber. Die Nazi-Elite-Divisionen waren an der „Ostfront“ entweder schon vernichtet oder kämpften nach wie vor gegen die Rote Armee.

* * *

Um klar zu machen, dass trotz dieser Hilfe der USA und Großbritanniens für den Krieg der UdSSR gegen Nazi-Deutschland die imperialistischen Mitglieder der Anti-Hitler-Koalition nur einen ganz kleinen Bruchteil der Last des Krieges gegen den deutschen Imperialismus im Vergleich mit der UdSSR trugen, genügt es, folgende Zahlen zu vergleichen:

Insgesamt hatte die US-Armee und die englische Armee laut bürgerlichen Quellen an Verlusten im Zweiten Weltkrieg fast 600.000 Gefallene an allen Fronten, davon die US-Armee über 300.000 und die englische Armee über 270.000. Die sozialistische Sowjetunion verlor nach bürgerlichen Quellen an der Ostfront über 13 Millionen Soldaten.

3. Das Herauszögern der Eröffnung der zweiten militärischen Front in West-Europa durch die USA und Großbritannien

Schon am 3. September 1941 forderte Stalin in einem Brief an Churchill die Eröffnung der Zweiten Front in Westeuropa. Als Grund nannte Stalin völlig richtig, dass es darum gehe, die Nazis zu zwingen, aus dem

Osten 30 bis 40 Divisionen abzuziehen. Damit sollte erreicht werden, die sozialistische UdSSR im Krieg gegen Nazi-Deutschland effektiv zu entlasten. Das war nötig, um die Nazi-Kriegsmaschinerie schneller zu besiegen und die Befreiung der von den Nazis besetzten Länder zu beschleunigen. Stalin erklärt auch, warum das Jahr 1942 besonders günstig für die Eröffnung der zweiten Front in Europa gewesen wäre: Fast alle deutschen Truppen, ja die „besten“ deutschen Divisionen waren an der Ostfront konzentriert. In Westeuropa waren lediglich eine unbedeutende Anzahl deutscher Truppen verblieben, die darüber hinaus noch die am schlechtesten bewaffneten und ausgebildeten Divisionen waren.¹²⁷

Churchill antwortete mit einer Absage. Der nächste Vorschlag Stalins lautete: Es könnten 25 bis 30 englische oder US-amerikanische Divisionen über Archangelsk im Osten der UdSSR oder über den Iran in die UdSSR geschickt werden, um zusammen gegen die Nazis zu kämpfen. Der Transport hätte zum damaligen Zeitpunkt kein besonders großes Risiko bedeutet. Auch dieser Vorschlag wurde abgelehnt.¹²⁸

In dem Brief Stalins an Churchill vom 3. September 1941 bringt Stalin die Haltung der USA und Großbritanniens zur zweiten Front und den daraus resultierenden Vorteil für die Nazis auf den Punkt:

„Die Deutschen betrachten die Gefahr im Westen als Bluff und verlegen ungestraft alle ihre Kräfte aus dem Westen nach dem Osten, da sie überzeugt sind, dass es eine zweite Front im Westen weder gibt noch geben wird. Sie halten es für durchaus möglich, ihre Gegner einzeln zu schlagen, zuerst die Russen und dann die Engländer.“

(„Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941–1945“, Berlin 1961, S. 26)

Stalin kritisierte auch immer wieder öffentlich das Fehlen einer zweiten Front in Europa. So nannte Stalin in seiner Rede zum 24. Jahrestag der Oktoberrevolution als einen der Gründe für die zeitweiligen militärischen Erfolge der Nazis im Krieg gegen die UdSSR, dass es in Europa keine zweite Front gegen die nazifaschistischen Truppen gab.¹²⁹

¹²⁷ Siehe: Ebenda, S. 76

¹²⁸ Siehe: Ebenda, S. 30

¹²⁹ Siehe: Stalin, „Der 24. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“, 1941, SW 14, S. 249, vergleiche auch: „Antworten des Genossen J. W. Stalin auf die Fragen des Berichterstattlers der amerikanischen Presseagentur Associated Press“, 1942, SW 14, S. 277 sowie: „Der 25. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“, 1942, SW 14, S. 284

Am 12. Juni 1942 werden dann die sowjetisch-englischen und sowjetisch-US-amerikanischen Vereinbarungen über die geplante Eröffnung der zweiten Front in Europa im Jahr 1942 veröffentlicht.¹³⁰

Diese Zusagen der USA und Großbritanniens wurden jedoch ganz schnell wieder zurückgenommen und auch 1942 wurde nichts wirklich unternommen, um die Eröffnung der zweiten Front voranzubringen.

Stattdessen wurden gerade in den kritischen Tagen des Juli 1942 die Waffenlieferungen der USA und Großbritanniens an die UdSSR eingestellt.¹³¹

Trotz der Abkommen zu einer gemeinsamen Koalition und der Verpflichtung zur gegenseitigen Hilfe im Krieg gegen den Nazifaschismus und seine Verbündeten eröffneten Großbritannien und die USA weder 1941 noch 1942 noch 1943 die zweite Front.

Damit erleichterten sie die Lage der deutschen Armee bedeutend und bürdeten die Hauptlast des Krieges gegen den Nazifaschismus der Roten Armee auf.

Die Broschüre „Geschichtsfälscher“ erklärt völlig richtig die Ursachen des Herauszögerns der zweiten Front:

„Die Politik des Aufschubs der zweiten Front war keinesfalls zufälliger Natur. Sie wurde genährt durch die Bestrebungen der reaktionären Kreise Englands und der USA, die im Krieg mit Deutschland ihre eigenen, mit den Befreiungsaufgaben des Kampfes gegen den deutschen Faschismus nicht zu vereinbarenden Ziele verfolgten. Die völlige Zerschlagung des deutschen Faschismus gehörte nicht zu ihren Plänen. Sie waren daran interessiert, Deutschlands Macht zu untergraben, vor allem Deutschland als einen gefährlichen Konkurrenten auf dem Weltmarkt auszuschalten, wobei sie von ihren engstirnigen, eigennützigen Zielen ausgingen. Es gehörte dagegen durchaus nicht zu ihren Absichten, Deutschland und andere Länder von der Herrschaft der reaktionären Kräfte zu befreien, die ständige Träger der imperialistischen Aggression und des Faschismus sind, ebenso wie durchgreifende demokratische Umgestaltungen nicht zu ihren Absichten gehörten.“

¹³⁰ Siehe: „Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941–1945“, Berlin 1961, S. 75

¹³¹ Siehe: Ebenda, S. 70. Auch im April 1943 kündigte die USA und Großbritannien an, die Entsendung von Waffenlieferungen an die UdSSR über die Nordroute (also über Sibirien) bis September 1943 einzustellen. Dies war die Hauptroute der Waffenlieferungen und bedeutete, dass 90 Prozent der Lieferungen eingestellt wurden. Stalin protestierte dagegen in seinem Brief vom 2. April 1943 an Churchill (siehe: Ebenda, S. 140).

Gleichzeitig spekulierten sie auf eine Schwächung der UdSSR, sie hofften darauf, dass die UdSSR sich weißbluten, durch den zermürbenden Krieg für lange Zeit ihre Bedeutung als große und starke Macht einbüßen und nach dem Kriege von den USA und Großbritannien abhängig werden würde.“¹³²

(„Geschichtsfälscher. Eine historische Richtigstellung“, Moskau 1948, S. 58; in diesem Buch S. 82 f.)

Es ging also darum, so lange abzuwarten, bis Nazi-Deutschland durch den Krieg gegen die UdSSR so geschwächt war, dass es den USA und Großbritannien ein Leichtes wäre, ohne größere Verluste „den erlegten Tiger“, Nazi-Deutschland, durch die zweite Front besiegen zu können. Dahinter stand letzten Endes eben auch die Absicht, dass nach dem Sieg über Nazi-Deutschland der eigentliche Todfeind der Imperialisten aller Länder, der erste sozialistische Staat der Welt, die UdSSR, umso leichter vernichtet werden konnte, je mehr die UdSSR im Krieg gegen die Nazis geschwächt worden war.

Die Erfolge der Roten Armee und der zunehmende Druck der antifaschistischen Kräfte innerhalb der imperialistischen Länder zwangen die US- und englischen Imperialisten, schließlich doch die zweite Front zu eröffnen. Am 6. Juni 1944 landeten alliierte Truppen in der Normandie in Frankreich.

4. Versuche der Nazis, nach 1941 ein Bündnis mit den USA und Großbritannien gegen die UdSSR zu schaffen

Die Nazis versuchten gemäß ihrem „Stufenplan“ zur Eroberung der Weltherrschaft in der Anfangsphase des Zweiten Weltkriegs, als sie ihre militärischen Siegeszüge feiern konnten, eine Verständigung mit den USA und auch mit Großbritannien zu erreichen.

Im Frühjahr 1942 führten Vertreter des englischen und des US-Imperialismus in Lissabon und in der Schweiz Geheimgespräche mit Vertretern Nazi-Deutschlands über die Möglichkeit eines Separatfriedens.

¹³² Mao Tse-tung brachte im Oktober 1942 das Motiv der USA und Großbritanniens für die Herauszögerung der zweiten Front auf den Punkt:

„Mögen an der Westfront England und die USA immer noch die Politik des Abwartens und Zögerns befolgen; sobald die Zeit gekommen ist, da man auf den bereits erlegten Tiger einschlagen kann, wird immerhin die zweite Front eröffnet werden.“ (Mao Tse-tung, „Der Wendepunkt im zweiten Weltkrieg“, 1942, AW III, S. 122)

Nach den militärischen Niederlagen ab 1943 propagierten die Nazis den Gedanken, „Europa gegen den Bolschewismus“ zu verteidigen, um auf dieser Grundlage ein Bündnis mit den USA und Großbritannien gegen die UdSSR zu schmieden. Bereits ab Februar 1943 begannen die massiven Versuche Nazi-Deutschlands, auf dieser Basis eine Verständigung mit den USA und Großbritannien zu erreichen.

Im Februar 1943 fand ein Treffen von US-Geheimdienstchef Dulles mit dem Fürsten Hohenlohe in der Schweiz statt.¹³³

Im Juni/Juli 1943 reiste der Nazi-General Moltke mit Canaris' Hilfe in die Türkei, um sich dort mit Vertretern des US-Geheimdienstes zu treffen. Er unterbreitete den Vorschlag, die Kriegshandlungen gegen die Westmächte bei Fortsetzung des Krieges gegen die UdSSR einzustellen.¹³⁴

Im November 1943 reiste Moltke abermals in die Türkei. Nach dem Treffen erstellten die US-Geheimdienstmitarbeiter ein Dossier namens „Exposé über die Bereitschaft einer mächtigen deutschen Gruppe, militärische Operationen der Alliierten gegen Nazi-Deutschland vorzubereiten und zu unterstützen“.¹³⁵

Dass es auch auf Seiten der USA und Großbritanniens ernsthafte Überlegungen in Richtung eines Bündnisses mit den Nazis gegen die UdSSR gab, plauderte Churchill in seiner Rede in Woodford am 23. November 1954 aus. Er erzählte über eine Anweisung, die er Ende April 1945 an General Montgomery gegeben hatte:

„Die deutschen Waffen sind sorgfältig zu sammeln und zu lagern, damit es leichter ist, sie den deutschen Soldaten wiederzugeben, mit denen wir im Falle eines weiteren sowjetischen Vormarsches zusammenwirken müssen.“

(Winston S. Churchill, zitiert nach: Redaktionskollektiv (Hg.), „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion“, Band 5, Berlin 1967, S. 388)

Auch Hauptakteure, die das Attentat gegen Hitler am 20. Juli 1944 planten und durchführten, Nazi-Generale um Stauffenberg, suchten Kontakt zum englischen und US-Imperialismus. Ihr Ziel war es, einen Separat-

¹³³ Siehe: „Geschichtsfälscher. Eine historische Richtigstellung“, Moskau 1948, S. 56; in diesem Buch S. 80

¹³⁴ Siehe: Valentin Falin, „Zweite Front. Die Interessenkonflikte in der Anti-Hitler-Koalition“, München 1995, S. 360

¹³⁵ Siehe: Ebenda, S. 395

frieden mit den westlichen Imperialisten zu erringen, um dann einen reaktionären, auf polizeistaatliche und militärische Operationen gegründeten Staat zu schaffen, der nach innen wie nach außen die Geschäfte des deutschen Imperialismus in die Hand nehmen sollte.

Nach Hitlers Selbstmord am 30. April 1945 bildete der Nazi-General Dönitz eine neue Nazi-Regierung, deren Sitz Flensburg war. Sie verfolgte den Plan einer schrittweisen Kapitulation an der Westfront, um den Kampf gegen die Rote Armee fortzusetzen und den Truppen der Westmächte den Weg nach Osten zu öffnen, damit sie möglichst große Teile Deutschlands besetzen konnten. In einer Protokollnotiz vom 2. Mai 1945 heißt es:

„Da sie (die separate Kapitulation, A. d. V.) wegen der politischen Bedingungen der Alliierten untereinander auf offiziellem Weg durch die obersten Instanzen unmöglich ist, muss sie durch Teilaktionen, etwa auf der Basis der Heeresgruppen, versucht werden. Hierzu zweckmäßig, sich bereits angeknüpfter Beziehungen zu bedienen.“

(Zitiert nach: Redaktionskollektiv (Hg.), „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion“, Band 5, Berlin 1967, S. 394)

Dass es dennoch zu keinem Bündnis der USA und Großbritanniens zusammen mit Nazi-Deutschland gegen die UdSSR kam, lag vor allem an folgenden Tatsachen:

Eine Regierung, die ein Bündnis mit den verbrecherischen Nazimörtern gegen die Sowjetunion eingegangen wäre, lief Gefahr, von den Volksmassen ihrer Länder hinweggefegt zu werden. Der englische General Montgomery schreibt in seinen Memoiren dazu:

„Das englische Volk (...) hätte sich (1945, A. d. V.) niemals dazu bringen lassen, gegen die Russen zu kämpfen. Während des Krieges gegen Deutschland hatte man ihnen die Russen als heldenhafte Kämpfer für eine gemeinsame Sache hingestellt, daher wäre jede Regierung, die jetzt Krieg mit ihnen anfangen wollte, daheim auf größte Schwierigkeiten gestoßen.“
(B. L. Montgomery, „Memoiren“, München 1958, zitiert nach: Redaktionskollektiv (Hg.), „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion“, Band 5, Berlin 1967, S. 390)

Außerdem war gerade der US-Imperialismus sehr interessiert an einem Eintritt der Sowjetunion in den Krieg gegen Japan, um den japanischen Imperialismus überhaupt besiegen zu können. Dies konnte natürlich nur auf der Basis der Fortsetzung der Anti-Hitler-Koalition erfolgreich sein.

5. Zur antikommunistischen Lüge vom „Verrat der UdSSR an der Revolution“ während der Anti-Hitler-Koalition und die Unterstützung reaktionärer Kräfte durch den englischen und den US-Imperialismus

Bis heute wird von verschiedenen antikommunistischen Kräften die Lüge verbreitet, dass angeblich die UdSSR während der Zeit der Anti-Hitler-Koalition keine oder viel zu wenig Unterstützung für kommunistische Kräfte geleistet hätte. Beliebteste Beispiele sind Griechenland und Polen. Es wird behauptet, Stalin hätte die KP Griechenlands verraten im Kampf gegen den englischen Imperialismus 1944/1945, und die UdSSR wäre dem Warschauer Aufstand 1944 nicht zu Hilfe gekommen, obwohl die Rote Armee angeblich direkt vor Warschau stand und „ohne Probleme“ Warschau militärisch einnehmen können. Im Folgenden sollen am Beispiel der Kämpfe in Polen, Griechenland und China diese Lügen in unterschiedlicher Ausführlichkeit konkret entlarvt werden.

Unterstützung der reaktionären „Armia Krajowa“ durch den englischen Imperialismus und der Warschauer Aufstand 1944

Die reaktionäre „Armia Krajowa“ (AK) war die bestausgerüstete und mit rund 300.000 Angehörigen größte bewaffnete illegale Organisation in Polen. Sie wurde insbesondere vom englischen und dem US-Imperialismus mit Waffen und Informationen versorgt. Ihre Offiziere waren häufig gut ausgebildete Militärs der ehemaligen polnischen Armee. Politisch war die AK ein Sammelbecken verschiedener kleinbürgerlich-nationalistischer bis klerikal-faschistischer Gruppierungen, deren gemeinsamer Nenner die Befreiung Polens von den Nazis, aber auch der Antikommunismus und Antisemitismus war. Die AK lehnte einen direkten Kampf gegen die Nazi-Besatzer ab und verfolgte den Plan, dass ein Aufstand erst ausgelöst werden solle, wenn der Zusammenbruch der Nazi-Besatzer absehbar ist und die westlichen Alliierten zum Eingreifen in der Lage sind. Jüdinnen und Juden innerhalb der AK mussten ihre jüdische Herkunft verbergen, ja AK-Einheiten verübten sogar Massaker an jüdischen und kommunistischen Partisanen-Einheiten.¹³⁶ Insbesondere bei der Analyse des Warschauer Aufstands im August 1944 wird

¹³⁶ Siehe: Ingrid Strobl, „Sag nie, Du gehst den letzten Weg“, Frankfurt 1989, S. 185

deutlich, wie der englische Imperialismus seine imperialistischen Interessen in Polen durchzusetzen versuchte.¹³⁷

Bei einer Analyse des Warschauer Aufstands geht es vor allem um die notwendige Anklage der entsetzlichen Nazi-Verbrechen. Vom 1. August bis zum 2. Oktober 1944 ermordeten Nazi-Wehrmacht und SS über 200.000 Einwohnerinnen und Einwohner Warschaus, verschleppten die Überlebenden zu Zwangsarbeit oder in die Gaskammern von Auschwitz, plünderten die Stadt und zerstörten sie danach vollständig. Die Zerstörungen waren so groß, dass die 1945 gebildete volksdemokratische Regierung Polens sogar erwog, die Hauptstadt Polens an einem anderen Ort neu zu errichten.

Es geht aber auch um die Richtigstellung der historischen Wahrheit, denn in Wirklichkeit war der von der reaktionären polnischen Exilregierung in London bewusst vor dem Eintreffen der Roten Armee ausgelöste und vom englischen Imperialismus dirigierte vorzeitige Aufstand in Warschau ein kompliziertes Ereignis, das einen zweifachen Charakter hatte: Einerseits war es ein mutiger, aber auch ungewöhnlich tragischer und opferreicher bewaffneter Kampf gegen die Nazi-Besatzer, an dem sich die Masse der Warschauer Bevölkerung beteiligte. Andererseits war es eine bewaffnete Demonstration reaktionärer, antikommunistischer Machtbestrebungen, die nur im Zusammenhang mit den sich zu spitzenden Widersprüchen – forciert durch reaktionäre Elemente – innerhalb der Anti-Hitler-Koalition richtig verstanden werden kann, ähnlich wie der im gleichen Jahr von den englischen Imperialisten inszenierte konterrevolutionäre Krieg gegen die Volksbefreiungssarmee in Griechenland.

¹³⁷ Ebenso der US-Imperialismus in der Tschechoslowakei. Der US-Imperialismus sabotierte im Mai 1945 den antinazistischen Prager Aufstand gegen die Nazi-Armee und die SS. Das Kommando der US-Armee erlaubte hunderten von Freiwilligen aus Pilsen, Rokycany und anderen Orten nicht, den Kämpferinnen und Kämpfern in Prag zur Hilfe zu kommen. Ebenso weigerte sich die US-Armee, den Aufständischen Waffen zukommen zu lassen. LKWs der Aufständischen, die bei der US-Armee Waffen abholen wollten, mussten leer nach Prag zurückkehren. (Siehe: Féderation Internationale des Résistants – FIR (Hg.), „Internationale Hefte der Widerstandsbewegung“, Nr. 5, März 1961, S. 92, Nachdruck in: „Internationale Hefte der Widerstandsbewegung“, Band 2, Offenbach 2002, S. 650 bzw. in: „Über den bewaffneten Aufstand gegen die nazi-faschistischen Besatzer. Prag, Mai 1945“, Rote Hefte 4, Offenbach 2005, S. 16)

Am 30. Juli stand die Rote Armee ca. 150 Kilometer vor Warschau. Jeden Meter, jeden Schritt nach Westen errang sie nur unter großen Verlusten und Opfern im Kampf gegen die Nazi-Truppen. Für die Nazifaschisten war die polnische Hauptstadt ein wichtiger Operations- und Verkehrsknotenpunkt, der auf der kürzesten Strecke nach Berlin lag.

In dieser Situation fasste die reaktionäre polnische Exilregierung in London den Entschluss, die unter ihrem Oberbefehl stehende reaktionäre, antisemitische und antikommunistische „Heimatarmee“ (AK, Armia Krajowa) den Aufstand in Warschau gegen die Nazi-Besatzer auslösen zu lassen. Der Aufstand war insbesondere vom englischen Imperialismus inspiriert, dem es um Einflussnahme auf die zukünftige Macht in Polen ging. Der Aufstand bot ihnen die Chance, Warschau kurz vor der siegreichen Befreiung durch die Rote Armee und der mit ihnen kämpfenden Partisaninnen und Partisanen militärisch und politisch zu erobern. Damit sollte die Autorität der Sowjetunion geschmälert und vor dem Einmarsch der Roten Armee der Führungsanspruch der Londoner Exilregierung durchgesetzt werden, die von den westlichen Alliierten unterstützt wurde. Gleichzeitig sollte damit die Sowjetregierung vor vollendete Tatsachen gestellt und gezwungen werden, die Anerkennung des fortschrittlichen Polnischen Nationalen Befreiungskomitees (PKWN) zurückzuziehen, so dass die AK militärisch und politisch in Szene gesetzt werden konnte. Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Polens erklärte später:

„Nicht der Kampf um Polen und die Freiheit des Volkes veranlassten die Führung der Landesarmee (gemeint ist die AK, A. d. V.), den Aufstand zu beginnen. Die Berge von Leichen der heldenhaften Verteidiger Warschaus sah die Reaktion nur als Mittel zur Macht an ... Indem sie den bewaffneten Aufstand ohne Abstimmung mit dem Oberkommando der Roten Armee und der anderen militärischen Organisationen in Warschau begann, verübte die Führung der Landesarmee um des niedrigen und egoistischen Strebens zur Macht willen ein unerhörtes Verbrechen am polnischen Volk, wobei gewaltige Opfer und Leiden der gesamten Hauptstadt leichtfertig riskiert wurden.“

(Zitiert nach: Redaktionskollektiv (Hg.), „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion“, Band 4, Berlin 1965, S. 278 f.)

Das waren die Gründe, warum die Führung der AK am 1. August 1944 den Befehl zum verfrühten Aufstand ausgab, der unter diesen Bedingungen praktisch keine Chance hatte. Die Nazi-Garnison in Warschau bestand aus etwa 20.000 bestens bewaffneten Soldaten und war in der

Lage, schnell große Verstärkungen heranzuführen, wobei massiv Artillerie, Panzer und Kampfflugzeuge zum Einsatz kamen.

Am 4. August wies der AK-Stabschef Pełczyński den Warschauer AK-Offizier Chruściel an: „Treffen Sie Vorbereitungen, ein befristetes Lager für alle befreiten Juden und andere unerwünschte Elemente einzurichten.“¹³⁸ Die Inhaftierung von Juden und „anderen unerwünschten Elementen“ – sprich Kommunistinnen und Kommunisten sowie anderen demokratischen bzw. revolutionären Kräften – war also die Vorstellung eines „befreiten Polen“ im Sinne der AK.¹³⁹

Am Morgen des 5. August 1944 begann die Nazi-Armee mit Panzern, Bombenflugzeugen und Artilleriegeschützen den massiven Angriff auf die Aufstandsstellungen. Trotz dieser erdrückenden Waffenüberlegenheit verteidigten sich die Aufständischen mit ungewöhnlichem Mut und hinderten unter ungeheuren Verlusten den Nazi-Vormarsch in das Innere der Stadt.

Die Nazi-Besatzer gingen mit beispielloser Grausamkeit vor. Die Nazi-Führung hatte den Befehl ausgegeben, sämtliche Einwohner zu erschießen, und dieser Befehl wurde in den von der deutschen Nazi-Soldateska erobernten Gebieten mit einem furchterlichen Blutbad umgesetzt. Die Bewohnerinnen und Bewohner wurden von den Nazi-Truppen auf die für die Massenhinrichtung bestimmten Plätze getrieben, wo alle

¹³⁸ Esther Mark, „Yidn in Varshever Oifshand“ in: „Folks Shtime“ v. 1. August 1964, zitiert nach: Reuben Ainsztein, „Die Revolte gegen die Vernichtung. Der Aufstand im Warschauer Ghetto“, Berlin 1993, S. 175

¹³⁹ Eine Gruppe der befreiten Jüdinnen und Juden aus dem Nazi-Gefängnis Gesia-Straße in Warschau wurde sogar während des Aufstands von antisemitischen AK-Angehörigen ermordet. Sie hatten sich noch in ihrer KZ-Kleidung sofort an der Errichtung von Barrikaden in der Miodowa-Straße beteiligt. Als die Nazi-Truppen anrückten, suchten sie Schutz in den Kellern. Als sie wieder aus den Kellern hervorkamen und auf die Barrikaden zugingen „hörten sie Schreie: ‚Judens! Judens! Verdammte Judens!‘ und zwei Schüsse. Zwei Juden brachen zusammen und ihre Mörder richteten das Wort an die Menge, die Pistole noch in Händen: ‚Wir wollen keine Juden hier! Sie müssen alle getötet werden.‘“ (Reuben Ainsztein, „Die Revolte gegen die Vernichtung. Der Aufstand im Warschauer Ghetto“, Berlin 1993, S. 186). Ainsztein berichtet, wie es klerikal-faschistischen AK-Offizieren gelang, AK-Soldaten antisemitisch zu verhetzen: „.... indem sie ihren Männern weismachten, dass die Rote Armee am Ostufer der Weichsel haltgemacht habe, weil sie von Juden kommandiert werden, die für das Katyn-Massaker verantwortlich seien, und die sich nun an den Polen für das Warschauer Ghetto rächen wollten“. (Ebd., S. 183 f.)

erschossen und die Leichen verbrannt wurden. In Krankenhäusern blieben auch Verwundete, Kranke und das Krankenhauspersonal nicht verschont. Innerhalb von zwei Tagen wurden auf diese Weise am 5. und 6. August 1944 rund 40.000 Menschen ermordet. Auch im Stadtteil Ochota ließen die Nazi-Mörder Berge von Leichen zurück und führten massenhaft Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen durch. Nach der Erschießung von über 10.000 Zivilisten fragte der Kommandant der mordenden Nazi-Truppen Reinefahrt bei einem Telefonat mit den Nazi-Oberbefehlshabern: „Was soll ich mit den Zivilisten machen? Ich habe weniger Munition als Gefangene.“¹⁴⁰

Gegen Ende August 1944 veränderte sich die Situation an der deutsch-sowjetischen Front östlich der Weichsel. Die Rote Armee erzielte bedeutende Erfolge. Der am 10. September 1944 unternommene Angriff sowjetischer und polnischer Truppen auf Praga – einem Vorort Warschaus – zwang die Nazi-Truppen schließlich, nach dem Fall der Altstadt weitere Angriffe auf den nördlichen Teil der aufständischen Innenstadt einzustellen. Die Rote Armee war nunmehr verstärkt in der Lage, die Aufständischen auf verschiedene Weise direkt zu unterstützen.

Am 14. September begannen Sowjetflieger, Waffen, Munition, Funkgeräte, Lebensmittel und Medikamente für die in der Stadt kämpfenden abzuwerfen. Von nun an bis zum 1. Oktober flog die Rote Armee knapp 5.000 Einsätze zur Unterstützung der Aufständischen und zur Bombardierung der Positionen der Nazis.¹⁴¹ Gleichzeitig sprangen über den Stützpunkten des Widerstandes Rotarmisten als Verbindungsleute zwischen dem Aufstandskommando und dem Kommando von in der Sowjetunion neu aufgestellter polnischer Truppen ab, die am 15. September 1944 nach Praga vorrücken konnten. Außerdem beschloss die Rote Armee die Überquerung der Weichsel (die Praga von Warschau trennte). Bis zum 20. September schlügen drei Versuche zur Überquerung des Flusses fehl, weil die gut befestigten deutschen Stellungen am westlichen Ufer nicht durchbrochen werden konnten. Insgesamt starben bei den Operationen zur Unterstützung der Aufständischen in Warschau

¹⁴⁰ Siehe: W. Borodziej, „Der Warschauer Aufstand 1944“, Frankfurt 2004, S. 123

¹⁴¹ Siehe: Valentin Falin, „Zweite Front. Die Interessenkonflikte in der Anti-Hitler-Koalition“, München 1995, S. 446

7.750 Rotarmistinnen und Rotarmisten, 24.100 erlitten Verwundungen.¹⁴²

Nachdem die Nazi-Faschisten die Lage am westlichen Ufer der Weichsel unter Kontrolle hatten, griffen sie jeweils mit starken militärischen Kräften die weitgehend isolierten Stützpunkte der Aufständischen der Reihe nach an und liquidierten diese fast vollständig. Am 2. Oktober 1944 unterzeichnete die AK die Kapitulationsurkunde. Die AK-Angehörigen wurden in Gefangenengelager gesperrt. Über 1.700 von ihnen wurden wegen ihrer Weigerung zur Zwangsarbeit in Straflager gebracht. Die Zivilbevölkerung musste unter Zurücklassung ihrer gesamten persönlichen Habe die Stadt verlassen und wurde innerhalb Polens verstreut oder zur Zwangsarbeit nach Deutschland (ca. 90.000 Menschen) und in Konzentrationslager (ca. 60.000 Menschen) verschleppt.¹⁴³ Insgesamt starben während des Aufstands 18.000 bewaffnete Kämpferinnen und Kämpfer, die Zivilbevölkerung verlor etwa 200.000 Menschen.

Schon während des Aufstands hatten die ersten systematischen Zerstörungsaktionen – Gas-, Strom-, Wasserleitungen – begonnen. Unmittelbar nach der Räumung der Stadt wurden Rohstoffe, Textilien, Wertsachen, Möbel usw. geraubt und nach Deutschland abtransportiert. Dann wurde Stadtviertel für Stadtviertel systematisch in Schutt und Asche gelegt, Gebäude und Denkmäler gesprengt, die Bestände der Bibliotheken und Archive verbrannt. Als im Januar 1945 sowjetische und polnische Truppen Warschau befreiten, bot sich ihnen das grauenvolle Bild einer völlig vernichteten und menschenleeren Stadt.

Griechenland 1944: Massaker des englischen Imperialismus¹⁴⁴

Ende des Zweiten Weltkriegs war in Griechenland eine Situation entstanden, in der Hunderttausende antinazistische und revolutionäre Kräfte, organisiert in der Nationale Befreiungsfront (EAM) und der Nationalen Befreiungssarmee (ELAS), die einen mehrere Jahre langen Kampf gegen die Nazi-Besatzer unter Leitung der KP Griechenlands geführt hatten und sich nicht allein mit der Vertreibung der Nazis zufriedengaben.

¹⁴² Ebenda, S. 448

¹⁴³ Siehe: W. Borodziej, „Der Warschauer Aufstand 1944“, Frankfurt 2004, S. 206 f.

¹⁴⁴ Siehe hierzu auch: „Die Kämpfe in Griechenland 1941–1949. Die Kämpfe gegen die Nazi-Besatzer (1941–1944) und gegen den englischen Imperialismus (1944–1949)“, Rote Hefte 29, Offenbach 2009

ben, sondern für ein von griechischen Kollaborateuren gesäubertes, volksdemokratisches Nachkriegs-Griechenland mit der Perspektive des Sozialismus kämpften. Sie hatten während des Anti-Nazi-Befreiungskriegs befreite Gebiete erkämpft und dort die Frage einer antifaschistischen demokratischen Staatsmacht bereits ganz konkret angepackt (durch die Schaffung antifaschistischer Volksräte, einer antifaschistischen Volksjustiz, einer „landwirtschaftlichen Sicherheitsbehörde“ und Dorfkomitees als Institution des öffentlichen Lebens auf dem Land, die auch in die Eigentumsverhältnisse eingriffen, indem sie Land von Kollaborateuren und Reaktionären an landlose Bauern übergaben, durch die Schaffung eines weitverzweigten Systems medizinischer Betreuung usw.).

Diesen fortschrittlichen Kräften gegenüber stand auf einmal der ehemalige Verbündete der Anti-Hitler-Koalition, der englische Imperialismus, dessen imperialistische und konterrevolutionäre Interessen zunehmend in den Vordergrund traten. Ende 1944 waren 90 Prozent des Territoriums Griechenlands, vor allem ländliche Gebiete, unter der Kontrolle der antifaschistischen Kräfte. Sie waren bewaffnet und genossen die Unterstützung von Hunderttausenden (allein die EAM hatte 1944 1,6 Mio. Mitglieder bei einer griechischen Bevölkerung von 6,5 Mio.).

Diese Situation beunruhigte die imperialistischen Großmächte, insbesondere den englischen Imperialismus, außerordentlich. Noch mehr beunruhigte sie die Vorstellung, dass der Kampf der griechischen Volksmassen „Schule machen“ könnte ... in Italien, in Frankreich usw.

Um die ELAS an der Bildung einer antifaschistisch-demokratischen Staatsmacht zu hindern und sie zu entwaffnen, einigten sich die englischen Imperialisten mit den deutschen Nazi-Faschisten im Herbst 1944 darauf, dass die Nazi-Truppen ihre Stellungen in den Großstädten und an wichtigen Küstenabschnitten solange gegen die ELAS halten sollten, bis Truppen des englischen Imperialismus eintreffen. Als Gegenleistung konnten die nazifaschistischen Truppen relativ unbehelligt von der englischen Luftwaffe nach Norden abziehen. Auch die ab dem 4. Oktober 1944 in Griechenland eintreffenden englischen Bodentruppen bekämpften nicht primär die Nazi-Besatzer, sondern sollten die Entwaffnung der ELAS und eine kapitalistische Nachkriegsentwicklung Griechenlands durchsetzen.

Der englische Imperialismus unterstützte im Kern reaktionäre bewaffnete Kräfte im Kampf gegen die Nationale Befreiungsfront EAM und die Nationale Befreiungssarmee ELAS.

Im Dezember 1944 erklärt Churchill in seinen Instruktionen an die militärische Führung der Armee des englischen Imperialismus in Griechenland:

„Sie sind für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Athen verantwortlich und haben alle EAM-ELAS-Verbände, die sich der Stadt nähern, am Einmarsch zu hindern und eventuell zu vernichten. (...) Aber zögern Sie nicht, auf alle Bewaffneten im Stadtgebiet zu schießen, die sich gegen unsere oder die von uns anerkannte griechische Autorität auflehnen. (...) Zögern Sie aber nicht, so zu handeln, als befänden Sie sich in einer eroberten Stadt, in der ein örtlicher Aufstand ausgebrochen ist.“

(...) Wir müssen unsere Position und Autorität in Athen behaupten.“

(Winston S. Churchill, „Der Zweite Weltkrieg“, 1948, Frankfurt am Main 2004, S. 1007 f.)

Parallel dazu forcierte der englische Imperialismus die Bildung einer Regierung der „nationalen Einheit“ unter Führung der reaktionären griechischen Kräfte in der Emigration, an der sich auch die EAM beteiligen sollte, die mit unbedeutenden Posten abgespeist wurde. Wenige Jahre später analysierte der Vorsitzende der KP Griechenlands, N. Zacharidis, in der Zeitung des Kommunistischen Informationsbüros „Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!“ die Fehler der Partei während der Besatzungszeit und im Dezember 1944:

„Als die Engländer wieder griechischen Boden betrat, waren in der EAM und in der Kommunistischen Partei, der führenden Kraft der EAM, Schwankungen zu beobachten, es fehlte an einer klaren Perspektive und es bestanden Illusionen in Bezug auf die Politik des angelsächsischen Imperialismus in Griechenland und auf die Rolle, die er hier zu spielen gedachte.“

In den für Griechenland entscheidenden Tagen, als die volksdemokratische Revolution die überwältigende Mehrheit des Volkes erfasst hatte und sich siegreich entwickelte, stiegen der Parteiführung ihre Erfolge zu Kopf (...) Damit erklären sich solche Tatsachen wie die Unterstellung der ELAS unter das englische Oberkommando im Mittleren Osten und die Überlassung der entscheidenden Posten in der PEEA (der Regierung der Nationalen Widerstandsbewegung) an proenglische Elemente (...)

Die Führung der griechischen Kommunistischen Partei hatte keine feste und klare Linie in der Einschätzung der Rolle des englischen Imperialismus in Griechenland. (...)

Die Tatsachen zeigten von Anfang an, dass die nationale Befreiungsbewegung in Griechenland früher oder später vom englischen Imperialismus bedroht werden würde. Sie hätte sich energisch und entschieden auf den Kampf gegen ihn vorbereiten müssen.“

(Nikos Zachariadis, „Der Kampf für die Freiheit und Demokratie in Griechenland“, in: „Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!“, Nr. 24 (27) v. 15. Dezember 1948, Nachdruck in: Autorenkollektiv, „Die Kämpfe in Griechenland 1941–1949. Die Kämpfe gegen die Nazi-Besatzer (1941–1944) und gegen den englischen Imperialismus (1944–1949)“, Rote Hefte 29, Offenbach 2009, S. 23 f.)

Im November 1944 ordnete der Befehlshaber der englischen Truppen die Übernahme der von den Nazis gebildeten „Sicherheitsbataillone“ und die Entwaffnung der ELAS an, woraufhin die EAM aus der Regierung austrat. Am 2. Dezember 1944 demonstrierten in Athen 500.000 Menschen gegen die Entwaffnung der ELAS. Englische Truppen eröffneten das Feuer auf die Demonstrantinnen und Demonstranten, es gab Dutzende Tote und hunderte Verwundete. Arbeiterinnen und Arbeiter aus Athen und Piräus entwaffneten die Polizei. Es folgte ein 33-tägiger erbitterter bewaffneter Kampf gegen die hochausgerüsteten englischen Truppen mit rund 50.000 Soldaten, die im Verlauf des Kampfes insbesondere von der Front gegen Nazi-Deutschland in Italien abgezogen wurden. Englische Flugzeuge warfen Bomben auf Athen ab, englische Schiffe beschossen die Stadt vom Meer aus, englische Panzer wurden aufgefahren. Rund 2.000 Kämpferinnen und Kämpfer der ELAS sowie etwa 4.000 Zivilisten wurden getötet.¹⁴⁵ Der Kampf endete mit einer Niederlage der ELAS-Kämpferinnen und -Kämpfer (Abkommen von Varkiza).

Eine mörderische Militärdiktatur wurde errichtet, die den Staatsterror mit dem Terror der paramilitärischen Banden verband. Kader der KP Griechenlands und der EAM, fortschrittliche Gewerkschafter und Oppositionelle wurden verhaftet, gefoltert und ermordet. Die KP Griechenlands wurde faktisch verboten, die kämpferischen Gewerkschaften zerschlagen, die kommunistische und demokratische Presse verfolgt. Paramilitärische Banden machten Jagd auf Linke. In der Stadt Gythion holten sie 32 revolutionäre und demokratische Gefangene aus dem Gefängnis und lynchten sie auf dem Marktplatz.¹⁴⁶ Von 1945 bis 1948 wurden 400.000 Regimegegner festgenommen. In rund 100.000 Prozes-

¹⁴⁵ Siehe: „Neue Zeit“, Moskau, Nr. 3 v. 1. Februar 1946

¹⁴⁶ Siehe: „Neue Zeit“, Moskau, Nr. 32 v. 6. August 1947, S. 2

sen wurden Widerstandskämpferinnen und -kämpfer vor Gericht ge-
zerrt.¹⁴⁷ Rund 70.000 revolutionäre und demokratische Gefangene, also
fast ein Prozent der damaligen griechischen Gesamtbevölkerung, darun-
ter auch einige Hundert Jugendliche und Kinder, wurden eingekerkert.
Militärgerichte wurden installiert und fällten rund 8.000 Todesurteile
(zwei Drittel davon wurden vollstreckt).¹⁴⁸

Die sozialistische Sowjetunion unter Führung Stalins unterstützte die griechische Befreiungsbewegung nach Möglichkeit.

Da keine direkte Grenze zu Griechenland bestand, waren die Mög-
lichkeiten der materiellen Unterstützung geringer als zum Beispiel in
China, wo eine direkte Grenze vorhanden war. Uns bisher bekannte Un-
terstützungsaktionen sind folgende:

- In zahlreichen Artikeln wurden die Verbrechen des reaktionären griechischen Regimes und die Machenschaften des englischen und US-Imperialismus angeprangert, es wurde über die Kämpfe und über die befreiten Gebiete berichtet.
- Auf internationaler Ebene forderte die Sowjetunion auf der Berliner Konferenz vom Juli 1945 den Abzug ausländischer Truppen aus Griechenland und fixierte ihre Position im Memorandum vom 12. September 1945 an die Regierung der USA und Großbritanniens.
- Führende Genossen der KPdSU(B) diskutierten mit führenden Ge-
nossen der KP Griechenlands Strategie und Taktik des Kampfes in
Griechenland. In der sowjetischen Presse wurde über die Unterre-
dungen der sowjetischen Genossinnen und Genossen mit Vertretern
der griechischen Widerstandsbewegung berichtet.

* * *

Im März 1946 begannen mit großer Unterstützung und Sympathie aus den werktätigen Massen erneut massenhafte bewaffnete Kämpfe unter Führung der KP Griechenlands gegen die griechischen Faschisten und Monarchisten und die Besatzungstruppen des englischen Imperialismus. Die Demokratische Armee Griechenlands wurde gebildet.

¹⁴⁷ Siehe: Basil Efraimidis, „Mitteilung über die griechische Widerstandsbewegung“, Vortrag auf der internationalen Konferenz über die Geschichte der Widerstandsbewe-
gung, Warschau 15. bis 19. April 1962, Band II, S. 535

¹⁴⁸ Siehe: „Neue Zeit“, Moskau, Nr. 37 v. 12. September 1951, S. 27

Zeitweise kontrollierten die Partisaninnen und Partisanen drei Fünftel des griechischen Festlands, allerdings nicht die städtischen Gebiete, sondern die ländlichen Gebirgsregionen. Es wurden befreite Gebiete erkämpft, wo Ansätze einer antifaschistischen demokratischen Staatsmacht entstanden. Die im Dezember 1947 in den befreiten Gebieten gebildete Provisorische Demokratische Regierung schuf Volkskomitees als Organe der Staatsmacht und verteilte Großgrundbesitzerland an die landlosen und landarmen Bauern.¹⁴⁹ Anfang 1948 tauchten Partisanenverbände in Dörfern rund 20 Kilometer vor Athen auf.¹⁵⁰ Vor allem auch, weil die Partisaninnen und Partisanen nur leichte Waffen besaßen, aber weder Panzer noch Flugzeuge, waren sie nach der erfolgreichen Befreiung größerer Städte oft gezwungen wieder zurückzuweichen, weil sie keine Ausrüstung hatten, um Flugzeuge oder schwere Geschütze abzuschießen. Ein weiteres, noch größeres Problem kam hinzu: Um die Partisaninnen und Partisanen zu isolieren, wurden 1947/1948 rund 700.000 Menschen vor allem aus den ländlichen Gebieten Makedoniens, Epirus', Westthrakiens in die Städte zwangsumgesiedelt.

1947 verdrängte der US-Imperialismus den englischen Imperialismus als imperialistischen Oberherrn in Griechenland. US-Militärstützpunkte wurden errichtet, US-Militär „berater“ übernahmen nun den Befehl über die Operationen der reaktionären griechischen Armee mit ihren rund 100.000 Soldaten und die ebenfalls 100.000 Mann starke „Nationalgarde“. 210.000 Tonnen Waffen und Kriegsmaterial wurden aus den USA nach Griechenland gebracht.¹⁵¹ Der US-General Van Fleet leitete die größte Militäraktion gegen die Aufständischen ab Juni 1947. 70 Tage lang wurden ihre Rückzugsgebiete mit Zehntausenden Soldaten bekämpft und von der griechischen Luftflotte bombardiert, unter anderem in der Grammos-Gebirgsregion. Das Kräfteverhältnis war 1:10 zuungunsten der Partisanen, das Bewaffnungsverhältnis 1:50.¹⁵²

Das revisionistische Tito-Regime Jugoslawiens, das schon recht bald nach 1945 in Jugoslawien faktisch den Weg der kapitalistischen Restauration betrieben hatte, biederte sich beim US-Imperialismus an und bot

¹⁴⁹ Siehe: „Große Sowjetencyklopädie. Reihe Länder der Erde 39. Griechenland“, Leipzig 1956, S. 65

¹⁵⁰ Siehe: „Neue Zeit“, Moskau, Nr. 16 v. 14. April 1948, S. 30

¹⁵¹ Siehe: „Neue Zeit“, Moskau, Nr. 36 v. 1. September 1948, S. 21

¹⁵² Siehe: „Neue Zeit“, Moskau, Nr. 17 v. 20. April 1949, S. 26

Unterstützung für das reaktionäre griechische Regime an. Am 4. Juli 1949 fand im jugoslawischen Grenzort Popokosef eine Besprechung jugoslawischer, griechischer, US-amerikanischer und englischer Offiziere statt.¹⁵³ In einem Kommuniqué vom 6. Juli 1949 erklärte die Demokratische Armee Griechenlands, dass die konterrevolutionären Truppen nun jugoslawisches Territorium als Bereitstellungsraum für Angriffe auf die Partisaninnen und Partisanen im Gebiet Kaimakcalan benutzen.¹⁵⁴

1949 siegte die Reaktion schließlich. Die Partisaninnen und Partisanen mussten den bewaffneten Kampf weitgehend einstellen. Kommunistische und demokratische Kräfte wurden massakriert, eingekerkert und gefoltert. Es stabilisierte sich nun ein zutiefst reaktionärer griechischer Staat, der berüchtigt wurde für seine Folterkeller und staatlichen Morde an revolutionären und demokratischen Kräften, ohne jemals den Widerstand vollständig ersticken zu können.

China 1944: Verstärkung der Unterstützung der reaktionären Kuomintang durch den US-Imperialismus

Der US-Imperialismus unterstützte in China während des gesamten Zweiten Weltkriegs die Kompradoren um Tschiang Kai-schek und seine Kuomintang. Mao Tse-tung stellte im August 1945 richtig fest:

„Tschiang Kai-schek ist anders als wir, er verlässt sich völlig auf die Hilfe des USA-Imperialismus, betrachtet diesen als seinen Stützpfeiler. Die Dreieinigkeit von Diktatur, Bürgerkrieg und Landesverrat ist von jeher die Grundlage der Politik Tschiang Kai-scheks. Der USA-Imperialismus will Tschiang Kai-schek helfen, den Bürgerkrieg zu führen, will China zu einem Vasallen der USA machen, und er hat diesen Kurs auch schon längst festgelegt.“

(Mao Tse-tung, „Die Lage nach dem Sieg im Widerstandskrieg gegen die japanische Aggression und unser Kurs“, 1945, AW IV, S. 18)

Die Kuomintang unter Tschiang Kai-schek errichtete in den Gebieten, die unter ihrer Kontrolle waren, ein zutiefst reaktionäres Regime. Die KP Chinas, die maximal von der UdSSR mit Geld, Beratern und revolutionärer Literatur unterstützt wurde, wurde verboten, demokratische

¹⁵³ Siehe: „Neue Zeit“, Moskau, Nr. 32 v. 3. August 1949, S. 14, siehe auch: „Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!“, Nr. 86 v. 30. Juni 1950

¹⁵⁴ Siehe: Nikos Zachariadis, „Titos Clique fällt dem volksdemokratischen Griechenland in den Rücken“, in: „Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!“, Nr. 15 v. 1. August 1949

Rechte für die Werktätigen wurden erst gar nicht eingeführt, nationale Minderheiten Chinas blutig unterdrückt wie die mongolische Minderheit, die nationalen Minderheiten in Sinkiang und die Hui in Kansu.¹⁵⁵ Tschiang Kai-schek bekämpfte in bestimmten Zeitabschnitten zwar mehr oder weniger auch den japanischen Imperialismus, aber vor allem die Kommunistische Partei Chinas. Die Truppen Tschiang Kai-scheks überfielen die von der KP Chinas geführten antijapanischen Volksmilitärs 1941 und 1943 mit großen Operationen, obwohl diese sich mitten im Kampf gegen den japanischen Imperialismus befanden. Zur gleichen Zeit verhielten sich die Kuomintang-Truppen dem japanischen Imperialismus gegenüber sehr passiv und hatten dort, wo ihre Armee mit dem japanischen Imperialismus in Berührung kam, große Misserfolge.¹⁵⁶

Ab 1944 verstärkte der US-Imperialismus die Unterstützung der Kuomintang massiv durch Geld- und Waffenlieferungen sowie durch Entsendung von Militärberatern. Im Juli 1945, als die Vorbereitungen beendet waren, entfesselte Tschiang Kai-schek einen das ganze Land erfassenden konterrevolutionären Krieg mit dem Ziel, China in eine US-Kolonie zu verwandeln.¹⁵⁷ Bis Juni 1946 hatte Tschiang Kai-schek 80 Prozent der Gesamtstärke der regulären Kuomintang-Truppen (Gesamtstärke ungefähr zwei Millionen Mann) an der Front massiert, um die befreiten Gebiete anzugreifen; mehr als 540.000 Mann dieser Truppen wurden unmittelbar von den USA-Streitkräften mit Kriegsschiffen und Flugzeugen transportiert.

Nach der Kapitulation Japans 1945 landeten die USA auch eigene Truppen in China, um die Kuomintang in ihrem Kampf gegen die KP Chinas zu unterstützen,

„und stationierten sie in Peiping, Schanghai, Nanking, Tientsin, Tangschan, Kaiping, Tjinhuangdao, Djinghai, Tsingtao und anderen Orten. Außerdem drangen sie wiederholt in die befreiten Gebiete ein. Am 29. Juli 1946 griffen Truppen der USA aus Tientsin gemeinsam mit Truppen der Tschiang-kaischek-Banditen Kreis den Marktflecken Anping im Kreis Hsiangho,

¹⁵⁵ Siehe: Mao Tse-tung, „Über die Koalitionsregierung“, 1945, AW IV, S. 301

¹⁵⁶ Siehe: „Rot Front“, Nr. 23–25, 2007/2008, „Mao Tse-tung, seine Verdienste – seine Fehler“, S. 166

¹⁵⁷ Siehe: W. Nikiforow, G. Erenburg, M. Jurjew, „Die Volksrevolution in China – Abriss der Geschichte des Kampfes und des Sieges des chinesischen Volkes“, Moskau 1950, Nachdruck Wien 1981, S. 84

Provinz Hopeh, an (...) Am 16. Juni 1946 drangen USA-Einheiten von Tangschan aus zu einer Störaktion in Sungdjiaying und andere Orte ein; im Juli desselben Jahres fielen sie in die in der Nähe von Tangschan gelegenen Dörfer Sanho im Kreis Luanhsien und Hsionan im Kreis Tschangli ein (die Ereignisse bei Tangschan). Zwei der bekanntesten unter den zahlreichen Angriffen der USA-Truppen auf die Djiaodung-Halbinsel wurden am 28. August 1947 von Flugzeugen und Kriegsschiffen der USA auf Langnankou und die Insel Hsiaoli, Kreis Mouping, und am 25. Dezember 1947 von Truppen der USA gemeinsam mit Truppen der Tschiangkaischek-Banditen auf das Dorf Wanglintao im Norden des Kreises Djimo durchgeführt.“

(Anmerkung 2 zu Mao Tse-tungs Schrift „Lebewohl Leighton Stuart!“, 1949, AW IV, S. 468)

Der Bürgerkrieg zwischen der Kuomintang und den US-Truppen auf der einen Seite und den revolutionären Volksmassen unter Führung der KP Chinas, die insbesondere von der UdSSR unterstützt wurden, endete im Mai 1949 mit dem vollständigen Sieg der KP Chinas und ihrer Volksbefreiungsarmee. Tschiang Kai-schek und seine Lakaien flüchteten nach Taiwan, der US-Imperialismus wurde vertrieben, und in China wurde eine antiimperialistisch-volksdemokratische Macht errichtet, die Teil des Lagers der Kräfte der proletarischen Weltrevolution war.

Schluss

Unmittelbar nach dem Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution 1917 hofften die Aktivistinnen und Aktivisten in Russland auf einen Sieg der Revolution vor allem in Deutschland, der die Lage der jungen Sowjetdemokratie, der ersten Diktatur des Proletariats von Dauer, erheblich erleichtert hätte – wirtschaftlich und vor allem auch militärisch. Aber selbst die weitgehend bürgerlich-demokratische Novemberrevolution in Deutschland scheiterte, die imperialistischen Großmächte, unter anderen auch der deutsche Imperialismus, intervenierten 1919/1920 gegen die Sowjetrepublik, und es kostete ungeheure Anstrengungen und riesige Opfer, diesem Druck standzuhalten.¹⁵⁸ Für viele schwierige Maßnahmen der zunächst schwachen Diktatur des Proletariats innerhalb des sogenannten „Kriegskommunismus“ war gerade auch die fehlende Unterstützung durch eine siegreiche proletarische Revolution in Deutschland verantwortlich.

Zehn Jahre nach dem Abebben revolutionärer Kämpfe in Deutschland 1921/1923 ging es darum, unter Führung der KPD 1931–1933 die Gewinnung der Millionenmassen für das Ziel des bewaffneten Aufstands zur Errichtung der Diktatur des Proletariats anzupacken. In Berlin war die KPD schon die stärkste Partei geworden, wie selbst die letzten Parlamentswahlen 1932 unter zunehmend faschisierten Verhältnissen zeigten. Doch der Nazifaschismus zerschlug bald nach 1933 weitgehend die Massenorganisationen der Arbeiterklasse und es gelang ihm, in den nächsten Jahren in einem vorher kaum absehbaren Ausmaß die breiten Massen der Bevölkerung in Deutschland zu verhetzen. Die sozialistische Sowjetunion, die in großem Tempo die sozialistische Ökonomie und sozialistische Demokratie entfaltete, musste angesichts der von mehreren Seiten drohenden imperialistischen Überfälle (Japan im Osten, Finnland und Polen als Werkzeuge vor allem des englischen Imperia-

¹⁵⁸ In diesem Zusammenhang hob Lenin hervor,

„dass das deutsche Proletariat an der russischen (und internationalen) Revolution Verrat begegnete, als es Finnland, die Ukraine, Lettland und Estland würgte. Diese Anklage richtet sich vor allem und am stärksten nicht gegen die *Masse*, die stets geduckt und getreten ist, sondern gegen jene *Führer*, die, wie die Scheidemann und Kautsky, ihre Pflicht nicht erfüllt haben, unter den Massen revolutionäre Agitation, revolutionäre Propaganda, revolutionäre Arbeit zu leisten ...“

(Lenin, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“, 1918, LW 28, S. 291 f.)

lismus, der deutsche Imperialismus im Westen) einen großen Teil ihrer ökonomischen Kraft und ihrer Politik auf die Abwehr, auf die Verzögerung eines imperialistischen Überfalls ausrichten.

Für die gesamte Weltgeschichte wäre ein Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland, ja selbst eine bloße Verhinderung des Nazifaschismus auf längere Zeit von allergrößter Bedeutung gewesen. Keines von beidem gelang. Wiederum fiel die große Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland dem deutschen Imperialismus nicht in den Arm, als er die sozialistische Sowjetunion im Juni 1941 überfiel und die bis dahin größte Militärmaschinerie in Gang setzte, um die UdSSR als Land des Sozialismus zu vernichten.

Zeittafel

(1933 bis Juni 1941)

1933

31. Januar Errichtung des Nazifaschismus
Nachdem der japanische Imperialismus schon 1931 China überfallen und die Mandschurei annexiert hatte, annexierte der japanische Imperialismus 1933 die chinesische Provinz Jehol.

1935

2. Mai Unterzeichnung eines sowjetisch-französischen Beistandspaktes
16. Mai Unterzeichnung eines Beistandspaktes zwischen der UdSSR und der Tschechoslowakei
18. Juni Unterzeichnung des deutsch-englischen Flottenabkommens
3. Oktober Überfall des faschistischen Italiens auf Abessinien (Äthiopien)

1936

18. Juli bis März 1939 Spanischer Bürgerkrieg
25. Oktober Unterzeichnung eines deutsch-italienischen Abkommens

1937

7. Juli Neuer Überfall Japans auf China. Der nationale Befreiungskrieg des chinesischen Volkes gegen den japanischen Imperialismus erstarkt.
21. August Abschluss eines Nichtangriffspakts zwischen der Sowjetunion und China

1938

11. bis 12. März Nazideutschland annektiert Österreich
29. Juli bis Überfall Japans auf die UdSSR am Chassan-See
11. August
29. bis 30. Münchener Konferenz
- September
30. September Unterzeichnung einer deutsch-englischen Nichtangriffserklärung
1. bis 10. Deutschland besetzt Gebiete der Tschechoslowakei
- Oktober
6. Dezember Unterzeichnung einer deutsch-französischen Nichtangriffserklärung

1939

15. März Deutschland besetzt die ganze Tschechoslowakei
21. März Beginn der britisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen über gegenseitige Hilfe gegen eine Aggression
7. April Das faschistische Italien überfällt Albanien
11. Mai bis Japanische Truppen überfallen am Chalchin-Gol die
31. August Mongolische Volksrepublik und werden durch sowjetische und mongolische Einheiten zerschlagen
11. bis 21. Verhandlungen der UdSSR, Großbritanniens und
- August Frankreichs über den Abschluss eines Beistandspaktes
23. August Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags
1. September Überfall Nazi-Deutschlands auf Polen
3. September Großbritannien und Frankreich erklären Deutschland den Krieg
15. September Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der UdSSR, der Mongolischen Volksrepublik und Japan über die Beilegung des Konflikts am Chalchin-Gol

17. September Einrücken der Roten Armee in Gebiete des nicht mehr bestehenden polnischen Staats
28. September Unterzeichnung eines Beistandspaktes zwischen der UdSSR und Estland
5. Oktober Unterzeichnung eines Beistandspaktes zwischen der UdSSR und Lettland
30. November Beginn des finnisch-sowjetischen Kriegs

1940

12. März Ende des finnisch-sowjetischen Kriegs. Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen der UdSSR und Finnland
9. April Deutschland überfällt Dänemark und Norwegen
14. bis 19. April Englische und französische Truppen landen in Nordnorwegen
10. Mai bis 24. Juni Überfall der Nazi-Wehrmacht auf Frankreich, Belgien und die Niederlande
14. Mai Kapitulation der Niederlande
28. Mai Kapitulation Belgiens
10. Juni Italien erklärt Großbritannien und Frankreich den Krieg
- 15., 17. Juni Auf Grund der Abkommen zwischen der UdSSR, Estland, Lettland und Litauen werden sowjetische Truppen in den baltischen Republiken stationiert
22. Juni Kapitulation Frankreichs vor Nazi-Deutschland
28. bis 30. Juni Rumänien gibt Bessarabien und die Nordbukowina an die Sowjetunion zurück, sowjetische Truppen rücken in diese Gebiete vor
1. August Beginn der Nazi-Luftangriffe auf Städte in Großbritannien
27. September Abschluss des Dreimächtepaktes zwischen Deutschland, Italien und Japan
28. Oktober Italien überfällt Griechenland

20. bis 24. November Die Regierungen Ungarns, Rumäniens und der Slowakei treten dem Dreimächtepakt bei

1941

- | | |
|------------------|---|
| 1. März | Deutsche Truppen marschieren in Bulgarien ein.
Bulgarien tritt dem Dreimächtepakt bei |
| 5. April | Abschluss eines Freundschafts- und Nichtangriffspaktes zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien |
| 17. April | Deutsche Nazi-Truppen überfallen Jugoslawien |
| 6. bis 27. April | Deutsche Nazi-Truppen überfallen Griechenland |
| 13. April | Unterzeichnung eines Neutralitätspaktes zwischen der UdSSR und Japan |
| 22. Juni | Beginn des Überfalls Nazi-Deutschlands auf die UdSSR |

Literaturverzeichnis

Die in der Broschüre „Geschichtsfälscher“ angegebene Literatur wird hier nicht aufgeführt.

Schriften von Marx, Engels, Lenin und Stalin

Sofern nicht anders angegeben, werden folgende Quellen verwendet:

Karl Marx und Friedrich Engels: Marx-Engels-Werke, Dietz Verlag, Berlin 1956–1990; MEW

W. I. Lenin: Werke, Dietz Verlag, Berlin 1955–1971; LW

J. W. Stalin: Werke, Band 1–13, Dietz Verlag, Berlin 1950–1955; sowie die vorhandenen Schriften 1934–1952 (sog. „Werke 14–15“); SW

„Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) – Kurzer Lehrgang“, 1938, Dietz Verlag, Berlin 1949

Schriften und Artikel aus der sozialistischen UdSSR

„Geschichtsfälscher. Eine historische Richtigstellung, Moskau 1948, Verlag für fremdsprachige Literatur

„Große Sowjetenzyklopädie. Reihe Geschichte und Philosophie 19. Die Außenpolitik der UdSSR“, Berlin 1953

„Große Sowjetenzyklopädie. Reihe Länder der Erde 39. Griechenland“, Leipzig 1956

Molotow, W., „Über die Außenpolitik der Sowjetunion“, in: „Die Kommunistische Internationale“, November 1939

Molotow, W., „Über die Ratifizierung des sowjetisch-deutschen Nichtangriffspaktes“, Moskau 1939

Molotow, W., „Die Außenpolitik der Sowjetunion“, in: „Die Kommunistische Internationale“, Nr. 7–8/1940

Molotow, W., „Über die Außenpolitik der Regierung UdSSR“, in: „Die Kommunistische Internationale“, Nr. 3–4/1940

Malenkow, G., „Rechenschaftsbericht an den XIX. Parteitag über die Tätigkeit des Zentralkomitees der KPdSU(B)“, Moskau 1952

Dokumente aus der kommunistischen Weltbewegung

„Die Kommunistische Internationale in Resolutionen und Beschlüssen“, Band 1 und 2, 1925–1943, Offenbach 1998

„Protokoll des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale“, Band I und II, Nachdruck Erlangen 1974

„Dokumente des ZK der KPD 1933–1945“, Offenbach 2002

Shdanow, A. „Über die internationale Lage“, in: „Informationskonferenz der Vertreter einiger kommunistischer Parteien in Polen“, Moskau 1948

„Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“, Peking 1965, Nachdruck in: „Dokumente des Kampfes der KP Chinas gegen den modernen Revisionismus 1956–1966“, Teil II, Offenbach 2002

„Dokumente des Kampfes der KP Chinas gegen den modernen Revisionismus 1956–1966“, Teil I–III, Offenbach 2002

„Zur internationalen Lage 1919–1952. Dokumente der Kommunistischen Weltbewegung“, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 2003

Mao Tse-tung, „Ausgewählte Werke“, Band I–IV, Peking 1968–1969; AW

Nikiforow, W.; Erenburg, G.; Jurjew, M., „Die Volksrevolution in China – Abriss der Geschichte des Kampfes und des Sieges des chinesischen Volkes“, Moskau 1950, Nachdruck Wien 1981

Revolutionäre und kommunistische Literatur

Autorenkollektiv, „1418 Tage. Der Krieg des deutschen Nazifaschismus gegen die sozialistische Sowjetunion (22. Juni 1941–8. Mai 1945)“, Offenbach 2008

Autorenkollektiv, „Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945–1946)“, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 2000

Autorenkollektiv, „Die Kämpfe in Griechenland 1941–1949. Die Kämpfe gegen die Nazi-Besatzer (1941–1944) und gegen den englischen Imperialismus (1944–1949)“, Rote Hefte 29, Offenbach 2009

Autorenkollektiv, „Die Verbrechen des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg“, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 2004

Autorenkollektiv, „Zur ‚Polemik‘“, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 2003

Sayers, Michael; Kahn, Albert E., „Die große Verschwörung“, Berlin 1949

„Über den bewaffneten Aufstand gegen die nazifaschistischen Besatzer. Prag, Mai 1945“, Rote Hefte 4, Offenbach 2005

Dokumente

„Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941–1945“, Berlin 1961

„Das Potsdamer Abkommen. Anhang: Die Dokumente von Teheran und Jalta“, Offenbach 2001

„Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg“, Band I–XLII

Fédération Internationale des Résistants – FIR (Hg.), „Internationale Hefte der Widerstandsbewegung“, Nachdruck, Band 1 und 2, Offenbach 2002

Revisionistische Literatur

„Offener Brief des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion an alle Parteiorganisationen, an alle Kommunisten der Sowjetunion“, 1963, in: „Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“, Peking 1965, Nachdruck in: „Dokumente des Kampfes der KP Chinas gegen den modernen Revisionismus 1956–1966“, Teil II, Offenbach 2002

Abraham, Heinz, „1941–1945. Großer Vaterländischer Krieg der Sowjetunion“, Berlin 1985

Browder, E., „Teheran, Our Path in War and Peace“

Dorst, Klaus; Wünsche, Wolfgang, „Der erste Weltkrieg. Erscheinung und Wesen“, Berlin 1989

Groehler, Olaf, „Geschichte des Luftkriegs“, Berlin 1982

Groehler, Olaf, „Kampf um die Luftherrschaft“, Berlin 1988

Hass, G., (Hg.), „23. August 1939. Der Hitler-Stalin-Pakt. Dokumentation“, Berlin 1990

Redaktionskollektiv (Hg.), „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion“, Band 1–6, Berlin 1962–1968

Falin, Valentin, „Zweite Front. Die Interessenkonflikte in der Anti-Hitler-Koalition“, München 1995

Scheel, Klaus (Hg.), „Die Befreiung Berlins 1945. Eine Dokumentation“, Berlin 1975

Bürgerliche Literatur

Ainsztein, Reuben, „Die Revolte gegen die Vernichtung. Der Aufstand im Warschauer Ghetto“, Berlin 1993

- Borodziej, W., „Der Warschauer Aufstand 1944“, Frankfurt 2004
- Gorodetsky, G., „Die große Täuschung“, Berlin 2003
- Großmann, C., „Die Untergrundarmee“, Frankfurt am Main, 1993
- Keegan, John, „Der Erste Weltkrieg. Eine europäische Tragödie“, Hamburg 2003
- Overesch, Manfred, „Das III. Reich 1939–1945“, Augsburg 1991
- Overy, Richard, „Die Wurzeln des Sieges. Warum die Alliierten den Zweiten Weltkrieg gewannen“, Hamburg 2002
- Recherche International (Hg.), „Unsere Opfer zählen nicht. Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg“, Berlin/Hamburg 2005
- Shirer, William L., „Aufstieg und Fall des Dritten Reiches“, o. O. u. J.
- Strobl, Ingrid, „Sag nie, Du gehst den letzten Weg“, Frankfurt 1989

Offen bürgerlich-antikommunistische Literatur

- Churchill, Winston S., „Der Zweite Weltkrieg“, 1948, Frankfurt am Main 2004
- Montgomery, B. L., „Memoiren“, München 1958

Zeitungen und Zeitschriften

- „Die Kommunistische Internationale“
November 1939, Dezember 1939, Nr. 1/1940, Nr. 3–4/1940, Nr. 7–8/1940
- „Die Welt“
Nr. 14/1939, Nr. 6/1940
- „Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!
Nr. 24/1948, Nr. 15/1949, Nr. 26/1950
- „Neue Zeit“
Nr. 3/1946, Nr. 32/1947, Nr. 16/1948, Nr. 36/1948, Nr. 17/1949, Nr. 32/1949,
Nr. 37/1951
- „Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung“
Nr. 46/1939
- „The New York Times“
24. Juni 1941
- „Vierteljahrsschriften für Zeitgeschichte“
Heft 4/2004

Inhaltsverzeichnis

Statt einer Vorbemerkung:	
Stalin über den Ursprung und den Charakter des Zweiten Weltkriegs	6
Einleitung	8
I. DOKUMENT: GESCHICHTSFÄLSCHER. EINE HISTORISCHE RICHTIGSTELLUNG. MOSKAU 1948	17
Vorbemerkung zum Dokument	19
1. Teil: Die Wiedererstarkung des deutschen Imperialismus – „Appeasement“-Politik gegenüber Nazi-Deutschland (bis 1938)	26
2. Teil: Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags (August 1939)	48
3. Teil: Aufbau von Verteidigungsstellungen durch die UdSSR gegen die drohende Nazi-Aggression (bis Juni 1940)	64
4. Teil: Die korrekte Haltung der UdSSR zu seinen Verbündeten in der Anti-Hitler-Koalition und reaktionäre Aktionen vonseiten der USA und Großbritanniens (Juni 1941–Mai 1945)	77
II. ZUR KONFERENZ ÜBER DIE SCHRIFT „GESCHICHTSFÄLSCHER“	87
Einleitende Bemerkungen	89
A. Zur Theorie des Imperialismus und der proletarischen Revolution, zu besonderen Aufgaben des Sozialismus in einem Land und komplizierten Fragen der Einschätzung des Charakters des Zweiten Weltkriegs	91
Vorbemerkung	92
1. Ziele und Prozess der proletarischen Weltrevolution und die Bedeutung der wichtigsten Widersprüche im Imperialismus	95
2. Das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung im Imperialismus und die Möglichkeit des Ausnutzens zwischen imperialistischer Widersprüche durch die UdSSR	98
3. Zum Widerspruch zwischen dem imperialistischen Weltsystem und dem Land bzw. den Ländern des Sozialismus	103
4. Zur Linie der Außenpolitik der UdSSR und der Linie der jeweiligen Kommunistischen Parteien in den Ländern des imperialistischen Weltsystems	108

Die UdSSR unter Führung Lenins und Stalins nahm die Interessen der proletarischen Weltrevolution zum Ausgangspunkt!	109
Der VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale von 1935 zu den Aufgaben der staatlichen Außenpolitik der UdSSR im Unterschied zu den Aufgaben des revolutionären Kampfs der Kommunistischen Parteien in den Ländern des Imperialismus	111
5. Zur Frage des Beginns und des Charakters des Zweiten Weltkriegs	120
Grundvoraussetzungen für den wirklichen Beweis des Charakters eines Weltkriegs	120
Zur Frage des Beginns des Zweiten Weltkriegs	121
Der Zweite Weltkrieg nahm „gleich von Anfang an den Charakter eines antifaschistischen, eines Befreiungskrieges an“ (Stalin)	126
Diskussionsbeiträge	130
Wer sind heute die modernen Revisionisten und inwiefern sind sie heute immer noch die Hauptgefahr?	131
Wie die modernen Revisionisten die Einschätzung Stalins von 1946 verfälschen	133
Zu den Einschätzungen der internationalen Lage in der „Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang“, 1938, und des XVIII. Parteitags der KPdSU(B), März 1939	136
Zu den Schwierigkeiten der Einschätzung der internationalen Lage nach 1945	138
B. Schwierigkeiten der sozialistischen Außenpolitik im Kampf für die Existenz der Diktatur des Proletariat (Kurzer Überblick 1918–1952)	139
Vorbemerkung	140
1. 1917–1921: Der Sieg der Oktoberrevolution, die Bedeutung des Ausnutzens der zwischenimperialistischen Widersprüche und die imperialistischen Interventionen gegen die junge Sowjetmacht	142
2. 1921–1923: Hoffnung auf den Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland und anderen europäischen Ländern und der Aufbau des Sozialismus in einem Land	147

3. 1924–1934: Entwicklung von Handelsbeziehungen zwischen der UdSSR mit imperialistischen Ländern. Beginn des imperialistischen Krieges in Asien ab 1931 und die Errichtung des Nazifaschismus 1933	147
4. 1935–Juli 1939: Abschluss von Nichtangriffsverträgen zwischen der UdSSR und Frankreich, der Tschechoslowakei und weiteren Ländern. Die „Nichteinmischungspolitik“ von Großbritannien und Frankreich sowie die Ausweitung des Kriegs zu einem Weltkrieg (Abessinien 1935, Spanien 1936, China 1937)	150
5. August 1939–Juni 1941: Der Nichtangriffsvertrag Nazi-Deutschlands mit der UdSSR und die Schaffung der „Ostfront“ durch die UdSSR. Der finnisch-sowjetische Krieg, die Kriegspläne Großbritanniens und Frankreichs gegen die UdSSR sowie die Einverleibung mehrerer kleinerer europäischer Länder und der imperialistischen Großmacht Frankreich in den Machtbereich des deutschen Imperialismus	153
6. Juni 1941–8. Mai 1945: Der Nazi-Überfall auf die UdSSR und die Bildung der Anti-Hitler-Koalition. Reaktionäre Taten der USA und Großbritanniens gegen die UdSSR und den weltweiten antifaschistischen Befreiungskampf	157
7. 1945–1952: Die Entstehung des antiimperialistischen Lagers und der Abschluss des Potsdamer Abkommens im August 1945. Der Bruch des Potsdamer Abkommens durch die USA und Großbritannien und der Koreakrieg 1950. Die Warnung Stalins vor dem Erstarken des deutschen Imperialismus 1952	158
C. Die richtige taktische Linie der KPdSU(B) während der besonderen Zwischenetappe von August 1939 bis Juni 1941 gegen antikommunistische Verleumdungen verteidigen!	163
Vorbemerkung	164
1. Das Scheitern der Verhandlungen zwischen der UdSSR, Frankreich und Großbritannien und der Abschluss des Nichtangriffsvertrags zwischen Nazi-Deutschland und der UdSSR im September 1939	168
2. Rundfunkansprache Stalins vom 3. Juli 1941 zum Inhalt und den Vor- und Nachteilen des Nichtangriffsvertrags	171
Zum Inhalt des Nichtangriffsvertrags	171
Vorteile des Nichtangriffsvertrags	175

Nachteile des Nichtangriffsvertrags	178
3. Die antistalinistische Lüge „Stalin hat Hitler freie Hand gegeben, Polen zu überfallen!“ bekämpfen!	180
4. Der finnisch-sowjetische Krieg ab November 1939 und die Kriegspläne der englischen und französischen Imperialisten gegen die UdSSR	183
5. Zur Schaffung einer „Ostfront“ durch die UdSSR als Bollwerk gegen den drohenden Nazi-Überfall	186
Nach dem Nazi-Überfall auf Polen am 1. September 1939: Vorrücken der Roten Armee in den Ostteil des ehemaligen Staates Polen am 17. September 1939	187
Vorrücken der Roten Armee nach Bessarabien und in die Nord-Bukowina im Juni 1940	191
Vorrücken der Roten Armee nach Estland, Lettland und Litauen im Juni 1940	192
Diskussionsbeiträge	196
Zur Taktik im Kampf gegen den Antikommunismus	197
Zum Stalin-Interview in der Prawda vom 30. November 1939	198
Das ZK der KPD zum Überfall des Nazifaschismus auf Polen und zum Nichtangriffsvertrag zwischen Nazi-Deutschland und der UdSSR	201
D. Vorteile und Hauptprobleme der Anti-Hitler-Koalition für die UdSSR	203
Vorbemerkung	204
1. Zum Charakter der Anti-Hitler-Koalition	207
2. Vorteile für die UdSSR durch die Anti-Hitler-Koalition	209
3. Das Herauszögern der Eröffnung der zweiten militärischen Front in West-Europa durch die USA und Großbritannien	214
4. Versuche der Nazis, nach 1941 ein Bündnis mit den USA und Großbritannien gegen die UdSSR zu schaffen	217
5. Zur antikommunistischen Lüge vom „Verrat der UdSSR an der Revolution“ während der Anti-Hitler-Koalition und die Unterstützung reaktionärer Kräfte durch den englischen und den US-Imperialismus	220

Unterstützung der reaktionären „Armia Krajowa“ durch den englischen Imperialismus und der Warschauer Aufstand 1944	220
Griechenland 1944: Massaker des englischen Imperialismus	225
China 1944: Verstärkung der Unterstützung der reaktionären Kuomintang durch den US-Imperialismus	231
Schluss	234
Zeittafel	236
Literaturverzeichnis	240

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewalt-samen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.

***Proletarier aller Länder,
vereinigt euch!***

**Marx/Engels:
„Manifest der Kommunistischen Partei“**